REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 417 · 27.8.1998

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 46 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Bombe gegen die IRA
2. Weihnachten im Sommer. Dank an eine Spenderin - ak-Redaktion
3. Linke Publikation kritisiert Auflösungserklärung der "Roten Armee Fraktion" - VS Baden-Württemberg
4. Sozialarbeiter ohne Arbeit. Nazis wollen sich nicht mehr akzeptieren lassen - Anna Bartels
5. Aktionstage der Anti-AKW-Bewegung im September. Atomanlagen stillegen, sofort!
6. US-Tomahawks gegen das Völkerrecht - mi.
7. Kritische Presse = ETA. Spanische Regierung schließt Zeitung und Radio EGIN in Euskadi - Rainer Zorn
8. Der endgültige Bankrott der "Real IRA". Der nordirische Friedensprozeß und das Massaker von Omagh - Dietrich Schulze-Marmeling
9. "ALSO-Demo ufert aus: Mundraub in der City!" (Aus: Hunte-Report, Oldenburg) - Guido Grüner
10. Abwehrkampf gegen Umstrukturierung. Streik beim US-Autokonzern General Motors endet "unentschieden" - Michael Hahn
11. The soap must go on. Argumente für den Wechsel des Kanzlerdarstellers - Js.
12. Hamster aller Käfige, vereinigt Euch! Diskussionsbeitrag zur Bundestagswahl - Kt.
13. Nichts zu gewinnen, etwas zu verlieren. Überlegungen zur Bundestagswahl - mb., Berlin
14. Nazis im Bundestag? - ES, Hamburg
15. Klägliche Marschversuche. Vergebliches Heß-Gedenken in Dänemark und Deutschland - Anna Bartels
16. Alle buhlen um Bismarck. Der Streit um das geistige Erbe des "eisernen Kanzlers" - Anna Bartels
17. "Hort des Friedens". Eine kurze Geschichte Bruneis - Rainer Werning
18. Ein Jahr Asienkrise: Heißes Geld bekommt kalte Füße - Wolfgang Pomrehn
19. Weltniveau für einen Tag. "taz" entdeckt Massengräber - Kt.
20. Ende des Schweigens: EZLN will Volksbefragung durchführen - Dario Azzellini, Mexiko
21. "Mindestens zehn Jahre bis zum Frieden ..." Interview mit Guerilla-Kommandant Juan Antonio Rojas - Teil 2
22. Kolumbien: Vorsichtige Schritte auf dem Weg zum Dialog - Albert Sterr
23. Independentistas gegen Estadistas - Werner Lamottke
24. Weniger ist mehr. Frankreich: Die 35-StundenWoche als neoliberale Reform - Bernhard Schmid
25. Selbstorganisation statt Multikulti. Der MIB - ein Organisierungsansatz unter jugendlichen ImmigrantInnen - Bernhard Schmid
26. "... können wir nur selber tun." Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen ist in Bremen gestartet - ch.
27. Camp gegen das Grenzregime im Osten - ch.
28. Knast für Kinderferienlager. Neuauflage: "Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges" von Rolf Gössner - H.S.
29. Das Wanderkirchenasyl lebt! - M.P. Iglesias -
30. Geheimdienste und windige (Kron)zeugen. Grundrechte-Komitee kritisiert absurde Konstruktionen im Prozeß gegen Monika Haas
31. "In alten Mustern festzurren". Birgit Hogefeld über ihre Haftbedingungen und über die Auflösung der RAF
32. Geld spielt keine Rolle. Wird Eurofighter zum Exportschlager in Krisengebiete? - Thoams W. Klein
33. Der Wahrheit eine Chance? Der Prozeß gegen Safwan Eid wird wieder aufgerollt - ch.
34. Papier ist geduldig. Neue EU-Vereinbarung zu Waffenexporten - Thomas W. Klein
35. Die Aktualität der Kapitalismuskritik. Zum 5. Todestag des Historikers und Sozialisten E.P. Thompson - Ellen Meiksins Wood
36. Vor 30 Jahren: Panzer in Prag - Kt.
37. Erinnerung an eine vielschichtige Persönlichkeit: Hanns Eisler (Interview mit Maren Köster)
38. Das Ende der "normalen" Arbeit. Prekarisierung und Reproduktion der Arbeitskraft - Bündnis kritischer GewerksschafterInnen Ost/West

39. Flughafen Frankfurt sorgt für Zündstoff. Bürgerinitiativen wehren sich gegen Ausbaupläne - Thomas W. Klein
40. Poor Billy: Deutsche Medien lauschen Hilferufen aus der Venusfalle - efa
41. Quelldatei 36.htm
42. Quelldatei 39.htm
43. Prag 1968
44. Wie starb Wolfgang Grams?
45. Schichtwechsel in Bonn
46. Quelldatei zeil_bli.htm

1. Bombe gegen die IRA

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/bombe.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:bombe

Das Massaker in der nordirischen Kleinstadt Omagh, bei dem am 15. August mindestens 28 Menschen durch eine Autobombe getötet wurden, war ein bedauerliches Versehen, sagen seine Urheber von der "Real IRA". Menschen sollten nicht zu Schaden kommen, heißt es in ihrer Erklärung vom 19.8.: "Es war ein wirtschaftliches Angriffsziel, ein Bestandteil unseres Krieges gegen die Briten". Wie es zu der blutigen Panne kam, konnten sie allerdings nicht erklären; der aus linksradikaler Sicht immer naheliegende Verdacht, die Polizei habe auf die Warnung der Bombenleger nicht oder falsch reagiert, scheint nach Lage der Dinge gegenstandslos. Ein solcher Vorwurf wird von der "Real IRA" auch nicht erhoben. Tatsächlich hat die nordirische Polizei in der letzten Zeit mehrfach Sprengsätze der "Real IRA" rechtzeitig entdeckt und entschärft. Mit "Glück" hätte das auch diesmal geschehen können, wäre erst die nächste oder übernächste Bombe detoniert.

Wer Autobomben in belebten Gebieten plaziert, nimmt tödliche "Pannen" in Kauf. Die Einlassung der "Real IRA", man habe nur ökonomischen Schaden anrichten wollen, ist angesichts dieses Risikos armselig. Sie entspricht auch nicht der Wahrheit. Denn die Bombe von Omagh hatte durchaus einen politischen "Sinn". Sie richtete sich gegen den Friedensprozeß, insbesondere gegen IRA und Sinn Féin, die mit ihrer Zustimmung zum Belfaster Abkommen vom April dieses Jahres ein hohes Risiko eingegangen sind. Die Bombe von Omagh sollte eine erneute Eskalation herbeiführen: Protestantische "Vergeltungsschläge" und polizeiliche Repression gegen die gesamte republikanische Bewegung sollten auch Teile der IRA in die militärische Auseinandersetzung zurückzwingen; die "Real IRA" hätte sich das Verdienst gutschreiben können, illusionslos am bewaffneten Kampf festgehalten zu haben, und damit Prestige und Zulauf gewonnen.

Das Kalkül ist nicht aufgegangen. Die Loyalisten/Protestanten halten sich mit Gegenschlägen bisher zurück; allein die Staatsmacht in London, Dublin und Belfast erfüllt die Erwartungen. Bei der Suche nach den Attentätern werde "jeder Stein umgedreht", drohte die britische Nordirlandministerin Mo Mowlam. Tony Blair will auf der grünen Insel "ein Klima schaffen, in dem es für die Täter kein Versteck mehr gibt", und Irlands Ministerpräsident Bertie Ahern will "ohne Rücksicht" durchgreifen - ohne Rücksicht auch auf rechtsstaatliche Prinzipien. Terrorismus-Verdächtige sollen künftig statt zwei sieben Tage lang festgehalten werden dürfen; geprüft werden Organisationsverbote, Verurteilungen allein aufgrund der Aussage eines einzigen Polizisten und die Aufhebung des Zeugnisverweigerungsrechts. Letzteres richtet sich direkt auch gegen die Anhänger von Sinn Féin, die von der Parteiführung aufgerufen wurden, Spitzeldienste zu verweigern. Weniger wahrscheinlich ist, daß die Internierung von Verdächtigen ohne Anklage wieder eingeführt wird. Das fordern vor allem protestantische Hardliner, die - wie Blair, Mowlam, Ahern etc. - mit ihren Reden den Volkszorn anheizen.

In Teilen des Landes soll sich regelrechte Lynch-Stimmung breitgemacht haben. Der als Mittäter, wenn nicht gar Anstifter des Anschlags verdächtigte Paul McKevitt ist aus Angst vor Rache-Akten untergetaucht. Auch er distanzierte sich, gemeinsam mit seiner Frau Bernadette Sands, der Schwester des IRA-Märtyrers Bobby Sands, von dem Attentat. Die "Real IRA" und die übrigen Fortsetzer des bewaffneten Kampfs scheinen am Ende. Sie haben jede Unterstützung auch in den Teilen der republikanischen Community verloren, die den Fortgang des Friedensprozesses mit mehr Skepsis als Hoffnung beobachten. Seite 4

2. Weihnachten im Sommer. Dank an eine Spenderin

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:42

Daß die christlichen Feiertage am Jahresende nicht von allen geschätzt werden, ist der ak-Redaktion bekannt. Unser alljährlicher Spendenaufruf spekuliert auch weniger auf die im Dezember besonders entwickelte Mildtätigkeit als vielmehr auf die mit "Weihnachtsgeld" mehr oder weniger prall gefüllten Konten und Portemonnaies unserer Leserinnen und Leser. Ansonsten gilt: Die gute Tat ist zu jeder Jahreszeit willkommen. So sieht es offenbar auch unsere Leserin Doris H., die uns am 8. Juli eine Spende in Höhe von 500 DM zukommen ließ. Wir bedanken uns herzlich und versprechen sachgerechte Verwendung. Ohne daß wir zur Nachahmung ausdrücklich aufrufen wollen - wer außerhalb der "Saison" spendet, erwirbt damit dem Anspruch auf eine exklusive Danksagung. Wie an dieser Stelle abgedruckt.

ak-Redaktion

3. Linke Publikation kritisiert Auflösungserklärung der "Roten Armee Fraktion"

Autor: VS Baden-Württemberg · Rubrik: RAF; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:19

Betr.: Wieder nur Sprechblasen, ak 415

Linke Publikation kritisiert Auflösungserklärung der "Roten Armee Fraktion"

Die "Zeitung für linke Debatte und Praxis, ak - analyse und kritik" äußert sich in ihrer jüngsten Ausgabe (Nr. 415) bzw. im "Computernetzwerk Linksysteme" (CL-Netz) über die Auflösungserklärung der RAF vom 20. April 1998. Dabei kritisieren die Verfasser des Beitrags - ähnlich wie zuvor die Autoren der Szenepublikationen "radikal" und "INTERIM" - die Argumentation als nichtssagend und "schlicht großmäulig".

Bemerkenswert an dem Artikel ist jedoch das Schlußresumée der Redakteure. Unter dem Titel "Bewaffneter Kampf passé?" propagieren sie weiterhin den bewaffneten Kampf als notwendiges Mittel auf dem Weg zur Befreiung. Es sei Aufgabe der heutigen "Linken", gegen die zur Zeit herrschenden Verhältnisse vielfältige Kampfformen zu entwickeln.

VS Baden-Württemberg

4. Sozialarbeiter ohne Arbeit. Nazis wollen sich nicht mehr akzeptieren lassen

Autor: Anna Bartels · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:44

Nach dem Überfall auf einige Linke in Tostedt im April dieses Jahres (s. ak 414) sah es zunächst so aus, als ob sich in der nordniedersächsischen Stadt nichts ändern würde. Die GemeindevertreterInnen zitierten das alte Links-Rechts-Schema, nach dem die Linken die Skinheads provoziert hätten. Auch das Projekt der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen in der Resofabrik wurde fast unkommentiert weitergeführt, obwohl bei dem Überfall eine junge Frau beinahe totgeschlagen wurde. Um die Jugendarbeit mit den gewaltbereiten Skins nach dem Angriff der Nazis noch zu intensivieren, stellte der Kreistag umgehend 200.000 DM zur Verfügung.

Allerdings wurde die Kritik, daß die Sozialarbeit mit Streetworker Bernd Rutkowski an der Spitze die örtliche Naziszene eher gestärkt als eingedämmt habe, auch in liberalen Kreisen lauter. Selbst die Regionalpresse, die sich sonst immer hinter das Konzept der Resofabrik gestellt hatte, bemerkte, daß der betreute Treffpunkt von den örtlichen Nazikadern vornehmlich als Rekrutierungsfeld genutzt wurde. Der in die Kritik geratene Rutkowski zog sich aus der direkten Betreuung der Neonazis zurück. Er leugnet er nach wie vor, daß es in "seinem" Projekt irgendeine Art Beeinflussung seitens der Kader gegeben hätte. Rutkowski übergab die Arbeit vor Ort an Harald Fröhlich.

Das scheint den Skinheads wiederum nicht zu passen, zumal der neue Streetworker erklärte, er wolle nur mit den jüngerenSkins zusammenarbeiten, was de-facto den Ausschluß der älteren Nazikader aus dem Jugendzentrum bedeutet. In einem Pressetext erklärten die "Skinheads Tostedt" ihre Zusammenarbeit mit der Resofabrik für beendet, da der neue Sozialarbeiter "mangelnden Einsatzwillen" gezeigt habe. Sie vergaßen dabei nicht, noch einmal auf die gute Zusammenarbeit mit Rutkowski hinzuweisen.

Die Befriedigung darüber, daß nun auch die liberale Öffentlichkeit das Scheitern der akzeptierenden Sozialarbeit erkannt hat, kann allerdings nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß es den Neonazis in Nordniedersachsen in den letzten Jahren gelungen ist, in Tostedt und Umgebung eine starke Szene aufzubauen, die jetzt keine Sozialarbeiter mehr braucht, die es vielleicht wagen könnten, Kritik an dem Gebaren der Nazis zu üben. Selbstbewußt klingt auch die Ankündigung, ihre Interessen jetzt "wieder mit altbewährten Mitteln in die Gesellschaft einzubringen". Diese "Mittel" werden sich wohl kaum von denen der letzten Jahre unterscheiden, in denen die Tostedter Skinheads nicht nur mit lokalen Angriffen gegen MigrantInnen und Linke von sich reden gemacht haben, sondern auch überregional an Aufmärschen und rechten Vernetzungsbestrebungen teilgenommen haben.

Anna Bartels

5. Aktionstage der Anti-AKW-Bewegung im September. Atomanlagen stillegen, sofort!

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/stade.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:stade

Die Castor-Transporte sind immer noch gestoppt, aber die strahlenden Müllberge wachsen täglich durch den Weiterbetrieb der Atomanlagen. Den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie wird es auch mit einer rot-grünen Bundesregierung nicht geben (vgl. "Grüne Pläne zum Atomausstieg ...", ak 415). Nach der Bundestagswahl, mit welcher Regierung auch immer, werden die Transporte - mit bis dahin angeblich wieder "sicheren" Behältern - erneut auf die Reise gehen.

Die Sonderkonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Marburg hat beschlossen, die Transportpause für bundesweite Aktionstage im September zu nutzen. Der alltägliche Wahnsinn des sogenannten "Normalbetriebs" der Atomanlagen soll zum Thema gemacht werden. Man hat sich daher auf vier Standorte geeinigt, die die lebensbedrohliche "Brennelemente-Spirale" repräsentieren.

In Gronau steht eine der weltweit größten Urananreicherungsanlagen. Im Rahmen einer Aktionswoche mit Widerstandscamp vom 13.-19.9. sollen die An- und Auslieferungen der Anlage behindert werden. Auftakt bildet eine Demo am 12.9. am AKW Lingen (12 Uhr ab Emslandhalle), und zum Abschluß findet am 20.9., 14 Uhr, der "Sonntagsspaziergang" in Ahaus statt.

Kontakt: Tel.: 02566/96394 oder 02562/700189

In Greifswald, dem größten AKW-Standort der DDR, ist die Akzeptanz von Atomtechnologie in der Bevölkerung noch sehr verbreitet. In dieser Region - mit ihrer hohen Erwerbslosigkeit - rechnet die Atommafia mit einem ungestörten Ausbau eines Zwischen- bzw. Endlagers. Dort findet vom 11.-13.9. ein Info-Wochenende mit Veranstaltung, Filmen und Aktionen (Stralsunder Str.) statt. Demo am 12.9. um 14 Uhr am Zwischenlager Lubmin.

Kontakt: Tel. 038378/22920

Saarbrücken ist der zentrale Grenzübergang für alle Atommülltransporte nach Frankreich.

Mit einer Demo und symbolischer Sitzblockade soll dort am 12.9. ab 13 Uhr der Ernstfall geprobt werden, abends findet ein Soli-Konzert statt. Abschluß des Aktionswochenendes bilden am 13.9. ab 13 Uhr ein Schienenfrühstück und -spaziergang.

Kontakt: Tel. 0681/635359

Der Schrottreaktor in Stade ist eines der ältesten AKWs der Republik. Da dort die internen Lagerbecken für Brennelemente nahezu gefüllt sind, droht den Betreibern - falls der Stopp der Transporte noch länger anhält - die Abschaltung zum Jahreswechsel. Dort - oder bei den AKWs Ohu in Bayern und Biblis in Hessen - muß die Anti-AKW-Bewegung mit dem ersten Castor-Transport rechnen, sobald Frau Merkel oder ihr/e Nachfolger/in den Startschuß gibt.

Die norddeutschen Anti-AKW-Gruppen haben daher den Standort Stade zum Schwerpunkt ihrer nächsten Aktionen ausgewählt. Am 12.9. soll schon einmal die Lage erkundet und für die Blockade des Transports geübt werden. Auftaktkundgebung um 12 Uhr (Am Sande), dann Demo und Aktionen. Abschlußkundgebung um 17 Uhr am Reaktor.

Kontakte: "Nix-Mehr AKW-Stade" Hamburg, Fax 040/4304490

"Mal richtig abschalten" Oldenburg:

Tel. 0441/592762

E-Mail: stade_aktion@hotmail.com

6. US-Tomahawks gegen das Völkerrecht

Autor: mi. · Rubrik: US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/neubomb.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:neubomb

"Das ist leider der Krieg der Zukunft." Zumindest mit dieser Aussage dürfte die US-Außenministerin Madeleine Albright am Tag nach den Angriffen gegen Ziele in Afghanistan und im Sudan richtig liegen. Ansonsten werfen die offiziellen US-Aussagen (zumindest bis zum ak-Redaktionsschluß) mehr Fragen auf, als sie Antworten bieten.

Zur Erinnerung: Am 7. August explodierten vor den US-Botschaften in Dar-es-Salaam (Tansania) und Nairobi (Kenia) zwei Autobomben. Mindestens 267 Menschen wurden getötet, etwa 5.000 verletzt. Die meisten Opfer waren PassantInnen; außerdem kamen mehrere einheimische Botschaftsangestellte und US-BürgerInnen ums Leben.

Für die US-Medien war sofort klar: "Attacks an Act of War, Allowing U.S. Reprisal" (Die Angriffe waren eine Kriegshandlung und erlauben US- Vergeltung), titelte die International Herald Tribune (IHT) am nächsten Morgen. Schon nach wenigen Tagen präsentierten die Medien einen mutmaßlichen Drahtzieher: den saudischen Multimillionär Ussama Ibn Ladin (oder, je nach Schreibweise: Osama bin Laden), der sich vermutlich in Afghanistan aufhält.

Am 20. August feuerten US-Kriegsschiffe "75 bis 80" Tomahawk-Raketen ab. In Afghanistan wurde laut Pentagon das "wichtigste" Trainingszentrum des "Ibn-Ladin-Netzwerks" bzw. eine "Terror-Universität" getroffen. Dagegen spricht die Washington Post von einem "primitiven Zelt- und Barackenlager in der Wildnis". In der sudanesischen Hauptstadt Khartoum zerstörten die US-Raketen anscheinend keine Chemiewaffen-, sondern eine Medikamentenfabrik. Wieviel Tote es gab, ist unklar. Genannt werden 21 bis 50.

Was die beiden Angriffsziele mit den Botschaftsattentaten zu tun haben, ist unklar. Auch vier Tage nach den Bombenangriffen hat die US-Regierung noch keine Beweise über eine Beteiligung Ladins präsentiert. "Als die Raketen flogen, waren die FBI-Ermittler immer noch auf ihren Knien und betupften die eingeebneten US-Botschaften mit Q-Tips, auf der eifrigen Suche nach Spuren" (IHT, 24.8.98). Auch hatten die USA noch keinen Auslieferungsantrag für Ladin gestellt - obwohl afghanische UN- Diplomaten angekündigt hatten, daß man "darüber reden" könne, wenn stichhaltige Beweise vorgelegt würden. Bisher ist allenfalls eine ideelle Mitschuld deutlich: Ladins blutrünstige Mordaufrufe gegen "gottlose" amerikanische Militärs und Zivilisten.

Selbst wenn es (militärisch gesehen) die "richtigen" Ziele getroffen haben sollte, bleibt ein völkerrechtliches Problem: Der Artikel 51 der UN-Charta läßt grenzüberschreitende Gewalt nur zur präventiven Selbstverteidigung, nicht aber zur Vergeltung zu. Dabei reicht eine allgemeine Bedrohung nicht aus; es hätte schon ein bewaffneter Angriff gegen US-Territorium unmittelbar bevorstehen müssen. Auch dafür gab es bis ak-Redaktionsschluß keine Beweise.

Zwar gab sich Clinton redlich Mühe, nicht nur von "Zurückschlagen", sondern auch von "Gefahrenabwehr" zu sprechen, aber das Völkerrecht dürfte keine nennenswerte Rolle gespielt haben. Schon beim Streit um den Weltgerichtshof vor einigen Wochen machte die US-Regierung deutlich, daß sie nicht bereit ist, sich multilateralen Institutionen unterzuordnen. Im Gegenteil: Die wichtigste Botschaft der US-Regierung dürfte gerade ihre Eigenmächtigkeit sein. Verbündete Regierungen wurden erst nach den Raketenangriffen verständigt. Dieser Alleingang ist sowohl ein Ausdruck der Stärke (die USA haben die Unterstützung von Alliierten nicht nötig) als auch der Schwäche (Clinton hätte wohl kaum solchen Rückhalt bekommen, zumal es mitten im Sex-Meineid-Skandal allzusehr nach Ablenkungsmanöver aussah).

Die meisten Kriege sind heute keine militärischen Auseinandersetzungen zwischen souveränen Staaten, sondern innerstaatliche Konflikte - ob sozial, religiös oder "ethnisch" definiert. Auch die USA exerzieren ihre Weltmacht mittlerweile als "Bandenbekämpfung".

Die Ironie der Geschichte: Die USA haben sich ihren neuen Gegner selbst geschaffen. Ohne die Milliarden Dollars, mit denen die USA seit 1979 den islamistischen "afghanischen Widerstand" gegen die von der Sowjetunion gestützte Regierung in Kabul finanzierte, würden die heutigen Terrorgruppen wohl kaum existieren. Auch die "Terror-Universität", die jetzt unter die Tomahawks kam, war vor fast 20 Jahren vom CIA aufgebaut worden.

mi., 24.8.98

7. Kritische Presse = ETA. Spanische Regierung schließt Zeitung und Radio EGIN in Euskadi

Autor: Rainer Zorn · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:10

23 Jahre nach Ende der Franco-Diktatur ist die spanische Zentralregierung zum ersten Male wieder mit drakonischen Repressalien gegen fortschrittliche Medien vorgegangen. Die baskische Tageszeitung EGIN und der gleichnamige Radiosender wurden unter massivem Polizeieinsatz geschlossen. Der folgende Beitrag beleuchtet die Umstände und Hintergründe dieses eklatanten Falles von Pressezensur.

Am 15. Juli gegen 5.00 Uhr morgens, kurz nachdem die vorläufig letzte Ausgabe (Tagesauflage: 50.000) von EGIN gedruckt und ausgeliefert worden war, umstellten ca. 200 Polizisten das Gebäude von Redaktion, Druckerei und Radio in der Ortschaft Hernani (Provinz Gipuzkoa). Sie öffneten gewaltsam das schon verschlossene Gebäude, in dem sich noch gerade fünf der sonst über 200 Beschäftigten befanden, und entwendeten Computer, Disketten, Personal- und Lohnakten, Spendenlisten, demontierten die Sendeantenne des Radios und versiegelten schließlich nach stundenlanger Durchsuchung alle Räume und das Gebäude. Das gleiche geschah zeitgleich in den Redaktionsaußenstellen in Bilbao, Pamplona und Vitoria-Gasteiz. In verschiedenen Orten im Baskenland wurden dazu im Morgengrauen 11 Personen, meist ehemalige MitarbeiterInnen des Verwaltungsrates der Verlagsgesellschaft Orain, zu der sowohl die Tageszeitung als auch das Radio EGIN gehört, verhaftet. Nachdem gegen acht von diesen Personen eine Woche später Untersuchungshaft verhängt wurde und drei unter strengen Meldeauflagen erstmal wieder auf freien Fuß kamen, wurden kurz darauf zwei weitere Personen festgenommen und seitdem in Haft gehalten. Einer davon ist der Chefredakteur Salustregi. Er stellte sich der spanischen Justiz, nachdem er auf einer Geschäftsreise von den Vorgängen erfahren hatte. Er ist einer der wenigen Verhafteten, der aktuell bei Orain-EGIN beschäftigt ist; alle anderen waren dies vor fünf Jahren.

Haarsträubende Konstrukte

Der Verlagsgesellschaft Orain und ihren Medien wird vorgeworfen, sie stünden im Dienst der baskischen bewaffnet kämpfenden Organisation ETA, wären ihr sogar untergeordnet und hätten seit 1992 ihren festen Platz in der Organisationsstruktur der ETA. In diesem Jahr hätte die ETA-Führung die Entscheidung für die Eingliederung dieser Medien getroffen. Besonders 1993 habe es enge Kontakte zwischen ETA und Orain gegeben, als der Chefredakteur Salustregi einen als Interviewtermin getarnten direkten Kontakt mit einem ETA-Verantwortlichen im französischem Baskenland gehabt haben soll. Hier seien entscheidende Punkte für die Ein- und Unterordnung, Abstimmungen in der politischen Linie und der Personalpolitik abgesprochen worden. Als Konsequenz werden die Angeschuldigten als Mitglieder einer terroristischen Vereinigung (ETA) gesehen, die Steuerbetrug und betrügerischen Bankrott in Abstimmung mit der ETA organisiert hätten.

Die Haftbeschlüsse des Ermittlungsrichters Garzón wurden seitenlang in der spanischen Presse abgedruckt (ein Indiz für die Brisanz des Vorfalles).. Demnach müßte die ETA die letzten Jahre unglaublich einflußreich gewesen sein - ein großer Widerspruch zu allen bisherigen öffentlichen Bekundungen. Die ETA soll die Besetzung der Chefetage bei Orain-EGIN beeinflußt und über Anzeigen in EGIN mit den Kommandos kommuniziert haben (So sollen z.B. Entführungsaktionen gesteuert worden sein.). Sie soll darüber hinaus EGIN bei der Durchführung von Medienkampagnen angeleitet haben. EGIN habe Themen hochgekocht, bis die ETA schließlich Sympathien für Aktionen vorgefunden hat; mit den Worten des spanischen Innenministers: EGIN legt an und ETA drückt ab. Die ETA soll auch über einen Geheimdienst verfügen, der sich u.a. EGINs bedient haben soll. In der Druckerei seien kostenlos für ETA-Unterzellen (sprich Jugend- und Frauenorganisationen) Plakate gedruckt worden. Durch Vertraute im Verwaltungsrat von Orain soll die ETA auch dafür gesorgt haben, daß der Verlag in großem Umfang die staatliche Sozialversicherung betrogen habe. Beiträge seien nicht abgeführt worden, damit "baskisches Geld nicht in die Hände Spaniens falle". Der Chefredakteur Salustregi wird zu der Person aufgebaut, die alle Fäden in der Hand hatte. Er soll als einziger den Schlüssel zu dem E-mail-Briefkasten gehabt haben, in dem die ETA-Führung angeblich ihre Anweisungen deponierte.

Zu all diesen Vorwürfen haben die EGIN-Redaktion und ihre Anwälte ausführlich öffentlich Stellung genommen. Für sie hat dieses politische Vorgehen keinerlei reale Grundlage. Es ist mutwillig und durch keine

gesetzliche Grundlage gedeckt. Jedem Vorwurf wurde einzeln nachgegangen, wie z.B. dem der Verantwortlichkeit des Chefredakteurs und dessen exklusivem E-mail-Zugang. Lapidar stellt die Redaktion dazu fest, daß im Jahr 1993 (dem Jahr, auf das sich die Vorwürfe beziehen) EGIN noch gar keinen E-mail-Anschluß besaß. Dennoch haben die direkt Betroffenen und die Linke im Baskenland insgesamt wenig Hoffnung, daß die Schließung von EGIN bald beendet sein könnte. Daß die Regierung aufgrund derart falscher Anschuldigungen Leute im Knast behält und das sensible Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und Information außer Kraft setzt, ist kein gutes Zeichen.

Repression

statt Verhandlungen

Die spanische Regierungspartei Partido Popular (PP) geht mit der jüngsten Aktion gegen EGIN konsequent ihren repressiven Weg gegen die linksnationalistische baskische Bewegung weiter. Selbst die Analysen und Ratschläge aus bürgerlichen Kreisen wie Parteien, Kirche, Hochschulen und sogar von Polizeifachleuten kommen zu dem Ergebnis, daß das Problem, das die spanische Regierung seit ca. 50 Jahren mit dem Baskenland hat, mit polizeilichen Mitteln allein nicht zu lösen ist. Ungeachtet dessen scheint die PP-Regierung das Gegenteil beweisen zu wollen. Sie kriminalisiert mit Polizei und Justiz systematisch die organisierte baskische Linke. Der jetzige Schlag ist nur der letzte in einer Reihe von Repressionsmaßnahmen:

Bereits vor vier Jahren durchwühlten Polizisten der Ertzantza (1) die Räume der "Grupo de Investigación", einer Redaktionsgruppe bei EGIN, die investigativen Journalismus betreibt und bereits mehrere handfeste politische Skandale insbesondere im Bereich der Korruption und des Schmutzigen Krieges losgetreten hat. Ursache war eine bei einem ETA-Mitglied gefundene Kopie eines Berichts einer Wirtschaftsauskunftei, den der verantwortliche Redakteur dieser Journalistengruppe, Pepe Rei, angefordert hatte. Dieser Vorfall brachte Rei ein Jahr Untersuchungshaft ein. Im anschließenden Gerichtsverfahren wurde er jedoch vom Vorwurf der Zusammenarbeit mit der ETA freigesprochen. Rei selbst wies die Vorwürfe, für die ETA Botendienste unternommen zu haben, immer zurück und bewertete diesen Vorfall als Ver- oder wenigstens Behinderung der Arbeit der Grupo de Investigación. (siehe auch die Beilage zu ak 405).

Im Herbst 1997 wurden sämtliche 25 Führungsmitglieder von Herri Batasuna (HB, linksnationalistisches Wahlbündnis) zu sieben Jahren Knast verurteilt, weil sie einen Verhandlungsvorschlag der ETA in Videoform als Wahlwerbespot im Fernsehen senden wollten. Diesen Video hatten sie anonym wie andere Parteien und Zeitungsredaktionen zugesandt bekommen, aber nur HB verwendete ihn. Das machte alle Vorstandsmitglieder von HB in den Augen der spanischen Justiz kollektiv zu Kollaborateuren der ETA (siehe ak 408, S. 13).

Im Mai diesen Jahres wurden ein dutzend Firmen im Baskenland durchsucht und teilweise geschlossen oder aber ihre Konten beschlagnahmt, weil sie angeblich zum Finanzimperium der ETA gehören und das Geld waschen würden, das sie durch Entführungen und Revolutionssteuern eintreibe.

Schlag gegen

die baskische Linke

Zur Vorbereitung dieser Schläge hat die PP seit Regierungsantritt propagandistisch ein gewaltiges ETA-Imperium konstruiert. Danach ist die ETA nicht nur eine Bande Seelenloser, sondern vielmehr der Kopf eines riesigen undurchschaubaren sozialen, ökonomischen und politischen Konglomerats, das von ungezählten Menschen gebildet wird. Sie alle hätten ihren Platz in der MLNV (Movimiento de Liberación Nacional Vasco = baskische nationale Befreiungsbewegung) und ihren diversen Organisationen. Steuerzentrale dieser "Superholding", wie sie bereits in der bürgerlichen spanischen Presse genannt wird, sei die 1975 gegründete Organisation KAS (Koordinadora Abertzale Sozialista = Patriotisch-sozialistische Koordination). Über zahlreiche "Unterzellen" setze KAS überall den Willen der ETA durch. KAS und ETA bildeten ein "unauflösbares Tandem".

Wenn dies so wäre, verfügte ETA tatsächlich über eine riesige soziale Basis, denn diese "Unterzellen" umfassen den größten Teil der baskischen Bevölkerung. Bis in die jetzigen Beschlüsse des zuständigen Ermittlungsrichters Garzón hinein wird erklärt, wer und was mit diesen "Unterzellen" gemeint ist: So z.B. die Gestoras pro Amnestia (alteingesessene Antirepressions-Organisation) und Senideak (Angehörigen-Organisation der Gefangenen), Organisationen, die eher humanitär-menschenrechtlich orientiert

sind und immerhin Demonstrationen von bis zu 50.000 Menschen auf die Beine bekommen. Eine "Zelle" soll auch der riesige Komplex AEK sein (Alfabetazen eta Euskalduntze Koordinatora; Schulen und Bildungseinrichtungen zur Pflege der baskischen Sprache und Kultur) mit etlichen hundert Mitarbeitern in Dutzenden von Schulzentren. Immer wieder wird dieser insgesamt anerkannte pädagogische Sektor als ETA-nah oder als ETA-Satellit bezeichnet. Im Zuge der oben erwähnten Durchsuchung von Firmen wurden kurzfristig auch sämtliche AEK-Konten beschlagnahmt. Dessen staatliche Subventionen sollen an andere "ETA-Satelliten" weitergeleitet worden sein; ein absurdes Konstrukt, wie die Gerichte feststellten.

Die Liste dieser "Unterzellen" läßt sich beliebig fortsetzen. Über politische Gruppierungen, Gewerkschaften, Frauen-, Jugend- und Studentenorganisationen etc. sind so ziemlich alle dissidenten Menschen dabei. Die Verlagsgesellschaft Orain mit ihren Medien EGIN Zeitung und Radio konnte in dieser Logik nicht fehlen. Ein Anwalt des Verlages sieht es so: Heute ist es EGIN, aber die spanischen Repressionsorgane gehen gegen "Baskisch-Sein" insgesamt vor.

Warum jetzt?

Es gibt unterschiedliche Vermutungen darüber, warum die jüngsten Repressionsmaßnahmen gegen EGIN gerade jetzt kommen. Auffällig ist die zeitliche Differenz zwischen der staatlichen "Erkenntnis", daß EGIN in ETA-Hand ist (Man will das seit der Verhaftung einiger ETA-Mitglieder im Jahr 1992 und 1993 wissen) und ihrer Umsetzung in konkrete Schritte. Selbst die spanische Izquierda Unida (Vereinigte Linke, nicht gerade bekannt für baskenfreundliche Töne) fragte nach einem politischen Kalkül seitens der Partido Popular.

Das könnte in dem gerade stattgefundenen Prozeß gegen den ehemaligen sozialdemokratischen Innenminister Barrionuevo und dessen damaligen Staatssekretär Vera liegen. Beide waren gemeinsam mit zehn ehemaligen leitenden Polizeioffizieren der sozialdemokratischen Epoche wegen Entführung des vermeintlichen ETA-Mitgliedes Segundo Marey angeklagt. Dies war die erste einer langen Reihe blutiger Aktionen, für die die Todesschwadron GAL ausdrücklich die politische Verantwortung übernommen hat. Dennoch wurden alle 12 Angeklagten nicht wegen Zugehörigkeit zu einer terroristischen oder kriminellen Vereinigung verurteilt. Exakt am Tag nach der Schließung von EGIN wurde das Urteil verkündet: zehn Jahre für den Innenminister und seinen Diener. Insgesamt ist dieses Urteil ein Skandal. Selbst der Staatsanwalt war von einer Zugehörigkeit zu einer bewaffneten Organisation ausgegangen und hatte 23 Jahre Haft gefordert. Darüber hinaus wurde erstmals die Verantwortung der sozialdemokratischen PSOE für den Schmutzigen Krieg im Baskenland gerichtlich festgestellt. Der Schlag gegen EGIN dient so der Ablenkung und Schadensbegrenzung. Zum einen ist die Linke rechtzeitig beschäftigt worden. Zum anderen wurde die ansonsten verhaßte sozialdemokratische Oppositionspartei PSOE beschwichtigt. Immerhin hatte diese im Verlaufe des Prozesses immer wieder an die Mitverantwortung der PP am Schmutzigen Krieg erinnert.

Pepe Rei von der Grupo de Investigación bei EGIN hat noch eine weitere Vermutung. Danach habe die Schließung und Durchsuchung von EGIN und insbesondere ihrer Archive den Zweck, die Veröffentlichung gerade durchgeführter Recherchen zu verhindern. Auf einer Veranstaltung legte er einige fertig recherchierte Beispiele vor, die umfassend die Beteiligung staatlicher Institutionen am Schmutzigen Krieg, Drogenhandel, Korruption, Kinderpornografie und verdeckten Aktionen belegen. Solche Veröffentlichungen haben den diversen staatlichen Einrichtungen bisher immer heftige Bauchschmerzen verursacht.

Anzufügen ist letztlich noch, daß die globale Ausforschung der Medienzentrale EGIN den Staatsorganen wahrscheinlich eine Unmenge von Informationen bringen wird, die sie sich sonst in jahrelanger Kleinarbeit erarbeiten müßten. Die jetzige Aktion ist sozusagen eine Abkürzung. Denn wer links ist im Baskenland, hat mit Sicherheit einmal Kontakt mit EGIN aufgenommen; dort konnte mensch eben publizieren.

Weitermachen, was sonst!

Mit dieser Aktion, so beabsichtigte der spanische Innenminister Mayor, sollte daß Herz der baskischen linksnationalistischen Medien getroffen werden. Aber es hörte nicht auf zu schlagen. Schon am nächsten Tag erschien (und seitdem ununterbrochen) "EUSKADI INFORMACION" mit dem klaren Bekenntnis: Wir machen weiter und wir werden weitermachen! Die Zeitung wird erstellt von derselben Redaktions- und Druckercrew wie EGIN; sie ist zum selben Preis wie früher an jedem Kiosk erhältlich. Das Radioteam ist ausgewichen auf verschiedene Freie Radios, die nun vielfach trotz Sommerpause den Betrieb fortführen und ihre Technik und ihren Kanal zur Verfügung stellen.

Die Demonstration am 18. Juli mit 75.000 TeilnehmerInnen (die wohl größte, die Donostia je gesehen hat) wie auch die positive Resonanz der zweistündigen Arbeitsniederlegung am 23. Juli sind Beispiele für die große Solidarität, die EGIN erfährt. Diese ist nur aus der Einzigartigkeit der Zeitung zu erklären. Wenn sie auch nicht die Beste aller Zeitungen ist, die Linke im Baskenland konnte nicht ohne EGIN nicht auskommen. Neben Berichten aus dem kleinsten Ort und Barrio, über irgendeine politischen Unternehmung irgendeiner Gruppe überzeugten die Seiten mit den Fremdbeiträgen (3-4 Seiten täglich), die Berichte der Grupo de Investigación und die ausführlichen Interviews von AktivistInnen.

All das ermutigt die baskische Linke, ein ehrgeiziges Ziel in Angriff zu nehmen: Schon für den Frühherbst dieses Jahres soll ein neues Medienprojekt entstehen. Dazu sollen jetzt 1 Mrd. Pts. (ca. 12 Mio. DM) aufgetrieben werden. Die ersten Sammeldosen kann man schon auf den laufenden Fiestas im Baskenland sehen. Also, beim Besuch im Baskenland gleich etwas hineintun oder aber auf das zentrale Solikonto (auch aus Deutschland) einzahlen: EGIN, Caja Laboral Popular (Spanien Baskenland), Kto.Nr. 3035 0025 8602 5101 1936.

Nachfragen jeder Art sind telefonisch zu richten an: 00.34.943.551750.

Rainer Zorn, Donosti

Anmerkungen:

1) umstrittene autonome baskische Polizeiorganisation; vor ca. 15 Jahren vom damaligen Chef des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Hans Josef Horchem, zur Aufstandsbekämpfung konzipiert.

8. Der endgültige Bankrott der "Real IRA". Der nordirische Friedensprozeß und das Massaker von Omagh

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:30

Am 15. August tötete eine Autobombe in der nordirischen Stadt Omagh 28 Zivilisten, in ihrer Mehrheit Frauen und Kinder. Ungefähr 220 Menschen erlitten teils lebensgefährliche Verletzungen. Bei keinem anderen Anschlag in der Geschichte des Nordirlandkonflikts kamen so viele Menschen ums Leben wie an diesem Samstag in Omagh. Die Omagh-Bombe unterschied sich von anderen nordirischen Massakern der Vergangenheit noch in anderer Hinsicht: Niemals zuvor war die Zahl derjenigen, die ein Blutbad zu relativieren versuchten, so verschwindend gering wie dieses Mal.

Vierzig Minuten vor der Explosion hatte die Polizei eine erste telefonische Warnung erhalten, der nur drei Minuten später eine weitere folgte. Offenbar herrschte bei den Bombenlegern eine gewisse Konfusion: Beim ersten Anruf nannten die Täter das Gericht als Ort der Bombe; bei der zweiten Warnung war nur noch von einer Bombe in Omagh die Rede. Die Polizei folgte der konkreteren Angabe, was auch logisch war: In der Vergangenheit hatten sich republikanische Anschläge in eher nationalistischen Städten - und Omagh ist eine solche - nur selten gegen ökonomische Ziele gerichtet, sondern vor allem gegen Gerichtsgebäude und Polizeistationen. So leitete die Polizei die flanierende Bevölkerung weg vom Gericht die Einkaufsstraße hinunter - und damit direkt zum Explosionsort.

Die "Real IRA": Bomben als Politik-Ersatz

Als Urheber wurde schon früh die "Real IRA" (RIRA) vermutet, eine Abspaltung der IRA, die den Waffenstillstand und das Belfaster Abkommen ablehnt. Die "Real IRA" soll maximal 100 Mitglieder zählen, ihre Hochburgen befinden sich in den ländlichen Gegenden East Tyrone und South Armagh, wo ein traditionalistischer und sich primär militärisch artikulierender Republikanismus kultiviert wird. Einige Unterstützer hat sie südlich der Grenze, insbesondere im County Louth und der dort gelegenen Grenzstadt Dundalk, die schon immer eine wichtige strategische Funktion für republikanische Paramilitärs erfüllte. In Belfast und Derry spielt die Organisation hingegen keine Rolle. Ihre militärische Bedeutung bezieht die "Real IRA" daraus, daß sie von Paul McKevitt, dem ehemaligen Waffenmeister der IRA, geführt wird. McKevitt und seinen Mitstreitern ist es offenbar gelungen, einige Waffen und Sprengstoff der IRA in ihre Hände zu bringen. Außerdem sollen sich der Organisation eine Reihe von Bombenexperten der IRA angeschlossen haben.

Die "Real IRA" steht mit dem "32 County Sovereignty Committee" im Bunde, das von Sinn-Féin-AktivistInnen gegründet wurde, die ihre Parteiführung des Verrats republikanischer Prinzipien bezichtigen. Gegenüber der Öffentlichkeit wird das Komitee insbesondere von McKevitts Ehefrau Bernadette Sands repräsentiert, der Schwester des 1981 im Hungerstreik gestorbenen IRA-Gefangenen Bobby Sands. Bernadette Sands geht mit der Behauptung hausieren, ihr Bruder hätte dem Abkommen niemals zugestimmt. Was der vor 17 Jahren Verstorbene wohl heute über diese oder jene Frage denken würden, darüber läßt sich trefflich spekulieren. Genauso gut könnte man ins Feld führen, daß Sands ein enger Verbündeter von Gerry Adams war, dem Architekten der republikanischen Friedensstrategie, und mit der Wahl des IRA-Aktivisten Sands ins britische Unterhaus die Politisierung der republikanischen Bewegung überhaupt erst begann.

Mittlerweile hat die "Real IRA" die Tat eingestanden. In ihrer Erklärung heißt es, der Tod von Zivilisten sei nicht beabsichtigt gewesen. Dies dürfte der Wahrheit entsprechen. Das Ziel war wohl tatsächlich nur kommerzieller Natur. Eine gegen die Bürger einer mehrheitlich nationalistischen Stadt gerichtete Bombe, die dazu noch eine republikanische Hochburg ist, ergibt selbst im Falle der "Real IRA" keinen Sinn. Zumal das "32 County Sovereignty Committee" hier über einen Abgeordneten im Stadtrat verfügt, der vor einigen Monaten aus der Sinn-Féin-Fraktion ausgeschlossen wurde. Allerdings hat die Organisation mit ihrem konfusen und verantwortungslosen Vorgehen ein Massaker billigend in Kauf genommen.

Der "Real IRA" mangelt es nicht an Bombenexperten, wohl aber an politischer Verantwortung und Substanz. Ohnehin stellt sich die Frage, was eine militärische Kampagne zum augenblicklichen Zeitpunkt, wo sich in Nordirland einiges in Bewegung befindet, eigentlich soll. Die Vermutung liegt nahe, daß man auf einen

loyalistischen Gegenschlag spekuliert. Omagh taugte hierzu nicht, schließlich traf die Bombe vornehmlich die katholische/nationalistische Community. Anders könnte es aussehen, wenn Mitglieder der nordirischen Sicherheitskräfte - in der Regel Protestanten - zu Schaden kommen. Die "Real IRA" spekuliert möglicherweise auf eine militärische Eskalation, durch die größere Teile der IRA in den bewaffneten Kampf zurückgezwungen werden.

Die Sinn-Féin-Führung hat sich von der Omagh-Bombe so deutlich distanziert wie noch nie zuvor von einem republikanischen Anschlag. Sinn Féins Vizepräsident Martin McGuinness, von den Medien vor noch gar nicht so langer Zeit als IRA-Stabschef gehandelt, sah man am Ort des grausamen Geschehens im intensiven Gespräch mit einem Polizei-Offizier. Allerdings lehnte es McGuinness ebenso wie Adams ab, Republikaner dazu aufzufordern, Informationen an die Polizei weiterzuleiten.

Es ist nicht auszuschließen, daß die IRA, die den Täterkreis vermutlich kennt, selbst dafür sorgen wird, die Störenfriede ruhig zu stellen. Bereits seit einigen Wochen lassen sich hinter den Kulissen hektische Aktivitäten registrieren. In der Republik Irland werden Waffenlager aufgelöst, um das Gerät zu "sicheren Orten" im Norden zu transferieren, auf daß es nicht in die Hände der "Real IRA" und dem mit Republican Sinn Féin verbündeten "Continuity Army Council" fällt. Laut Sunday Tribune sollen beide Organisationen von IRA-Agenten infiltriert worden sein, deren Aufgabe es sei, militärische Operationen zum Scheitern zu bringen. Die Warnungen der Sinn-Féin-Führung in Richtung "Real IRA" ließen an Deutlichkeit kaum zu wünschen übrig.

Unter dem Druck der IRA und der Öffentlichkeit hat die RIRA inzwischen einen Waffenstillstand verkündet. Erwartet wird das auch von der INLA, einer anderen paramilitärischen Organisation, die bislang gegen den Friedensprozeß opponierte. Die Omagh-Bombe könnte das vorzeitige Ende der noch jungen Guerilla einleiten. Es gibt zu viele Kräfte, die ihr den Garaus machen wollen: die Regierungen in London und Dublin, Sinn Féin und die IRA, vor allem aber die katholische/nationalistische Öffentlichkeit, die - im Gegensatz zum protestantischen/unionistischen Lager - mit überwältigender Mehrheit für das Belfaster Abkommen votiert hatte. Außerdem dürfte die Omagh-Bombe weitere potentielle Rekruten abschrecken. Politisch ist dieses Spektrum nun noch isolierter, als es ohnehin schon war. Da es erheblich kleiner ist als Sinn Féin/IRA, über keine Basis in der Bevölkerung verfügt und lokalisierbar ist, dürfte es für London und Dublin relativ leicht sein, gegen die "Real IRA" massiv vorzugehen, ohne dabei den Friedensprozeß und die republikanische Zustimmung zu diesem zu gefährden.

Die Bombe von Omagh ließ im unionistischen Lager die Stimmen lauter werden, die eine Abrüstung der IRA vor Eintritt Sinn Féins in die nordirische Regierung fordern. Daß die britische Regierung diesen Forderungen nachgeben wird, ist eher unwahrscheinlich. Der IRA würde damit die Möglichkeit genommen, militante Abtrünnige zu disziplinieren. Außerdem würde die totale Abrüstung der IRA zwangsläufig den militärischen Status der Splittergruppen erhöhen.

Sinn Féin bald stärkste der Partei'n?

Bei den Wahlen zur nordirischen Versammlung hatten die nationalistischen Parteien einen "historischen Sieg" errungen. Die SDLP gewann 22% der Wählerstimmen und wurde damit erstmals stärkste Partei in Nordirland. Sinn Féin kam auf 17,6%, das beste Ergebnis in der Geschichte der Partei. Nur 29.367 Stimmen trennten Sinn Féin von der Ulster Unionist Party, der stärksten Partei der Unionisten. Unter den 18 Abgeordneten der Partei, die im nordirischen Parlament sitzen werden, befinden sich einige ehemalige IRA-Aktivisten.

In den frühen 90ern hatte der damalige Nordirlandminister Sir Patrick Mayhew Sinn Féin noch abfällig als "Zehn-Prozent-Partei" bezeichnet. Seither hat die Partei ihren Stimmenanteil kontinuierlich steigern und dabei auch Teile der katholischen Mittelschichten mobilisieren können, die bis dahin SDLP gewählt hatten. 1993, d.h. noch vor dem Waffenstillstand, kam Sinn Féin bei den Kommunalwahlen auf 12,4%. Bei den Forum-Wahlen von 1996 waren es bereits 15,5%, obwohl die IRA einige Monate zuvor ihren Waffenstillstand aufgekündigt hatte.

Einige politische Kommentatoren hofften, es handele sich bei dem Zuwachs lediglich um Leihstimmen von SDLP-Wählern, die damit den republikanischen Friedenskurs stärken wollten. Doch bei den Unterhauswahlen von 1997 stieg Sinn Féins Stimmenanteil weiter auf 16,1%. Mit Gerry Adams und Martin McGuinness wurden gleich zwei Republikaner ins britische Parlament gewählt. Ein dritter Sitz wurde in West Tyrone nur knapp verfehlt.

Wenige Wochen später, als wieder Kommunalwahlen stattfanden, waren es dann 16,9%, die für den "politischen Arm der IRA" stimmten. Westlich des Flusses Bann, der Nordirland geographisch teilt, ist Sinn Féin schon heute die stärkste politische Partei überhaupt. In fünf der 18 Wahlkreise - North Belfast, West Belfast, Fermanagh & South Tyrone, West Tyrone und Mid Ulster - erhielt Sinn Féin die meisten Stimmen aller angetretenen Parteien. In West Belfast bedeuteten dies 58,98%. Besonders beeindruckend ist das Wachstum in Mid Ulster, wo die Partei ihr Ergebnis gegenüber den letzten Wahlen um 10% auf 40,77% steigern konnte und drei der sechs Sitze gewann. In zwei Wahlkreisen - Foyle (Derry) und Newry & Armagh - landete die Partei immerhin noch auf Platz zwei.

Was bis vor kurzem noch als völlig unmöglich galt, nämlich die Ablösung der SDLP als Wahlpartei Nr. 1 der nordirischen Katholiken/Nationalisten, könnte nun in einigen Jahren durchaus eintreten. Zumal wenn sich der populäre SDLP-Vorsitzende John Hume aus der nordirischen Politik zurückziehen sollte. Sinn Féin verfügt über ein größeres Potential qualifizierter politischer Aktivisten, und im Zuge der Öffnung der Gefängnisse, deren republikanische Insassen sich die Zeit mit politischen Schulungen und Strategiedebatten vertreiben, dürfte sich deren Zahl noch weiter erhöhen.

Dietrich Schulze-Marmeling

9. "ALSO-Demo ufert aus: Mundraub in der City!" (Aus: Hunte-Report, Oldenburg)

Keine zentrale Erwerbslosendemo in Berlin

Autor: Guido Grüner · Rubrik: Sozialbewegung; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:13

Die ursprünglich für den 12. September 98 in Berlin geplante zentrale bundesweite Erwerbslosendemonstration fällt aus. Sie wurde Ende Juli "mangels Masse" abgesagt (siehe Erklärung der BAG Erwerbslose). Doch einen Erfolg kann ihr niemand mehr nehmen: Allein ihre Ankündigung hat die DGB-Oberen derart verschreckt, daß sie zum gleichen Termin bundesweit gleich sechs Großveranstaltungen anberaumten (in Berlin, Dresden, Dortmund, Hannover, Nürnberg, Schwerin).

Die Idee für eine zentrale Erwerbslosendemo am 12. September wurde von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen Bielefeld (KOS) im Februar 1998 unter dem Eindruck des Erfolges des ersten Erwerbslosen-Aktionstages geboren. Im Mai wurde ein entsprechender Aufruf veröffentlicht, den die KOS, die BAG ERWERBSLOSE, die BAG der Sozialhilfeinitiativen und der Arbeitslosenverband als Erstaufrufer unterzeichneten. Darin wurden u.a. gefordert: ein garantiertes Mindesteinkommen, radikale Arbeitszeitverkürzung, existenzsichernde Arbeitsplätze, qualifizierende Ausbildungsplätze, Rücknahme aller Kürzungen und Schikanen sowie eine gerechte Verteilung von Reichtum und Arbeit. Erwartet wurden damals von den Erstunterzeichnern zwar keine "französischen Verhältnisse" in der BRD, wohl aber sich verbreiternde Erwerbslosenproteste. Der 12. September sollte - kurz vor der Wahl - zu einem ersten Höhepunkt des Unmutes und Widerstandes Erwerbsloser werden und den von Erwerbslosen entwickelten und diskutierten Forderungen Gehör verschaffen, und zwar ungefiltert vom Weichspülgang des DGB. Zudem sollte die Fortsetzung der Proteste nach der Bundestagswahl eingeleitet werden.

Doch für derartige Demos scheinen die politischen Voraussetzungen noch zu fehlen. So war es für den DGB offenbar undenkbar, zu einer zentralen Demonstration mit aufzurufen, die nicht ausschließlich unter seiner Leitung zustande kommen sollte. In ihrer Mehrheit waren die DGB-Gremien nicht bereit, ihre Kontrolle über die Erwerbslosenaktionen aufzugeben. Die statt dessen für den 12. September beschlossenen Großveranstaltungen in sechs verschiedenen Städten bedeuten natürlich, daß der DGB zuallererst versucht, seine eigenen Veranstaltungen zu füllen. Etlichen Erwerbslosengruppen wurden daher die schon für die Fahrt nach Berlin zugesagten Busse abgesagt. Man könne statt dessen den Bus nach Dortmund, Hannover... nehmen, hieß es.

Aktionstage zwischen Wahlkampffolklore ...

Ein wirklicher Überblick zu den politischen Ereignissen auf den Erwerbslosen-Aktionstagen fehlt. Diese Bilanz versucht daher nur das zusammenzutragen, was ausschlaggebend dafür war, daß eine eigenständige Erwerbslosendemo nicht zustandegekommen ist.

Die zentrale Infostelle für diese Aktionstage, die Bielefelder KOS, sammelt und verbreitet allmonatlich eine im wesentlichen auf Zahlen basierende Bilanz der Aktionen. Demnach stagniert die Zahl der Beteiligten bei bundesweit etwa 50- bis 60.000. Verbreiterung fanden die Proteste gerade in der Anfangsphase insofern, als nach zuerst 200 Plätzen später an bis zu 300 Orten Aktionen der verschiedensten Art stattfanden. Hierzu trugen neu gegründete Erwerbslosengruppen, vor allem aber die organisatorischen Anstrengungen des DGB wie auch das Engagement von Verwaltungsstellen unterschiedlicher Einzelgewerkschaften bei. Doch die Entwicklung einer Protestbewegung war von den gewerkschaftlichen Aktionen nicht zu erwarten. Zu sehr stand die Bundestagswahl im Vordergrund, zuwenig hat die dort laut werdende Forderung nach "Arbeit" mit politischem Widerstand zu tun. Wo Politiker auf den Kundgebungen die Redezeit unter sich aufteilten, wurde den Demonstrierenden schnell klar, daß hier nicht "ihr Film läuft"; noch dazu, wenn sich erwerbslose DemonstrantInnen reihenweise Ermahnungen der Art anhören mußten, daß "nicht das Arbeitsamt und dessen Mitarbeiter der Gegner seien, sondern die Kohl-Regierung". Zwischenrufe wie "kein Wahlkampf!!" und Spontan-Einschätzungen wie "Ich habe auf der Demo heute zwar viele nette, vernünftige Leute getroffen. Doch die, die geredet haben, waren nicht von uns", brachten es auf den Punkt.

Für den DGB waren die Aktionen eher folkloristisches Element in seiner Bundestagswahlkampagne für die SPD/Gerhard Schröder, und sie wurden mehr routiniert denn engagiert vom Apparat abgewickelt. Richtig erfrischend war es jedoch dann, wenn GewerkschafterInnen auf den Kundgebungen von Auseinandersetzungen in Betrieben berichteten. Wenn auf den Kundgebungen auch noch die alltäglichen Kämpfe Erwerbsloser mit den Arbeits- und Sozialämtern Thema gewesen wären, hätten die Aktionstage deutlich machen können, daß Existenzsicherung bei Erwerbslosigkeit und Sicherung und Ausbau garantierter Erwerbsarbeitsbedingungen keine gegensätzlichen Ziele sind.

... Skepsis ...

Durchgehendes Problem der Aktionstage war es, Personen von außerhalb der bisher schon organisierten Zusammenhänge zu beteiligen. Viele blieben fern, weil sie sich eh' nichts davon versprachen ("Was bringen die Aktionen, die Reden?"), weil sie mit Jobs oder Nebenjobs, Ämternerv und Alltagsorganisation völlig zugeschüttet sind ("Hab' keine Zeit") oder gegenüber den Verhältnissen resigniert haben ("Wenn du gegenüber Chef oder Arbeitsamt die Klappe aufmachst, machen die dich fertig"). Viele scheinen eher auf das Aufbegehren anderer zu warten, um sich darüber gegebenenfalls zu freuen, als selbst aktiv zu werden.

... und Widerstand

Die wenigen rebellischen Aktionen trafen bei Hinzukommenden vielfach auf Sympathie und Unterstützung. Sie können damit Ansatzpunkte für ernstzunehmenden Widerstand gegen Armut, gegen die Schikanierung Erwerbsloser und gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse werden. Als wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Protestaktionen und als Zugewinn an politischer Handlungsfähigkeit müssen die (u.a. seit den StudentInnenprotesten 1997) entstehenden (Sozial-)Bündnisse verschiedenster Gruppen angesehen werden. Diese konnten auch der einen oder anderen - im täglichen Beratungsstreß beinahe ersaufenden - Erwerbsloseninitiative neuen Pepp einhauchen. So griffen provokante Aktionen erfolgreich in den übl(ich)en Lauf der "globalisierten" Welt ein und machten Lust auf mehr.

Wie weiter?

Diese provokanten Aktionen orientierten sich - soweit sie bekannt wurden - an dem gemeinsamen Nenner der Forderungen nach Teilhabe aller am gesellschaftlichen Reichtum (u.a. Nulltarif in öffentlichen Einrichtungen), Umverteilung des Reichtums sowie dem Ende des Sortierens und Ausgrenzens von Menschen nach rassistischen oder nationalistischen Kriterien. Solche Aktionen sind derzeit vielleicht noch in der Minderzahl; zumindest finden sie kein breites, über den jeweiligen Ort hinausgehendes, Echo. Dazu fehlt den sie tragenden Gruppen noch die enge Zusammenarbeit und die Verständigung darüber, wie eine 'Erwerbslosenprotestbewegung' in den Jahren ab 1998 aussehen könnte und was dafür zu tun ist.

Ein erstes neues Angebot zur Verständigung über solche Fragen machte der "Arbeitskreis Aktionen/Bewegung" mit der Einladung zum Kongreß "Kämpferisch und selbstorganisiert in die Zukunft" vom 17. bis 19. Juli in Bremen. Vom 14. bis 16. August trafen sich verschiedene Gruppen der BAG Erwerbslose, um sich zu verschiedenen Fragen bezüglich der Fortsetzung der Proteste wie auch der bundesweiten Zusammenarbeit zu verständigen. Denn auch wenn an einzelnen Orten und Regionen größere Erfolge erzielt werden konnten, als man es angesichts der politischen Situation noch vor einem Jahr für möglich gehalten hätte: So, wie die Aktionstage bisher gelaufen sind, trugen sie nicht zur Verständigung der einzelnen Gruppen auf über die Parlamentswahl hinausweisende Orientierungen bei. Zu sehr waren die Aktionen insgesamt von der schlichten Forderung nach "Arbeit" und von Wahlkampfparolen dominiert. Noch viel weniger war es möglich, ultimative Forderungen aufzustellen, um - wie in Frankreich - die Regierung unter Druck zu setzen. So verhallte etwa der im Februar 1998 eingebrachte Vorschlag im Niemandsland, bis zum Sommer 1998 die Zahlung eines Urlaubsgeldes von 300 Mark zu verfolgen und durchzusetzen. Er wurde auch von keiner anderen, vielleicht besseren Forderung ersetzt. Damit mangelte es den Protesten an inhaltlicher Zuspitzung, an Zwischenetappen, die den Protesten größere Brisanz hätten geben können. So mußte ein bundesweites, respektvolles Aufhorchen angesichts der Erwerbslosenproteste bisher Zukunftsmusik bleiben.

Bei der Frage "Wie weiter?" darf auch die Rolle nicht vergessen werden, die die Bielefelder Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Erwerbslosengruppen u.a. bei der Berliner Demo am 12. September gespielt hat. Denn sie hat einen guten Teil dazu beigetragen, eine selbständige Artikulation der Interessen Erwerbsloser zu behindern. Obwohl sie es war, die die Idee für diese zentrale Demonstration ursprünglich in

die Welt gesetzt hat, schwenkte die KOS seit Mai praktisch auf ein "mehr-Städte-Konzept" (U. Kantelhart, KOS) für den 12. September um. Nachdem klar war, daß der DGB gegen eine zentrale Veranstaltung ihr Konzept der regionalen Demonstrationen (unter eigener Regie) setzte, war das Bekenntnis zur Demo in Berlin war nurmehr "Wischiwaschi auf dem Papier". Tatsächlich stellte sie ihre tatsächliche Unterstützung ein, so der Vorwurf unter anderem des Bremer Aktionsbündnisses gegen Erwerbslosigkeit, Armut und Ausgrenzung und mobilisierte nach Dortmund, wo sie seit Wochen mit einem eigenen Redebeitrag vorgesehen ist. Wie heißt es noch: Wess' Brot ich eß',...?

Guido Grüner

Der Autor ist Redakteur der überregionalen Erwerbslosenzeitung quer. Die quer ist dringend auf Berichte von den Aktionen angewiesen. Dabei interessieren auch die möglichen Versuche der politischen Polizei zur Kriminalisierung der Proteste.

"Bundesweite Demonstration in Berlin" am 12. September nur noch regionale Veranstaltung

Der Versuch, am 12. September eine bundesweite Demonstration der Erwerbslosen als vorläufigen Höhepunkt der bisherigen Aktionstage zu organisieren, ist gescheitert. Trotz zentraler Treffen von Arbeitslosenverband, Bundesarbeitsgemeinschaften Sozialhilfeinitiativen und Erwerbslosen, Euro-Marsch-Koordination und Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen Bielefeld, auf denen sowohl ein Aufruf verabschiedet als auch organisatorische Dinge vorbereitet wurden, entspricht das jetzige Konzept für den 12.9.98 in Berlin nicht mehr den ursprünglichen Überlegungen.

Die Demonstration am 12.9. in Berlin ist nun eine regionale Demo von mehreren, die von den DGB-Landesbezirken organisiert und bestimmt werden im Rahmen ihrer Wahlkampagne. Es bleibt somit jeder Initiative selbst überlassen, ob und an welcher der DGB-Demos sie sich beteiligen will.

BAG Erwerbslose, 16.7.98

" ALSO-Demo ufert aus:

Mundraub in der City!"

So titelt der Hunte Report vom 10. Juni 1998. Die Oldenburger Erwerbsloseninitiative ALSO (Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg) hatte am 5. bundesweiten Aktionstag der Erwerbslosen zu einem "Großen Fressen im Einzelhandel" geladen, mit der direkten Aneignung von Lebensmittel aus einem Supermarkt und anschließender öffentlicher Feier. Der folgende Beitrag aus der genannten Oldenburger Lokalzeitung dokumentiert diese gelungene Aktion. Wir wollen ihn daher den ak-LeserInnen nicht vorenthalten

Plus-Zentrale sorgt für friedliches Ende

Oldenburg. Im Rahmen des fünften bundesweiten Aktionstages der Erwerbslosen kam es am gestrigen Dienstag gegen 16 Uhr zu einer bisher beispiellosen Aktion im Herzen Oldenburgs. Nach einem Umzug vom Haus des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Kaiserstraße zum Waffenplatz stürmte ein Teil der 80 Demonstranten den dortigen Plus-Markt.

Unter dem Motto "Großes Fressen im Einzelhandel" wollte die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) auf die mangelhaften Ernährungsmöglichkeiten von Erwerbslosen, Sozialhilfeberechtigten und Jobbern aufmerksam machen. "Die erschreckende Situation dieser Menschen ist allein auf ihre mangelhafte finanzielle Absicherung zurückzuführen", so ein Sprecher der ALSO im Vorfeld der Aktion.

Gegen 16 Uhr besetzte eine Gruppe von 60 Umzugsteilnehmern den am Waffenplatz gelegenen Supermarkt der "Plus-Kette" und füllte drei Einkaufswagen mit Lebensmitteln. Anschließend forderten sie vom Marktleiter, daß die Waren ohne Bezahlung mitgenommen werden können. Die alarmierte Polizei forderte die Besetzer inzwischen zum freiwilligen Verlassen des Marktes auf, ohne das diese jedoch darauf reagierten.

Nach Rücksprache mit der Plus-Zentrale in Hannover willigte der Markleiter in seiner Funktion als Hausherr gegen 16.45 Uhr ein, und die Hausbesetzer verließen mit den "gespendeten" Lebensmitteln das Geschäft. Unter den Augen der Oldenburger Polizisten wurden anschließend die Nahrungsmittel unter den Demonstranten verteilt.

"Wir sind zwar alarmiert worden, hatten nach der Zustimmung der Hannoveraner Zentrale jedoch keinen akuten Handlungsbedarf", so ein Sprecher der Polizei. Lediglich gegen den polizeilich bekannten Anstifter wurde Strafantrag wegen Verstoß gegen das Versammlungsrecht erhoben.

10. Abwehrkampf gegen Umstrukturierung. Streik beim US-Autokonzern General Motors endet "unentschieden"

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:37

Streik bei General Motors. Acht Wochen lang war das größte Industrieunternehmen der Welt lahmgelegt, bis sich am 28. Juli Gewerkschaft und GM-Vorstand auf eine Beilegung des Konflikts einigten. Das Ziel der Streikenden, die Umstrukturierung des Konzerns aufzuhalten, wurde nicht erreicht.

"What's good for the country is good for General Motors, and what's good for General Motors is good for the country." So tönte der GM-Manager Charles Wilson vor 50 Jahren und prägte damit ein US-amerikanisches Sprichwort. Jahrzehntelang war GM das größte Privatunternehmen in den USA, mittlerweile wurde es - nach der Beschäftigtenzahl - von der Handelskette Wal-Mart und von der Zeitarbeitsfirma Manpower überholt.

Auch heute noch ist GM der größte Automobilhersteller in den USA, verliert aber stetig an Marktanteil. 1960 stammte noch mehr als die Hälfte aller in den USA verkauften Autos aus einer GM-Fabrik, heute ist es weniger als ein Drittel. Nur noch etwa 223.000 Menschen verdienen derzeit bei GM ihren Lebensunterhalt, vor 25 Jahren waren es noch mehr als doppelt so viele. Und der Konzern will weiter Arbeitsplätze in Nordamerika abbauen - die Rede ist von noch einmal 50.000 Stellen weniger in den kommenden Jahren.

Dies ist der Hintergrund für den achtwöchigen Streik, der Anfang Juni in zwei GM-Werken in Flint (einer Nachbarstadt der Auto-Metropole Detroit) begann. Die rund 9.200 Streikenden legten bald fast den gesamten Konzern lahm: Weil die Komponenten aus Flint fehlten, mußten auch die meisten anderen GM-Fabriken die Produktion einstellen. Der Konzern sperrte etwa 190.000 Beschäftigte aus, nur drei von insgesamt 29 Montagewerken blieben in Betrieb. Hier kam der Gewerkschaft UAW (United Auto Workers) die "Just-in-time"-Produktion der Autoindustrie entgegen: Weil kaum noch Komponenten gelagert werden, sondern sie nur "gerade-noch-rechtzeitig" zur Endmontage geliefert werden, legt der Ausfall eines Produktionsgliedes die ganze Kette lahm. Dadurch konnte die Gewerkschaft auch einen längeren Arbeitskampf finanziell durchhalten: Nur die 9.200 Streikenden erhielten Streikgeld (allerdings nur 150 Dollar pro Woche); die 190.000 Ausgesperrten bekamen Arbeitslosengeld. Gleichzeitig mußte GM riesige Verluste einstecken: angeblich 75 Millionen Dollar pro Tag (oder fünf Mrd. Mark für die acht Wochen), wobei ein Großteil davon wohl in den kommenden Wochen wieder "hereingearbeitet" werden wird.

Anders als bei vielen Arbeitskämpfen der vergangenen zwanzig Jahre stieß die UAW dieses mal auf relativ große Zustimmung in der Öffentlichkeit. Laut einer Umfrage des Fernsehsenders CBS sympathisierten 46 Prozent der US-Bevölkerung mit den Streikenden, 37 Prozent mit GM. Bei den Unter-30-jährigen sprachen sich sogar 52 Prozent für die Ziele des Streiks aus. Diese Umfrageergebnisse blieben zwar hinter der breiten Sympathie mit dem Streik beim Paketdienst UPS im vergangenen Sommer zurück, bei dem es vor allem gegen die Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten ging (siehe ak 405). Aber auch der Flint-Streik betraf ein Thema, das viele Lohnabhängige in den USA unmittelbar berührt: Relativ gut bezahlte und tariflich abgesicherte Industrie-Arbeitsplätze werden abgebaut und in mehr oder weniger entgarantierte Zulieferbetriebe ausgelagert.

"Gewerkschaftsfreie" Zulieferer

Formal entzündete sich der Ausstand Anfang Juni an "lokalen" Fragen in Flint: Sicherheitsvorschriften, Gesundheitsprobleme, Fließband-Geschwindigkeit und Stellen-Beschreibungen (während des laufenden Tarifvertrags sind Streiks für "umfassende" Ziele nicht zugelassen). Tatsächlich ging es jedoch um nicht weniger als um die Zukunft der US-amerikanischen Automobilindustrie und ihrer traditionsreichen Gewerkschaft UAW.

Jahrzehntelang galt die Autoindustrie als Bastion der US-Gewerkschaftsbewegung. Genauer: Seit den legendären Betriebsbesetzungen ("sit-down strikes") von 1936 und 1937, wovon übrigens die spektakulärste ebenfalls bei GM in Flint stattfand. Die UAW handelte mit den "Big Three" - das sind die drei

marktbeherrschenden Autokonzerne GM, Ford und Chrysler - Tarifverträge aus, die für die gesamte Branche galten und den Beschäftigten einen relativ hohen materiellen Lebensstandard sicherten.

In den vergangenen 20 Jahren kam diese Bastion unter Beschuß. Die UAW-Mitgliedschaft wurde seit 1979 halbiert (von 1,5 Millionen auf heute knapp 770.000 Mitglieder). Dies ist zum Teil dem allgemeinen Beschäftigungsrückgang in der Industrie geschuldet, zum anderen aber dem Auftauchen "gewerkschaftsfreier" Autohersteller (meist japanischer). Vor allem aber lagern die "Big Three" systematisch Fertigungsstufen an (oft ebenfalls gewerkschaftsfreie) Zulieferbetriebe aus. GM hängt bei dieser Entwicklung hinterher, hier werden noch rund 70 Prozent aller Einzelteile im eigenen Haus gefertigt. Bei Ford sind es nur noch rund 50 Prozent, bei Chrysler 35 Prozent. Entsprechend gilt GM als relativ unproduktiv, fährt aber trotzdem gigantische Profite ein: schätzungsweise sechs Milliarden Dollar im Jahr.

Die Umstrukturierung der Autoindustrie und der Mitgliederschwund haben die UAW (einst eine der mächtigsten Gewerkschaften) stark geschwächt. In den 80er Jahren machte man zahlreiche Zugeständnisse an die "Big Three" (Flexibilisierung, untertarifliche Einstiegslöhne, usw.). Inzwischen gibt es auch keinen Branchen-Tarifvertrag mehr: Die UAW verhandelt nun separat mit den jeweiligen Konzernen und ist so weiteren Erpressungen ausgesetzt.

Mageres Streikergebnis

Die Beschäftigten in Flint mußten nun befürchten, daß auch ihre Arbeitsplätze durch Auslagerung vernichtet werden sollen. Noch im vergangenen Jahr hatte GM versprochen, den Standort Flint zu halten und rund 300 Millionen Dollar in die Modernisierung der beiden Werke zu investieren. Dies ist bisher nicht geschehen - was einer der Auslöser für den Streik war.

In Flint gibt es zudem die Regel, daß die Beschäftigten vorzeitig nach Hause gehen können, sobald sie ihre tägliche Produktionsquote erfüllt haben (manchmal auch schon nach fünf oder sechs Stunden), und trotzdem für acht Stunden bezahlt werden. Diese Regel gilt weiterhin, allerdings stimmte die UAW zur Beendigung des Streiks Ende Juli einer Erhöhung der Produktionsquoten um 15 Prozent zu. Jetzt soll die Modernisierung in Flint anlaufen. Zudem hat GM versprochen, drei Komponenten-Fabriken in Flint und in Ohio frühestens im Jahr 2000 (und nicht schon 1999, wie bisher geplant) zu verkaufen.

Die wichtigsten Konflikte sind damit nur aufgeschoben: Wenn im September 1999 der konzernweite Tarifvertrag zur Neuverhandlung ansteht, wird es wohl neue Auseinandersetzungen geben. Solange will die UAW allerdings auf weitere Kampfmaßnahmen verzichten. Obwohl die US-Wirtschaftspresse beklagte, daß sich GM nicht eindeutig gegenüber der Gewerkschaft durchgesetzt hätte, waren die Anleger offensichtlich zufrieden: Der GM-Aktienkurs blieb im wesentlichen stabil.

Schon wenige Tage nach dem Ende des Streiks machte der GM-Vorstand deutlich, daß er die Umstrukturierung des Konzerns weiter vorantreiben will. So soll 1999 die GM-Tochter Delphi Automotive Systems (sozusagen ein konzerninterner Zulieferer) vollständig ausgegliedert und als Aktiengesellschaft an die Börse gebracht werden. Unter dem Dach des UAW-Tarifvertrags verdienen Delphi-Beschäftigte bisher etwa doppelt so viel wie ihre Kollegen bei anderen Auto-Zulieferern. Die Gewerkschaft fürchtet nun (wohl zu Recht), daß eine selbständige Delphi AG die Löhne massiv kürzen würde.

Außerdem will GM die Produktpalette einschränken. Bisher werden 77 verschiedene Modelle hergestellt (inklusive der Marken Buick, Cadillac, Chevrolet, Oldsmobile, Saturn und Pontiac). Ford und Chrysler produzieren jeweils nur zwei Dutzend Modelle. Vor allem aber will GM schrittweise auf eine "Modul-Bauweise" umstellen. Damit könnte man zum Beispiel für verschiedene Autotypen die gleichen Fahrgestelle oder Armaturen verwenden - und damit weiter Arbeitsplätze abbauen.

Wer entscheidet über Investitionen?

Trotz des "unentschiedenen" Ergebnisses hatte der Arbeitskampf von Flint einen hohen Symbolwert. Ähnlich wie schon bei einem 17tägigen Streik im März 1996 (damals legten streikende GM-Arbeiter in Ohio ebenfalls fast den ganzen Konzern lahm) erhob die UAW in Flint den Anspruch, nicht nur über Löhne, Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen mitzubestimmen, sondern auch über die Investitionspolitik des Konzerns.

Damit kratzt die UAW am Nachkriegskonsens in der US-Autoindustrie. 1945/46 kam es zur großen Kraftprobe zwischen Industriegewerkschaften und Konzernen. Entscheidend war damals ein fast viermonatiger Streik (ebenfalls bei GM), der mit einer Niederlage der UAW endete. Damals gaben die Gewerkschaften ihren Anspruch auf, unternehmerische Investitionsentscheidungen zu beeinflussen und beschränkten sich fortan auf die Lohnpolitik (dies allerdings durchaus mit Erfolg; die Einkommen der US-IndustriearbeiterInnen waren jahrzehntelang die höchsten in der Welt).

Außerdem setzten die großen Industriegewerkschaften relativ weitgehende Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz durch - sozusagen als ein Gegenstück zur gesetzlich geregelten Betriebsverfassung in der BRD. Durch detaillierte job classifications (Stellen-Beschreibungen), durch das seniority-System (das interne Umbesetzungen, Beförderungen, betriebsbedingte Kündigungen und Wiedereinstellungen nach der Dauer der Firmenzugehörigkeit regelt) und durch eine umfassende grievance procedure (innerbetriebliches Beschwerdeverfahren - Arbeitsgerichte gibt es in den USA nicht) bekamen Vertrauensleute der Gewerkschaft relativ großen Einfluß auf innerbetriebliche Abläufe.

Auch diese Regeln standen jetzt beim GM-Streik in Flint zur Disposition. So wollte der Konzern die job classifications aushebeln, um Facharbeiter je nach Bedarf flexibler einsetzen zu können. Dies konnte der Streik verhindern.

Ende der Partnerschaft?

Innerhalb der UAW scheint sich allmählich eine andere Haltung zur "Kooperation" zwischen Management und Beschäftigten durchzusetzen. In der Autoindustrie gibt es eine Vielzahl von angeblich hierarchiefreien Modellen (z.B. Qualitätszirkel, Teamarbeit etc.), die in der Regel zu einer unglaublichen Intensivierung der Arbeit führen. Bei einem landesweiten Gewerkschaftstag der UAW Mitte Juni übten erstmals nicht nur einzelne Basis-DissidentInnen, sondern auch einige Vorstandsmitglieder deutliche Kritik an den verschiedenen "Partnerschafts"-Modellen.

GMs Vorzeigebetrieb für "Labor-Management Cooperation" ist seit zehn Jahren das hochmoderne Saturn-Werk in Tennessee. Die Politik dieses Betriebs wird offiziell so beschrieben: "Wir, das Saturn-Team, im Einklang mit der UAW und General Motors, glauben, daß es fundamental zur Erfüllung unserer Mission gehört, die Bedürfnisse der Kunden, der Saturn-Teammitglieder, Zulieferer, Händler und Nachbarn zu befriedigen."

Weil Saturn innerhalb von GM relativ autonom ist, konnte das Werk trotz des Flint-Streiks weiterproduzieren. Aber ausgerechnet in den heiligen Hallen der "Labor-Management Cooperation" stimmten die mehr als 7.000 Beschäftigen Mitte Juli mit 96-prozentiger Mehrheit dafür, ebenfalls in den Ausstand zu treten (wozu es allerdings nicht mehr kam). Auch bei Saturn geht es darum, GMs Pläne für eine "Modul-Bauweise" und für eine Auslagerung an Zulieferer aufzuhalten. Ob die weit verbreitete Enttäuschung über die bitteren Früchte der bisherigen "Partnerschaft" und die offensichtlich weit verbreitete Streikbereitschaft nun zu einem konfliktfreudigeren Kurs der UAW insgesamt führen wird, läßt sich noch nicht sagen.

"Schwarze" Rebellion in der Autoindustrie

Der Arbeitskampf in Flint hat auch einen "ethnischen" Aspekt. In der Autoindustrie fanden früher besonders viele Afro-AmerikanerInnen einen Job. Detroit, das traditionelle Zentrum der US-Autoindustrie, ist eine mehrheitlich "schwarze" Millionenstadt, aber auch andere Großstädte in der Region, wie z.B. Flint, haben einen hohen afro-amerikanischen Bevölkerungsanteil. Nach der "Great Migration" in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, als Millionen Schwarze aus den agrarischen Südstaaten in den industriellen Norden umzogen, war die Autoindustrie trotz aller rassistischen Diskriminierungen wohl der wichtigste "Aufstiegspfad" für Afro-AmerikanerInnen.

Dies zeigte sich auch 1967, als nach der blutigsten "schwarzen" Revolte der 60er Jahre die großen Auto-Konzerne in den Ghettos von Detroit Anwerbebüros eröffneten, um die rebellierenden Jugendlichen "von der Straße zu holen". Damit holten sie sich freilich die Revolte in die eigenen Werkshallen. Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre war der Großraum Detroit wohl die "revolutionärste" Region der USA, mit unzähligen wilden Streiks in der Autoindustrie. Noch heute läßt die Erinnerung an die damalige "League of Revolutionary Black Workers" manches linke Herz in den USA höher schlagen.

Der hohe "schwarze Anteil" in den Auto-Belegschaften schlug sich auch in der UAW nieder, die in den 50er und 60er Jahren die schwarze Bürgerrechtsbewegung finanziell und politisch unterstützte. Die wilden Streiks in Detroit bekämpfte die Gewerkschaft allerdings oft mit brachialer Gewalt.

Die Rebellion des industriellen Proletariats im Norden ser USA dürfte einer der Gründe gewesen sein, weshalb die Autohersteller in den 70er Jahren mit ihrer Abwanderung in die US-Südstaaten begannen. Im dortigen "sun-belt" winkten ein reaktionäres politisches Klima, niedrige Löhne und fehlende Gewerkschaften (auch BMW und Daimler-Benz bauten ihre neuen Werke in den Südstaaten South Carolina und Alabama). Die Folge: Massive Arbeitsplatzverluste und soziale Verelendung in den alten industriellen Zentren, gerade auch in "schwarzen" Metropolen wie Detroit oder Flint. Allein Flint hat in den vergangenen 20 Jahren zehntausende von Auto-Jobs verloren: Ihre Zahl sank von 78.000 auf heute 30.000.

Eine wirksame Strategie gegen Umstrukturierung und Auslagerung in die US-Südstaaten oder ins Ausland ließe sich nur entwickeln, wenn die UAW und andere US-Gewerkschaften internationaler agieren würde. So will GM seine Kapazitäten in Mexiko, wo die Löhne nur einen Bruchteil des US-Niveaus ausmachen, in den kommenden Jahren verdoppeln. Bisher ist von einem gewerkschaftlichen Internationalismus allerdings nur wenig zu sehen. So propagieren die US-Gewerkschaften weiterhin "Buy American". Und vor vielen UAW-Versammlungshallen herrscht Parkverbot - für "japanische" Fahrzeuge.

Michael Hahn

11. The soap must go on. Argumente für den Wechsel des Kanzlerdarstellers

Autor: Js. · Rubrik: Wahlen; SPD; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:06

Gesetzt den Fall, daß dieser Wahlkampf schon begonnen hat - irgendwas läuft diesmal anders als vor vier Jahren. Nicht nur wegen der Umfrageergebnisse, die bisher nie Dagewesenes verheißen: Die Opposition gewinnt die Wahl und übernimmt die Regierung. Das mag, falls es eintritt, für Politikwissenschaftler von Interesse sein; wichtiger scheint mir, daß die "Quantität" der Zumutungen, mit denen das politische Personal das Publikum traktiert, in eine "neue Qualität" umgeschlagen ist. Was als politische Auseinandersetzung ausgegeben wird, ist so hohl, daß die Bezeichnung Sprechblasen eine Beleidung der Bevölkerung von Entenhausen darstellen würde. Deren "Diskurs" hat ein erheblich höheres Niveau.

Schröder, der Herausforderer und mutmaßliche nächste Kanzler, wird nun von der CDU dafür kritisiert, daß er konsequent fortsetzt, was Kohl über die Jahre perfektioniert hat: "Medienpräsenz" als wesentliches Mittel der Wahlwerbung, "Optimismus" als Botschaft. 1994 brachte das ein CDU-Wahlkampfberater auf die Formel, man müsse "voll auf die Emo-Schiene" setzen; der Spiegel, der damals diesen, wenn nicht wahren, dann gut erfundenen Ausspruch zitierte, entrüstete sich über Kohls unaufhaltsame "Machtmaschine": "Wahlwerbung auf möglichst niedrigem Niveau, Politik als ‚Infotainment`, kein Streit in der Sache, um nirgends anzuecken - das war das Ergebnis der Strategiegespräche, zu denen Kohl Ende vorigen Jahres (1993; Anm. Js.) seine engsten Ratgeber zusammengerufen hatte." (Der Spiegel 31/1994) Vier Jahre später kennzeichnet dieser Satz Wort für Wort die Marschroute der Sozialdemokratie.

Wenn Kohl nun, wie es scheint, mit seinen eigenen Waffen geschlagen wird, dann liegt das nicht nur daran, daß sein Herausforderer jünger und weniger häßlich ist. Der Medienexperte Gerd Hallenberger hat das "Phänomen" Schröder plausibel erklärt: Schröder sei eine "Medienpersönlichkeit" und als solche "zu anderen Formen von Medienpersönlichkeiten kompatibel" - vor allem zu den Sympathieträgern aus den TV-Serien. Hallenberger sieht Schröder nicht mehr allein als Typus des dynamischen Machtpolitikers; durch die geschickte Einbeziehung seines Privatlebens in die Show sei die "Komponente Menschlichkeit" hinzugekommen: "Ideal war seine Scheidung. Auf einmal ein Politiker mit einer privaten Geschichte, die zu normalen Fernsehgeschichten wunderbar kompatibel ist. Serien wie die ‚Lindenstraße` oder Soaps funktionieren als fiktionale Alltagsbegleitung. Sie bieten im Medium ein zweites Leben an, das das eigene virtuell begleitet. Nun paßt da auf einmal ein Politiker mit nahezu allen Elementen seiner Lebensgeschichte prima herein, zudem mit Themen, die auch für Daily Soaps und Familienserien im Fernsehen Basisthemen sind: Wer bindet sich, findet sich, trennt sich?" (taz, 2.3.1998)

Auf diesem Gebiet kann Kohl nicht mithalten. Die immer gleichen Urlaubsfotos von Kanzlers Brotzeit im Grünen langweilen mittlerweile auch die treuesten Fans. Nach den Gesetzen der Fernsehunterhaltung ist seine Abwahl dringend geboten. Hallenberger: "Wenn man das Ganze als die deutsche Politik-Daily-Soap nähme, dann wäre ein Wahlsieg von Schröder allein dadurch wahrscheinlich, weil jede Daily Soap von der Veränderung, von dem Wechsel lebt. (...) Gerade der Wechsel wäre ein absoluter Serienhöhepunkt." Demnach scheint die Wahl gelaufen - wäre da nicht der unberechenbare Regisseur, das Wahlvolk. Auch der Medienwissenschaftler Hallenberger, dessen Analogieschlüsse durchaus plausibel erscheinen, gibt zu bedenken, daß sein Modell einen Haken hat. Es wäre nämlich möglich, daß "das Publikum das Ganze durchaus interessant findet und seine Sympathien nach den Regeln medialisierter Politik verteilt - die Wahlentscheidung davon aber am Ende nicht abhängig macht."

Wovon aber dann? Von den "Sachaussagen" der Parteien, ihren Wahlversprechen? Die Demoskopen von "Emnid" wollen herausgefunden haben, daß 70 Prozent der Deutschen "den Wahlaussagen der Parteien keinen Glauben schenken". (Hamburger Abendblatt, 18.7.) Entsprechend knapp halten die Parteien ihre Versprechen. Mehr Kindergeld und ein Beschäftigungsprogramm für arbeitslose Jugendliche verspricht die SPD, dazu den Ausstieg aus der Atomwirtschaft zu einem nicht definierten Zeitpunkt und die Rücknahme einiger Einschränkungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Monatelanger Probelauf für die große Koalition

Die CDU/CSU wirbt mit ihrer "Großen" Steuerreform und beklagt "geistigen Diebstahl" (Theo Waigel): Die SPD habe der Union das Programm zur "inneren Sicherheit" geklaut. Auf diesem Sektor hat das laufende "Superwahljahr" einen Vorgeschmack auf das gegeben, was uns unter einer großen Koalition blüht: Noch schnellere Abschiebung "krimineller Ausländer", lebenslange Sicherheitsverwahrung für Gewalttäter, häufigere Einweisung delinquenter Jugendlicher in geschlossene Heime und dergleichen mehr.

Als Schröder dieses Programm vor mehr als einem Jahr via Bild am Sonntag (20.7.1997) propagierte, reagierte die taz mit einer hübschen Bilderfolge, in der Schröder zu Strauß mutiert, und titelte: "Schröder schickt einen Strauß Parolen". (taz, 21.7.1997) In der selben Ausgabe bescheinigte Grünen-Sprecher Trittin dem damals noch nicht offiziell nominierten SPD-Kandidaten "neurotische Phantasien" und versprach "beinharte" Koalitionsverhandlungen.

Selbst führende Sozialdemokraten gingen damals auf Distanz. Michael Müller, Mitglied des Fraktionsvorstandes, forderte von seiner Partei "Visionen", beruhend auf einem "programmatischen Fundament", und erklärte in Richtung Schröder, Politik müsse "mehr sein als Machtwille, Anpassung an den Zeitgeist und populistische Stimmungsmache". Im Februar dieses Jahres, kurz vor der Niedersachsenwahl, kam es SPD-intern gar zu einer kleinen Verschwörung gegen Schröder, als Müller, Thierse und fünf weitere Abgeordnete in einem angeblich mit Lafontaine abgestimmten Papier "programmatische Identität" forderten.

Davon ist längst keine Rede mehr. Auch die Grünen haben nach anfänglichen Pannen mit "unpopulären Sachaussagen" die Lektion gelernt: auf Inhalte zu verzichten, um keine potentiellen WählerInnen zu verprellen. Ihr Programm ist "der Wechsel", der allerdings neben der SPD auch die Grünen an die Regierung bringen soll. Danach kann man weitersehen.

Neben den jeweiligen Parteispitzen sind es die Medien, die darüber wachen, daß, vor allem bei Grünen und Sozialdemokraten, niemand aus der Reihe tanzt und eine politische Kontroverse vom Zaun bricht. Die Kommentatoren bewegt nicht mehr die Frage, ob diese oder jene politische Aussage richtig oder falsch, sondern ob sie, in Hinblick auf den Wahlerfolg, klug oder unklug ist. Entsprechend fallen ihre Urteile aus: Fischer ist ein guter und Trittin ein schlechter Politiker, während bei der SPD neben dem Kandidaten vor allem die Strategen Müntefering und Hombach höchstes Lob ernten. Die Quereinsteiger Stollmann und Naumann werden wegen ihrer "Ungeschicklichkeiten" milde gerügt, etwaige "Linksabweichler" sind ohnehin längst verstummt.

"Der Irrtum des Polarisierens"

Polarisiert werden darf nur, wenn es gegen Personen geht. Die CDU thematisiert Schröders "Charakterschwäche", die sein Versprechen unglaubwürdig erscheinen lassen, er werde sich nicht mit den Stimmen der PDS zum Kanzler wählen lassen. Mit Vorliebe wühlt die CDU und die ihr nahestehende Presse in der Vergangenheit: Juso Schröder, RAF-Anwalt Schily und Steineschmeißer Fischer - darf man solche Gestalten an die Regierung lassen? Umgekehrt personalisieren auch die Grünen (mit ihrem immerhin besten Plakat) den politischen Streit. Ihr Plakat "Beckstein würde auch Jesus abschieben" ist, zumal im katholischen Bayern, eine nette Idee; in der grundsätzlichen Frage der Zuwanderung und des Asylrechts dominiert dagegen die Anpassung an das "Machbare": Da es für eine Wiederherstellung der Grundgesetzgarantie keine Mehrheit gibt, läßt man von dem "unpopulären", die Wähler verschreckenden Thema am besten ganz die Finger.

Daß diese Politik des Nichtauffallens zweckmäßig ist, scheint auch wissenschaftlich belegt. Parteienforscher Joachim Raschke warnte SPD und Grüne frühzeitig vor dem "Irrtum des Polarisierens". Denn: "Es gibt in den bundesdeutschen Wahlkämpfen kein Beispiel erfolgreicher Polarisierung, wenn sie von der Opposition betrieben wird." (taz, 26.2.1998) So setzen denn auch die Grünen "auf Personen", wie Joschka Fischer ein paar Tage nach der Niedersachsenwahl im Zeit-Interview (5.3.) verkündete: Auf ihn selbst, den Marathonläufer und Asketen, und auf die anderen "ministrablen Persönlichkeiten" mit ihren Ansprüchen auf mehr oder weniger prestigeträchtige Ämter.

Ob was draus wird, liegt ohnehin nicht in der Hand der Grünen. Die SPD folgt treu dem Wählerwillen und hofft auf eine große Koalition mit Schröder als Kanzler; erst bei deutlicher rot-grüner Mehrheit (mehr als zehn Sitze Vorsprung vor CDU/CSU, FDP und PDS) will man mit den Grünen überhaupt verhandeln. Das sozialdemokratische Regierungsprogramm ist, das geben seine Verfasser offen zu, so abgefaßt, daß es mit beiden möglichen Koalitionspartnern umsetzbar wäre.

Eine positive Nebenwirkung könnte der fade Einheitsbrei haben, den die Parteien dem Publikum verabreichen: Er weckt Appetit auf schärfere Kost. Davon könnte, ja müßte die PDS profitieren, die - nicht zuletzt durch die Rote-Hände-Kampagne der CDU - Profil gewinnt: als Kraft, die offensichtlich "nicht dazugehört" und, ob sie will oder nicht, Opposition bleiben wird. Nie war es für die PDS einfacher, "Proteststimmen" einzusammeln.

Gleiches gilt allerdings auch für die Rechtsextremen. Wer DVU, Rep oder NPD wählt, ist dafür zweifellos selbst verantwortlich zu machen. Die etablierten Parteien allerdings ermuntern eine solche Wahlentscheidung - nicht nur durch den Ruf nach law and order, sondern auch durch ihre Selbstdarstellung als beliebig austauschbare Parteien der "Mitte", die "alle unter einer Decke stecken" und den "kleinen Mann" im Regen stehen lassen.

Js.

12. Hamster aller Käfige, vereinigt Euch! Diskussionsbeitrag zur Bundestagswahl

Autor: Kt. · Rubrik: Wahlen; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:33

Die bürgerliche Demokratie funktioniert so zuverlässig und spannend wie ein Laufrad im Hamsterkäfig. Erst regiert Partei A vier, acht, zwölf oder 16 Jahre. Dann haben die mündigen BürgerInnen die Faxen dicke und wählen Partei B. Die regiert nun die nächsten vier, acht, zwölf oder 16 Jahre, bis es mal wieder Zeit für einen Wechsel, nämlich für die Rückkehr von Partei A an die Regierungsmacht, ist. Das Spiel läßt sich selbstverständlich durch unterschiedliche Koalitionsmöglichkeiten noch abwechslungsreicher gestalten, und warum sollten nicht auch mal Partei A und Partei B ein paar Jahre lang gemeinsam die Regierung bilden?

Wirkliche Veränderungen finden bei diesen pausenlosen Ehrenrunden im Laufrad nicht statt. Das zu beobachten ist langweilig und deprimierend genug. Die Sache ist aber leider noch wesentlich schlimmer: Die Rolle, die sie bei diesem Schmierentheater zu spielen haben, wirkt auf die mündigen BürgerInnen ebenso verblödend wie demoralisierend. Die Meinungsumfragen zeigen schon seit Jahren, daß die Mehrheit der Menschen weder der Partei A noch der Partei B den Willen und die Fähigkeit zutraut, die großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen. Die meisten mündigen BürgerInnen halten darüber hinaus die Politiker der Parteien A und B gleichermaßen für unaufrichtig und selbstsüchtig, wenn nicht sogar für verlogen und korrupt. Nach einer Emnid-Umfrage schenken 70 Prozent der Deutschen den Wahlaussagen der Parteien keinen Glauben. Daß sie diese dennoch immer wieder wählen und daß die bürgerliche Demokratie insgesamt wundervoll funktioniert, ist ein klares Anzeichen für den hohen Stellenwert der politischen Schizophrenie in der spätkapitalistischen Gesellschaft. Was treibt die Leute regelmäßig in die Wahlkabinen? Hoffnung auf Veränderung ist es offenbar nicht. Ist es disziplinierte staatsbürgerliche Pflichterfüllung, oder ist es bloße Gedankenlosigkeit und Routine, so wie die Welle ja auch nicht viel darüber philosophiert, warum sie immer wieder an den Strand schwappt und zurückläuft?

Die Wahl, die uns jetzt bevorsteht, wird zu keinen wesentlichen Veränderungen führen. Ob Schröder nachher mit den Grünen oder mit der CDU/CSU koaliert, wird in den praktischen Ergebnissen kaum zu unterscheiden sein, so wenig, wie sich in Hamburg SPD plus Grün von SPD plus Stattpartei unterscheidet.

Die SPD hat zur Zeit kein Reformprogramm, sie steht auf keinem Feld der Politik für einen inhaltlichen Wechsel. Schröder läßt sich sechs Wochen vor der Wahl in einer Autovermietungsanzeige vermarkten als ein Mann, "der noch nicht weiß, wohin er will". Und die Mehrheit seiner WählerInnen lacht vermutlich herzhaft mit.

Innerhalb der stupiden Laufrad-Logik hat es immerhin einige Bundestagswahlen gegeben, wo es wenigstens dem Anschein und der Propaganda der Parteien nach um Alternativen und um Reformerwartungen ging. Das war 1969 der Fall, 1972 vor allem, aber auch 1980, als CSU-Chef Strauß nach dem Lorbeer griff. 1998 jedoch geht es von vornherein um gar nichts. Nun ja, es geht immerhin darum, die politische Laufbahn eines feisten Grinsers zu beenden, für den das ganze Leben ein ewiger Kindergeburtstag zwischen Topfschlagen und Tortefressen zu sein scheint. Aber diese Laufbahn ist wahrscheinlich bei jedem realistischerweise vorstellbaren Wahlergebnis sowieso am Endpunkt angekommen. Außerdem: Hauptleidtragende einer nochmaligen Wiederwahl von Helmut Kohl wäre seine eigene Partei.

Und dennoch: Zahlreiche Linke werden sich auch diesmal wieder auf den Weg ins Wahllokal begeben, auf daß dank ihrer Stimme in Bonn eine "rot-grüne" Koalition gebildet werden kann. Warum eigentlich, mit welchen konkreten Erwartungen? Glaubt jemand, ein Kanzler Schröder würde wirkungsvolle Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit ergreifen? Er hat bisher rein gar nichts gesagt, geschweige denn getan, was solche Hoffnung begründen könnte! Oder glaubt jemand, Schröder würde die Lage der Sozialhilfeempfänger verbessern und den zunehmenden Einsatz von Zwangsarbeits-Modellen eindämmen? Seine bisherigen Äußerungen, ebenso wie das Beispiel Tony Blairs in Großbritannien, weisen eher auf das Gegenteil hin. Aber vielleicht glaubt jemand, eine "rot-grüne" Regierung würde das Asylrecht wiederherstellen, die Menschenjagd an den Grenzen zügeln, die Anerkennungsverfahren großzügiger gestalten und die Zwangsabschiebungen in Bürgerkriegsgebiete beenden? Oder meint man, Schröder würde die von Kohl eingeleitete Tendenz, Bundeswehrsoldaten immer hemmungsloser in alle Welt zu schicken, nicht fortsetzen?

Wer irgendeine derartige Hoffnung hegt, hat immerhin einen plausiblen Grund, am Wahlsonntag brav in die ihm zugewiesene Lokalität zu trotten und dort seine Kreuzchen zu hinterlassen. Man sollte dabei aber wenigstens bedenken, daß Placebos, ebenso wie Stoßgebete und Händchenhalten, zwar manchmal in der Medizin, aber niemals in der Politik etwas bewirken.

Der bekannte Klassiker (und Kalauer) linker Wahlpolitik lautet, daß die Sozialdemokraten an die Regierung müssen, damit ihre Politik um so besser und schneller "entlarvt" werden kann. Diese Weisheit mag irgendwann einmal stimmig gewesen sein, als es noch starke linke Parteien mit Masseneinfluß gab, die eine "Entlarvung" propagandistisch leisten und organisatorisch auffangen konnten. Auf die Geschichte der letzten 50 Jahren bezogen, ist aber in keinem einzigen Land Europas festzustellen, daß der beständige Wechsel von Partei A zu Partei B und wieder zurück die WählerInnen ein kleines bißchen schlauer gemacht und den Fortschritt der Menschheit vorangebracht hat.

Außerdem steht auf vielen Gebieten der Politik eine "Entlarvung" von vornherein überhaupt nicht in Aussicht, weil Schröder als Kanzler genau das durchführen würde, was die Mehrheit seiner WählerInnen sich von ihm wünscht. Das gilt beispielsweise ganz klar für die Asylpolitik, aber auch in der Sozialpolitik sind schärfere Maßnahmen gegen die Empfänger von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe alles andere als unpopulär. Allgemein gesprochen fehlt jedenfalls ein Druckpotential, das eine "rot-grüne" Regierung beispielsweise in der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Zugzwang bringen könnte. Auf Schröder ruhen eben von vornherein keine großen Erwartungen der Massen, an die eine linke Politik, für die es heute sowieso keine nennenswerten Träger gibt, anknüpfen könnte.

Die Wählerei macht unter den herrschenden Verhältnissen nicht den geringsten Sinn. Selbst unter besseren Voraussetzungen, wie etwa 1972, ist ihr Nutzen sehr begrenzt. Aber es war vermutlich noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik so total zwecklos, sich an einer Wahl zu beteiligen, wie gerade diesmal, weil es auf das Ergebnis nicht ankommt. Unabhängig von einigen Prozentpunkten mehr oder weniger ist sowieso eine große Koalition die wahrscheinlichste Folge. Diejenigen, die es trotzdem unwiderstehlich ins Wahllokal treibt, möchte ich herzlich bitten, die einzige Partei anzukreuzen, die mit Sicherheit in der Opposition bleiben wird und die wenigstens halbwegs noch als links gelten kann: die PDS.

Kt.

13. Nichts zu gewinnen, etwas zu verlieren. Überlegungen zur Bundestagswahl

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Wahlen; SPD; Grüne (und Vorläufer); PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:40

Fünf Wochen vor der Bundestagswahl sieht es ganz so aus, als würde mit ihr die Ära Kohl nach 16 Jahren zu Ende gehen. Eine erneute Bestätigung der CDU/CSU/FDP-Regierung erscheint unwahrscheinlich, eine Regierungsbeteiligung der SPD dagegen, ob nun als Partner der CDU in einer Großen Koalition oder als bestimmender Faktor in einem rot-grünen Bündnis, sicher. Daß die PDS ihr selbstgestecktes Ziel erreichen kann, mit Fraktionsstärke in den Bundestag einzuziehen, ist ebenso möglich wie ihr Ausscheiden, sollte es ihr nicht gelingen, mindestens drei Direktwahlkreise zu gewinnen - was wiederum nicht sicher ist. Auch wenn alles dafür spricht, daß die CDU/CSU/FDP-Koalition bei diesem Wahlgang nicht mehr bestätigt wird, so ist andererseits auch klar, daß damit noch lange nicht die Bedingungen geschaffen werden, unter denen mit einer Reformpolitik zu rechnen wäre, die diesen Namen verdient.

Angesichts der Schwäche der nicht parteigebundenen Linken stellt sich die Frage, wie sie sich zu den anstehenden Wahlen verhalten soll, und was sie davon zu erwarten hat. Einen Einfluß auf die Wahlen hat die außerparlamentarische Linke nicht; und sie hat auch keinen Einfluß auf die Parteien, die sich zur Wahl stellen. Die Wahlen haben für sie nur insofern Bedeutung, als es dabei darum geht, welche Konsequenzen sich daraus für die gesellschaftlichen und politischen Handlungsspielräume ergeben, somit also auch für die Bedingungen, unter denen die nicht parteigebundene Linke agiert.

Anders als noch bei der letzten Bundestagswahl deutet alles daraufhin, daß es der CDU diesmal nicht gelingen wird, das Ruder herumzureißen, trotz (in den Worten bürgerlicher Propaganda) Wirtschaftsaufschwung und Entspannung auf dem Arbeitsmarkt. Das Unbehagen in der Bevölkerung mit der Regierung ist zu groß. Nach 16 Jahren wünscht eine Mehrheit den Wechsel. "So kann es nicht weitergehen", "eigentlich muß sich etwas verändern" , so die allgemeine Stimmung. Die Menschen haben das Vertrauen in die Regierung verloren. Gleichzeitig hat aber die SPD nicht in gleichem Maße davon profitieren können. Ein deutliches Indiz für die ambivalente Haltung in weiten Teilen der Bevölkerung, die Veränderung wünscht, aber Kontinuität erwartet.

Die SPD hat spätestens mit der Nominierung Gerhard Schröders als Kanzlerkandidat alles daran gesetzt, dieser Erwartung gerecht zu werden. Schon zuvor hat die SPD hinlänglich oft bewiesen, daß sie in zentralen Politikfeldern mit der Regierungskoalition konform geht (erinnert sei nur an die Übereinstimmungen bei der "Inneren Sicherheit"), in der Migrationsfrage und beim Thema Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die ablehnende Haltung der SPD zu den Steuer- und Rentenreformplänen der Koalition war dagegen maßgeblich auf die bevorstehende Wahl zurückzuführen, und der damit einhergehenden Notwendigkeit, Profil als "Partei der kleinen Leute" zu gewinnen und so die Stammwählerschaft an sich zu binden.

Schröders Kampagne für Innovation und Modernität, das Beschwören der "neuen Mitte" als Zielgruppe der SPD dient andererseits dazu, in der öffentlichen Meinung nicht als traditionelle sozialdemokratische Partei zu erscheinen und auch während des Wahlkampfs genügend Anknüpfungspunkte mit den bürgerlichen Parteien zu zeigen. Dabei sieht es ganz so aus, als würde der Spitzenkandidat der SPD in erster Linie Wahlkampf gegen die programmatischen Positionen seiner eigenen Partei führen (für die Grünen gilt übrigens dasselbe). Verstärkt wird dieser Eindruck durch die Diskussionen, die der von Schröder in das Schattenkabinett berufene Jost Stollmann mit seinen Äußerungen in der SPD und in den Gewerkschaften ausgelöst hat.

Es hat den Anschein, als kopiere die SPD erfolgreich eine Strategie, die die Union in den achtziger und neunziger Jahren virtuos beherrschte. CDU/CSU und FDP müssen nun staunend zur Kenntnis nehmen, daß ihre Argumente von Teilen des politischen Gegners übernommen und gegen widerspenstige Teile der eigenen Anhängerschaft in Stellung gebracht werden. In der Vergangenheit paralysierte die CDU so tendenziell die Opposition im Bundestag, indem sie z.B. in Gestalt von Geißler, Süßmuth und Co. die Opposition schon in ihren eigenen Reihen hatte. Heutzutage verhindert diese SPD-Strategie den Frontalangriff seitens der CDU auf sie.

Dennoch: Ob die SPD ohne die CDU in Bonn (respektive Berlin) regieren können wird, ist noch nicht absehbar. Entschieden wird dies davon, ob und in welcher Stärke die PDS und eventuell eine der rechtsextremistischen

Parteien in den Bundestag einziehen werden. Eine rot-grüne Minderheitsregierung wird es nicht geben, ebensowenig wie ein PDS-toleriertes rot-grünes Bündnis. Hierüber muß mensch kein Wort verlieren, auch wenn führende PDSler verständlicherweise immer wieder die Überzeugung äußern, der Machtwille der SPD würde im gegebenen Fall alle Widerstände hintan stehen lassen. Dabei wird aber zweierlei vernachlässigt. Eine PDS-gestützte Regierung müßte mit dem entschiedenen Widerstand der westdeutschen Eliten rechnen, so daß deren Handlungsspielraum gegen Null tendieren würde. Gleichzeitig würde eine solche Kooperation zu enormen innerparteilichen Widersprüchen bei SPD und Bündnisgrünen führen.

Trotzdem: Wählen gehen!

Angesichts der Möglichkeit, daß "Republikaner", DVU oder NPD in den Bundestag einziehen könnten, steht außer Frage, daß mensch seine Stimme bei den Wahlen abgeben sollte. Denn: Je höher die Wahlbeteiligung, desto schwieriger wird es für die Rechtsextremen, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen.

Aber wen wählen? Die parteiungebundene Linke (die in sich ja selbst äußerst heterogen ist) kann diese Frage wohl nur taktisch beantworten. Programmatisch gibt es für sie keine Entsprechung auf der Parteienebene. Insofern ist jede Wahlentscheidung taktischer Natur. Verbietet sich aber ein taktisches Vorgehen? Ernsthaft gilt es wohl nur zu diskutieren, was eine Wahl von PDS und/oder Grünen bedeutet - bei allen Bauchschmerzen, die ein solches Votum verursacht.

Für die PDS geht es bei diesen Wahlen um viel. Verpaßt sie den Einzug in den Bundestag, wird über kurz oder lang nicht mehr viel von ihrem Anspruch, bundesweit agierende Partei zu sein, übrig bleiben. Angesichts des inhaltslosen Wahlkampfes und der Situation, daß sich alle anderen Parteien in der ominösen Mitte tummeln, stehen die Chancen für die PDS eigentlich nicht schlecht. Anders aber als 1994 kann sie nicht mehr mit der Schützenhilfe der CDU/CSU rechnen. Eine Neuauflage der "Roten-Socken"-Kampagne wurde zwar versucht, der durchschlagende Erfolg blieb aber aus.

Die Kampagne der CDU/CSU greift aus zwei Gründen nicht mehr. Zum einen hat sie ihren eigentlichen Adressaten verloren, die SPD. Wie Sachsen-Anhalt, aber auch die Äußerung von Franz Müntefering, eine Zusammenarbeit mit der PDS sei in allen ostdeutschen Ländern denkbar, zeigt, läßt sich die SPD durch eine solche Kampagne nicht mehr jagen. Zum anderen lief die Kampagne deshalb ins Leere, weil zumindest für Ostdeutschland die PDS mittlerweile als mehr oder minder akzeptierte Partei gilt. So ist die PDS auf sich selbst zurückgeworfen. Für die PDS kann es daher durchaus knapp werden. Angesichts der realen Chance, Kohl in den Ruhestand zu schicken, könnte es nicht wenige geben, die, um auf Nummer sicher zu gehen, SPD (im Osten) oder Grüne (im Westen) wählen.

Gleichwohl ist die PDS momentan im Bundestag die einzige Partei, die in vielen Politikbereichen - Migration, Rechtsextremismus, soziale Frage - radikal Position bezieht. Zudem, sind die Grünen überhaupt wählbar? Nicht erst die Kapriolen der vergangenen Monate - Fünf-Mark-Beschluß, dessen Revision, Haltung zu Bundeswehreinsätzen in Bosnien - zeigen deutlich, daß bei den Grünen im Vorfeld der Bundestagswahlen alles unter die Prämisse der Regierungstauglichkeit gestellt wird. "Machbarkeit" ist das höchste Kriterium. Dennoch stellen sie in den denkbaren Regierungskonstellationen den fortschrittlichsten Part dar.

Wie es Euch gefällt

Die politische Orientierung der SPD und großer Teile der Grünen läßt nicht viel von Rot-Grün erwarten. Rot-Grün steht heute weniger denn je für eine fortschrittliche Reformpolitik oder einen grundlegenden Politikwechsel. Aber vielleicht ist es einfach an der Zeit, daß dieses Projekt, das mehr als 15 Jahre die Linke in welcher Form auch immer umtrieb, endlich umgesetzt wird. Auch wenn keinerlei Illusionen in Bezug auf Rot-Grün mehr bestehen, Erwartungen werden dadurch schon geweckt.

Auf drei zentralen Politikfeldern wollen SPD und Grüne Profil gewinnen: Reform des Staatsbürgerschaftsrecht, Ausstieg aus der Atomenergie und Einführung einer Ökosteuer. Die Grünen gehen sogar damit hausieren, man solle an diesen Punkten ein rot-grünes Bündnis in Bonn messen.

Interessant an dieser Agenda ist, daß damit politische Fragen aufgenommen werden, an denen CDU/CSU und FDP während der letzten Legislaturperiode gescheitert sind. Ob es sich nun um die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts handelt (erinnert sei an das Vorhaben einer Kinder-Staatsbürgerschaft), die gescheiterten Gespräche zu einem Energie-Konsens (mit Gerhard Schröder als SPD-Verhandlungsführer)

oder - in der Öffentlichkeit nie richtig zur Geltung gekommen - die Pläne von Umweltministerin Angela Merkel zur Einführung ökologischer Steuerprojekte.

Hier zeigt sich, warum es bei diesen Bundestagswahlen der Opposition das erstemal in der Geschichte der BRD gelingen wird, bei Bundestagswahlen die Regierung zu schlagen. Nach 16 Jahren ist die Regierung erschöpft. Jede andere der denkbaren Regierungskonstellationen verspricht dagegen, wieder Bewegung in die Politik zu bringen. In welche Richtung dies bei einer Großen Koalition ginge, macht der Schulterschluß zwischen SPD und CDU/CSU während des Wahlkampfs zum Thema "Innere Sicherheit" deutlich. Welche Veränderungen Rot-Grün in Gang setzen wird, steht auf einem anderen Blatt.

Der Wahlkampf beider Parteien erschöpft sich momentan auf die Parole "Der Wechsel ist fällig". Was danach kommt, davon sollte mensch allerdings nicht zu viel erwarten. Im Gegensatz aber zur Großen Koalition, bietet Rot-Grün wohl bessere Möglichkeiten für ein Eingreifen der Linken. Ist heute doch schon absehbar, daß eine rot-grüne Bundesregierung mit zahlreichen internen Widersprüchen konfrontiert sein würde, so z.B. bei der Außen- und Militärpolitik, der "Inneren Sicherheit" oder in der Migrationspolitik.

Thomas Ebermann hat in der taz vom 15.8. noch einmal - dankenswerterweise - deutlich daraufhin gewiesen, was mensch unter Reformpolitik und Reformpartei zu verstehen hat, wenn es soziale Bewegungen gibt, die sie tragen: "Sand im Getriebe sein, den Mächtigen in die Suppe spucken, Aufklärung betreiben, mobilisieren, mehr werden (...) Wenn sich ein solches Lager bildet, dann fallen Reformen als Zugeständnis an seine Stärke fast automatisch ab." Davon kann aber gegenwärtig keine Rede sein. Insofern macht es auch keinen Sinn, die Politik der Grünen mit einem solchen Maßstab zu messen. Das sollte aber nicht mißverstanden werden: Natürlich müssen die Grünen dort kritisiert werden, wo ihre Politik immer mehr droht, jeglichen emanzipatorischen Inhalt zu verlieren.

Weder die PDS, noch die Grünen bauen auf sozialen Bewegungen auf. Sie sind in erster Linie Parlamentsparteien. Ihre Politik ist Wahlpolitik, und sie haben sich - mehr oder minder - mit den parlamentarischen Spielregeln arrangiert. Ihre praktische Bedeutung liegt darin, daß sie immer noch ansprechbar sind für Themen, in denen auch die außerparlamentarische Linke umtriebig ist.

Hierin könnte auch die Bedeutung für Rot-Grün in Bonn liegen. Nicht so sehr auf der konkreten Ebene der punktuellen Zusammenarbeit mit einzelnen Abgeordneten, wie das Hamburger Beispiel zeigt. Hier hat die rot-grüne Koalition (vor allem im Bereich der Migrationspolitik) eher zu einer Verschlechterung der Zusammenarbeit zwischen der GAL und der außerparlamentarischer Linken geführt. Ändern werden sich durch Rot-Grün auf Bundesebene aber in Teilen die Begründungszusammenhänge der Regierungspolitik.

Dabei ist klar, daß Rot-Grün Modernisierungspolitik betreiben wird. Insofern werden, wenn überhaupt, nur in nebenrangigen Teilfragen, positive Veränderungen zu erwarten sein. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß die Dynamik beim Umbau der Gesellschaft zunimmt. Diese dürften aber an zentraler Stelle dann nicht mehr nur alleine von Argumenten der Unternehmerseite überlagert sein. Auch wenn die Politik vor allem der Grünen durchaus zwiespältig ist, so werden z.B. in die Diskussion um die Zukunft der Arbeitsgesellschaft und des Sozialstaats neue Töne Eingang finden.

So verknüpfen sich beispielsweise in der grünen Sozialpolitik emanzipatorische und neoliberale Elemente. Eine der zentralen Wurzeln grüner Sozialpolitik ist die linke Kritik am bürokratischen und reglementierenden Sozialstaat, die in den späten 70er und frühen 80er Jahren ihre Blütezeit hatte. Schlagworte wie Selbstbestimmung, Selbsthilfe und Autonomie lassen sich heute aber auch mit neoliberalen Anforderungen, wie z.B. dem Abbau der Staatstätigkeit, und einer Ideologie verknüpfen, in der sich ein sozialer Gerechtigkeitsanspruch in Richtung individueller Vorsorge auflöst. Diese Ambivalenz des rot-grünen Projekts, vor allem der Grünen, neben sozialreformerischen auch neoliberale Bestandteile aufzuweisen, eröffnet vielleicht Spielräume für die Linke - jedenfalls mehr Spielräume als in den vergangenen Jahren vorhanden waren oder eine Große Koalition lassen würde.

Damit soll nicht der Tatsache widersprochen werden, daß es unter Rot-Grün zu einer zunehmenden Flexibilisierung der Erwerbsarbeit und zu einem weiteren "Umbau" des Sozialstaates kommt. Aber in solchen Diskussionen wird nicht mehr nur alleine die betriebswirtschaftliche Logik und der Standortdiskurs dominieren.

Hierdurch könnte sich eine kleine Chance für die Linke eröffnen - nicht mehr. In den letzten Jahren ist es ihr nicht mehr gelungen, sich mit irgendeiner ihrer Anliegen in zentrale und zukunftsweisende gesellschaftliche Debatten einzuklinken. Wenn nun - wie verquer auch immer - Elemente ihrer eigenen Argumente in der Regierungspolitik und der öffentlichen Diskussion auftauchen, sind das allemal bessere Voraussetzungen, in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einzugreifen, als sie in den vergangenen Jahren bestanden, in denen sie bestenfalls aufklärerische Gegenpropaganda betreiben konnte.

mb., Berlin

14. Nazis im Bundestag?

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Wahlen; DVU (Deutsche Volks-Union); Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:28

Daß zum ersten Mal seit dem Verbot der "Sozialistischen Reichspartei" (SRP) Mitte der 50er Jahre eine neofaschistische Partei in den Bundestag einziehen könnte, scheint spätestens seit dem Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt im Bereich des Möglichen. Gewiß, bei Landtagswahlen ist - ähnlich wie bei Europawahlen - die Bereitschaft, "denen da oben" einen Denkzettel zu geben, besonders groß. Richtig ist auch, daß es für die DVU in Sachsen-Anhalt keine Konkurrenz durch eine andere rechte Partei gab. Und ebenso hat das Argument etwas für sich, daß in den Neuen Bundesländern die soziale Deregulierung solche Formen annehme, daß deren Wahlergebnisse sowieso nicht repräsentativ seien.

Wie auch immer die Beruhigungsformeln lauten: Das rechte Wählerpotential ist vorhanden. Das zeigt nicht nur das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt. Auch im Westen, so zuletzt bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 1997, liegen die Rechten zusammengenommen bei annähernd 10 Prozent der Wählerstimmen. Nur ein paar Dutzend Stimmen verhinderten damals den Einzug der DVU in die Hamburger Bürgerschaft. Nicht vergessen werden darf auch, daß in Bremen und Schleswig-Holstein, also zwei westdeutschen Bundesländern, die DVU ihre bis dahin größten Erfolge feiern konnte.

Zu den Bundestagswahlen am 27. September kandidiert, anders als bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, das gesamte Spektrum des organisierten Rechtsradikalismus - von der NPD über die DVU, bis hin zu den "Republikanern" (REP) und Brunners "Bund freier Bürger" (BFB). Eine Situation wie in Sachsen-Anhalt, wo mangels Alternative eben die einzige kandidierende rechtsradikale Kraft die gesamten Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, gibt es somit nicht.

Diese Konkurrenzsituation wird noch durch die Kandidatur von ein paar Sekten verstärkt, die allerdings über einige Hundert oder auch tausend Stimmen nicht hinwegkommen dürften. Die Liste dieser Kleinstpartien reicht dabei von der "Deutschen Zentrums-Partei" über die "Christliche Mitte" bis hin zu solchen Vereinen wie die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität". Insgesamt treten 17 solcher Gruppen an, darunter auch eine "National Sozialistische Partei Deutschlands".

Nicht alle dieser Vereine sind dabei - wie etwa die "National Sozialistische Partei Deutschlands" offen rechtsradikal. Reaktionäre Positionen sowie betonter Nationalismus finden sich aber bei allen. Unter Wahlgesichtspunkten können diese Gruppen außer acht gelassen werden. Erwartungsgemäß werden die "Sonstigen" auf der rechten Seite auch bei dieser Wahl zusammengerechnet kaum wahrzunehmen sein. Anders allerdings verhält es sich bei DVU, NPD und mit Abstrichen bei "Republikanern" und dem "Bund freier Bürger".

Das Dilemma der DVU

Unter den Großen des rechten Lagers scheint die DVU derzeit auf einer Welle des Erfolgs zu schwimmen. Obwohl, oder weil, sie kaum jemand in Sachsen-Anhalt kannte, konnte sie dort mit 12,9% der Wählerstimmen den größten Erfolg einer rechten Partei seit Ende der 60er Jahre erzielen. Im Sog dieses Erfolgs und in der Erwartung, die Anziehungskraft auf das rechte Lager zu verstärken, einigten sich der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey und der ehemalige REP-Vorsitzende Schönhuber auf dessen Spitzenkandidatur bei den Bundestagswahlen. Auch Rudolf Krause, noch vor den letzten Bundestagswahlen Chef des konservativen Deutschland-Forums der CDU, taucht nun bei der DVU auf. Zuletzt war er Mitglied des Bundesvorstandes der "Republikaner", zu denen er übergetreten war, nachdem die CDU die rechtsradikalen Kontakte des Deutschland-Forums geächtet hatte.

Auch andere Prominente des rechten Lagers und solche, die sich dafür halten, haben zu den vermeintlichen Geldtöpfen der DVU gefunden: Otmar Wallner (REP), der ehemalige Vorsitzende des REP-Schiedsgerichts, Hartmut Koch, der - früher eher der NPD nahestehende - rechtsextreme Publizist Rolf-Josef Eibicht, der Hamburger Rechtsanwalt Klaus Sojka und andere erhoffen nun die lang ersehnten parlamentarischen Weihen. Angesichts des Erfolgs in Sachsen-Anhalt scheint ein Teil der alten Rechten, insbesondere um die Monatszeitschrift Nation Europa und Europa vorn die bisher immer wieder gepflegte Distanz zur DVU aufgegeben zu haben.

Doch wie schon in der Bürgerschaft von Bremen und dem Landtag von Schleswig-Holstein, wo die jeweiligen DVU-Fraktionen das Ende der Legislaturperiode nicht ohne Austritt, Spaltung und sonstigen Beweisen der Unfähigkeit erreichten, begann auch die parlamentarische Arbeit in Sachsen-Anhalt nicht ohne Komik. Der Rücktritt des Abgeordneten Lehner, ein mehrfach durch Gewalttätigkeiten aufgefallener Fraktionsvorsitzender Wolf, Vorwürfe der mangelnden innerparteilichen Demokratie und die diktatorischen Methoden des Geldgebers Frey zeigten sehr bald das traditionelle Dilemma der DVU: Bei aller öffentlichen Bekanntheit durch die geschickt organisierten Kampagnen, die über Briefwurfsendungen und Plakate und fast nie durch öffentliche Auftritte bestritten werden, sind die Kandidaten der DVU alles andere als vorzeigbar. Konkrete politische Arbeit im Parlament ist von ihnen bislang nicht geleistet worden.

Sammelbecken NPD

Auch die NPD kann mit einem Kandidaten aufwarten, dessen Person unrühmliche Bekanntheit erlangt hat: Manfred Roeder, ehemaliger Chef der Terrorgruppe "Deutsche Aktionsgruppen", der wegen Anstiftung zum mehrfachen Mord einige Jahre im Knast saß. Zuletzt machte Roeder bundesweit Schlagzeilen, als bekannt wurde, daß dessen einschlägige Vergangenheit weder die Bundeswehrhochschule in Hamburg daran hinderte, ihn zu einem Vortrag einzuladen, noch die Hardthöhe, seinem Hilfsverein für die Ansiedlung von Rußlanddeutschen im Gebiet um Kaliningrad großzügig mit ausgedientem Gerät unter die Arme zu greifen.

Aber Roeder ist nicht der einzige Prominente aus dem terroristischen Nazi-Lager, der heute im NPD-Gewand Politik zu machen versucht: Thomas "Steiner" Wulf aus Hamburg, Christian Worch und eine Vielzahl anderer NS-Aktivisten haben bei der NPD seit einiger Zeit ihre neue/alte politische Heimat gefunden. Eine große Zahl der bis in die Mitte der 90er Jahre unter vielfältigen Tarnnamen auftretenden Stiefelnazis hat sich nach den Verboten ihrer Gruppen in der NPD zusammengefunden. Anders als in den nahezu 20 Jahren zuvor, wurden sie von der NPD unter dem mittlerweile inhaftierten ehemaligen Vorsitzenden Günther Deckert mit offenen Armen empfangen.

Unter dem neuen NPD-Chef Udo Voigt zeigt die Partei zunehmend offener ihre nazistische Orientierung. So läßt z.B. das Hamburger "Nationale Infotelefon" des Andre Goertz verbreiten, daß unter den Gründungsmitgliedern des wirtschaftspolitischen Ausschusses der NPD "vor allem Personen (seien), die aus sozialistischen Zusammenhängen stammen" (darunter verstehen diese Leute offenbar das nationalsozialistische Lager!). Diese, aus den Frühzeiten der NSDAP bekannte "sozialistische" Attitüde, findet sich auch wieder in dem NPD-Flugblatt "Sachsen braucht die NPD - die NPD braucht Sachsen". Hier wird von "kapitalistischen Extremismus" schwadroniert, und davon, daß die NPD ein "politisches Bollwerk gegen den globalen Internationalismus des Großkapitals" sein wolle.

In einem Strategiepapier spricht NPD-Chef Udo Voigt von einem "Drei-Säulen-Konzept" der NPD: "Kampf um die Straße- Kampf um die Köpfe- Kampf um die Parlamente". Zu ihrem "Schwerpunktwahlkampf" hat die NPD die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern gemacht. Großmäulig tönt sie dabei: "Die NPD als führende Kraft des nationalen Widerstands ist in aller Munde und wird zunehmend als die Alternative zum liberalkapitalistischen System anerkannt." Immerhin: Die NPD ist heute bei der Organisierung von militanten Aufmärschen die führende Kraft der Neofaschisten - zumindest in Ostdeutschland.

Ferner liefen: REP und BFB

Derzeit nahezu völlig aus dem Rennen sind die "Republikaner". Seit der Trennung von Schönhuber haben es die REP nicht mehr verstanden, rechts von der Union eine eigenständige Position zu beziehen, die nennenswert Wählerstimmen hätte binden können. Von rechts durch die DVU unter Druck gesetzt und vom bürgerlichen Lager wesentlicher Themen beraubt, dümpeln die "Republikaner" mehr schlecht als recht vor sich hin. Insbesondere die anti-europäischen Sprüche Stoibers, der hier für die CDU/CSU die Rolle des Integrators rechter Protestströmungen übernommen hat, dürften zum drohenden Zerfall dieser Partei beigetragen haben.

Auch der "Bund Freier Bürger" des Manfred Brunner scheint angesichts der medialen Übermacht der DVU kaum mehr als eine zum Mißerfolg verdammte Politsekte geworden zu sein. Dabei war dem Vorhaben Brunners, ein Kristallisationszentrum zu schaffen, das vor allem am rechten Rand der FDP wildern sollte, am Anfang große Beachtung zuteil geworden. Heute helfen da wohl auch nicht mehr die guten Kontakte zu Jörg Haider, dem Star der österreichischen Rechten.

Seit Jahrzehnten ergeben alle politologischen Untersuchungen, daß es in der ehemaligen BRD ein stabiles Potential von etwa 15% der Bevölkerung mit einem geschlossenen rechtsradikalen Weltbild gibt. Obwohl gilt, daß dieses Weltbild nicht automatisch zu einem entsprechenden Wahlverhalten führt, ist der Erfolg der radikalen Rechten in der BRD angesichts dieses Potentials marginal. Dies mag mit spezifischen Faktoren der Nachkriegs-BRD zu tun haben, in der das offene Bekenntnis zum Rechtsradikalismus lange Zeit politisch tabuisiert war. Zumal das herrschende System in Westdeutschland allen autoritär fixierten Gemütern (und das gehört zum rechtsradikalen Typus) genug Identifikationen lieferte. Nicht zuletzt war es die Wiedervereinigung, die 1989 den sinkenden Stern Helmut Kohls in Bezug auf seine Integrationsfähigkeit nach rechts wieder zum Leuchten brachte.

Die Kraft der Integrationsfähigkeit nach rechts schient nun verbraucht. Der Glanz des "Wir sind wer", "Deutschland muß wieder seinen angestammten Platz in der Welt einnehmen" und wie diese Phrasen alle heißen, ist mittlerweile verblaßt. Es könnte durchaus sein, daß damit die bisherige Hemmschwelle, rechts zu wählen, zunehmend brüchiger wird.

Zum herrschenden autoritären System der alten BRD gehörte auch die SPD, die ganz traditionell autoritär strukturiert war. Auch deren Integrationskräft ist am schwinden. Anders ist nicht zu erklären, warum insbesondere auch in den Stadtteilen, in denen die langjährige Versorgungsgarantie der Sozialdemokratie zunehmend versagten, die Menschen überdurchschnittlich rechts wählen und eben nicht fortschrittliche Alternativen besonderen Zulauf bekommen.

Das rechte Potential in der "alten" BRD wird augenfällig ergänzt durch Teile der ostdeutschen Bevölkerung, die durch die flächendeckende Zerstörung der sozialen Verhältnisse in der ehemaligen DDR ihrer persönlichen, sozialen und politischen Perspektive beraubt wurden. Bei Jung- und Erstwählern hat die DVU von allen Parteien in Sachsen-Anhalt den höchsten Stimmenanteil erhalten. Doch auch in Westdeutschland zeigen Untersuchungen, daß bis zu 10% der Erstwähler offenbar bereit sind, rechtsradikal zu wählen.

Angesichts dieser Potentiale berechtigt nichts zu der immer wieder zu hörenden Hoffnung, daß die Konkurrenz der Rechten und die größere "Seriosität" der Bundestagswahl einen Einzug der Rechten, und das hieße mit großer Wahrscheinlichkeit dann der DVU, verhindern wird. Die Weigerung der CDU/CSU auf Höppners Versuche, eine antifaschistische Partnerschaft unter Einschluß der PDS zu vereinbaren, verheißt hier nichts Gutes.

Wenn nichts entscheidendes mehr passiert, wird die Frage, ob die Rechten parlamentisch vertreten sein werden, eine der wenigen spannenden Fragen der Bundestagswahl sein. Spannend könnte es aber vor allem dann werden, wenn rein rechnerisch die Regierungskoalition mit den Stimmen der DVU eine Mehrheit bekommen könnte.

ES, Hamburg

15. Klägliche Marschversuche. Vergebliches Heß-Gedenken in Dänemark und Deutschland

Autor: Anna Bartels · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Dänemark · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:12

Alle Jahre wieder versuchen Neonazis mit einem Aufmarsch an den Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß zu erinnern. Vor allem für die "freien Nationalisten" hat eine erfolgreiche Heß-Demonstration eine große symbolische Bedeutung. In diesem Jahr konzentrierten sich die Bemühungen der Faschisten zunächst auf Dänemark, wo dann gerade einmal 130 Nazis morgens um 7.30 Uhr durch die menschenleeren Straßen von Greve demonstrierten. In Deutschland endeten die kläglichen Marschversuche im Polizeigewahrsam.

Nachdem es den Nazis nicht mehr gelungen war, einen Rudolf Heß-Gedenkmarsch in Deutschland durchzusetzen, wichen die Faschisten in den letzten Jahren häufiger auf die Nachbarländer aus. Beliebtestes Ziel war Dänemark, da derartige Veranstaltungen aufgrund der Versammlungsfreiheit von den dortigen Behörden bisher genehmigt wurden und auch das Tragen einer Hakenkreuzfahne oder einer SS-ähnlichen Uniform nicht verboten ist. Zudem besitzt der Vorsitzende der "Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung" (DNSB) Jonni Hansen in der Kopenhagener Vorstadt Greve ein Haus, in dem anreisende Kameraden übernachten können. Von dort sendet auch der staatlich geförderte Radiosender "Oasen", der die Region mit Hitler-Reden und Nazimusik beschallt.

Die DNSB meldete also den "Internationalen Rudolf-Heß-Marsch" für den 15. August in der Kleinstadt Köge an, zu dem unter anderem auch auf deutschen Infotelefonen und im Internet mobilisiert wurde. 1995 endete ein ähnlicher Marschversuch in einem Debakel für die Nazis: Damals vertrieben AnwohnerInnen und GegendemonstrantInnen die etwa 200 Faschisten aus Roskilde und beschädigten deren Autos und Busse. Im letzten Jahr gelang es den Neonazis, unter dem Schutz der Polizei mit Hakenkreuzfahnen durch Köge zu ziehen.

Doch die Genehmigung des Nazimarsches rief in diesem Jahr nicht nur die dänische Öffentlichkeit auf den Plan: Simon Wiesenthal forderte in einem offenen Brief an die dänische Botschaft in Wien den Justizminister dazu auf, die faschistische Demonstration zu verbieten. Nachdem auch die dänische Polizei Bedenken geäußert hatte, da sie aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre Ausschreitungen befürchtete, wurde der Aufmarsch tatsächlich verboten. Auch eine daraufhin von den Faschisten angemeldete Demonstration vor der deutschen Botschaft in Kopenhagen wurde untersagt. Die von der Polizei angebotenen Routen durch abgelegenere Gebiete lehnten die Faschisten ab.

Von den 500 großspurig angekündigten Nazis fanden schließlich nur etwa 130 skandinavische, deutsche, belgische und niederländische Faschisten den Weg in das mit NATO-Draht gesicherte Haus in Greve. Nach dem kurzen Aufmarsch in den frühen Morgenstunden trauten sich die Nazis nicht mehr aus dem mit dem Hakenkreuz beflaggten Haus oder reisten sofort wieder ab. Denn ab 8.30 Uhr versammelten sich rund 1.500 AntifaschistInnen aus Dänemark, Schweden, Norwegen und Deutschland in Greve, um einen weiteren Aufmarschversuch zu verhindern. Als Teile der Demo zu den provozierenden Faschisten vordringen wollten, wurden sie von der Polizei mit Tränengas beschossen und zurückgedrängt. Insgesamt nahm die Polizei 33 AntifaschistInnen fest - die 18 Deutschen unter ihnen eskortierte die dänische Staatsmacht nach 16 Stunden Gewahrsam an die Grenze und wies sie aus. In Kopenhagen fand zeitgleich eine von fast 10.000 Menschen besuchte bürgerliche Demonstration gegen Rassismus und Faschismus statt, die unter anderem von der Jüdischen Gemeinde Kopenhagen organisiert worden war.

Zahlreichen AntifaschistInnen aus Deutschland, Schweden und Norwegen war allerdings schon die Einreise nach Dänemark verwehrt worden. An der deutsch-dänischen Grenze stationierte

der BGS rund 100 zusätzliche BeamtInnen, um Nazis und Antifas an der Ausreise zu hindern. Mit der Begründung, "Tatsachen rechtfertigen die Annahme, daß Sie die innere oder äußere Sicherheit oder sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, weil Sie an einer politischen Veranstaltung im Ausland teilnehmen möchten" wurde jeweils etwa 100 Nazis und AntifaschistInnen ein zum Teil viertägiges Ausreiseverbot erteilt. Diese Praxis zeigt, daß die repressiven Maßnahmen, die an anderer Stelle "ausprobiert"

und dort wohlmöglich befürwortet werden - wie etwa bei den massiven Kontrollen während der WM in Frankreich, um die Ausreise deutscher Hools zu verhindern - auch auf die Linke zurückfallen.

In Deutschland scheiterten alle Versuche der Nazis, einen Aufmarsch durchzusetzen. Zwar riefen die Infotelefone nach dem Verbot in Dänemark dazu auf, sich den Veranstaltungen in Deutschland anzuschließen, doch von denen war nicht viel zu sehen. Die meisten der "freien Nationalisten", die sich zu dem geplanten Aufmarschort im Sauerland bewegten, wurden schon auf dem Weg von der Polizei angehalten und in Gewahrsam genommen.

Die "freien Nationalisten" konnten sich also auch in diesem Jahr mit dem Rudolf-Heß-Marsch gegenüber der eher an einer legalen Linie orientierten NPD/JN, der als Kandidatin für Bundes- und Landtagswahlen die meisten Aufmärsche genehmigt werden, nicht profilieren. Sie werden wohl in nächster Zukunft weiterhin auf den Demonstrationen der NPD auftauchen, um dort wie in Leipzig festzustellen, daß ihnen weder ein Rederecht eingeräumt wird, noch ihre Vorstellungen eines nationalen Aufmarsches berücksichtigt werden.

Anna Bartels

16. Alle buhlen um Bismarck. Der Streit um das geistige Erbe des "eisernen Kanzlers"

Autor: Anna Bartels · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:31

Pünktlich zum 100. Todesjahr von Otto Fürst von Bismarck tummeln sich Politiker, nationalkonservative Kreise und Neonazis im Sachsenwald bei Hamburg, um das Erbe des "eisernen Kanzlers" für sich zu reklamieren. Am 13. Juli wurde die von der Bundesregierung eingerichtete Otto-von-Bismarck-Stiftung mit Reden von Innenminister Kanther und dem ehemaligen US-Außenminister Kissinger eingeweiht, am 30. Juli, dem Todestag des "tollen Junkers", lud der Urenkel Fürst Ferdinand als Vorsitzender des Bismarckbundes ein ausgewähltes Publikum zur Gedenkfeier nach Friedrichsruh, und nur zehn Tage später marschierten 120 "freie Nationalisten" unter dem Motto "Bismarck - ein sozialer Nationalist" in Aumühle.

Mit dem Gedenken an den Staatsmann Otto von Bismarck soll die "nationale Sinnstiftung" für die "selbstbewußte Nation" Deutschland weiter vorangetrieben werden. Alte Werte und Vorbilder für ein "wiedererstarktes Deutschland" sind gefragt. In diesem Sinne wurde die private Otto-von-Bismarck-Stiftung 1997 von der Koalitionsmehrheit von CDU/CSU und FDP in eine öffentliche Bundesstiftung umgewandelt. Bereits 1994 kaufte der Bund den alten Bahnhof in Friedrichsruh, um dort den repräsentativen Sitz der Stiftung zu errichten. Für den Umbau des Gebäudes stehen 7,5 Millionen DM zur Verfügung, weitere 1 Million DM aus dem Bundesetat werden für die jährlichen Betriebskosten veranschlagt. Die Nachkommen des Fürsten beteiligen sich nicht an den Kosten und stellen den Nachlaß ihres Ahnen nur als Leihgabe zur Verfügung.

Bismarck ist nach Adenauer, Brandt, Ebert und Heuss der fünfte Kanzler bzw. Staatsmann, der mit der Errichtung einer Bundesstiftung geehrt werden soll. In dem Gesetz über die Einrichtung der Stiftung heißt es, "das Wirken Bismarcks als Architekt des Deutschen Reiches von 1871, als Vertreter einer europäisch ausgerichteten Sicherheits- und Friedenspolitik und als Begründer der deutschen Sozialpolitik macht es wert, seine Persönlichkeit und Leistungen als Abgeordneter und Diplomat, preußischer Ministerpräsident und deutscher Reichskanzler weiter zu erforschen."

Nicht einmal die bürgerliche Geschichtsschreibung stellt Bismarck in ein derart positives Licht. Dort gilt der "eiserne Kanzler" auch als rücksichtsloser Machtpolitiker und erzkonservativer Junker, der seine innenpolitischen Gegner rücksichtlos verfolgte. Die SPD hatte ebenfalls ihre Zweifel, ob Otto von Bismarck wirklich die "ersten Schritte in Richtung auf eine ... demokratische Verfassung des Deutschen Reiches" getan hatte und kritisierte die Errichtung der Bundesstiftung in Andenken an einen "ausgewiesenen Monarchisten und Anti-Demokraten", der zudem die katholische Zentrumspartei als "Reichsfeinde" brandmarkte und ebenso verfolgte wie die Sozialdemokratie. Die anderen vier mit einer Bundesstiftung geehrten Staatsmänner seien schließlich einer demokratischen Tradition verpflichtet.

Die Einrichtung der Bismarck-Bundesstiftung kann als Versuch der konservativen BRD-Eliten gesehen werden, die Rolle des "eisernen Kanzlers" in der Geschichtsschreibung neu zu bewerten und sein Staats- und Nationenverständnis in die derzeitige deutsche Politik einfließen zu lassen: Der Reichsgründer soll Leitfigur für eine neue "Berliner Republik" werden. Dazu paßt, daß in den wissenschaftlichen Beirat der Stiftung ausnahmslos Historiker berufen wurden, die Bismarck nur positiv als Reichseiner und Begründer einer modernen Sozialgesetzgebung sehen. Positionen eines Geschichtswissenschaftlers wie Wehler, der vertritt, daß das Kaiserreich mit dem Machtpolitiker Bismarck an der Spitze zu einem "deutschen Sonderweg" und damit zum Nationalsozialismus geführt hätte, sind in der Stiftung nicht gefragt.

Daß die Bismarck-Ruhestätte schon länger als Wallfahrtsort für nationalkonservative und rechtsradikale Fans des "Genius germanischen Kampfzorns" gilt, scheint die Gründer der Bundesstiftung ebensowenig zu stören wie die Tatsache, daß der Urenkel als Mitglied des Stiftungskuratoriums gleichzeitig auch Schirmherr des Bismarckbundes ist. Jahr für Jahr veranstaltet er Feierlichkeiten zum Todes- oder Reichsgründungstag, bei der rechte Burschenschaftler, Mitglieder der "Landsmannschaft Ostpreußen" und andere Nationalkonservative an die nationalen Heldentaten des toten "Reichsschmiedes" erinnern. Zu den Funktionären des Bismarckbundes - 1981 als "Vereinigung zur Wahrung deutschen Geschichtsbewußtseins" gegründet" - gehörte bis zu seinem Tod 1995 Hugo Wellems, einst Referent in Goebbels "NS-Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda"

und später Herausgeber des "Ostpreußenblattes". Auch Emil Schlee - Anfang der 90er Jahre Europaabgeordneter der Republikaner -, Fritz von Randow - Gründungsmitglied der DVU und von 1978-1989 Stellvertreter von Frey - oder Robert Jahn, der 1977 an einem Treffen der illegalen NSDAP teilnahm, zähl(t)en zu dem Kreis der Bismarckbündler. Da verwundert es nicht mehr, wenn die Bismarckmedaille in Bronze, Silber oder Gold an Neonazis wie Axel Zehnsdorf vergeben wird, der bis zu ihrem Verbot Mitglied der FAP und der Wiking Jugend war.

Ins Licht der Öffentlichkeit gerückt, ist Fürst Ferdinand allerdings bemüht, sich von Rechtsradikalen abzugrenzen: Sein Onkel Gottfried sei schließlich im Zusammenhang mit dem Hitler-Attentat vom 20. Juli verhaftet worden. Daß jetzt solche Kreise den Namen Bismarck für sich beanspruchen, sei eine Unverschämtheit. Aus Angst vor einer negativen Presse verbot der Urenkel den TeilnehmerInnen der diesjährigen Reichsgründungsfeier, das Mausoleum für ihre Zwecke zu nutzen. 1997 sagte er die Feier ganz ab.

Die Neonazis huldigen ihrem Bismarck auch ohne fürstlichen Zuspruch. Wurde Anfang Juli eine rechtsradikale Demonstration zu Ehren des Reichskanzlers in Heidelberg noch verboten, so marschierten vorwiegend "freie Nationalisten" aus Norddeutschland Anfang August nur wenige Kilometer von der Ruhestätte des "eisernen Kanzlers" entfernt. Sie sympathisieren mit dem "Reichsschmied" als Antisemiten und erbitterten Gegner von Parlamentarismus und Bürokratie und widmeten ihm eine Ausgabe der Nazi-Zeitung "Zentralorgan".

Ein derartiges Bismarckbild pflegte auch schon Hitler, der die Ideen des "zweiten Reichs" des "eisernen Kanzlers" im "dritten Reich" fortführen wollte und sich als zweiter Bismarck verstand. In diesem Sinne statteten die Nazis auch das 36m hohe Bismarckdenkmal auf St.Pauli aus: In seinem Sockel befinden sich mehrere Hallen mit einem meterhohen Hakenkreuz und eingemeißelten Sätzen wie: "Die germanische Rasse ist jung, kräftig, voller Tugenden und Unternehmungsgeist. Den nordischen Völkern gehört die Zukunft." Daneben findet sich ein Zitat Bismarcks: "Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen entschieden, sondern durch Eisen und Blut."

Anna Bartels

17. "Hort des Friedens". Eine kurze Geschichte Bruneis

An Brunei ist die Asienkrise bisher vorbeigegangen

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Brunei · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:35

"Der Staat - das bin ich". So vermessen können sich heute nur noch wenige ungestraft aufplustern. Ausgerechnet im krisengeplagten Südostasien tut es dennoch einer recht ungeniert. Und kann sich das zudem locker leisten - der Sultan von Brunei, Seine Majestät Haji Hassanal Bolkiah II., der am 10. August seinen ältesten Sohn offiziell zum Thronfolger küren ließ.

Goldverzierte Kuppeln der Moscheen prägen das Stadtbild Bandar Seri Begawans, der Hauptstadt des im Nordwestzipfel Borneos gelegenen erdölreichen Sultanats Brunei. Es sind ausladende Prachtbauten, die dem Reisenden das Klischee einer Erzählung aus Tausendundeiner Nacht aufdrängen. Gäbe es nicht Probleme mit dem großen Nachbarn Indonesien, könnte man geneigt sein, Bandar - wie es kurz heißt - als Hort prämoderner Idylle zu schätzen. Und da sich das schuldenfreie Gläubigerland Brunei heute unverschuldet von säumigen und anderweitig gebeutelten Schuldnern umringt sieht, erinnert es buchstäblich ans Innere des Taifuns. Dort ist es bekanntlich ruhig, derweil die äußeren Wirbel dieses tropischen Sturms alles fällen und mit sich fortreißen, was ihm im Wege steht. China bekommt das in diesen Tagen bitter zu spüren.

Sonderurlaub in London

"Haze" ist seit letztem Jahr, als verheerende Waldbrände vielerorts im indonesischen Kalimantan aufloderten oder von Handlangern gieriger Grundstücksspekulanten im Schlepptau des mittlerweile abgehalfterten Suharto-Clans gezielt entfacht wurden, zur meistgebrauchten Vokabel geworden. Mit "Haze" wird den Kids in der Schule das Alphabet beigebracht, "Haze" dominiert die Wetternachrichten, und "Haze"-Talks sorgen für reichlich Gesprächsstoff im Alltag. Gemeint sind die ätzenden Rauchschwaden, die bei ungünstiger Windrichtung massiv aus Kalimantan herüberwehen oder auch von jenen Brandherden stammen, die mittlerweile auf bruneiischem Territorium schwelen. Bandar und die wenigen anderen Städte des Sultanats sind dann buchstäblich in beißenden Nebel gehüllt. Atembeschwerden, Lungen- und Bronchialerkrankungen sind die Folge. Tage werden zur Nacht, und eine "Haze"-Warnung jagt die andere.

Noch vor wenigen Wochen, als so gut wie nichts mehr ging im Sultanat, gab's schulfrei. Und die gleichzeitig in den ostmalaysischen Bundesstaaten Sabah und Sarawak erscheinende Tageszeitung "Borneo Bulletin" empfahl den Landsleuten, die Chance zum Sonderurlaub zu nutzen. Die staatliche Luftfahrtgesellschaft "Royal Brunei Airlines", deren brandneue Airbus-Flotte (kein Alkohol und keine Raucherzone an Bord) natürlich auch mehrheitlich Sultan Hassanal Bolkiah II. gehört, offerierte kurzerhand Sondertarife in die Hauptstadt des fernen und ehemaligen Mutterlandes - London. So also war nichts so schlecht, um nicht doch wenigstens für etwas gut zu sein.

Bruneier müßte man sein

Das ist durchaus neidvoll zu verstehen. Zumindest aus Sicht der vornehmlich südostasiatischen Arbeitskräfte, in erster Linie Filipinos und Filipinas aus der nahegelegenen Sulu-See und Mindanao sowie Thais, die sich - noch - glücklich schätzen, in Brunei leben, arbeiten und zu Hause ihre Angehörigen unterstützen zu können. Ihren KollegInnen aus Indonesien jedenfalls ging es beispielsweise in Singapur oder Malaysia buchstäblich an den Kragen, als diese sich handgreiflich dagegen zur Wehr setzten, in Nacht- und Nebelaktionen - nunmehr als lästige Parasiten denunziert - erst ins Gefängnis und dann außer Landes geschafft zu werden. Bittere Erinnerungen sind geblieben: Bei Gefängnismeutereien kamen im März in Malaysia und Singapur mehrere "illegale" IndonesierInnen ums Leben.

"Hier geht's uns gut, eigentlich viel besser als zu Hause", sagt Alex L., der in Bandars Flughafengebäude arbeitet und dort einer philippinischen Putzkolonne angehört. Aus der südphilippinischen Hauptinsel Mindanao stammend, haben Alex und seine "Barkada", die engsten Kumpel von ihm, seit drei Jahren eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für Brunei in der Tasche, die ihn und seine Kollegen als privilegiert ausweisen. Mit seinen monatlichen Überweisungen unterstützt er mindestens drei Verwandte daheim.

Schwierigkeiten, sich der neuen Umgebung anzupassen, bestehen kaum. In Mindanao bekennt sich ein Großteil der Bevölkerung zum Islam. In Brunei ist er Staatsreligion, und zwei Drittel der gut 300.000 EinwohnerInnen zählenden Bevölkerung verstehen sich als gläubige Muslime. Darüber hinaus bestehen zwischen beiden Regionen seit dem 16. Jahrhundert enge kulturelle, religiöse und linguistische Bande. Schließlich ist man hier sozusagen vor der Haustür; eine direkte Flugverbindung wird erwogen, und ein Flug nach Zamboanga City in Westmindanao würde nur eine halbe Stunde dauern. Noch näher ist man freilich den Verwandten in dem Brunei umgebenden malaysischen Bundesstaat Sarawak, erst recht in Sabah.

Dorthin nämlich sind seit Ende der sechziger Jahre weit über 100.000 Filipinos und Filipinas geflohen aus Furcht, bei dem seinerzeit heftig tobenden Bürgerkrieg zwischen den philippinischen Streitkräften (AFP) und der für Autonomie kämpfenden Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF) zwischen die Fronten zu geraten. Offiziell herrscht zwar Ruhe, nachdem die beiden Kontrahenten von einst vor genau zwei Jahren ein Friedensabkommen unterzeichnet haben. Doch die Ruhe ist trügerisch. Einerseits, weil es immer wieder zu Scharmützeln mit der mit der MNLF rivalisierenden Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF) kommt. Zum anderen ist es, wie Alex L. beklagt, eine prekäre Ruhe, die nicht satt macht.

"Arbeitsplätze sind rar", sagt der untersetzte Mittzwanziger, "und El Niño hat mit seiner mehrmonatigen Dürre bereits zu Hunger geführt". Doch was ist aus der überschwenglich gepriesenen BIMP-EAGA geworden? "Palabas", antwortet er knapp - "Show und viel Gerede".

Ein wohlklingendes Konzept

BIMP-EAGA steht für Brunei-Indonesien-Malaysia-Philippinen/Ostasiatisches Wachstumsgebiet, ein wohlklingendes Konzept, das Wirtschaftsplaner und Geschäftsleute der beteiligten Länder mit Unterstützung PR-bewußter Politiker 1994 am Reißbrett entworfen hatten. Projektiert war demnach, diese Anrainer auf sämtlichen Ebenen enger aneinander zu binden, den regionalen Handels- und Dienstleistungsaustausch zu fördern und letztlich einen solchen Wirtschaftsboom zu induzieren, wie man ihn - zumindest zeitweilig - aus anderen sogenannten "Growth triangles" (Wachstumsdreiecken) kennt, etwa aus Singapur, Malaysia und Indonesien oder aus Thailand, Laos und Birma sowie partiell aus Südchina.

Doch von einem Wirtschaftsboom kann heute keine Rede sein angesichts der manifesten Wirtschafts- und Finanzkrise, die sich in all diesen Ländern mit einer politischen Legitimationskrise verbindet. Allenfalls Brunei wäre in der Lage, sich in solch ein ambitioniertes Projekt einzuklinken. Anstatt also die multilateralen Kontakte in der Region zu stärken, bleibt bis auf weiteres eine Kontraktion des Handels und anderweitigen Austauschs zu konstatieren, den wiederum kein anderer Staat als Brunei mit seinem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von umgerechnet etwa 15.000 Dollar am ehesten verkraftet.

Gehobener Lebensstil

Die das Wachstum schrittweise, teils noch unter den Briten, zu realisieren wußten, waren Sultan Omar Ali Saifuddien und dessen Sohn und Thronfolger, eben jener Sultan Hassanal Bolkiah II. (52), den das US-amerikanische "Forbes Magazine" jahrelang mit zirka 35 Mrd. US-Dollar an Privatvermögen als reichsten Mann der Welt auflistete.

Bereits 1929 wurden bei Seria im Süden des Landes ausgedehnte Ölfelder entdeckt, deren kommerzielle Nutzung allerdings wegen der tiefen Wirtschaftskrise im Westen und später dann aufgrund der Kriegswirren erst seit Mitte der fünfziger Jahre erfolgte. Die sprudelnden Einnahmen aus dem Erdölgeschäft bildeten buchstäblich das Schmierfett für den ersten Fünfjahresplan zur wirtschaftlichen Entwicklung. Sichtbarer Ausdruck dieser Ölbonanza: Es entstand eine gute Infrastruktur mit mehrspurigem Straßennetz und Hafenanlagen, flankiert vom Auf- und Ausbau eines regional vergleichsweise vorbildlichen Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystems. Die Bande zum kolonialen Mutterland blieben eng geknüpft und ermöglichten es einem nennenswerten Teil der heranwachsenden bruneiischen Intelligenz, in Großbritannien Eliteschulen zu besuchen. London und Singapur sind und bleiben für die Bruneier, die es sich leisten können - und das sind nicht wenige -, wirtschaftliche wie kulturelle Bezugspunkte. Abgeschlagen folgen dann erst die USA, Japan, Malaysia und die Schweiz.

Als 29. Sultan von Brunei tauchte Hassanal Bolkiah II., nachdem sein Vater am 5. Oktober 1967 zu seinen Gunsten abgedankt und er in Brunei sowie an der Victoria Institution in Malaysias Hauptstadt Kuala Lumpur

studiert hatte, 1966 an der angesehenen Royal Military Academy im englischen Sandhurst auf, wo ihm der Ehrenrang eines Hauptmanns in den Coldstreams Guards von Königin Elizabeth zuteil wurde. Ein Jahr später dann (1967) trat er offiziell die Thronfolge an und avancierte im Jahre 1984, als das Sultanat schließlich seine Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich erlangt hatte, zum Premierminister.

Schrittweise übernahm er sodann die Ressorts Verteidigung und Finanzen und zeichnete außerdem als General des Royal Malay Regiment und Inspector General der Royal Brunei Police Force für die internen Sicherheitsbelange verantwortlich. Das Resultat: ein kleiner, korporativistisch verfaßter, auf islamischem Gesetz gegründeter Wohlfahrtsstaat, in dem Dissens oder Opposition als schwere Majestätsbeleidigung gelten würde. In der Kriminalitätsstatistik rangieren denn auch seit Jahren Eigentumsdelikte ganz oben - Diebstahl und Einbrüche, die, so wiegelt man offiziell ab, jedoch nicht besonders schwer ausfielen und kaum von Bruneiern, sondern von "Illegalen" oder Zugewanderten begangen würden.

Was dem Herrscher am Brunei-Fluß, dessen vollständigen Namen inklusive Titeln aufzulisten eines gesonderten Kurzbeitrags bedürfte, gar nicht schmeckte, waren nicht so sehr detaillierte Innenbeschreibungen seines annähernd 500 Mio. US-Dollar teuren Palastes seitens des inoffiziellen Biographen James Bartholomew, als vielmehr Details über tatsächliche oder vermeintliche Eskapaden seines Bruders Prinz Jefri.

Jefri soll sich nicht so züchtig benommen haben, wie das allgemein von ihm erwartet wird. Eine junge Dame namens Shannon Marketic, die Anfang der neunziger Jahre mal Miss California und Miss USA war, hat jedenfalls Anfang des Jahres vorsorglich gleich gegen beide Brüder vor einem US-amerikanischen Gericht Klage dagegen eingereicht, am Hofe des Sultans von Brunei als "sexuelles Spielzeug" mißbraucht worden zu sein. Frau Marketic hatte in der Klageschrift u.a. behauptet, im Sportkomplex des Präsidentenpalastes in Bandar Seri Begawan mit sechs anderen Frauen genötigt worden zu sein, sich Pornomagazine anzuschauen, auf ausgelassenen Mitternachtsparties tanzen und sich dabei die frivolsten Kommentare der versammelten Gäste anhören zu müssen. Ihre Schadensersatzforderung: 90 Mio. US-Dollar. Prompt hieß es in einer Verlautbarung aus dem Büro des Premiers in Bandar: "Seine Majestät, der Sultan, hat weder etwas mit Ms. Marketic zu tun gehabt, noch ist er ihr jemals begegnet".

Begegnungen der geschätzten Art gab es Mitte August aber zuhauf. Am 10. August war öffentlicher Feiertag in Brunei: Mit Prunk und Gloria wurde in der festlich geschmückten Hauptstadt des Sultans ältester Sohn, der 24jährige Haji Al-Muhtadee Billah, der Bevölkerung offiziell als Kronprinz und 30. Sultan von Brunei in spe vorgestellt. Ergänzt wurde die Zeremonie durch einen einwöchigen Besuch des jungen Thronfolgers in allen vier Distrikten seines Sultanats. Ein weiterer Lichtblick für einen geschichtsträchtigen Ort, an dem "Krise" weitgehend ein Fremdwort geblieben ist.

Rainer Werning

"Hort des Friedens"

Eine kurze Geschichte Bruneis

Das heute als Negara Brunei Darussalam (Hort des Friedens) bekannte konstitutionelle Sultanat zählt zu den ältesten Königreichen in Südostasien, kann auf eine etwa 1.500 Jahre lange Geschichte zurückblicken hat und im 15. und 16. Jahrhundert sogar imperiale Macht in der Region ausgestrahlt.

In chinesischen Annalen aus dem 6. und 7. Jahrhundert wurde Brunei abwechselnd als "Puni" oder "Puli" bezeichnet. Überliefert sind zumindest drei größere Tributzahlungen des Königs von Puni oder Puli an den chinesischen Kaiser zwischen 518 und 616 sowie das Erscheinen eines königlichen Emissärs in Peking im Jahre 669. Auch während der Sung-Dynastie (960-1279) und Ming-Dynastie (1369-1643) bestanden Kontakte zwischen beiden Herrscherhäusern. Im Jahre 1408, so wird berichtet, stattete der König von Puni mitsamt seiner Familie und königlichem Troß Kaiser Yung-Lo einen Besuch ab, in dessen Verlauf ihm königliche Insignien und andere Geschenke überreicht wurden.

Einige Jahrzehnte zuvor (spätestens ab 1370) hatte der Islam in Brunei Fuß gefaßt, vermittelt durch arabische Gelehrte und Händler, die ihrerseits mit den benachbarten Königreichen von Temasik (Singapur) bis Pegu (Birma) in regem Austausch standen. Im Schatten der Blüte des javanisch-hinduistischen Madjapahit-Reiches vermochte Brunei seinen Einfluß über Borneo bis hin zu den südlichen Philippinen auszudehnen. Vor allem

Sultan Bolkiah und Sultan Hassan, Herrscher im 15. und 16. Jahrhundert, gelten als Lichtgestalten der bruneiischen Geschichte.

Antonio Pigafetta, der Chronist des in spanischen Diensten segelnden Portugiesen Magellan, der auf Mactan (in der mittleren philippinischen Inselgruppe) den Tod fand, hat als erster Europäer Eindrücke über das Leben und Treiben im fernen Brunei vermittelt. Als er dort 1521 an Land ging, zeigte er sich beeindruckt von der Opulenz am Hofe des Sultans und bezifferte die Anzahl der Häuser in der damaligen Hauptstadt - zumeist Pfahlbauten - mit 25.000.

Von den Kolonialmächten waren es schließlich die Briten, die dem Sultanat ihren Stempel aufdrückten. Ihre Ära der direkten und indirekten Herrschaft währte annähernd ein Jahrhundert (1888-1983), bis mit Beginn des Jahres 1984 Brunei seine volle Unabhängigkeit erlangte, nachdem es sich zuvor erfolgreich sowohl gegen eine Eingliederung in die Malaiische Föderation als auch 1963 gegen die Vereinnahmung durch Malaysia gewandt hatte.

Durch seinen Beitritt in das 1967 in der thailändischen Hauptstadt Bangkok gegründete ASEAN-Regionalbündnis (Vereinigung südostasiatischer Staaten) und in die Organisation Islamischer Staaten festigte es seine Selbständigkeit und avancierte wegen seines Ölreichtums und schuldenfreien Status zum begehrten Gläubiger in der Region.

Rainer Werning

18. Ein Jahr Asienkrise: Heißes Geld bekommt kalte Füße

Autor: Wolfgang Pomrehn · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Asien allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:26

Den 2. Juli 1997 wird man in Ost- und Südostasien nicht so schnell vergessen. An diesem Tag sah sich die thailändische Regierung gezwungen, die Bindung des Baht an den US-Dollar aufzuheben. Eine Abwertung von 15 Prozent war die Folge. Noch im gleichen Monat gerieten auch die Währungen der Nachbarstaaten unter Druck: der philippinische Peso, Indonesiens Rupiah und Malaysias Ringgit. Was zunächst nur eine Währungskrise war, griff bald auf die Aktienmärkte über. Die Kurse begannen auf breiter Front zu purzeln. Der Hongkonger Hang Seng-Index verlor innerhalb von drei Wochen 15 Prozent. Auch an der New Yorker Wall Street wurden die Broker nervös. Am 15. August 1997 erlebte der Dow-Jones-Index seinen stärksten Rückgang seit Oktober 1987. Am 24. Oktober 1997 gab es einen erneuten, noch stärkeren Einbruch.

Ein Jahr nach Beginn der Krise zeigt sich, daß die Programme des Internationalen Währungsfonds (IWF) weniger den gebeutelten asiatischen Ländern als den Schnäppchenjägern aus Europa und den USA helfen, die auf den doppelt entwerteten Aktienmärkten in Ost- und Südostasien einkaufen. Wolfgang Pomrehn zieht Bilanz.

Während sich die Aktienkurse an der New Yorker Börse wieder erholten, sackten die Notierungen an den Märkten Ost- und Südostasiens weiter ab. Die Region schlitterte immer tiefer in die Krise. Bis zum 31. Dezember 1997, schätzt man bei Morgan Stanley Capital International, haben die Aktien in Thailand, Südkorea, Hongkong und Indonesien rund 200 Milliarden US-Dollar an Wert verloren. Doch damit war das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Nach einem Zwischenhoch im Frühjahr ging die Talfahrt allerorten weiter. Selbst in Australien und Neuseeland begannen Aktienbesitzer zu schwitzen.

In Bangkok, wo alles seinen Anfang nahm, ist der Index Anfang August bei 234 Punkten angelangt: ein rasanter Absturz von 650 im Juni 1997 bzw. von 850 Punkten im Dezember 1996. In Hongkong, wo man noch vor Jahresfrist davon träumte, der Hang-Seng-Index könnte bald die Marke von 20.000 erreichen, schloß die Börse am 11. August bei 6.780 Punkten. Mit anderen Worten: Seit dem 8. August 1997, als der Index mit 16.647 Punkten seinen historischen Höchststand erreicht hatte, haben Hongkonger Aktien rund 60 Prozent an Wert verloren.

Voraussehbarer Absturz

Dabei hatten in Thailand noch vor kurzem die meisten Wirtschaftsindikatoren recht gut ausgesehen: Mit einem jährlichen Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) von 9,8 Prozent in den Jahren 1985 bis 1995 hatte das südostasiatische Land die weltweit am schnellsten wachsende Wirtschaft. Zudem nahm die relative Verschuldung gegenüber dem Ausland seit Jahren ab, und die Weltbank stufte Thailand in die Kategorie "weniger verschuldete Länder" ein. Die Regierung in Bangkok verfolgte eine strikte Haushaltspolitik, so daß sie 1995 einen Überschuß erwirtschaftete, der immerhin 2,5 Prozent des BIP ausmachte.

So scheint die Asiatische Entwicklungsbank als eine der großen internationalen Finanzinstitutionen gute Gründe gehabt zu haben, als sie wenige Wochen vor dem Crash optimistische Einschätzungen verbreitete: In ihrem "Ausblick für 97 und 98" (veröffentlicht im Juni 1997) hieß es: "Die Wirtschaft (Südostasiens) wird im allgemeinen als gesund angesehen, und das Eingreifen der Verantwortlichen hat wahrscheinlich eine breitere monetäre Krise von der Art, wie sie Mexiko 1994 erlebte, vermieden." Wenige Tage später war diese Aussage Makulatur.

Strukturelle Probleme

Voraussehbar, meinen einige Kritiker. Narong Pretpasert von der Chulalongkorn-Universität in Bangkok weist z.B. darauf hin, daß Thailands Handelsbilanz chronisch defizitär ist. Das Defizit hat in den letzten Jahren sogar zugenommen, und zwar trotz erheblicher Wachstumsraten bei den Exporten. 1996 betrug es 9 Prozent des BIP.

Die Erklärung ist einfach: Die Industrie des Landes ist sehr einseitig und hängt stark von Importen ab. Die Fertigungstiefe ist gering. Vorprodukte, Maschinen und Anlagen - fast alles muß importiert werden. Ein Problem, mit dem auch andere asiatische Tiger zu kämpfen haben, wie z.B. die Philippinen, die bisher für wenig Schlagzeilen gesorgt haben. Selbst das vergleichsweise hochindustrialisierte Südkorea ist vor allem bei Hightech-Komponenten auf Importe angewiesen, da seine Unternehmen Forschung und Entwicklung vernachlässigt haben.

Ein anderer Faktor, der die Alarmglocken schon frühzeitig hätte läuten lassen müssen, war das Stagnieren der Exporte, meint der indische Wissenschaftler Kavaljit Singh. Nach einem Wachstum von 22,2 und 24,7 Prozent in den beiden Vorjahren hat es 1996 praktisch keine weitere Zunahme mehr gegeben. Zwei Gründe nennt der Ökonom dafür: Zum einen sei die Nachfrage nach Elektronik-Artikeln zurückgegangen; zum anderen habe ein Anstieg der Löhne in Thailand zu einem Wettbewerbsnachteil geführt, weil die Unternehmer nicht in Produktivitätssteigerungen investiert hätten.

Das deckt sich mit einer Analyse des Wirtschaftswissenschaftlers Alwyn Young, der 1992 und 1995 in zwei Arbeiten daraufhingewiesen hat, daß Asiens Boom einzig auf dem Zufluß von Kapital statt auf einer Steigerung der Produktivität beruht und daher nicht besonders nachhaltig sein kann.

Vor allem dann nicht, wenn wie in Thailand und auf den Philippinen das ausländische Kapital vor allem Anlage-Kapital ist, d.h. in Aktien, Krediten und Anleihen steckt und daher rasch abgezogen werden kann. Genau das ist letztes Jahr in Thailand passiert, als die Probleme des dortigen Bankensektors offensichtlich wurden. Anfang 1997 begann das, was nicht nur Narong Pretpasert eine "bubble economy" nennt, zu platzen.

Seit Beginn der 90er Jahre hat sich Thailand zunehmend verschuldet. 1996 betrugen die Schulden 123 Prozent des BIP, während es 1992 nur 39 Prozent waren. Der Löwenanteil davon entfiel auf Private und bestand aus Krediten mit geringer Laufzeit. Viele Kredite wurden zudem für Investitionen in den besonders boomenden Immobilienmarkt aufgenommen. Die Rechnung schien einfach: Man nahm einen Kredit auf, um Land zu kaufen, dessen Marktwert schnell steigen und die Kreditzinsen mehr als wettmachen würde. Doch Ende 1996 war Schluß mit diesem spekulativen Geschäft. Die Bodenpreise fielen wieder. Mit fatalen Folgen: Viele Kredite konnten nicht mehr bezahlt werden. Ein Siebtel aller Kredite soll nach Angaben der Bank of Thailand bereits Ende 1996 "faul" gewesen sein. Beobachter meinen allerdings, daß die tatsächlich Rate fast doppelt so hoch gewesen sein muß.

Als diese Fakten durchzusickern begannen, verloren ausländische Investoren ihr Vertrauen in die Wirtschaft des Landes, und der Angriff auf den Baht begann. Zunächst versuchte man in Bangkok noch, den Wechselkurs zu verteidigen. Die thailändische Zentralbank kaufte für mehr als 23 Milliarden US-Dollar Baht auf - nur um ihre Devisenreserven ohne nennenswerten Effekt dahinschmelzen zu sehen. Am 2. Juli 1997 gab sie schließlich auf.

Spekulation leicht gemacht

Devisenspekulation haben bei der Abwertung des Baht und der anderen Währungen, die ihm bald darauf folgten, sicherlich eine Rolle gespielt. Allerdings muß man deshalb nicht gleich dem malaysischen Premier Mahathir Mohammad folgen, der George Soros, den Chef eines großen Investment-Fonds, zum alleinigen Verantwortlichen erklärt. Es wird geschätzt, daß im Juni und Juli 1997 Spekulanten rund 10 Milliarden US-Dollar auf die Abwertung gesetzt haben. D.h., sie haben Schulden in Baht aufgenommen und mit dem Geld "harte" Währungen gekauft, um die Kredite nach der Abwertung zurückzuzahlen und den Kursgewinn einzustecken.

Leicht gemacht hat ihnen das die vom Internationalen Währungsfond (IWF) und anderen Apologeten des freien Welthandels empfohlene Liberalisierung des Finanzsystems. Mit der Einrichtung der Bangkok International Banking Facilities hat die Regierung 1993 praktisch den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr freigegeben.

Als im Sommer letzten Jahres die Blase aus privater Überschuldung, kurzfristigen Krediten, Bodenspekulation und einseitiger Exportorientierung platzte, dürfte manch einer in Bangkok die Einrichtung dieser Finanzdrehscheibe bereut haben. Jetzt konnte das Anlage-Kapital - anders als die Direktinvestitionen -

genauso schnell abfließen, wie es gekommen war. Thailand hatte seine Liquiditätskrise und mußte beim IWF betteln gehen.

Kreditschwemme

Das sollte sich in den nachfolgenden Monaten in Indonesien, Südkorea und Malaysia wiederholen. Denn die Probleme der "Tiger"-Ökonomien ähneln sich. Auch Süd-Korea leidet z.B. unter einer übermäßigen privaten Verschuldung, und die Banken sitzen auf einem Berg unbezahlbarer Kredite. Das ist doppelt problematisch, denn ähnlich wie in Thailand haben sich auch die süd-koreanischen Finanzinstitute einen nicht unerheblichen Teil ihres Kapitals im Ausland geborgt: Ende 1996 hatte Süd-Korea bei ausländischen Banken Schulden in Höhe von insgesamt rund 100 Milliarden US-Dollar. Mit 33,8 Milliarden entfiel davon der größte Brocken auf die Europäische Union. Japan und die USA folgten mit 24,3 und 9,4 Milliarden US-Dollar.

In den letzten zwei bis drei Jahren haben vor allem europäische und japanische Banken die Region mit Krediten überschwemmt, denn hier war mehr zu verdienen als zu Hause, wo die Zinsen niedrig waren. Besonders in Japan, so viele westliche Kritiker, hat den seit dem Zusammenbruch der Bodenspekulation Ende der 80er Jahre aufgelaufenen Berg "fauler" Kredite mit einer "Null-Zinsen-Politik" versteckt. Allein von Dezember 1994 bis Dezember 1996 stieg die in Asien ausgezahlte Kreditsumme um rund 52 Prozent auf 367 Milliarden US-Dollar. Der größte Teil ging in die "Tigerstaaten", denen zuvor Weltbank und IWF die Liberalisierung ihrer Finanzmärkte nahegelegt hatte. Die beiden Riesen Indien und China hielten sich hingegen bei der Verschuldung stark zurück und bevorzugen statt dessen ausländische Direktinvestitionen.

Die Folgen dieses Kreditbooms werden sozialisiert: Nicht die leichtfertigen Kreditgeber, sondern die öffentliche Hand in den Krisenstaaten wird zur Verantwortung gezogen. "Es ist doch bemerkenswert," meint Kang Moon Kyu, der in Seoul am Aufbau eines Netzes ökologischer Nachbarschaftszentren arbeitet, "daß der IWF auf der einen Seite die Liberalisierung und Deregulierung unserer Wirtschaft verlangt, während auf der anderen Seite der Staat für die privaten Schulden geradestehen soll." Plötzlich sind selbst Staaten wie Südkorea und Thailand hochverschuldet, die einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen hatten, deren öffentliche Kassen in manchen der vergangene Jahre sogar Überschusse erwirtschaftet haben. Um Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden, wird eine Kreditaufnahme beim IWF unvermeidlich.

Der springt ein - den mit 58 Milliarden US-Dollar größten Kredit bekam Seoul -, doch der Preis ist hoch: Um die Währung zu stützen, verlangt der Fonds Zinserhöhungen. Außerdem sollen die öffentlichen Ausgaben gekürzt und die Mehrwertsteuer angehoben werden. Weitere Bedingung: Die Grenzen müssen für Importe geöffnet und die Politik der Importdiversifizierung soll aufgegeben werden. Schließlich sind auch die Beschränkungen für ausländische Beteiligungen an koreanischen Aktiengesellschaften auf 55 Prozent anzuheben, und der Finanzmarkt ist vollständig zu öffnen.

Soziale Katastrophe

Es ist klar, wer am meisten unter den Krisenfolgen zu leiden hat: "Die südkoreanische Wirtschaft ist in ein schwarzes Loch gefallen, und die Arbeiter haben die Konsequenzen zu tragen," schreibt Lee Jai Yun in der jüngsten Ausgabe der "Asian Labour Updates". In der Region nehmen Arbeitslosigkeit und Lohnabbau zu. "Die Unternehmen drücken die Löhne weiter und weiter, so daß sie kaum noch für Nahrung und Fahrtkosten reichen," klagt man bei der Hongkonger Arbeiterinnen-Vereininigung. Thailands Finanzminister hat dem IWF sogar in einem "Letter of Intent" versprochen, den Anstieg des Mindestlohns 1998 auf zwei bis drei Prozent zu beschränken.

In Süd-Korea können sich indes die Arbeiter glücklich schätzen, wenn sie überhaupt noch bezahlt werden. Vor allem in kleineren Betrieben muß mancher oft monatelang auf seinen Lohn warten. Die Alternative heißt Arbeitslosigkeit: Von Dezember 1997 bis April 1998 verdoppelte sich die Zahl der Erwerbslosen. Derzeit spricht die Regierung von sieben Prozent Arbeitslosen, während die Gewerkschaften den informellen Sektor und die Beurlaubten mitzählen und auf 16 Prozent kommen. Die Betroffenen stehen, wenn sie nicht von ihrem Unternehmen ausgezahlt werden, zumeist ohne jede Unterstützung da. Einige wählen den letzten Ausweg: Im ersten Quartal 1998 stieg die Selbstmordrate, so Yoo Jae Hyun, um rund 36 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

In Thailand demonstrieren die Bauern für Regierungshilfen. Während sich die Früchte des Booms vor allem in der Hauptstadt Bangkok und dort in den Händen der Reichen konzentriert haben, hat man auf dem Land nun

darunter zu leiden, daß sich Importgüter in Folge der Abwertung drastisch verteuert haben. Düngemittel und Maschinen müssen nach wie vor eingeführt werden, ein weiteres Indiz dafür, wie unsolide der nun implodierte exportorientierte Industrialisierungs-Boom gewesen ist.

Am schlimmsten ist die Situation in Indonesien: 1996 lebten 22,5 Millionen Indonesier in Armut. Gegenwärtig zählt das Land, das 200 Millionen Einwohner hat, schon 79,4 Millionen Arme, und bis zum Ende des Jahres wird erwartet, daß diese Zahl um weitere 20 Millionen steigt.

Als arm gelten Familien, deren Einkommen unter 227.720 Rupiah (ca. 28 DM) pro Monat in der Stadt bzw. 177.997 Rupiah (ca. 22 DM) auf dem Lande liegt. Zum Vergleich: Auf Java verkaufen Kinder Grashüpfer, die angesichts grassierenden Hungers ihren Weg zurück auf den Speisezettel der Armen gefunden haben, für 6.000 Rupiah (ca. 70 Pfennig) pro Kilogramm. Ein Liter Speiseöl kostet 8.000 Rupiah (ca. 1 DM). Mitarbeiter der Weltgesundheitsorganisation befürchten, daß Ende 1998 die Hälfte der indonesischen Bevölkerung nicht genug zu essen haben wird.

Wie immer in Krisenzeiten trifft es die Frauen besonders hart: In Boom-Zeiten wurden sie zu Niedrigstlöhnen in den Sonderwirtschaftszonen eingestellt, weil sie billiger und gewerkschaftlich weniger erfahren waren. Jetzt landen sie als erste auf der Straße. Doch damit nicht genug: "Get your husband energized" ("Baue deinen Ehemann wieder auf"), wird in einer Kampagne gefordert, mit der in Süd-Korea seit einigen Monaten Frauen an ihre "Verantwortung" erinnert werden. "Die Scheidung einzureichen ist im Zeitalter des IWF für eine Frau zum teuflischsten aller moralischen Verbrechen geworden," schreibt Choi Soung Ai im "Asian Woman Workers Newsletter". Frauen werden als kaufsüchtig verurteilt, sie sollen auf Selbstmordabsichten bei ihren Männern achten und ihre Kinder ermuntern, in der Schule nicht abzurutschen. Und bei alledem müssen sie sich noch einen Job suchen, um die Familie zu ernähren.

Trotzdem zeigt sich Süd-Koreas neuer Präsident Kim Dae Jung, der in den letzten Monaten wiederholt Polizei gegen streikende Arbeiter einsetzen und Dutzende Gewerkschaftsfunktionäre verhaften ließ, weiter optimistisch: "Es gibt keinen anderen Weg. Die Arbeitslosigkeit wird durch die Umstrukturierung von Banken und Firmen weiter steigen. Wenn wir dieses Jahr leiden, können wir den IWF bald hinter uns lassen." Unbeirrt hält er an dem vom Währungsfond diktierten Privatisierungs-Programm fest.

IWF in der Kritik

Dabei, so Kritiker, ist die IWF-Kur nicht einmal geeignet, die Krise zu überwinden. Vor allem die vom IWF verordneten hohen Zinsen sind Gift für die koreanische Ökonomie, die vom kleinen Ladenbesitzer bis zum großen Industriekonglomerat im wesentlichen auf Kreditbasis arbeitet. Yoo Jae Hyun von der Semin Foundation in Seoul schätzt die Kreditrate der Großunternehmen auf stattliche 400 Prozent.

"Die strikten Bedingungen des IWF-Programms," so Kavaljit Singh, "führen zu mehr und mehr Bankrotten und werfen Millionen von Menschen auf die Straße. Das Beharren des IWF auf Zinsanhebung führte dazu, daß diese jetzt mit 19 bis 20 Prozent nahezu 15 Prozent über der Inflationsrate liegen. Die Folge ist ein Anwachsen der Zusammenbrüche."

Auch Walden Bello von der Universität der Philippinen in Manila kritisiert die IWF-Politik des knappen Geldes und der hohen Zinsen, die allenfalls geeignet sei, die krisengeschüttelten Staaten in eine Rezession zu treiben. Außerdem, wendet Singh ein, wende der IWF zweierlei Maßstäbe an: Einerseits bestünde er mit seinen Auflagen darauf, daß die Regierungen ihren angeschlagenen Banken nicht zur Hilfe kommen, sondern sie an den "faulen" Krediten bankrott gehen lassen. Wenn es aber um die internationalen Banken gehe, die so leichtfertig verliehen haben, würde der Fonds auf einmal auf der Bedienung der Kredite bestehen - möglichst noch mit Zinsen. Von einigen Kritikern wird er deshalb auch schon als Hauptschuldeneintreiber für die Banken der Industriestaaten bezeichnet. "Tatsächlich," so Singh, "werden viele Gläubiger durch die Umstrukturierung der Banken und Finanzinstitute in diesen Ländern noch zusätzliche Profite machen." Wenn sie für ihre exzessive Kreditvergabe auch noch belohnt werden, so der Inder pessimistisch, könnten sie sich schon bald neue Wege für ähnliche Aktionen suchen. Es fragt sich also, wer nach Mexiko und Südostasien das nächste Opfer sein wird. Afrika?

Erholung in Sicht?

Selbst Weltbank-Chefökonom Joseph Stiglitz reiht sich in die Front der IWF-Kritiker ein. Statt enger Haushaltspolitik sei eine Ausweitung der öffentlichen Ausgaben gefordert, meint er. Soziale Sicherungssysteme müßten her, um den Abstieg von Millionen in die Armut zu verhindern.

In einigen Staaten folgt man inzwischen diesem keynesianischen Ansatz. Hongkong, Singapur, Malaysia und Japan haben milliardenschwere Infrastrukturprogramme aufgelegt, die zumeist darauf abzielen, die Bauwirtschaft wieder anzukurbeln. In Jakarta, Bangkok und Seoul würde man gern diesem Beispiel folgen, wenn man denn die Mittel dafür hätte oder der IWF es zuließe.

Doch ob die Programme ausreichen werden, die Länder aus der Krise herauszuführen, ist zweifelhaft. Von einer baldigen Erholung spricht jedenfalls inzwischen kaum noch jemand in der Region. Walden Bello meint sogar, Asien stünde vor einem verlorenen Jahrzehnt.

Rettungsanker setzen Rost an

Selbst in Hongkong und China, die bisher als Rettungsanker gelten, mehren sich die Krisenanzeichen. Hongkong-Dollar und chinesischer Yuan sind die einzigen Währungen in Ost- und Südostasien, die dem Abwertungsdruck bisher haben widerstehen können. Sowohl in Peking als auch in der ehemaligen britischen Kolonie ist seit Ausbruch der Krise keine Woche vergangen, in der nicht die Verteidigung der jeweiligen Währung versprochen worden wäre. Sollten nämlich auch noch Hongkong-Dollar und Yuan fallen, da sind sich alle Analysten einig, stünde eine neue Abwertungsrunde ins Haus, die eventuell sogar eine globale Rezession auslösen könnte. Schon jetzt mehren sich vor allem in den USA die Anzeichen, daß die asiatische Krise nicht auf die Region beschränkt bleiben wird.

In Hongkong spricht man inzwischen von einer einsetzenden Rezession. Der Einzelhandelsumsatz geht rapide zurück, die Bodenpreise sinken besorgniserregend, und die Arbeitslosigkeit erreicht Rekordwerte. In China ist man offiziell zwar noch zuversichtlich, auch in diesem Jahr das hohe Wachstumsziel zu erreichen, doch bleibt fraglich, ob die dafür notwendigen ausländischen Direktinvestitionen (30 Milliarden US-Dollar im Jahr 1998) eingeworben werden können. Die Hauptherkunftsländer befinden sich nämlich selbst in Schwierigkeiten: Hongkong, Taiwan und jetzt auch Japan.

Die sich verschärfende Krise der japanischen Wirtschaft und die Abwertung des Yen üben weiteren Druck auf den Yuan aus. Man schätzt, daß die japanischen Direktinvestitionen um 2 Milliarden US-Dollar zurückgehen werden, falls der Kurs des Yen auf 150 Yen/US-Dollar absacken sollte - was nicht so unwahrscheinlich ist.

So verwundert es auch nicht weiter, daß Mitte Juni aus Peking zum ersten Mal verlautete, man werde den Yuan nicht um jeden Preis verteidigen, wenn Tokio dem Verfall seiner Währung weiter tatenlos zusieht. Nur Stunden später griff die US-Notenbank in Absprache mit der japanischen Regierung ein und kaufte für mehrere Milliarden Dollar Yen. Doch der Kursgewinn des Yen schmolz binnen Wochenfrist wieder ab. Seitdem fährt die Nippon-Devise einen irren Zickzackkurs, der Analysten und Fondsmakler in der Region in Atem hält.

Zu Beginn der Währungskrise hatten einige Regierungen noch gehofft, daß die Abwertung den Export ankurbeln würde. Auch die IWF-Programme sollten auf diesem Weg die Staaten aus der Krise führen. Doch das, zeigt sich jetzt, war ein Irrglaube.

Übersehen wurde dabei zum einen, daß die hohe Importabhängigkeit der Exportwirtschaft die Produktion verteuert - eine Verbilligung der Ausfuhren findet hier ihre Grenzen. Zum anderen bleibt ein erheblicher Teil der Exporte in der Region. Deren krisenbedingt nachlassende Kaufkraft macht sich also in den Bilanzen bemerkbar. Schließlich überschneidet sich der Exportmix der verschiedenen Länder zum Teil erheblich, d.h. nicht nur die jeweils eigenen Exporte werden durch die Abwertungen billiger, sondern auch die der Konkurrenz.

Sollte z.B. der Yen auf 150 Yen pro US-Dollar fallen, erwartet das Hyundai Wirtschaftsforschungszentrum einen Rückgang der südkoreanischen Ausfuhren um zwei Prozent für das laufende Jahr. Auch Singapur und Taiwan gehören zu den auf diese Weise von der Yen-Krise Betroffenen. Fumiyuku Sasaki vom japanischen Nomura Forschungsinstitut: "Für jeweils 10 Yen, die der US-Dollar steigt, gehen Singapurs Exporte um zehn Prozent zurück." Andere Staaten wie China haben eher mit der abnehmenden Nachfrage in Japan zu kämpfen.

Japan wiederum leidet unter der geschrumpften Kaufkraft seiner wichtigsten Kunden: Vor der Krise gingen 45 Prozent der japanischen Exporte nach Asien, das meiste davon in die Krisenstaaten. Der Tiger beißt sich also in den Schwanz.

Schnäppchenjäger

Wie jede Krise hat auch diese ihre Gewinner. Die Belohnung der Kredithaie wurde bereits oben erwähnt. Daneben sind die europäischen und US-Amerikanischen Schnäppchenjäger zu nennen, die nun an den doppelt entwerteten Aktienmärkten Ost- und Südostasiens auf Pirsch gehen. Dort wo ihnen bisher noch Fesseln angelegt waren, sorgen die IWF-Auflagen für "Liberalisierung".

Die Firma Bosch etwa hat ihr Gemeinschaftsunternehmen mit den koreanischen KIA-Werken vollständig übernommen. BASF erwirbt Chemiebetriebe des Hanwha Chaebols, und dessen Raffinerien gehen an Shell, um nur einige Beispiele zu nennen. Auch bei den anstehenden Privatisierungen, wie z.B. der südkoreanischen Telecom, werden finanzkräftige Unternehmen aus den Industrieländern sicherlich nicht leer ausgehen. George Soro, der als inoffizieller Berater des neuen Präsidenten in Seouls Blauem Haus fungiert, hat bereits sein Interesse angemeldet.

Die sozialen Bewegungen Ost- und Südostasiens tun sich derweil noch schwer, eine eigene Antwort zu finden. Allenthalben beschränkt man sich auf die Kritik der IWF-Auflagen und auf Abwehrkämpfe. Nicht selten tappt man - vor allem Mann - dabei in die nationale Falle: "Manchmal müssen Arbeiter eben zurückgeschickt werden," meint Premesh Chandran vom (regierungsnahen) malaysischen Gewerkschaftsverband. In seinem Land gebe es zuviele Arbeitsimmigranten, und seine Basis würde es nicht akzeptieren, wenn er sich gegen die Deportationen aussprechen würde, kommentiert er die Vertreibung indonesischer Flüchtlinge und Arbeiter aus Malaysia. Nur sollten dabei internationale Standards eingehalten werden, die auf europäischen Erfahrungen (!) beruhen.

Auch in Süd-Korea initiieren ehemalige Oppositionelle Kampagnen, die dazu aufrufen, koreanische Waren zu Kaufen. Sie appellieren an den Nationalstolz und sammeln Gold, um die Währung zu stützen. Ausgeblendet wird dabei, daß Süd-Korea nicht nur zu den Opfern, sondern durch exzessiven Kapitalexport vor allem nach Indonesien auch zu den Verursachern der Krise gehört. Im Gewerkschaftsdachverband KCTU gibt es derweil erhebliche Auseinandersetzungen zwischen Vertretern einer sozialpartnerschaftlichen Linie, die den nationalistischen Argumenten folgen, und solchen Kräften, die auf einen kompromißlosen Kampf gegen Massenentlassungen setzen.

Ebenfalls in Süd-Korea beginnen inzwischen einige Frauen zu verstehen, daß die untrennbar mit dem Nationalismus verwobenen patriarchalen Ansätze für sie wenig Gutes verheißen. "Laßt uns Frauen uns selbst organisieren," schreibt Choi Soung Ai. "Laßt uns darüber sprechen, wie soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklung und Gerechtigkeit aus der Perspektive der Frauen aussehen sollte."

Andere haben ihre Antwort bereits gefunden. "Am Protektionismus führt kein Weg vorbei," meint Edberto Villegas, Direktor des Institute of Development Studies an der Universität der Philippinen und zugleich Chef-Berater der Guerilla für ökonomische Fragen in den Friedensverhandlungen mit der Regierung. Die Liberalisierungsgesetze für Bergbau und Bankwesen müßten zurückgezogen werden, so Villegas, und bei der Vergabe von Konzessionen müßten zuerst einheimische Gesellschaften berücksichtigt werden. Vor allem müsse eine Landreform, die den Namen verdient, eingeleitet und die Plantagen der Multis und der alteingesessenen Großgrundbesitzer müßten enteignet werden. Die Industrialisierung schließlich, so beschreibt er das klassische national-demokratische Programm kommunistischer Parteien in kolonialen und neo-kolonialen Ländern, müsse auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft zugeschnitten sein.

Doch wie eine solche Politik gegen den Druck von Wirtschaftskolossen wie den Vereinigten Staaten und Deutschland durchgesetzt werden kann, die allenthalben mit Verlockungen und Erpressung die Regierungen der Welt zur Öffnung der Grenzen für Kapital und Waren drängen, bleibt unklar. Aber diese Frage ist wohl auch eher den Metropolenbewohnern zu stellen.

Wolfgang Pomrehn

Wer sind die Schuldner? - Außenstände bei Banken Ende 1996, +, +, +, +

, US-Banken, Japanische Banken, EU-Banken, Internationale Kredite insges.

China, 2.7, 7.8, 26.0, 55.0

Hongkong, 8.7, 87.5, 86.2, 207.2

Indonesien, 5.3, 22.0, 21.0, 55.5

Südkorea, 9.4, 24.3, 33.8, 100.0

Malaisia, 2.3, 8.2, 9.2, 22.2

Philippinen, 3.9, 1.6, 6.3, 13.3

Singapur, 5.7, 58.8, 102.9, 189.3

Taiwan, 3.2, 2.7, 12.7, 22.4

Thailand, 5.0, 37.5, 19.2, 70.2

Vietnam, 0.2, 0.2, 1.0, 1.5

Ostasien, 46.4, 260.6, 318.3, 736.6

In Milliarden US-$. Quelle: Bank of International Settlements,, zitiert nach "World Economic Outlook,, Interim Assessment",, IMF,, December 1997,, zitiert nach Kavaljit Singh,, Globalisation of Finance., +, +, +, +

19. Weltniveau für einen Tag. "taz" entdeckt Massengräber

Autor: Kt. · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Kommentare zu aktuellen Geschehen; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:14

Kosovo:

Gehe zurück auf LOS!

Die jugoslawische Krise ist dorthin zurückgekehrt, wo sie vor zehn Jahren begann: in den Kosovo. Damals, im Herbst 1988, erzwang die serbische Regierung den Rücktritt mehrerer prominenter albanischer Partei- und Staatsführer des Gebiets, das damals noch den Status einer autonomen Provinz innerhalb der jugoslawischen Teilrepublik Serbien hatte. An die Stelle der ausgeschalteten Politiker wurden willige Statthalter des serbischen Parteichefs Milosevic gesetzt.

Die albanische Bevölkerung des Kosovo antwortete auf die faktische Beseitigung ihrer Autonomie mit tagelangen Massendemonstrationen, vor allem in der Provinzhauptstadt Pristina. Die serbische Führung unter Milosevic organisierte daraufhin die erste Mega-Demo in Belgrad; von da an machte sie aus diesen Aufmärschen ein zentrales Mittel ihrer auf die Hegemonie im nach-titoistischen Jugoslawien zielenden Politik. Die Zahl der Teilnehmer, die aus allen Teilen Serbiens kamen, wurde mit 1,3 bis 1,5 Millionen angegeben. Milosevic und andere Redner sprachen von einem Völkermord der Kosovo-Albaner an der serbischen Minderheit und heizten die Pogrom-Stimmung weiter an mit der Behauptung, die Albaner würden systematisch serbische Frauen und sogar Kinder vergewaltigen. Die aufgeputschte Menge reagierte mit Sprechchören wie "Tod den Albanern!", "Albaner raus!", "Gebt uns Waffen!" und "Auf in den Kosovo!"

In den folgenden Monaten entwickelte sich im Kosovo eine breite Streikwelle, die sämtliche Betriebe, Verkehrsmittel und Handelsunternehmen erfaßte und praktisch den Charakter eines Generalstreiks annahm. Milosevic ließ diese Protestbewegung mit polizeilicher und militärischer Gewalt, Massenverhaftungen usw. niederwerfen.

Im März 1989 schränkte die serbische Führung die Autonomierechte der Provinzen Kosovo und Vojvodina (wo es eine ungarische Minderheit gibt) ein. Im Juli 1990 erklärte Milosevic das Parlament des Kosovo für ausgelöst und stellte die Provinz unter Zwangsverwaltung, nachdem die albanische Abgeordnetenmehrheit die "Unabhängigkeit" des Kosovo (gemeint war damals noch: als gleichberechtigte Republik innerhalb der jugoslawischen Föderation) proklamiert hatte. Ende September 1990 schließlich wurde durch eine neue serbische Verfassung die Autonomie des Kosovo und der Vojvodina vollständig aufgehoben. Ironischerweise nur drei Tage nach dieser Maßnahme, mit der die jugoslawische Verfassung an einem entscheidenden Punkt ausgehebelt wurde, erklärten die Serben in Kroatien mit Unterstützung Belgrads ihre Autonomie und proklamierten ihre Republik Krajina. Vom eigenwilligen Humor der serbischen Führung zeugte auch, daß sie weiterhin die Sitze des Kosovo und der Vojvodina in den jugoslawischen Bundesgremien für sich beanspruchte, obwohl deren Vertretung selbstverständlich nur in Zusammenhang mit dem Autonomiestatus Sinn machte und gerechtfertigt war. Die Tatsache, daß die Vojvodina, wo es keine nennenswerten Proteste gegeben hatte, ebenso behandelt wurde wie der Kosovo, widerlegt im übrigen das beliebte pro-serbische Argument, die Kosovo-Albaner hätten die Kassierung ihrer Autonomie durch ihren maßlosen Separatismus selbst provoziert.

Nationalismus

als Rettungsanker

In Wirklichkeit sind die Gründe für das Vorgehen der serbischen Führung auf zwei Ebenen zu suchen, die beide mit der Situation Jugoslawiens nach Titos Tod (1980) in Zusammenhang standen:

1.) Jugoslawien sah sich Anfang der 80er Jahre, wie etliche andere Staaten auch, hoffnungslos in der imperialistischen "Schuldenfalle" gefangen. Das Land war absolut zahlungsunfähig und vermochte sich nur noch mühsam von einem Schuldenmoratorium der internationalen kapitalistischen Institutionen zum nächsten zu schleppen. Als Gegenleistung mußte es eine vom internationalen Kapital diktierte Austerity-Politik

durchführen, die in kürzester Zeit zu einer ungeheuren Verschlechterung der gesamten wirtschaftlichen und sozialen Situation der Bevölkerung führte. Die Folge waren Massenproteste, insbesondere Streiks. Als erster maßgeblicher jugoslawischer Politiker entwickelte Milosevic, der 1987 die Führung der serbischen KP übernahm, die Strategie einer chauvinistischen Ab- und Umlenkung der aufgebrachten Massen. Das schon seit Gründung Jugoslawiens brisante Kosovo-Problem bot sich als Thema Nummer 1 für kollektive nationalistische Haßausbrüche an. Stimmungsmache gegen die Strukturen Jugoslawiens, die angeblich permanent und überall die Serben - als eigentlich stärkste Teilnation - benachteiligten, kam als weiterer wichtiger Punkt der Agitation hinzu.

2.) Die völlige politische Entrechtung der albanischen Bevölkerungsmehrheit des Kosovo diente außerdem unmittelbar dem Ziel, die Geschäftsgrundlage des jugoslawischen Bundesstaates in Frage zu stellen und das bisherige, sehr komplizierte Gleichgewicht einer Vielzahl von Kräften durch eine eindeutige serbische Hegemonie zu ersetzen. Wie schon erwähnt, brachte die Aufhebung der Autonomie des Kosovo und der Vojvodina der serbischen Führung zwei sichere zusätzliche Stimmen in den Bundesgremien. Eine dritte Stimme verschaffte Milosevic sich, indem er durch inszenierte Demonstrationen die Regierung der Republik Montenegro stürzen und durch ihm genehme Personen ersetzen ließ.

Während in der Vergangenheit die Repression gegen die Kosovo-Albaner von allen Teilrepubliken mitgetragen worden war, wurde sie nun aber zum taktischen Streitthema in dem ohnehin eskalierenden Konflikt zwischen den Nationalitäten. Anfang September 1990 beschloß das slowenische Parlament, alle zentralen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zu blockieren, solange die Bevölkerungsmehrheit des Kosovo ihrer Rechte beraubt werde. Ende September 1990 folgte die Übernahme des Kommandos über die Territorialverteidigung der Republik und die Regelung des Wehrdienstes slowenischer Soldaten durch die Regierung in Ljubljana.

Zur Vervollständigung der Chronologie in Kürze: Am 25. Juni 1991 erklärten Slowenien und Kroatien sich zu selbständigen Staaten. Daraufhin versuchte die Bundesarmee, die Zentralgewalt über Slowenien mit Gewalt wiederherzustellen, zog sich aber nach den ersten Mißerfolgen ganz aus der Republik zurück und griff statt dessen Kroatien an. Am 27. April 1992 verkündeten Serbien und Montenegro ihre Vereinigung zu einer neuen Bundesrepublik Jugoslawien. Im Mai 1992 griff der Bürgerkrieg auf Bosnien-Hercegovina über, das nun zum Hauptschauplatz der Kämpfe wurde, nachdem die Lage in Kroatien seit Februar 1992 weitgehend stabil war. Anfang August 1995 begann die kroatische Armee eine Großoffensive gegen die 1990 auf dem Boden Kroatiens proklamierte serbische Krajina-Republik. Diese Offensive führte innerhalb weniger Tage zur vollständigen Wiederbesetzung des Gebiets und zur Vertreibung oder Flucht der gesamten serbischen Bevölkerung. Im November 1995 mußte Milosevic aufgrund der veränderten militärischen Lage und unter starkem Druck der NATO das Dayton-Abkommen akzeptieren, mit dem der Krieg in Bosnien-Hercegovina beendet wurde.

"Serbischer Kosovo"?

Daß der Kosovo vor 600 Jahren einmal ein Kerngebiet Serbiens war, ist eigentlich das blödeste unter allen Argumenten, die sich zu diesem Streit vorbringen lassen. Er spielt aber in der nationalistischen Agitation der serbischen Führung eine wesentliche Rolle - und verirrt sich auf diesem Weg gelegentlich sogar mal ins "Neue Deutschland" oder in die "Junge Welt". 1389 erlitt Serbien seine entscheidende Niederlage gegen das expandierende Osmanische Reich im Gebiet des heutigen Kosovo. Von da an bis zum Jahr 1912 stand der Kosovo über 500 Jahre lang unter türkischer Herrschaft. Wenn man schon unbedingt in historischen Kategorien diskutieren will, sollte das Gebiet also eigentlich zur Türkei gehören, denn serbisch war es vor der Niederlage von 1389 nur etwa 250 Jahre lang gewesen.

Serbien - das selbst erst 1878 seine volle staatliche Unabhängigkeit erreicht hatte - annektierte den Kosovo (und Makedonien) 1912/13 als Ergebnis eines Koalitionskrieges gegen das Osmanische Reich. Es brachte diese Gebiete als sein Eigentum in das nach dem 1. Weltkrieg gegründete sogenannte Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen ein. Der Name weist darauf hin, daß die Einwohner von Bosnien-Hercegovina und von Makedonien ebenso wie die Kosovo-Albaner und die Ungarn der Vojvodina nicht als Staatsvölker anerkannt waren; auch die Montenegriner kamen als eigenständige Nation nicht vor, sondern galten als Serben.

Im Oktober 1929 wurde der Staat umbenannt in Jugoslawien, d.h. Land der Südslawen. Mit dieser Neubetitelung und mit verwaltungstechnischen Maßnahmen sollte das Streben nach Homogenisierung der

staatstragenden Nationalitäten des Landes ausgedrückt und gefördert werden. Tatsächlich gelang es jedoch nicht, insbesondere den kroatisch-serbischen Konflikt zu entschärfen.

Der aus dem 2. Weltkrieg hervorgegangene sozialistische Bundesstaat Jugoslawien erweiterte den Kreis der Staatsvölker von drei auf sechs, indem er Makedonien, Montenegro und Bosnien-Hercegovina zu eigenen Republiken machte und für letztere eine Hauptnationalität "ethnische Moslems" erfand. Der überwiegend von Albanern bewohnte Kosovo blieb Teil Serbiens. Politisch war das von vornherein nicht einsichtig, zumal es in Jugoslawien bald mehr Albaner als Slowenen, Makedonier oder Montenegriner gab. Die offizielle Begründung, die Kosovo-Albaner bräuchten keine eigene Teilrepublik, weil es bereits einen albanischen Staat gab, konnte auch nicht gerade als Muster an Stichhaltigkeit gelten. Tatsächlich manifestierte sich in der Verweigerung einer eigenen Teilrepublik von vornherein eine Ungleichberechtigung und eine slawische Exklusivität des Bundesstaates.

1968 kam es im Kosovo zu Massenprotesten, die in erster Linie im Kontext gleichzeitiger nationaler und "bürgerlich-liberaler" Mobilisierungen in vielen Teilen Jugoslawiens zu sehen sind. In der 1974 verabschiedeten neuen Verfassung Jugoslawiens erhielten der Kosovo und die Vojvodina den Status autonomer Provinzen innerhalb Serbiens. Im Frühjahr 1981 gab es eine erneute Protestwelle der Kosovo-Albaner, die nun die Erhebung ihres Gebiets zu einer eigenen, siebten Teilrepublik der jugoslawischen Föderation forderten. Diese Massenproteste wurde mit harter Gewaltanwendung und scharfer juristischer Repression niedergeschlagen. Hunderte von Albanern wurden in den 80er Jahren wegen rein politischer Delikte wie beispielsweise Teilnahme an einer Demonstration, Verteilen eines Flugblatts oder Zeigens einer albanischen Flagge zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Im Juli 1990 proklamierten die albanischen Abgeordneten des Provinzparlaments die Gründung einer Unabhängigen Republik Kosovo. Außer Albanien war bisher aber kein Staat der Welt bereit, diese anzuerkennen. Im Mai 1992 fanden illegal organisierte Wahlen statt, die eine klare Mehrheit für die größte albanische Partei, die "Demokratische Liga des Kosovo" (LDK), ergaben. LDK-Chef Ibrahim Rugova wurde mit mehr als 75% der Stimmen zum Präsidenten des Kosovo gewählt. Es ist in Deutschland von rechts bis links üblich, Rugova als einen "selbsternannten Präsidenten" zu bezeichnen. Das ist unsinnig, da seine Wahl 1992 wie auch seine Wiederwahl im März 1998 als durchaus repräsentativ gelten konnten.

Bewaffneter Kampf

Die UCK, die "Befreiungsarmee des Kosovo", trat erstmals im April 1996 in Erscheinung, ist also erst seit recht kurzer Zeit überhaupt aktiv. Sie hatte bis Ende 1997 rund 30 Anschläge und Überfälle auf einzelne Serben und auch auf Albaner, die sie als Kollaborateure bezeichnete, durchgeführt. Bis zum Frühjahr 1998 beschränkten sich ihre Aktivitäten erkennbar nur auf sporadischen Terrorismus. Die UCK war so wenig faßbar und militärisch so bedeutungslos, daß die LDK zunächst ihre Existenz in Frage stellte und sie sogar verdächtigte, ein Produkt und Werkzeug des jugoslawischen Geheimdienstes zu sein. In diese Richtung hat sich Rugova sogar noch Anfang dieses Jahres geäußert.

So war es einigermaßen erstaunlich, daß die UCK im Frühjahr/Sommer 1998 anscheinend in der Lage war, vorübergehend die Herrschaft in einem geschlossenen "befreiten Gebiet" im Zentralkosovo und in einzelnen Enklaven zu behaupten. Im Juni verkündete sie sogar, sie kontrolliere rund ein Drittel des Kosovo. Hatte man vor einigen Monaten die UCK auf höchstens 1.000 Kämpfer taxiert, sind nun Größenordnungen zwischen 10.000 und 30.000 im Gespräch.

Als normales Wachstum wird man das gewiß nicht ansehen können. Als Erklärung bietet sich an, daß in erster Linie zahlreiche Handfeuerwaffen (großenteils in den letzten Monaten aus Albanien eingeschmuggelt) in Privatbesitz vorhanden sind und daß die Bereitschaft zum spontanen bewaffneten Widerstand sowie zur allseitigen Unterstützung der Kämpfer durch die Bevölkerung ganz breit vorhanden ist. UCK ist dabei vermutlich oft nur ein Name, der diesem Widerstand übergestülpt wird. Die UCK hat selbstverständlich nichts dagegen, denn sie wird auf diese Weise stark aufgewertet. Und für die serbische Propaganda bekommt mit den drei Buchstaben der albanische "Terror" einen allgemeingültigen Namen. Die Repression insgesamt kann auf diese Weise als Abwehrkampf gegen die UCK legitimiert werden.

Außerdem schwächt die Auf- und Überbewertung der UCK diejenigen unter den albanischen Kräften, die immer noch stärker auf eine politische als auf eine militärische Lösung orientiert sind. Eine primär militärische

Konfliktaustragung erleichtert der serbischen Regierung das Taktieren gegenüber den europäischen Staaten und den USA. Denn diesen ist weder die militärische Kampfform der UCK noch deren maximalistische programmatische Ausrichtung auf ein "Großalbanien" besonders sympathisch.

Die serbische Polizei hat, mit Armee-Unterstützung, zunächst im März/April und dann in einem zweiten Schub Ende Juni/Anfang August das gesamte Aufstandsgebiet überrollt, alle teilweise blockierten Straßen wieder geöffnet und die bewaffneten albanischen Kräfte aus den von ihnen "gehaltenen" Dörfern und Kleinstädten vertrieben.

Die Angaben, die beide Seiten über die Verluste dieser Kämpfe machen, liegen nicht allzu weit auseinander und deuten auf mehrere Tatsachen hin:

1. Von einem Völkermord im Kosovo zu sprechen, wie es die Sprecher der Albaner tun, ist maßlos übertrieben. Zweifellos haben die Serben in Einzelfällen ganze Großfamilien ermordet, aber das mag umgekehrt auch vorgekommen sein und weist offenbar keine Systematik auf. Nach einem Bericht des albanischen Menschenrechtsausschusses in Pristina haben serbische Einheiten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 469 Menschen im Kosovo getötet.

2. Das militärische Kräfteverhältnis ist zur Zeit ganz eindeutig. Die UCK und die anderen bewaffneten albanischen Kräfte besitzen weder das Potential für lange Abwehrkämpfe noch für wirkliche militärische Angriffsoperationen. In vielen Fällen sind sie vermutlich nach kurzem Widerstand oder von vornherein ausgewichen. Das heißt aber auch, daß von einer entscheidenden Niederlage überhaupt nicht die Rede sein kann. Wenn die Albaner, die bisher offenbar nur über Handfeuerwaffen verfügen, auch stärkere Waffen bekämen - was letztlich wohl nur eine Frage der Zeit ist -, könnte der Aufstand im Kosovo für Serbien zu einem erheblichen Problem werden.

Die serbische Offensive hat eine Fluchtbewegung der albanischen Bevölkerung ausgelöst, die teilweise das Ergebnis bewußter Maßnahmen der serbischen Seite ist, wie etwa die Zerstörung ganzer Dörfer. Wieviele Menschen inzwischen wirklich ihre Heimat verlassen haben, weiß niemand. Schätzungen bewegen sich zwischen knapp unter 100.000 und 300.000, wobei diese Maximalzahl zumeist in tendenziöser Absicht vorgetragen wird, im Sinne des Genocid-Vorwurfs an die serbische Adresse. Wohl am häufigsten genannt wird die Zahl 200.000, was ungefähr einem Zehntel der albanischen Bevölkerung entspräche. Nur ein vergleichsweise kleiner Teil der Flüchtlinge und Vertriebenen ist in die Nachbarländer Albanien, Montenegro und Makedonien ausgewichen; die Mehrheit befindet sich immer noch im Kosovo. Den Charakter einer "ethnischen Säuberung", vergleichbar dem serbischen Vorgehen in Bosnien-Hercegovina vor ein paar Jahren oder der Vertreibung der Serben aus der Krajina durch die Kroaten 1995, haben die Vorgänge im Kosovo bisher insgesamt nicht angenommen.

Säbelrasseln der NATO?

Die Politik der NATO und ihrer einzelnen Hauptmächte ist wieder einmal schwer zu entschlüsseln. Die gängige linksradikale Sicht, die immer davon ausgeht, die NATO würde eigentlich lieber heute als morgen in jeden beliebigen Konflikt militärisch eingreifen, geht auch im Fall des Kosovo weit an der Realität vorbei. Die NATO hat weder die Mittel noch ein echtes gemeinsames Interesse, in jedem Bürgerkrieg oder internationalen Konflikt eine Polizeirolle und damit auch die umfassende Verantwortung für die Durchführung und Durchsetzung eines Krisenmanagements zu übernehmen. Tatsächlich läßt sie sich auf solche Unternehmen sogar nur ganz ausnahmsweise ein. Allerdings beansprucht die NATO das hypothetische Recht, sich in jeden Konflikt einmischen und ihre Lösungsvorstellungen diktieren zu dürfen, einschließlich der Drohung mit militärischer Gewalt. Tatsächlich geht es dabei aber in der Regel weitaus mehr um das Prinzip an sich als um seine praktische Anwendung.

Im Fall des Kosovo produzierte die NATO die größte Aufgeregtheit im Frühjahr, während sie auf die umfassende serbische Offensive im Juli vergleichsweise erstaunlich gelassen reagierte. Zwischen Anfang März und Ende Mai war viel davon die Rede, daß Serbien die blutige Unterdrückung der albanischen Bevölkerung im Kosovo sofort beenden müsse. Anderenfalls drohte die NATO, vorweg die USA im Verein mit Deutschland, "schwerste Konsequenzen" an. Drohend war davon die Rede, daß "keine Option" für Militärschläge gegen Serbien "ausgeschlossen" sei. Den USA wurde die Absicht zugeschrieben, sie wollten "notfalls alleine schärfere Strafmaßnahmen gegen Belgrad verhängen". Tatsächlich handelte es sich dabei

aber im wesentlichen um unbewiesene Gerüchte und um deutsches Wunschdenken und Zweckpropaganda. In Wirklichkeit kam der größte Lärm nachweislich wieder einmal von den deutschen Politikern, mit Hinweis darauf, daß Deutschland wegen der Gefahr einer neuen "Flüchtlingswelle" eigentlich der Hauptleidtragende einer Eskalation im Kosovo wäre. Das entspricht dem hierzulande vorherrschenden national-larmoyanten Denken, das noch bei der schlimmsten Katastrophe im entlegensten Teil der Erde die bange Frage stellt: "Was bedeutet das für uns?"

Auf der NATO-Frühjahrstagung Ende Mai wurde in sehr vager Form angedroht,man werde "notfalls" militärische Mittel einsetzen, um eine Verschärfung und Ausweitung des Kosovo-Konflikts zu verhindern. Konkret beschlossen wurden NATO-Manöver in Albanien im August und in Makedonien im September. Beiden Nachbarstaaten des Kosovo wurde Unterstützung versprochen, durch die sie besser in die Lage versetzt werden sollen, ihre eigenen Grenzen zu kontrollieren. Sinn macht dieser Beschluß in erster Linie unter dem Aspekt, den Waffenschmuggel in den Kosovo einzudämmen und damit die UCK zu schwächen.

Vor allem der deutsche Verteidigungsminister Rühe setzte gleichzeitig in der NATO durch, daß die Planungsstäbe beauftragt wurden, unterschiedliche militärische Optionen für eine Intervention in den Kosovo-Konflikt zu analysieren. Diese Planspiele sahen teilweise sehr martialisch aus, bis hin zum Einsatz von NATO-Bodentruppen, die überwiegend von Deutschland gestellt werden sollten, und massiven Luftangriffen gegen "Militärziele" in Serbien selbst. Tatsächlich kommt aber, wie Rühe im Juli selbst sagte, ein Einsatz von NATO-Landstreitkräften ausschließlich zur Absicherung einer fertig ausgehandelten und von beiden Konfliktseiten akzeptierten politischen Lösung in Frage.

Was diese angeht, haben alle NATO-Staaten klargemacht, daß sie keinesfalls die staatliche Unabhängigkeit des Kosovo unterstützen würden, sondern nur eine erweiterte Autonomie oder allenfalls einen Status als dritte Teilrepublik (neben Serbien und Montenegro) im Rahmen des neuen jugoslawischen Staates. Diese Position entspricht ihrem Inhalt nach der früheren Forderung der Kosovo-Albaner nach dem Status einer siebten Republik in der alten jugoslawischen Föderation. Inzwischen vertritt aber auch Rugova als Sprecher des "gemäßigten" Teils der Albaner die Forderung nach voller Unabhängigkeit. Die UCK und die meisten Parteien, die in Opposition zu Rugovas LDK stehen, wollen sogar einen vergrößerten Staat, der auch Teile Makedoniens und Montenegros mit mehrheitlich albanischer Bevölkerung einschließen soll. Da für solche Absichten innerhalb der NATO niemand zu haben ist, ist leicht zu verstehen, daß Westeuropa und die USA der serbischen Offensive gegen die UCK im Juli nicht nur schweigend zugesehen, sondern sie insgeheim vermutlich begrüßt haben. Sie befürworten zwar einerseits die Einbeziehung der UCK in Verhandlungen, sind aber andererseits für jede Schwächung der militärischen Komponente der Kosovo-Albaner dankbar, weil das die für eine Verhandlungslösung zur Verfügung stehenden Kräfte stärken könnte.

Aber wie könnte diese Lösung aussehen? Es scheint jenseits der Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit keine relevante albanische Position mehr zu geben. Das aber ist mit den ohnehin beschränkten serbischen Verhandlungsoptionen auf gar keinen Fall kompatibel und findet, wie schon gesagt, auch innerhalb der NATO keine Unterstützung. Was überhaupt die Frage von Verhandlungen angeht, so ist Rugova dazu zwar im Prinzip bereit, aber nicht unter den jetzigen Umständen, wie er kürzlich erklärt hat. Die UCK und die radikaleren unter den albanischen Parteien scheinen überhaupt nicht verhandeln zu wollen. Milosevic würde zwar mit Rugova verhandeln - und hat das auch schon getan -, aber nicht mit der UCK.

Allenfalls könnte ein Verhandlungsprozeß damit enden, daß Rugova eine ähnliche Rolle übernimmt wie Arafat: indem er sich als Person zum Repräsentanten eines Kompromisses macht, für den er in der eigenen Bevölkerung nur eine schmale Mehrheit, und vielleicht noch nicht einmal das, besitzt. Dennoch wäre dies sicher die beste aller Möglichkeiten. Denn auf militärischer Ebene besitzen beide Seiten Potentiale, Reserven und Vorteile, die eine sehr blutige und lange Konfliktaustragung ermöglichen würden. Dann wäre auch eine stärkere Einbeziehung Albaniens in diesen Krieg nicht auszuschließen.

Kt.

Weltniveau für einen Tag

"taz" entdeckt Massengräber

"Massengräber jetzt auch im Kosovo entdeckt", titelte die "taz" am 5. August. Darunter: "taz-Reporter stößt bei Orahovac auf hunderte Leichen. Augenzeugen sprechen von bis zu tausend Toten. Von den Opfern sollen allein 430 Kinder gewesen sein."

Orahovac, vorübergehend von der UCK gehalten, war in den Tagen zwischen dem18. und 21. Juli von serbischen Spezialeinheiten zurückerobert worden. Um es gleich zu sagen: Daß er persönlich auf hunderte Leichen gestoßen sei, hatte taz-Korrespondent Erich Rathfelder wahrscheinlich nie behauptet; zumindest steht davon nichts in seinen eigenen Berichten. In seinem Artikel, den die "taz" am 5. August veröffentlichte, ist von "Augenzeugen" die Rede, nach deren Angaben 567 Menschen verscharrt worden seien, darunter auch 430 Kinder. Es habe darüber hinaus weitere Tote gegeben, die noch nicht begraben seien. Von verbliebenen Einwohnern werde die Gesamtzahl der Toten auf bis zu 1.000 geschätzt.

In diesem Artikel schrieb Rathfelder außerdem von Augenzeugenberichten, wonach die Serben "viele Menschen als Geiseln und lebende Schutzschilder" benutzt hätten und wonach es im Anschluß an die Kämpfe "zu regelrechten Massakern an albanischen Zivilisten gekommen" sei.

Am 6. August druckte die "taz" Rathfelders ausführlichen Erlebnisbericht ab. Daraus geht hervor, daß er aufgrund von Gerüchten über Massengräber zusammen mit einem amerikanischen Journalisten nach Orahovac gefahren war, um nach diesen zu suchen; angeblich sollten sie sich auf dem Gelände einer Müllkippe befinden. Aus dem Bericht geht weiter hervor, daß Rathfelder mit eigenen Augen nicht mehr gesehen hat als eine Fläche von 10 mal 10 Metern, auf der sich 33 Holzpfosten mit Nummern, mutmaßlich Grabstellen, befanden. Und der Leser erfährt schließlich, daß die Zahlen 567 und 430 lediglich auf einen einzigen "Informanten" zurückgehen, der behauptet, er habe selbst beim Begraben der Leichen mitgeholfen.

Auf derselben Seite der "taz" wies ihr Korrespondent in Belgrad, Andrej Ivanji, darauf hin, daß albanische Quellen selbst zunächst überhaupt nur von 50 Toten bei den Kämpfen in Orahovac gesprochen hätten. Ebenfalls in dieser "taz", gleich auf der Titelseite, war zu lesen, daß eine EU-Delegation in Orahovac den Gerüchten nachgegangen sei. "Konkrete Beweise für deren Existenz seien nicht gefunden worden, sagte Walter Edenberg, Sprecher der EU-Beobachtermission im Kosovo. Bei einer ersten Untersuchung vor Ort seien zehn mit Namen versehene Einzelgräber gefunden worden. Überdies hätten Einheimische die Berichte über Massengräber nicht bestätigt." - Ansonsten sind in diesem Artikel die Angaben, wieviel Gräber von unterschiedlichen Journalisten gesichtet worden seien, recht konfus: 36, 37, vielleicht auch "rund 50" - oder vielleicht in der Tat 40, wie von der serbischen Polizei angegeben wurde, die mehrere Journalisten zu der Begräbnisstelle geführt hatte. Außerdem wird in dem Artikel der kosovo-albanische Politiker Veton Surroi mit der Aussage zitiert, bei den Kämpfen um Orahovac seien "bis zu 200 Zivilpersonen" getötet worden.

Das war's. - Daß eine Zeitung den Gerüchten über ein Massaker nachgeht, ist im Prinzip lobenswert. Aber hier hat man sich offensichtlich von dem Wunschtraum, mit einer welt-exklusiven Sensation groß rauszukommen und einer internationalen Militärintervention als Stichwortgeber auf den Weg zu helfen, allzu fahrlässig und vorschnell mitreißen lassen.

20. Ende des Schweigens: EZLN will Volksbefragung durchführen

Mexiko: EZLN will Volksbefragung durchführen

Autor: Dario Azzellini, Mexiko · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:25

"Ohne die indigenen Gemeinschaften wird es weder einen Übergang zur Demokratie geben noch eine Staatsreform oder eine reale Lösung für die wichtigsten Probleme des Landes." So die EZLN in ihrer fünften Grundsatzerklärung am 11.08.98. Erst wenige Tage vorher hatte die zapatistische Guerilla mit einem Kommuniqué des Subcomandante Marcos ihr monatelanges Schweigen gebrochen, die politische Initiative erneut ergriffen - und der Regierung einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Diese hatte das lange Schweigen der Zapatisten immer wieder öffentlich als Vorbereitung neuer militärischer Aktionen interpretiert und Meldungen unmittelbar bevorstehender Angriffe der EZLN lanciert. Demgegenüber bezeichnete die EZLN selbst ihr Schweigen als "Kampfinstrument, das die Regierung nicht kannte und gegen das sie nichts unternehmen konnte".

Die Zedillo-Regierung hatte wiederholt militärische und repressive Aktionen gegen die autonomen zapatistischen Landkreise, internationale Beobachter- und mexikanische Menschenrechtsorganisationen ausgeführt, ohne daß die EZLN direkt darauf reagierte. Nun kündigte die zapatistische Guerilla an, sie werde gemeinsam mit anderen Organisationen in ganz Mexiko eine Volksbefragung über die Gesetzesinitiative der parlamentarischen Friedenskommission COCOPA durchführen. Dazu will sie in jede der mehr als zweitausend Städte und Landkreise eine eigene Delegation entsenden, die die Initiative erklären und sich an der Durchführung der Volksbefragung beteiligen soll.

Der COCOPA-Entwurf schlägt eine verfassungsrechtliche Verankerung der Anerkennung kollektiver Rechte der indigenen Gemeinschaften vor - in Anlehnung an das Abkommen von San Andrés, das 1995 von EZLN und Regierung unterschrieben, aber seitens der Regierung nie umgesetzt wurde. Obwohl in der Friedenskommission VerteterInnen aller Parteien - also auch der regierenden PRI - sitzen, wird ihre Arbeit von seiten der Regierung konsequent ignoriert. Nachdem sich aber die von der Diözese von San Cristobal gegründete Verhandlungskommission CONAI Anfang Juli aufgelöst hat, ist die Bedeutung der COCOPA gewachsen.

Einzelne Mitglieder der Friedenskommission reagierten positiv auf die Zapatisten-Erklärung. Felix de Jesús Vicencio, COCOPA-Sprecher und Mitglied der konservativen Oppositionspartei PAN, erklärte, die Initiative habe der Hoffnung auf eine friedliche Lösung des Konfliktes in Chiapas Raum gegeben. Jetzt sei die Regierung aufgefordert, ihren politischen Willen unter Beweis zu stellen, um den Dialog zu konkretisieren.

Auf große Zustimmung stieß die Erklärung der EZLN auch beim Nationalen Indígena-Kongreß, in dem 52 verschiedene indigene Gruppen Mexikos organisiert sind. Der Kongreß kündigte eigene Strategien für die Beteiligung an der Friedensinitiative an, ebenso wie die Nationale Landarbeitervereinigung und die Gewerkschaft der Angestellten der Nationaluniversität.

Die mexikanische Regierung reagierte indes negativ. Innenminister Francisco Labastida Ochoa verwies auf die Präsidentschaftsinitiative über indigene Rechte und Kultur, mit der dem Abkommen von San Andrés Genüge getan sei. Außerdem erklärte er, die Regierung sei weder die Geisel von Marcos noch von irgend jemand sonst.

Doch der Moment für die Initiative der EZLN ist günstig gewählt. Die mexikanische Regierung ist durch verschiedene Skandale geschwächt. Nach den im Juni an Zivilisten begangenen Massakern in Chiapas und Guerrero ist das Image der Regierung außerdem zusätzlich durch einen finanzpolitischen Skandal angeschlagen: Die mexikanische Regierung hatte im Jahr 1995 über die neugeschaffene Institution FOBAPROA 65 Milliarden US-Dollar an alle mexikanischen Banken zur Schuldendeckung überwiesen, um einen Zusammenbruch zu vermeiden. Das Geld, das ohne Zustimmung des Parlaments und ohne Prüfung der Liquidität ausgezahlt wurde, entspricht rechnerisch den gesamten mexikanischen Renten der nächsten 25 Jahre. Unter den Banken und Unternehmen, die von den Regierungssubventionen profitiert hatten, befinden

sich auch jene Unternehmen, die die Wahlkampagne des aktuellen Präsidenten Zedillo im Jahr 1994 finanziert hatten.

Bleibt zu hoffen, daß es der Regierung - derart angeschlagen - schwer fallen wird, sich dem bereits einen Tag nach der Veröffentlichung breit unterstützten Vorschlag der EZLN entgegenzustellen.

Dario Azzellini, Mexiko

21. "Mindestens zehn Jahre bis zum Frieden ..." Interview mit Guerilla-Kommandant Juan Antonio Rojas - Teil 2

Interview mit dem kolumbianischen Guerilla-Kommandanten Juan Antonio Rojas - Teil 2

Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:04

Im zweiten Teil des Gesprächs (Teil 1, s. ak 416) befragt Albert Sterr Kommandant Rojas von den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens FARC-EP zu den wiederholten Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen und Korruption gegen seine Organisation und zu ihrer politischen Perspektive.

Albert Sterr: Es wird von vielen Seiten behauptet, die Guerilla und insbesondere ihre Organisation, die FARC, hätten enge Verbindungen zur Drogenmafia. Was ist an diesen Vorwürfen dran?

Rojas: Nichts. Es handelt sich um falsche Anschuldigungen.

Aber Sie operieren in Zonen und üben zum Teil die territoriale Kontrolle aus, in denen die Drogenmafia aktiv ist.

Nicht die Drogenmafia. Das Drogengeschäft ist in verschiedene Ebenen unterteilt. Ganz oben gibt es die großen Drogenhändler, die die Drogen von Kolumbien ins Ausland bringen, das Cali-Kartell, Medellín- oder Bogotá-Kartell u.s.w.

Wo befinden sich deren logistische Knotenpunkte wie z.B. Landepisten? In Gebieten, die unter Kontrolle der Guerilla sind?

Diese Drogenhändler haben Beziehungen zu hohen Militärs, Politikern und Paramilitärs. Ihre Landepisten befinden sich in Militärkasernen. Von dort aus bringen sie die Drogen in großen Mengen ins Ausland. Die Ebene darunter sind die Zwischenhändler. Sie bringen die Droge vom Land in die Städte. Ganz unten sind diejenigen, welche die Coca produzieren. Das sind keine Drogenhändler sondern Campesinos. Sie haben meinetwegen etwa 50 Hektar Land, auf dem sie vorher Mais, Yuca oder Bananen angebaut haben. Weil die Preise im Keller sind, kommen sie auf keinen grünen Zweig. In dieser Situation kommt der Zwischenhändler ins Spiel, und schlägt dem Campesino vor, Coca anzupflanzen und sie später aufzukaufen. Die Campesino-Familie verwandelt sich somit in eine Art Kleinstunternehmen, das die Cocablätter produziert und als Paste für den Verkauf weiterverarbeitet. Wenn überhaupt, dann verdient diese Familie 6.000 US $ pro Jahr. Damit kommt sie gerade so über die Runden. Unserer Ansicht nach sind diese Campesinos keine Drogenmafiosi, sondern Leute, die vom Staat im Stich gelassen wurden und keine andere Alternative haben als Coca anzubauen, um zu überleben. Wir sind in der Tat in Landstrichen präsent, in denen Cocablätter produziert werden. Aber deswegen sind wir noch lange keine Drogenhändler. Wir sind auch in der Bananen- und Kaffeeregion aktiv, ohne daß wir deshalb als Bananen- oder Kaffeehändler tituliert werden.

Dennoch werden Sie immer wieder mit dem Drogenhandel in Verbindung gebracht ...

Das soll die Guerilla diskreditieren. Kein einziger von uns, weder die höchste Führungsebene, noch mittlere Ränge noch einfache Mitglieder der FARC haben Verfahren wegen Drogenhandel am Hals. Wenn es gegen uns Strafbefehle gibt, dann wegen Rebellion, wegen Überfällen oder militärischen Hinterhalten. Aber wegen Drogenhandel will uns die Justiz nicht ans Leder. Übrigens konnte uns niemand mit den großen Kartellen in Verbindung bringen. Das ist auch nicht verwunderlich. Denn die Drogenkartelle haben in bestimmten Phasen die Paramilitärs finanziert. Welcher Teufel sollte uns reiten, Beziehungen mit den Blutsaugern und Mördern zu unterhalten, die unsere soziale Basis terrorisieren?

Es heißt, Sie verlangen von den Zwischenhändlern Steuern ...

Wir erheben eine Friedenssteuer in Höhe von 10% von allen Personen und Unternehmen, die mehr als 1 Mio US $ besitzen. Wir wissen recht genau, wer Vermögen in dieser Höhe hat. Das heißt auch, daß wir weder von Campesinos noch von Kleinproduzenten oder Kleinhändlern Geld verlangen. Wenn die Unternehmen schon

die "Kriegssteuer", die die Regierung unter diesem Begriff erhebt, zahlen, dann ist es nur recht und billig, wenn sie auch für den Weg zum Frieden ihren Beitrag leisten.

"Wir lehnen

Entführungen ab ..."

Es gibt einen weiteren Vorwurf, der immer wieder gegen die kolumbianische Guerilla erhoben wird und der ihr Ansehen schwer beschädigt: Es heißt, die Guerilla sei im Entführungsgeschäft tätig. Was sagen Sie zu diesen Anschuldigungen, die ja nicht nur vom Staat sondern auch von unabhängigen Organisationen wie der kirchlichen CINEP oder im Bericht an die UN-Menschenrechtskommission vorgebracht werden?

Wir, die FARC, lehnen Entführungen als Teil einer Politik ab. Es gab einige Fälle, wo FARC-Einheiten aus politischen Gründen Zivilpersonen einbehalten haben. Es handelte sich um Leute, die Paramilitärs finanzieren oder Staatsfunktionäre, die in großem Stile öffentliche Gelder unterschlagen haben. Wir setzten sie so unter Druck, die Mittel wieder herauszurücken.

Aber ich bitte Sie, Herr Rojas. Wer kann und will denn einen Unterschied zwischen einer verwerflichen Entführung und einer gegebenenfalls zu rechtfertigenden "politischen Einbehaltung" machen, in einer Situation, in der es eine Entführungsindustrie gibt, die jährlich weit über 1.000 Personen entführt?

Ganz einfach: Wenn wir eine Person festhalten, dann machen wir das öffentlich bekannt und geben auch eine Begründung dafür ab. So nahmen wir in unserer Kampagne gegen die Wahlen Bürgermeisterkandidaten fest. Wir hatten zuvor angekündigt, daß wir keine Leute dulden würden, die in öffentlichen Ämtern Korruption begangen hatten. Wir nahmen einige fest und verlangten, daß sie ihre Kandidatur zurückzogen.

Das hört sich zwar ganz nachvollziehbar an, es ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß es sich dabei um Zivilpersonen handelt und daß sie mit deren "Einbehaltung" gegen das internationale Kriegsvölkerrecht verstoßen, dessen Respekt Sie von der Armee zu Recht einklagen.

Wir befinden uns in einer Konfrontation. Es gibt ja auch ein Verbot, öffentliche Gelder zu rauben oder politische Gegner zu ermorden. Dennoch findet es statt, und weil es die Autoritäten selbst sind, passiert nichts. Noch einmal zu den Wahlen im vergangenen Oktober. Es gab Bürgermeister von Kleinstädten, die mit vier Stimmen gewählt wurden. Es ist einfach unmoralisch, wenn in Städten mit 40.000 Einwohnern alle die Wahl boykottieren und nur vier oder zehn die Stimme abgeben und dann jemand mit diesen vier Stimmen zum Bürgermeister gewählt werden kann. Wir nahmen sie fest und forderten sie zum Rücktritt auf. Dann beriefen wir eine Versammlung ein, in der die Bevölkerung eigene Kandidaten, die in der Gemeinde verwurzelt sind, aufstellen konnte. Dabei ist es uns im übrigen egal, ob das Kommunisten oder Liberale sind.

Das mag ja sein, aber welches Echo wird diese "Einbehaltung" in der Stadt X bei ganz normalen Leuten finden, die diese Realität nicht kennen und keinen Zugang zu ihren Kommuniques haben. Meinen Sie wirklich, daß diese Leute Ihre "Einbehaltung" von einer erpresserischen Entführung gewöhnlicher Krimineller unterscheiden?

Es gibt Leute, für die es dasselbe ist. Überdies stellen es die Regierung und die Massenmedien so dar. Dennoch stoßen unsere Aktionen in den betreffenden Regionen überwiegend auf Zustimmung. Die Menschen haben den Eindruck, daß es jemanden gibt, der sich um die öffentlichen Angelegenheiten kümmert.

"... aber müssen in Einzelfällen ..."

Warum nehmen Sie Ausländer fest?

Bei einigen Gelegenheiten wurden Ausländer festgenommen. Dies ist jedoch keine generelle Linie von uns. Wir haben uns immer darum gekümmert, ihr Leben zu garantieren.

Wie kommen Sie überhaupt dazu, Ausländer in ihre Gewalt zu bringen?

Es gab unlängst einen Fall, als einige Schweden festgehalten wurden, Ingenieure. Es passierte an einer Straßensperre der Guerilla, an der alle angehalten wurden, unter anderem die Ausländer. Bei einer anderen Gelegenheit wurden vier US-Bürger, ein Mexikaner und ein Italiener festgehalten. Sie gerieten zusammen mit anderen in eine Straßensperre, 30 Minuten von Bogotá entfernt. Die FARC-Einheit versammelte die

Angehaltenen, um mit ihnen zu diskutieren. In beiden Fällen rückte die Armee an und es kam zu einem Schußwechsel. Um die Festgehaltenen aus der Feuerlinie zu bringen, nahm die entsprechende Einheit 33 Personen, unter ihnen die Ausländer mit. Denn andernfalls hätten wir ihr Leben nicht garantieren können. Wir wollten vermeiden, daß die Armee sie ermordet und uns hinterher die Schuld in die Schuhe schiebt, wie es bei anderen Gelegenheiten nachweislich der Fall war.

Aber warum hielten Sie denn die Ausländer überhaupt fest?

Weil die Straßensperre eine politische Maßnahme ist. Es werden nicht nur Ausländer, sondern alle festgehalten, die die Straße passieren wollen.

Es ist offenkundig, daß diese Aktionen einen sehr hohen politischen Preis haben. Die Festnahmen, und seien sie auch aus Gründen der Sicherheit motiviert, fallen Ihnen doch immer wieder auf die Füße. Ich verstehe nicht, welchen Zweck solche Aktionen dann haben sollen.

Die Massenmedien drehen die Aktionen in diese Richtung. Aber wenn wir mit den Leuten reden, dann können wir unsere Sichtweise darstellen. Im übrigen bestätigen auch die von uns Festgehaltenen, daß wir sie gut behandeln. Auch dies wird von den Massenmedien verbreitet. Es trifft schon zu, daß die Aktionen einen Preis haben, sie bringen aber auch etwas. Es wird klar, daß in Kolumbien Krieg ist.

Mir scheint, daß das Hauptproblem darin liegt, daß man hierzulande immer davon ausgeht, daß in Kolumbien alles möglich ist. In El Salvador, Guatemala oder Nicaragua war und in Mexiko ist das anders. Wenn dort jemand behaupten würde, die Guerilla entführt Ausländer und tötet sie, ginge ich erst einmal davon aus, wenn ich keine weiteren Details kennen würde, daß dies höchstwahrscheinlich eine dreiste Lüge ist. Und daß die Täter in den Reihen der Armee zu suchen wären. Im Falle Kolumbien habe ich diese innere Gewißheit nicht. Denn es gab derartige Fälle. Mit anderen Worten, die Kosten Ihrer Strategie in der internationalen Öffentlichkeit sind unglaublich hoch.

Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß wir gerade erst dabei sind, eine internationale Arbeit zu entwickeln. Wir haben bisher nichts dagegen unternommen, daß der Staat und die Massenmedien ihre Version weltweit als die einzig gültige verbreiten konnten. Deshalb glauben in Europa viele, daß die Guerilla der bewaffnete Arm der Drogenhändler wäre und daß wir Leute entführen. Das ist die einzige Meinung, die es gibt. Das ist einer der Gründe, warum wir jetzt in Europa präsent sind.

Hören Sie doch einfach auf, Zivilpersonen mitzunehmen, dann haben Sie auch die Folgeprobleme vom Hals!

Unser Problem ist doch, daß es einen bewaffneten Konflikt gibt. Wir müssen den Leuten ja auf irgendeine Art und Weise mitteilen, daß das so ist und welche Forderungen wir erheben.

Da haben wir einen politischen Dissens. Ich sehe nicht, daß dieses Mittel dafür etwas bringt. Von ethisch-moralischen Prinzipien einmal ganz abgesehen. Ihr Problem ist doch, daß man der Guerilla Kolumbiens zutraut, daß sie Ausländer nicht nur entführt sondern auch umbringt. Diesen Zweifel können Sie nur zerstreuen, wenn sie dies in der Praxis kategorisch ausschließen und keine Aktionen unternehmen, in denen Zivilisten - und sei es bei Unfällen, wie mehrfach geschehen -, sterben.

Wenn es zu Gefechten kommt, müssen wir die Leute mitnehmen. Das gehört zu unserer Verantwortung. Wir können doch nicht Leute auf der Straße anhalten und im Falle eines Gefechtes mit der Armee einfach sich selbst überlassen. Es bleibt uns nicht erspart, dies der internationalen Öffentlichkeit zu erklären.

"... Zivilpersonen einbehalten"

Verlangen Sie Lösegeld für die Freilassung?

Nein. Keinen einzigen Dollar.

Und im Falle von Ingenieuren, die für multinationale Unternehmen arbeiten?

Derartige Fälle wären mir nicht bekannt. Nur die Schweden, aber das war, wie gesagt, eine andere Sache.

Es gab unter anderem mehrere Deutsche und Österreicher, die in den letzten Jahren von der ELN-Guerilla entführt wurden und dann gegen Lösegeld freigelassen wurden. Deren Freilassung war doch gerade das Geschäft des Herrn Mauss. Das wissen Sie doch!

Herr Mauss machte seine Geschäfte nicht mit uns. Er arbeitete mit einer anderen Guerillaorganisation zusammen. Wir stehen für unsere Aktionen gerade, aber nicht für diese Fälle, denn damit hatten wir nichts zu tun.

Herr Rojas, Sie nehmen doch nicht etwa an, daß die internationale Öffentlichkeit unterscheidet zwischen einer Guerilla-Spezies, die Entführungen ablehnt, aber "politische Einbehaltungen" zugibt und einer anderen, die entführt, um Lösegeld zu erpressen?

Das mag sein. Dennoch müssen wir genau diesen Unterschied erklären. Die unterschiedlichen Guerillabewegungen Kolumbiens haben ihre jeweils spezifischen Dynamiken und Strategien. Wir verantworten als FARC das, was wir tun. Die anderen Gruppen müssen ihre Aktionen verantworten.

Warum gibt es über diese offenkundigen Differenzen keine Debatte?

Weil es keine Guerillakoordination gibt, die den Rahmen dafür bereitstellen könnte. Solange das so ist, machen die unterschiedlichen Gruppen das, was sie für richtig halten.

Der Bericht an die UNO-Menschenrechtskommission von 1998 macht die Paramilitärs und die Armee für mehr als 4/5 aller Menschenrechtsverletzungen verantwortlich und die Guerilla für etwa 15%. Akzeptieren Sie diese Zahlen?

Nein. Wir halten den Bericht nicht für zutreffend. Denn der Staat stiehlt sich aus der Verantwortung, indem Paramilitärs und Guerilla die Schuld zugeschoben wird.

Der Bericht wurde nicht vom kolumbianischen Staat geschrieben!

Das stimmt, aber seine Interpretation dominiert ihn. Die Paramilitärs sind dem Staat zuzurechnen und insgesamt ist er für 90-95% aller Vergehen verantwortlich.

Wenn sich Ihre Konzeption des Friedensprozesses durchsetzen könnte, würde die ökonomische Vorherrschaft des Privatkapitals deutlich eingeschränkt. Was würden die FARC verlieren? Bei Verhandlungen müssen schließlich beide Seiten Zugeständnisse machen.

Wir verlangen eine Demokratie mit mehr sozialer Gerechtigkeit. Das wäre sogar für die Unternehmer von Vorteil. Sie könnten in größerem Stile investieren und demzufolge mehr Gewinne machen. Auch die Kolumbianer würden durch ein Abkommen gewinnen, da Grundfragen wie Erziehung, Gesundheit, Arbeit und Landreform angegangen werden.

Sie verlangen also letztlich Sozialreformen innerhalb des Kapitalismus?

Die genannten Sozialreformen haben weder etwas mit Sozialismus noch mit der Machtübernahme zu tun. Sie spielen sich im Rahmen der bürgerlichen Demokratie ab.

"Wir müssen unsere Waffen behalten"

Wären Sie bereit für ein derartiges demokratisches Reformprojekt die Waffen abzugeben?

Die Waffenabgabe steht in keinem Moment der Diskussion und der Verhandlungen zur Debatte.

Und nach Unterzeichnung eines Schlußabkommens?

Die FARC würden sich in diesem Fall in eine Garantiemacht des Abkommens verwandeln. Wir können noch so schöne Vereinbarungen unterzeichnen, aber wenn es nichts gibt, was deren Umsetzung erzwingt, werden sie nicht verwirklicht. Die einzige Garantie ist, daß wir unsere Waffen behalten. Wir würden als "Ejercito popular", als Volksarmee, fungieren, deren Aufgabe der Schutz des Friedensabkommens ist.

Das hieße, es gäbe zwei einander entgegengesetzte Armeen in Kolumbien.

Ja. Die offizielle Armee als Instrument der Bourgeoisie und die Volksarmee als Instrument der Bevölkerungsmehrheiten. Wir würden uns auf politische Aktivitäten beschränken. Wenn die Verträge gebrochen würden, können wir auf die Waffen zurückgreifen.

Es scheint mir unwahrscheinlich, daß eine derartige Konstellation von Doppelmacht sich über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten läßt.

Wir gehen davon aus, daß der Frieden Ergebnis eines Prozesses ist, der zumindest zehn Jahre dauern wird.

Mir scheint, daß dem Establishment Ihre sozialen Vorstellungen zu weit gehen und daß es deshalb unter dem Stichwort "Drogenbekämpfung" in Wirklichkeit auf die Karte "Internationalisierung des Konfliktes" setzt. Sind die FARC die Hauptzielscheibe dieser Politik?

Es stimmt, daß die kolumbianische Regierung internationale Unterstützung für die Aufstandsbekämpfung sucht. Deshalb stellt sie sich als Opfer von Guerilla und Paramilitärs dar. Sie präsentiert Projekte zur Justizreform, für eine Friedenserziehung oder für die Ausrottung von Coca-Pflanzungen. Die USA nutzen das aus und stellen Mittel für den Kampf gegen den Drogenhandel zur Verfügung. Aber was liefern sie konkret? Anti-Personen-Minen, artilleriebestückte Helikopter, Flugzeuge, andere Waffen u.s.w. Es ist offensichtlich, daß diese Mittel nicht geeignet sind, um eine illegale ökonomische Aktivität zu unterbinden. Der Drogenhandel dient lediglich als Vorwand, um gegen die Guerilla vorzugehen.

Es gibt einen eigenartigen Widerspruch zwischen der militärischen Stärke der FARC, die neben der FMLN die schlagkräftigste Guerilla ist, die es in Lateinamerika je gab, und der politischen Schwäche der FARC. Wie ist das zu erklären?

Unsere Entwicklung ist nicht, wie es in der Frage anklingt, einseitig, sondern mehr oder weniger gleichmäßig. Wir könnten unsere militärische Schlagkraft nicht ausbauen, wenn wir nicht über die entsprechende soziale Verankerung verfügten. Denn eine starke Guerilla mit schwacher sozialer Basis gibt es nicht.

Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die neue politische Bewegung, die die FARC gründen wollen?

In einem FARC-Plenum am 20. November vergangenen Jahres wurde beschlossen, daß die FARC eine klandestine zivile Bewegung lancieren sollen - die "Bolivarianische Bewegung für ein neues Kolumbien". Es soll sich um eine breit angelegte Bewegung handeln, in der die unterschiedlichsten demokratischen Kräfte Platz haben.

Warum "klandestin"?

Weil die politische Arbeit in Kolumbien mit einem tödlichen Risiko verbunden ist.

Wie wollen sie mit einer geheimen Bewegung gleichzeitig in die Breite kommen?

Mit einer entsprechenden inhaltlichen Plattform. Der erste Punkt ist die politische Lösung des Konflikts. Wer damit einverstanden ist, hat Platz in der Bewegung. Aber die betreffende Person muß es nicht in aller Welt herumposaunen. Es genügt, wenn sie sich mit vier Freunden trifft und darüber diskutiert, wie sie ihren Teil beitragen können. Wenn es einige hundert dieser Freundeskreise gibt, steht die Basisstruktur der "Bolivarianischen Bewegung".

Das heißt implizit, daß Sie für die existierenden legalen linken Organisationen "Patriotische Union" und "Kommunistische Partei" keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr sehen.

Die "Bolivarianische Bewegung" ist etwas wie die Patriotische Union (UP), aber klandestin. Wir können das UP-Experiment nicht wiederholen. Seit 1985 sind 4500 leitende Kader dieser Partei ermordet worden. Es darf nicht passieren, daß die Kader und Aktivisten der neuen Bewegung wieder ausgerottet werden.

Halten Sie die Rest-Strukturen der legalen Linken nicht für fähig, die nötige zivile Bewegung für eine Friedenslösung aufzubauen?

Die verbliebenen Aktivisten schweben alle in Lebensgefahr. Das wird tagtäglich unter Beweis gestellt. Die Patriotische Union wehrt sich äußerst heroisch. Aber sie werden alle umbringen. Die Kommunistische Partei beteiligt sich an den Mobilisierungen. Aber alle ihre Leitungsleute haben Todesdrohungen erhalten. Das Schlimme ist, daß in Kolumbien den Ankündigungen Taten folgen. Deshalb halten wir eine legale Oppositionsarbeit für unmöglich.

Der bekannte Lateinamerikanist James Petras schätzt die FARC als eine der wenigen konsequent revolutionären Kräfte Lateinamerikas ein. Sehen sie sich selbst auch als Fels in einem Meer von Reformismus und Resignation?

Wir verstehen uns als Revolutionäre. Wir sind auch Marxisten insofern wir den Marxismus als Instrument der Gesellschaftsanalyse schätzen. Und wir denken, daß man zur Veränderung der Gesellschaft eine starke Partei braucht. Schließlich kämpfen wir um die Macht in Kolumbien. Wenn die Bourgeoisie unseres Landes keinen Frieden will, dann setzen wir auf den militärischen Sieg.

Wieviel Jahre kalkulieren Sie für diesen Fall? Ähnlich viele, wie Sie schon auf dem Buckel haben, Herr Rojas?

Nein, ich glaube nicht. Wir wissen nicht wieviel, aber wir rechnen nicht noch einmal mit 34 oder 35 Jahren.

Vielen Dank für das Gespräch.

22. Kolumbien: Vorsichtige Schritte auf dem Weg zum Dialog

Autor: Albert Sterr · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:23

In Kolumbien sind die politischen Konstellationen in Bewegung geraten. Der am 9. August in das Amt eingeführte Präsident Andrés Pastrana signalisiert Verhandlungsbereitschaft mit den sozialrevolutionären Aufstandsbewegungen. Diese sind an einem Dialog mit der Regierung ebenso interessiert. In den nächsten drei Monaten sollen Gespräche aufgenommen werden. Angesichts der überaus komplizierten Konfliktkonstellationen, der Vielfalt der bewaffneten Akteure, der langen Geschichte des Konfliktes sowie der bislang noch recht diffusen Vorschläge, auf welcher Grundlage ein Friedensvertrag stehen könnte, kann nicht mit schnellen Ergebnissen gerechnet werden. Ebensowenig dürfte es zu einer vorzeitigen Feuereinstellung kommen. Diese wird erst ein (Zwischen)Ergebnis von ernsthaften Verhandlungen sein. In der Zwischenzeit können sich die bewaffneten Konfrontationen sogar noch verschärfen, da beide Seiten versuchen werden, ihre Ausgangspositionen zu verbessern und mit Faustpfändern an den Tisch zu gehen.

Who is who im Krieg

in Kolumbien ?

Der seit Mitte der sechziger Jahre andauernde Guerillakampf und die Counterinsurgency in Kolumbien weisen - anders als beispielsweise in Mittelamerika - einen vergleichsweise niedrigen Internationalisierungsgrad auf. Selbstverständlich lieferten die USA die Militärdoktrin, bilden Offiziere aus, liefern Waffen und stellen Berater. Auch Israel war durchaus präsent. Aber letztlich sind dies in Kolumbien nur nachrangige Faktoren. Damit sei nicht geleugnet, daß es von Seiten der USA Ansätze gibt, den Konflikt unter dem Schlagwort "Kampf der Drogenmafia" zu internationalisieren. Dennoch muß ein neuer Weg zuallererst in Kolumbien selbst gefunden werden. Äußere Mächte haben da nur beschränkte Einfluß- und Druckmöglichkeiten.

Die Staatsorgane

Wer sind dabei die wichtigsten Akteure? Zunächst die Regierung und die gesetzlichen Staatsorgane, also vor allem die Armee und andere Sicherheitskräfte. Sie geben dem Konflikt Richtung und Dynamik. Sie sind beispielsweise für die rapide Zunahme des Flüchtlingselends (1 Million im Lande Vertriebene bei 34 Mio. Einwohnern) und für die Verschärfung der Konfrontationen verantwortlich. Dabei gingen sie in der Vergangenheit arbeitsteilig vor: Der Präsident und sein Kabinett beteuerten den Willen zum Frieden und die Armee machte den Krieg, wofür ihr das Kabinett die Mittel zur Verfügung stellte. In der Armee bildet sich ein Dialogflügel heraus, wobei die Hardliner eher noch in der Mehrheit sein dürften. Im politischen Establishment haben die Verständigungsbereiten mit dem Präsidenten Andrés Pastrana an der Spitze an Gewicht gewonnen. In den Verbänden der Großgrundbesitzer und Viehzüchter gibt es jedoch noch erheblichen Widerstand gegen Zugeständnisse an die Aufstandsbewegungen.

Die "Paras"

Ein weiterer Konfliktfaktor sind die landesweit operierenden paramilitärischen Verbände. In den Städten operieren sie als geheime Todesschwadronen und ermorden selektiv Linke und engagierte Demokraten. Auf dem Lande treten sie offen als quasi-militärische Verbände auf und massakrieren die Zivilbevölkerung, die sie als Guerillasympathisanten verdächtigen. Dabei arbeiten sie häufig eng mit der Armee zusammen, wie Menschenrechtsorganisationen dokumentieren. Die Paramilitärs, die gegenwärtig für etwa 3/4 der jährlich mindestens 3000 bis 4000 politischen Morde verantwortlich gemacht werden, sind mit der Drogenmafia verbunden bzw. rekrutieren sich zum Teil daraus. Die Regierung und ihre internationalen Verbündeten tun so, als handle es sich um einen autonomen, ultrarechten Konfliktfaktor. Darin mag ein Körnchen Wahrheit liegen. Im wesentlichen dienen die von Viehzüchtern und Drogenhändlern finanzierten Paramilitärs aber als weisungsgebundene Bluthunde, die der Armee die Drecksarbeit abnehmen, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Die Paramilitärs sind insofern so etwas wie ungesetzliche Repressionsapparate, die bestimmte Funktionen in der Aufstandsbekämpfung übernehmen, die die Armee nicht erfüllen kann, wenn sie nach außen hin an ihrem "rechtsstaatlichen" Reglement festhalten will. Daß sie diese Position nutzen, um sich

auch persönliche Vorteile zu verschaffen, muß nicht weiter verwundern. Es ist jedoch nur eine logische Folge der ihr von den staatlichen Sicherheitskräften zugeteilten Rolle.

Um die Art der Einbeziehung der Paramilitärs in den Dialogprozeß gibt es einen grundsätzlichen Dissens: Während die Regierung, die offiziell immer die Distanz zu den "Paras" hervorhebt, sie als eigenen Konfliktfaktor behandelt und deshalb mit ihnen Separatverhandlungen aufnehmen will, lehnt die Guerilla deren organisatorische Einbeziehung ab. Die Guerilla ist zu Recht der Ansicht, daß die Paramilitärs vom Staat mitvertreten werden und dieser lediglich die Aufgabe hat, diese Truppen endlich aufzulösen und deren Angehörige für ihre Verbrechen zu bestrafen.

Die Guerilla

Der dritte maßgebliche Faktor sind die Befreiungsbewegungen. Die kolumbianischen Guerilla-Organisationen sind die ältesten und militärisch stärksten des Subkontinents. Sie sind in weiten Teilen des Landes aktiv und haben 15.000 bis 18.000 Personen unter Waffen. Die Guerilla ist in drei Organisationen gespalten: Die größte sind die ehemals prosowjetischen FARC (siehe nebenstehendes Interview). Die FARC stellen etwa 2/3 der bewaffneten Kräfte. Die zweitgrößte Bewegung ist das - immer noch? - procastristische ELN, das etwa 1/4 der Guerilla ausmacht. Schließlich ist noch das ehemals maoistische und später proalbanische EPL zu nennen, das 5-10% der Gesamtstärke umfaßt. Außerdem gibt es noch das kleine und regional begrenzte "Comando Jaime Bateman Cayón", das sich aus einer Gruppe ehemaliger M-19-Leute rekrutiert. (Die M-19 hatte Anfang der neunziger Jahre die Waffen abgegeben, diese Gruppe nahm den bewaffneten Kampf jedoch wieder auf, weil sie sich von falschen Versprechungen hinters Licht geführt fühlte.)

Diese Gruppen haben untereinander Kontakt, aber es gibt derzeit keinen funktionierenden politischen und militärischen Dachverband. Die formal weiterbestehende "Guerillakoordination Simón Bolívar" (CGSB) erfüllt diese Funktion nicht. Dies verkompliziert den Friedensprozeß, da die Aufständischen nicht mit einer Stimme sprechen können. Hier setzte die Regierungsseite traditionell an, um die Guerilla in "gute", weil re-integrationsbereite und "schlechte", weil auf sozialen und politischen Umwälzungen bestehende Gruppen zu spalten. Seit 1984/85, als es zum ersten Mal zu Abkommen kam, hat diese Strategie mehrfach prächtig funktioniert. Ob es diesmal anders sein wird, bleibt abzuwarten.

Zwischen Himmelspforten und Dschungelcamp

Kurz nach Fertigstellung des nebenstehenden Interviews kam es zu einer Reihe von bemerkenswerten Vorstößen in Richtung Friedensgespräche. Die größte Aufmerksamkeit fanden die beiden Treffen, die Ende Juni in Mainz und Mitte Juli im Kloster Himmelspforten jeweils zwischen Vertretern der Zivilgesellschaft und der ELN-Guerilla stattfanden. Unter den Auspizien der Bischofskonferenzen Kolumbiens und der Bundesrepublik Deutschland diskutierten sie darüber, wie ein Dialog in Gang zu bringen sei. Daß der Undercover-Agent Werner Mauss in der Vorbereitung mitmischte, erzeugte zusätzliche Medienaufmerksamkeit: Die Veranstaltung war eine abgespeckte Version der für Dezember 1996 im Bundeskanzleramt anvisierten und wegen Mauss Verhaftung gescheiterten Gespräche. Angesichts der Abwesenheit des militärischen Gegners konnten die Ergebnisse über Absichtserklärungen nicht hinausgehen. Das ELN verpflichtete sich zu einer Reihe einseitiger Maßnahmen, die zur "Humanisierung des Krieges" beitragen sollten. Damit sind zum Beispiel Zusicherungen gemeint, die nichtkämpfende Zivilbevölkerung zu schonen, keine zivilen Infrastrukturen anzugreifen, keine Alten und Schwangeren zu entführen etc.. Die Vetreter der Zivilgesellschaft sicherten zu, die Einberufung einer "Nationalen Versammlung" voranzutreiben, an der VetreterInnen ziviler Organisationen, der Regierung und der Guerilla teilnehmen sollen, um über diverse Reformen sowie über den Friedensprozeß zu diskutieren.

Während das ELN offenbar vorrangig auf bessere Kontakte mit zivilen Organisationen setzt, bevorzugen die FARC eher direkte Verhandlungen zwischen Regierung und Guerilla. Ein entscheidender Schritt dazu war das Treffen des designierten Präsidenten Andrés Pastrana mit dem legendären FARC-Gründer und deren Chef Manuel Marulanda, der seit über 40 Jahren im Untergrund lebt. Pastrana reiste im Juli in ein Dschungelcamp der FARC und verbreitete später per Fernsehen Bilder von der Unterredung. Nach seiner Amtseinführung sagte er zu, fünf große Landkreise zu entmilitarisieren. Dies soll in den nächsten 90 Tagen erfolgen. Damit wäre eine Vorbedingung der FARC für Friedensgespräche erfüllt. Bisher hat die Armee immer genau am Punkt "Demilitarisierung" interveniert und de facto ihr Veto eingelegt. Die nächsten Wochen müssen zeigen, ob sich

die Militärs von der fulminanten Guerillaoffensive rund um die Übergabe der Präsidentschaft beeindrucken ließen und sich nun in der Frage "Demilitarisierung" nicht länger sperren. Es ist freilich auch durchaus möglich, daß die 130 Gefangenen in den Händen der Guerilla und die über 200 toten und verletzten Soldaten die Hardliner in der Armee zu verstärkten Counterinsurgency-Kampagnen geradezu herausfordern. Für den Beginn eines ernsthaften Friedensprozesses ist entscheidend, welche Tendenz sich in den Streitkräften durchsetzt.

Albert Sterr

23. Independentistas gegen Estadistas

Auf Puerto Rico wird über den künftigen Status diskutiert - seit 100 Jahren

Autor: Werner Lamottke · Rubrik: US-Imperialismus; Puerto Rico · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:15

Vor genau 100 Jahren wurde die Karibik-Insel Puerto Rico von US-amerikanischen Truppen besetzt. Seither ist der Status dieser Quasi-Kolonie ungeklärt. Im Dezember soll es auf der Insel eine (rechtlich unverbindliche) Volksabstimmung über den künftigen Status geben. Die Alternativen: vollständige Integration in die USA, Assoziierung, Unabhängigkeit - oder die Fortsetzung des Status Quo.

"Die USA wollen die Unabhängigkeit Puerto Ricos auf eine innenpolitische Frage reduzieren. Wir demonstrieren am 25. Juli vor dem Hauptgebäude der Vereinten Nationen, weil die Zukunft Puerto Ricos eine internationale Angelegenheit ist", meint Benjamin Ramos vom Comité Puerto Rico 98 in New York. Dem Aufruf des Komitees folgten 3.000 Menschen, vor allem PuertoricanerInnen, aber auch UnterstützerInnen von verschiedenen Gruppen der radikalen US-Linken. Schon Stunden, bevor der Zug an seinem Ziel ankam, führte eine Gruppe PuertoricanerInnen vor dem UN-Sitz Taíno-Tänze auf, um zu zeigen, daß die Insel ein reiches kulturelles Erbe hat. Die Taínos lebten vor der Ankunft der Spanier auf Puerto Rico und wurden innerhalb weniger Jahre ausgelöscht.

Während der Demonstration kam es zu keinen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Daß trotzdem Spannung in der Luft lag, zeigt eine Begebenheit am Rande: Nachdem der Fahrer eines Stadtbusses die Kundgebung mit Hupen und Winken gegrüßt hatte, wurde er ein paar Straßen weiter von Polizisten angehalten, der Bus aus dem Verkehr gezogen. Der Fahrer mußte sich einer Alkohol- und Drogenprobe unterziehen und muß mit einer Geldstrafe und einem Disziplinarverfahren rechnen. Offizielle Begründung: Hupen sei in New York City verboten!

Der 25. Juli 1998 markiert den 100. Jahrestag der Invasion Puerto Ricos durch US-Truppen im Rahmen des sogenannten Spanisch-Amerikanischen Krieges (damals wurden auch Cuba und die Philippinen zu US-Kolonien, siehe ak 416). Wie in New York demonstrierten auch in Kalifornien und Washington Independentistas für die Unabhängigkeit der Karibikinsel. In der US-Hauptstadt kamen mehrere hundert Menschen zu einer Mahnwache vor dem Weißen Haus zusammen, vor allem um die Freilassung von 15 Gefangenen aus der militanten Unabhängigkeitsbewegung zu fordern. Diese "Prisoners of War" (Kriegsgefangene wie sie sich selbst bezeichnen) stammen aus den puertoricanischen Untergrund-Gruppen Macheteros oder FALN (Bewaffnete Kräfte für die nationale Befreiung) und sitzen seit Anfang der 80er Jahre in verschiedenen US-Gefängnissen, lange Zeit isoliert von Mitgefangenen und der Außenwelt. Seitdem bilden sie für die radikale Unabhängigkeitsbewegung einen Kristallisationspunkt.

Die Hauptaktivitäten zum 100. Jahrestag fanden allerdings auf Puerto Rico statt. Mehrere tausend BefürworterInnen eines unabhängigen Nationalstaats kamen in Guánica zusammen, wo die US-Truppen 1898 landeten. Einmal mehr forderten sie das Recht auf nationale Selbstbestimmung und beklagten, daß Puerto Rico eine der letzten Kolonien weltweit sei. Trotz des US-Imperialismus habe das puertoricanische Volk über all die Jahre seine nationale Identität bewahrt und wolle die Fesseln der Knechtschaft durch Washington abwerfen.

Angeführt wurde diese Demonstration von der bürgerlichen Unabhängigkeitspartei PIP, der mit 4,6 Prozent WählerInnenstimmen kleinsten Gruppierung im puertoricanischen Parlament. Aber auch ehemalige Gefangene des militanten Widerstandes wie Rafael Cancel Miranda, der gemeinsam mit drei Compañeras/os 1954 bei einem Anschlag im US-Kongreß fünf Abgeordnete verletzte, sprachen auf der Kundgebung.

Ebenfalls in Guánica kamen die BefürworterInnen des gegenwärtigen Status zusammen, deren Sammelbecken die Partido Popular Democrático (PPD) ist. Die PPD, zweitstärkste politische Kraft auf der Insel, tritt für eine Autonomie mit einer mehr oder weniger engen Bindung an die USA ein. Während der Kundgebung forderten die Redner eine Verbesserung der derzeitigen Konstruktion, so daß Puerto Rico mehr Selbstbestimmungsrechte bekommt.

In der Hauptstadt San Juan hielten hingegen die Anhänger des derzeitigen Gouverneurs Pedro Rosselló von der Partei des Neuen Fortschritts (PNP) eine Versammlung ab. Die Partei und ihre AnhängerInnen treten dafür ein, daß Puerto Rico so schnell wie möglich zum 51. Bundesstaat der USA wird. Sie versprechen sich volle Mitbestimmungsrechte in der US-Politik, Autonomie in inneren Angelegenheiten (wie sie die Bundesstaaten der USA) haben, sowie eine Teilhabe an der wirtschaftlichen Prosperität des großen Nachbarn im Norden. Diese drei Gruppen - Independentistas, Status quo-BefürworterInnen und Estadistas, wie letztere auch genannt werden, liefern sich seit Jahrzehnten hitzige Debatten um die Zukunft der Insel.

Un-Status "Assoziation"

Der derzeitige Status ist eher ein "Un-Status". Puerto Rico ist ein Estado Libre Asociado (ELA), ein freier und mit den USA assoziierter Staat. Als ELA hat Puerto Rico eine eigene Verfassung, ein an den USA angelehntes parlamentarisches System mit einem Gouverneur an der Spitze sowie lokale Steuerhoheit. Gleichzeitig gelten auf Puerto Rico die Bundesgesetze der USA, höchste juristische Instanz ist das US-Bundesgericht und die außenwirtschaftlichen und -politischen Interessen werden von Washington "wahrgenommen".

PuertoricanerInnen sind qua Geburt US-StaatsbürgerInnen. Solange sie aber nicht auf dem Festland leben, dürfen sie weder an den US-Wahlen zum Kongreß noch zum Präsidenten teilnehmen. Im Kongreß werden sie von einem gewählten Abgesandten vertreten, der allerdings nur eine beratende Funktion ohne Stimmrecht hat. Im Gegenzug sind PuertoricanerInnen wiederum von der US-Einkommenssteuer freigestellt. Geographisch ist die Bevölkerung zweigeteilt: Auf der Insel leben derzeit etwa 3,8 Millionen Menschen, auf dem US-amerikanischen Festland 2,8 Millionen, hauptsächlich in den Ballungsräumen an der Ostküste.

Der Estado Libre Asociado, der weniger Selbstbestimmungsrechte hat als die einzelnen US-Bundesstaaten, existiert seit 1952. Zuvor war Puerto Rico ein "nicht-eingegliedertes Territorium" der USA (das es in der US-Gesetzgebung nach wie vor ist), in dem die PuertoricanerInnen zwar ein eigenes Parlament wählen konnten, Washington aber den Gouverneur als oberste Instanz bestimmte. Wachsender Druck auf der Insel und auf dem internationalen Parkett - die UN forderte die USA mehrmals auf, den kolonialen Status der Insel zu bereinigen - führte schließlich 1952 zur Ausrufung des ELA. Trotzdem berufen sich die Unabhängigkeitsgruppen weiterhin auf die UN-Resolution 1514, die entweder eine Entlassung in die Unabhängigkeit aller abhängigen Gebiete oder deren vollständige Integration in das Mutterland bis zum Jahr 2000 vorsieht. Einen gewissen Rückhalt finden die Gruppen im Entkolonisierungskomitee der Vereinten Nationen, das den Fall Puerto Rico nach wie vor behandelt. Während seiner letzten Sitzung am 11./12. August diesen Jahres forderte das Komitee die USA erneut auf, der Insel volles Selbstbestimmungsrecht zu gewähren. Das Weiße Haus wies dies als Einmischung zurück. Aufgrund der Machtverhältnisse wird das Votum des Komitees somit allein auf dem Papier Bedeutung haben.

"Nationale Identität"

Ob ein unabhängiges Puerto Rico überlebensfähig wäre und wie eine etwaige Wirtschaftspolitik aussehen soll, wird in der Unabhängigkeitsbewegung relativ wenig diskutiert. Für sie steht die Wahrung der nationalen Identität und das Recht auf nationale Selbstbestimmung im Mittelpunkt. Wichtigster Eckpfeiler dieser Identität ist das Selbstverständnis, ein lateinamerikanisches Land in der Karibik zu sein. Offensichtlichster Ausdruck davon ist die spanische Sprache, Englisch konnte auf der Insel kaum Fuß fassen. Bemühungen der Estadistas, Spanisch als Amtssprache abzulösen, stießen mehrmals auf erbitterten Widerstand - zum letzten Mal im Frühjahr diesen Jahres. Umfragen zufolge würden über 95 Prozent aller PuertoricanerInnen auch bei einem offiziellen Wechsel Spanisch als Alltagssprache beibehalten.

Da die Insel nie einen eigenständigen Staat bildete, stellt der Bezug auf vorkoloniale Zeiten ein anderes Element nationaler Identität dar. Auch wenn über das Volk und die Kultur der Taíno im Vergleich zu anderen Indígenas relativ wenig bekannt ist, wird es in Musik und Literatur zunehmend aufgenommen. Der vorkolumbianische Name der Insel, Boriquen, ist eine gängige Bezeichnung und selbst PuertoricanerInnen, die schon seit Jahrzehnten auf dem US-Festland leben, identifizieren sich oft als Boricuas. Allerdings ist die kulturelle Abgrenzung zum großen Nachbarn im Norden wie in vielen Ländern der Region ambivalent. Bestes Beispiel hierfür ist die stetige Migration von PuertoricanerInnen auf das US-Festland und der intensive Kontakt zwischen der Insel und der Festlandgemeinde.

Daß ein puertoricanisches Nationalbewußtsein aber nicht unbedingt mit der Unabhängigkeitsforderung einhergeht, zeigte sich bei den jüngsten Auseinandersetzungen um die staatliche Telefongesellschaft. Ähnlich wie in anderen lateinamerikanischen Ländern rollt auch auf Puerto Rico die Privatisierungswelle. Nach dem Verkauf von mehreren Gesundheitseinrichtungen und anderen staatlichen Institutionen hat die Regierung Rosselló im Frühjahr den Verkauf des puertoricanischen Telekommunikationsunternehmens an die US-Firma GTE bekanntgegeben, kleinere Anteile sollen an die puertoricanische Banco Popular gehen.

Um den Verkauf und die damit befürchteten Arbeitsplatzverluste zu verhindern, traten die Telefon-ArbeiterInnen und -Angestellten am 19. Juni für vier Wochen in den Streik. In ihrem Kampf wurden sie von einem breiten Bündnis von sozialen Organisationen, Kirchengruppen, Gewerkschaften und Unabhängigkeitsgruppen unterstützt, die sich im Koordinationskomitee CAOS zusammenfanden. CAOS rief für den 7./8. Juli einen Generalstreik aus. Dem Aufruf folgten große Teile der Bevölkerung, teilweise gaben - wie in der zweitgrößten Stadt Ponce - Bürgermeister den städtischen Angestellten frei, um am Streik teilzunehmen. Puertoricanische Wirtschaftsverbände versuchten zwar mit ganzseitigen Anzeigen in der US-Presse, das Ausmaß des Streikes herunterzuspielen, doch war die Insel für zwei Tage mehr oder weniger lahmgelegt. Die Streikenden protestierten unter dem Motto: "Kein Ausverkauf Puerto Ricos". Das Unternehmen bezeichneten sie als "nationales Erbe"; die Regierung habe kein Recht, dieses zu veräußern. Die Telefongesellschaft wurde zu einem nationalen Symbol.

Dies heißt aber nicht, daß alle Streikenden auch die Unabhängigkeit fordern. Es zeigt vielmehr, wie schnell das durch die Kolonialgeschichte geschundene Nationalbewußtsein auf den Plan tritt. Den ArbeiterInnen geht es letztlich weniger um nationale Symbole, als vielmehr um die Absicherung ihrer Arbeitsplätze. Bei einer Abspaltung von den USA befürchten viele eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Generalstreik wird die Privatisierung der Telefongesellschaft wahrscheinlich nicht verhindern können, er zeigt aber, daß die verschiedenen fortschrittlichen Kräfte der Insel gemeinsam einiges bewegen können. Aufgrund der unterschiedlichen Interessen ist aber nicht zu erwarten, daß sie in absehbarer Zeit in der Statusfrage an einem Strang ziehen werden.

US-Kongreß und Plebiszit

Seit Ausrufung des ELA haben die InselbewohnerInnen zweimal explizit über die Zukunft Puerto Ricos abgestimmt, 1967 und 1993. Beim letzten Mal stimmten 48,4 Prozent für die Beibehaltung des derzeitigen Status, 46,6 Prozent für einen Anschluß an die USA und 4,6 Prozent für die Unabhängigkeit. Bei einer Wahlbeteiligung von 75 Prozent dürfte dies ein durchaus repräsentatives Meinungsbild darstellen. Zyniker meinen, diese Form, über die Zukunft zu entscheiden, stelle mehr eine Beschäftigungstherapie als alles andere dar: zum einen, weil die Bevölkerung sich bei drei zur Wahl stehenden Alternativen nie auf eine einigen können werde, zum anderen, da die Entscheidung eh in Washington getroffen werde.

Doch in Washington stießen bislang alle Veränderungsbemühungen auf Granit. Für Puerto Rico als Außenposten der USA war man bereit, tief in die Tasche zu greifen. Seit Anfang der 90er Jahre wird dies anders. Der Kalte Krieg ist zu Ende, die Weltwirtschaft verändert sich rasant und im US-Kongreß mehren sich die Stimmen derjenigen, die nicht mehr jeden Preis für den Luxus einer Kolonie bezahlen wollen. Haushaltskonsolidierung heißt die politische Maxime.

Doch was soll man machen? Puerto Rico in den Bund integrieren? Dagegen spricht einiges: Absehbar wäre, daß der arme Inselstaat der öffentlichen Hand noch lange auf der Tasche liegen würde. Konservative wehren sich zudem, einen spanischsprachigen Staat in die Föderation aufzunehmen. Sie bestehen darauf, daß Puerto Rico Spanisch aufgibt und Englisch als Amtssprache übernimmt. Für sie würde ein zwei- oder gar spanischsprachiger Bundesstaat eine Bedrohung der amerikanischen Kultur darstellen. Die Sprachfrage ist dabei oft mit mehr oder weniger offenem Rassismus gegen die lateinamerikanische, afro-karibische Bevölkerung verbunden.

Also den bisherigen Status beibehalten? Dagegen spricht auch wieder die US-Haushaltspolitik und die nicht enden wollende Debatte, aufgrund derer in der US-Politik zunehmend eine endgültige Lösung gefordert wird. Bleibt als drittes, Puerto Rico in die Unabhängigkeit zu entlassen? Dagegen stehen zuallererst die Interessen der Armee, aber (den Wahlergebnissen auf der Insel zufolge) auch die von einem Großteil der

puertoricanischen Bevölkerung. Klar ist eigentlich nur, daß mit der aktuellen Situation kaum jemand zufrieden ist.

Den jüngsten Vorstoß, den Status Puerto Ricos zu klären, machte 1994 der unabhängige Kongreßabgeordnete Don Young aus Arkansas. Er schlug ein neuerliches Plebiszit auf Puerto Rico vor, das für die USA bindend sein sollte. Eine Entscheidung über seine Vorlage wurde im Repräsentantenhaus aber von Monat zu Monat verschleppt. Nach verschiedenen Änderungen wurde sie schließlich im April 1998 mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Danach soll bis zum Jahresende eine neuerliche Volksabstimmung durchgeführt werden, bei der die drei Status-Alternativen zur Wahl stehen.

Das Gesetz muß jetzt auch noch vom US-Senat verabschiedet werden. Doch das zuständige Senatskomitee brachte Mitte Juli einen eigenen Vorschlag ein, der im Senat wiederum nicht mehrheitsfähig ist. Wahrscheinlich werden die beiden Kammern des US-Parlamentes dieses Jahr keine gemeinsame Entscheidung über das weitere Vorgehen mehr finden.

Referendum im Dezember

Unterdessen drängt Gouverneur Rosselló auf eine Entscheidung. Er nutzte den 25. Juli, um ein Plebiszit für den 13. Dezember anzukündigen. PIP und PNP verabschiedeten im puertoricanischen Parlament Mitte August ein entsprechendes Gesetz. Bei den Wahlmöglichkeiten folgt dieses weitgehend dem Young-Gesetz, um dem Ergebnis so eine größere Legitimität in den USA zu geben. Doch dieser ist nicht nur im US-Kongreß umstritten, sondern auch auf Puerto Rico. Formulierten beim letzten Plebiszit die puertoricanischen Parteien die jeweiligen Statusalternativen, wurden sie nun zwischen dem Repräsentantenhaus und der Regierung Rossellós ausgehandelt. Stimmen die PuertoricanerInnen im Dezember überraschenderweise mehrheitlich für die Unabhängigkeit, soll eine zehnjährige Übergangsperiode in Kraft treten. Fällt das Votum für die Bundesstaatlichkeit aus, soll Englisch automatisch zur ersten und einzigen Amtssprache werden - was auch unter Estadistas auf Widerstand trifft. Bekommt der derzeitige Status eine Mehrheit, soll bald wieder abgestimmt werden.

Denn erstmals erkannte das US-Repräsentantenhaus an, daß Puerto Rico als ELA kein volles Selbstbestimmungsrecht habe und der derzeitige Status keine langfristige Perspektive biete. Selbstbestimmung sei nur unter den beiden Alternativen Bundesstaatlichkeit oder Unabhängigkeit erreicht. Bei der PPD traf diese Formulierung auf erbitterten Protest, weswegen ihre Abgeordneten gegen das Plebiszit-Gesetz stimmten. Auch eine vierte, neue Statusvariante konnte sie nicht zur Zustimmung bewegen: Puerto Rico soll ein mit den USA assoziierter Staat bleiben, an den aber alle Souveränitätsrechte übergehen, die derzeit vom US-Kongreß wahrgenommen werden. Danach soll das puertoricanische Parlament entscheiden, welche Kompetenzen es dem US-Kongreß zurückgibt.

Sollte bei dem neuerlichen Plebiszit wieder keine eindeutige Entscheidung herauskommen oder der derzeitige Status eine Mehrheit bekommen, soll alle zehn Jahre von neuem abgestimmt werden. Wie schon beim vorhergehenden Plebiszit, sind auch dieses Mal nur diejenigen stimmberechtigt, die auf der Insel leben. Die Regierung begründet dies mit der Schwierigkeit festzulegen, wer auf dem Festland PuertoricanerIn ist, da viele Familien schon seit zwei oder drei Generationen in den USA leben. Frühere Meinungsumfragen des New Yorker Institute for Puerto Rican Policy zeigen, daß die puertoricanische Diasporagemeinde in der Statusfrage ähnlich gespalten ist wie die Inselbevölkerung.

Das Dezember-Plebiszit wurde zwar vom puertoricanischen Parlament verabschiedet, aber fraglich ist, ob es in der Bevölkerung Rückhalt findet. So ist die PPD noch nicht entschieden, ob sie zu einer Teilnahme aufruft, und auch Unabhängigkeitsgruppen links der PIP diskutieren ihr Verhalten. Beim Plebiszit 1993 hatten letztere die Abstimmung boykottiert. Absehbar ist ohnehin, daß auch ein neues Plebiszit keine eindeutige Entscheidung bringen wird. Selbst wenn die Estadistas die absolute Mehrheit bekämen, wäre die Diskussion längst nicht beendet.

Die Statusfrage ist auf Puerto Rico zu einer Art Obzession geworden, die auch die Linke beherrscht - und oft lähmt. Um aus dem Teufelskreis herauszukommen, wies letztes Jahr eine Gruppe linker puertoricanischer Intellektueller darauf hin, daß Puerto Rico in Zeiten des entfesselten Kapitalismus zwar vollständig abhängig sei von den USA, es der Bevölkerung trotz aller Probleme im Vergleich zu anderen Karibikinseln aber noch relativ gut gehe. Die Unabhängigkeit würde zwar politisch mehr Selbstbestimmungsrechte bringen, doch

wirtschaftlich den Wandel von einer Kolonie traditionellen Types hin zu einem neokolonialen Gebilde - ohne die wenigen Schutzrechte, die Puerto Rico jetzt habe, oder die eine Bundesstaatlichkeit mit sich bringen würde. Außerdem sei es höchst unwahrscheinlich, daß ein unabhängiges Puerto Rico den politischen Willen und die Stärke hätte, das US-Militär zu vertreiben. Zumal mit der Unabhängigkeit nicht automatisch ein alternatives Wirtschaftsmodell zum Kapitalismus verbunden sei. Die Gruppe, die sich selbst estadistas radicales (radikale Befürworter der Bundesstaatlichkeit) nennt, plädiert daher dafür, sich als Linke der Forderung nach einem US-Beitritt anzuschließen.

Vollständige Integration in die Kolonialmacht anstatt Unabhängigkeit? In der Linken Puerto Ricos stößt diese Position der estadistas radicales auf wenig Zustimmung. Manche beschimpfen sie gar als Vaterlandsverräter - obwohl oft anerkannt wird, daß die Gruppe wichtige Fragen aufwirft. In der Tat: Hat die Systemkonkurrenz zwischen der Sowjetunion und den USA bis Ende der 80er Jahre für Länder der "Dritten Welt" gewisse politische und ökonomische Spielräume mit sich gebracht, so hat sich die Situation seit dem Ende des Kalten Krieges gewandelt. Cuba ist das beste Beispiel dafür, wie ein alternatives Entwicklungsmodell langsam aber sicher unter die Räder des Kapitalismus kommt. Unter diesen Bedingungen ein zweites Cuba in der Karibik zu schaffen - wie es einigen linken Unabhängigkeitsgruppen vorschwebt - scheint realitätsfremd. Ein staatlich unabhängiges Puerto Rico würde in der Tat eher dem Beispiel von Haiti oder der Dominikanischen Republik nacheifern müssen, um eine Nische im Weltmarkt zu finden. Unter den konservativen Vorgaben des US-Kongresses scheint allerdings eine Integration in die USA, die die kulturelle Identität der PuertoricanerInnen respektiert, genauso unmöglich. Angesichts dessen ist es nur zu verständlich, wenn die PuertoricanerInnen sich auch weiterhin nicht auf einen anderen als den derzeitigen Un-Status festlegen wollen.

Werner Lamottke (New York City)

Steuerparadies Puerto Rico

Neben der militärischen Einbindung Puerto Ricos zeigt sich die Abhängigkeit der Insel von den USA am deutlichsten in wirtschaftlicher Hinsicht. Seit den 50er Jahren haben die USA die Insel mit verschiedenen Industrialisierungsprogrammen überzogen, die an den Interessen von US-Firmen ausgerichtet waren. Der Bevölkerung sollte der trickle down-Effekt zugute kommen. Nachdem zu Anfang des Jahrhunderts die Landwirtschaft größtenteils von US-Unternehmen übernommen wurde, kamen ab den 50er Jahren vor allem die Textil- und erdölverarbeitende Industrie.

Ab Mitte der 70er Jahre wurde Puerto Rico zum billigen Produktionsstandort für die Pharma- und Elektroindustrie der USA. Zentraler Faktor dafür waren Anreize durch die US-Steuerpolitik. 1976 wurden mit der Schaffung der Sektion 936 der US-Steuergesetzgebung die Vergünstigungen für US-Betriebe auf Puerto Rico erheblich ausgeweitet. Nicht nur Aktivitäten von Tochterfirmen von US-Konzernen auf der Insel waren nun von Abgaben befreit, jetzt durften sie ihre Profite auch steuerfrei an die Zentralen auf dem Festland transferieren. Letztere konnten mit ihren Investitionen und Handelsaktivitäten auf Puerto Rico zudem ihre Steuerschuld in den USA senken. Damit nicht alle Profite "repatriiert" wurden, erließ die puertoricanische Regierung eine zehnprozentige Kapitalausfuhrsteuer, allerdings mit verschiedenen Schlupflöchern.

Durch die Neuansiedlung von Produktionsstätten kam die Bautätigkeit wieder in die Gang und es entwickelte sich eine vielfältige Dienstleistungsbranche. Als sogenannte 936-Firmen schrieben sich insgesamt 500 US-Firmen für die Vergünstigungen ein - und bekamen dadurch im Jahr insgesamt etwa zwei bis drei Mrd. US-Dollar an Steuern erlassen. Puerto Rico wurde zum Steuerparadies für US-Industrieunternehmen. Die Inselregierungen, wechselweise von der PPD und der PNP, nutzten die sogenannten 936-Fonds, in dem diese Firmen einen Teil ihrer Profite anlegten, für den Ausbau der Infrastruktur und zur Haushaltssanierung. Außerdem begannen sie Anfang der 80er Jahre, Kredite an andere Karibikstaaten zu vergeben. Dies markiert einen Wandel in der Rolle Puerto Ricos: War die Insel bislang ein billiger Produktionsstandort für die USA, wurde sie nun auch zur Vermittlerin von US-Handelsinteressen in der Karibik.

Die Sektion 936 war seit ihrem Bestehen heftig umstritten. Fraktionen innerhalb der Republikanischen Partei prangerten sie als Verschwendung von Steuergeldern an, so daß sie unter den Regierungen Reagan und Bush mehrmals abgeschafft werden sollte. US-Gewerkschaften kritisieren hingegen die Abwanderung von

Arbeitsplätzen. So ergab eine Studie des Midwest Center for Labor Research, daß allein der Umzug von 25 US-Betrieben nach Puerto Rico 7.000 direkte und 30.000 indirekte Arbeitsplätze auf dem Festland kostete.

Auch auf der Insel selbst gibt es Kritik: Puertoricanische Gewerkschaften beklagen, daß sich mit den Steuervergünstigungen zwar viele Betriebe auf der Insel angesiedelt, aber relativ wenig neue Arbeitsplätze geschaffen hätten. Die Kritik ist berechtigt: Steigerten die 936-Betriebe ihre Netto-Einkünfte zwischen 1984 und 1993 um 152 Prozent, stieg die Zahl der Arbeitsplätze in den entsprechenden Betrieben nur um magere 16 Prozent. Hinzu kommt, daß die 936-Betriebe zutiefst gewerkschaftsfeindlich agieren. Auch die BefürworterInnen einer Eingemeindung Puerto Ricos in die USA sind gegen die Sektion. Zwar wissen sie um die Bedeutung der Steuerbefreiungen für die puertoricanische Wirtschaft, doch wollen sie jegliche Sonderbehandlungen zurückschrauben, um Puerto Rico schrittweise an die Bedingungen der US-Bundesstaaten heranzuführen.

So positiv die Sektion 936 für die US-Konzerne ist, so wenig hat sie für die Bevölkerungsmehrheit Puerto Ricos gebracht: Sechzig Prozent der Inselbevölkerung leben unter der Armutsgrenze und das durchschnittliche Jahreseinkommen liegt bei etwa US-$ 7500, der Hälfte von Mississippi, dem derzeit ärmsten Bundesstaat der USA. Die inoffizielle Arbeitslosenrate liegt seit Jahren bei 25 Prozent. Um das Ausbleiben des trickle down-Effektes zu kaschieren und den sozialen Frieden auf der Insel zu wahren, steigerte die US-Regierung seit Mitte der 70er Jahren ihre Sozialhilfezahlungen für Puerto Rico kontinuierlich. 1995 überwies Washington insgesamt knapp vier Milliarden US-Dollar an Sozialleistungen, über ein Fünftel aller Familieneinkommen. Sechzig Prozent aller Familien erhielten Essensmarken, Arbeitslosengeld oder Wohngeld.

Unter der Clinton-Regierung stand die Reduzierung des US-Haushaltsdefizits im Vordergrund, was für Puerto Rico in zweierlei Hinsicht bedeutungsvoll wurde: Zum einen kürzte der Kongreß 1996 massiv die Sozialhilfe, zum anderen kam die Sektion 936 zunehmend unter Druck. Nachdem die Steuervergünstigungen 1993 bereits drastisch beschnitten wurden, beschloß der US-Kongreß 1996 schließlich die schrittweise Abschaffung der Steuerbefreiungen bis zum Jahr 2006.

Mehr und mehr Pharma- und Elektrofirmen verkünden nun, Puerto Rico zu verlassen. So gab beispielsweise der Pharmahersteller Hoechst Marion Roussel im März 1998 bekannt, seine Produktionsstätte mit 420 Arbeitsplätzen zum Jahresende zu schließen. Das Elektrounternehmen Motorola ist dabei, seine vormals 3.000 Arbeitsplätze auf Puerto Rico nach Mexico und Brasilien zu verlagern. Auch wenn die 936-Unternehmen nicht die Hauptarbeitgeberinnen auf der Insel sind, so kann ihr Abzug doch Signalwirkung für andere Betriebe haben.

Die ersatzlose Streichung der Sektion 936 bedeutet das Ende von 75 Jahren Wirtschaftsförderung durch die Kolonialmacht. Dies kann als wichtigster Schritt in Richtung Bundesstaatlichkeit der Insel nach der Gewährung der US-Staatsbürgerschaft im Jahr 1917 gewertet werden - oder aber in Richtung Unabhängigkeit. So oder so steht das Land vor einer schweren Situation: Puerto Rico hat mittlerweile die Wirtschaftsstruktur und das Lohnniveau eines Industriestandortes im Norden - aber die Sozialstruktur eines armen Landes des Südens. Und ein Wirtschaftskonzept, das der Bevölkerungsmehrheit zugute kommen würde, ist kaum in Sicht.

US-Militärstützpunkt in der Karibik

3.900 US-Soldaten sind derzeit auf der Insel stationiert. Wichtiger als die reine Truppenstärke ist aber die strategische Bedeutung der Insel. Zu Anfang diente sie der Navy zur Kontrolle der Schiffahrtswege zwischen dem Panama-Kanal und der Ostküste des Festlandes. Während des Kalten Krieges wurde sie dann zum Übungsplatz der Marine, zum Zwischenstop für Truppenverschiebungen nach Afrika und Lateinamerika und zum Ausgangspunkt für die Invasions- und Aufstandsbekämpfungspolitik der USA in der Region.

Doch auch nach 1990 wurden die Anlagen nicht geschlossen, sondern sollen noch ausgebaut werden. Auf der Insel Vieques und in der Provinz Lajas sollte eine neue Radaranlage errichtet werden, die den Schiffs- und Flugverkehr von Venezuela bis Peru, in Bolivien, Brasilien und Kolumbien überwachen sollte. Wie schon in den Jahrzehnten zuvor gab es auch jetzt massiven Widerstand gegen die neuen Militäreinrichtungen. UmweltschützerInnen protestierten gegen die Belastung durch Radiowellen, Unabhängigkeitsgruppen gegen die weitere Militarisierung der Insel. Zorn ungewohnter Art zog sich die Navy zudem zu, da sie für den Bau der Anlage große Landflächen von Großgrundbesitzern enteignen wollte. Diese, eigentlich eher der Vereinigung mit den USA zugeneigte Gruppe begann, sich an die Spitze der GegnerInnen zu stellen. Der Widerstand hatte

bisher Erfolg, blieben die Pläne doch in einer Welle von Demonstrationen, Gerichtsverfahren und endlosen Hearings stecken.

Allerdings soll Puerto Rico neuer Standort für das Südkommando der US-Armee (Southcom) werden. Der Befehlsstand für Lateinamerika und die Karibik war lange Jahre in der Kanalzone in Panama stationiert und muß mit der Übergabe des Kanals an Panama Ende 1999 abziehen. Aus Sicht des Militärs gilt Puerto Rico als idealer Standort zur Bekämpfung des Drogentransportes in der Karibik. Auch das FBI und die US-Drogenbekämpfungsbehörde DEA bauen seit 1993 den Standort Puerto Rico systematisch aus.

Auf der Insel wurde die Southcom-Entscheidung gespalten aufgenommen: Gouverneur Rosselló begrüßte sie. Er verspricht sich davon einen weiteren Schritt auf dem Weg zum 51. Bundesstaat und seinen Landsleute zivile Arbeitsplätze. Derzeit hängen wirtschaftlich etwa 100.000 PuertoricanerInnen direkt oder indirekt von der US-Armee ab. Diese Zahl würde sich durch die Ansiedlung des Kommandos auf der Insel nur unwesentlich erhöhen. Bedeutender ist allerdings, daß die Ansiedlung eine stärkere Einbindung Puerto Ricos in die langfristige US-Militärplanung bedeutet. Der Vize-Präsident der Pro-Unabhängigkeitspartei wertete die Entscheidung denn auch als Schlag gegen das Selbstbestimmungsrecht der PuertoricanerInnen.

Lesetip: Das September-Heft der ila (Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika) hat den Schwerpunkt Puerto Rico. Bestelladresse: ila, Oscar-Romero-Haus, Heerstraße 205, 53111 Bonn. Ein Einzelheft kostet acht Mark.

24. Weniger ist mehr. Frankreich: Die 35-StundenWoche als neoliberale Reform

Frankreich: Die 35-Stunden-Woche als neoliberale Reform

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:27

Am 1. Juli 1998 trat in Frankreich das Gesetz in Kraft, mit dem der Übergang zur 35-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit in die Wege geleitet werden soll. Damit wird das Herzstück des "Reformprogramms" der amtierenden Links-Regierung unter Lionel Jospin umgesetzt, das als wichtiges Instrument zur Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit präsentiert wird.

Das Projekt der 35-Stunden-Woche wurde am 10. Oktober 1997 anläßlich eines "Sozialgipfels" von Regierung, Unternehmern und großen Gewerkschaftsbünden durch Premierminister Jospin verkündet. Die Gesetzesvorlage der Regierung wurde vom Parlament in endgültiger Fassung am 19. Mai 1998 verabschiedet. Das nach der amtierenden sozialdemokratischen Arbeitsministerin "Aubry-Gesetz" getaufte Regelwerk legt allerdings nicht etwa die Arbeitszeit verbindlich auf 35 Stunden pro Woche fest. Vielmehr beschränkt der Gesetzgeber sich darauf, die "Sozialpartner" - Gewerkschaften und Kapital - zu Verhandlungen aufzufordern, die im Falle eines erfolgreichen Abschlusses durch staatliche Begleitzahlungen belohnt werden:

Wird die Arbeitszeit in dem Unternehmen um mindestens 10 Prozent gesenkt und werden zugleich mindestens 6 Prozent neue Arbeitskräfte eingestellt, kann das Unternehmen pro Beschäftigten 9.000 Francs (2.700 DM) jährlich kassieren. Die Bedingung dafür ist, daß die durch Neueinstellungen erhöhte Beschäftigtenzahl mindestens zwei Jahre lang gehalten wird; in diesem Falle fließt das Geld fünf Jahre lang, auch wenn das Unternehmen im dritten Jahr Entlassungen vornehmen sollte.

Regierungschef Lionel Jospin hatte bereits in seiner programmatischen Rede vom 10. Oktober 1997 klargestellt, daß Gewerkschaften und abhängig Beschäftigte für eine Arbeitszeitverkürzung "Gegenleistungen" erbringen müßten - und zwar "sowohl was die Entwicklung der Löhne als auch die Organisation der Arbeitszeit" betrifft.

Hier kommt nun eine Besonderheit des französischen Arbeitsrechts zum Tragen. Da hier - im Gegensatz zur BRD mit ihrer Einheitsgewerkschaft - der "gewerkschaftliche Pluralismus" herrscht, also mehrere Gewerkschaftsbünde nebeneinander existieren, genügt die Unterschrift einer einzigen (anerkannten) von mehreren konkurrierenden Gewerkschaften, um einen Tarifvertrag rechtsgültig zu machen. Damit kann auch eine sehr kleine Gewerkschaft ein für alle abhängig Beschäftigten in einem Betrieb oder einer Branche verbindliches Abkommen abschließen.

Bis in die jüngere Vergangenheit warf dies keine großen Probleme auf, da nach geltendem Recht das Arbeitsgesetzbuch den obligatorischen Mindeststandard festlegt und ein tarifliches Abkommen nur Bestimmungen enthalten darf, die für die Beschäftigten "günstiger" sind als die gesetzlichen - die Gewerkschaften konnten dabei ruhig miteinander wetteifern. Doch in den letzten Jahren hat sich in Rechtsprechung und Praxis die Tendenz immer stärker Bahn gebrochen, ein Tarifabkommen auch dann als "günstiger" für die Lohnabhängigen zu werten, wenn es letzteren eine Reihe von "Opfern" abverlangt - sofern diese dazu dienen, Arbeitsplätze zu erhalten oder zu schaffen. Der "Besitz" eines Arbeitsplatzes stelle einen so zentralen Vorteil dar, daß er eine ganze Reihe von Nachteilen - die konkreten Arbeitsbedingungen betreffend - mühelos aufwiege. Der Kassationshof, das oberste französische Gericht, hat sich in einem Urteil vom Februar 1997 dieser Auffassung angeschlossen.

Einzelne Gewerkschaften werden so zum Instrument einer Deregulierung - die sie auf dem Wege ihrer Beteiligung an Tarifabkommen zu "kontrollieren" glauben - und zum Werkzeug der Disziplinierung der Lohnabhängigen.

Ein "Pionierabkommen" zum Gruseln

Nichts Gutes verhieß ausgerechnet das erste Abkommen, das auf der Grundlage des - damals noch nicht endgültig verabschiedeten - Aubry-Gesetzes abgeschlossen und als "Pionier"vertrag begrüßt worden war. Mitte April 1998 schlossen die drei rechtesten Gewerkschaften - die Vertretung der höheren Angestellten

CFE-CGC, die christliche CFTC und die (nicht offiziell anerkannte) Hausgewerkschaft SAR - in dem Unternehmen GMF-Téléassurances, das telefonische Versicherungsberatung anbietet, einen Vertrag, der von den drei großen Gewerkschaftsbünden CGT, CFDT und FO heftig bekämpft wird.

Das Abkommen sieht für die betroffenen Angestellten eine verkürzte Wochenarbeitszeit zwischen 32,5 und 35 Stunden sowie 6 Prozent Neueinstellungen vor. Die Gegenleistungen haben es in sich: Die Arbeitszeiten werden - nach dem Bedarf der Geschäftsführung - flexibilisiert; der Samstag (von 8 bis 20 Uhr) wird zum sechsten Pflichtarbeitstag; das bisher bestehende Recht auf zwei aufeinanderfolgende Ruhetage entfällt. Die Vorwarnzeit für die Beschäftigten, um ihre Einteilung in die Dienstplanung zu erfahren, wird von vier Wochen auf nunmehr drei Tage verkürzt. Selbst die Mittagspause von einer Stunde kann, je nach Auslastung des Unternehmens, durch die Vorgesetzten gestrichen werden.

In der Folgezeit wurden eine Reihe weiterer "Pionierabkommen" abgeschlossen, etwa 80 bis Mitte Juli, die zwar meist keine so spektakulären Härten wie das von GMF-Téléassurances enthalten, aber Gegenleistungen für die Arbeitszeitverkürzung vorsehen. Die ersten Abkommen über die 35-Stunde-Woche wurden meist auf Initiative von Unternehmern abgeschlossen, die damit "die Entwicklung besser offensiv beherrschen denn passiv über sich ergehen lassen" wollen. So formulierte es Jean Espern, Vizedirektor und Leiter der Personalabteilung beim Bolloré-Mischkonzern (Tabak, Transportwesen und Energie), der auch seine Absichten ausplauderte. Es gehe darum, "zu rationalisieren und zu modernisieren".

"Kein einziger neuer Arbeitsplatz"

Nicht alle Kapitalvertreter geben sich so "innovativ". Insbesondere die UIMM - der mächtige Unternehmerverband der Metallindustrie und konservatives Flaggschiff der Kapitalverbände, die im Arbeitgeberbund CNPF zusammengeschlossen sind - repräsentiert jenen Flügel des CNPF, der nach dem Beschluß vom 10. Oktober 1997 Zeter und Mordio geschrien hat. Hier ist man prinzipiell und "aus ideologischen Gründen" gegen jede allgemeine Vorschrift zur Verkürzung der Arbeitszeit und reagierte entsprechend allergisch auf das Aubry-Gesetz.

Am 28. Juli 1998 wurde in der Metallindustrie das mit Spannung erwartete erste Branchen-Tarifabkommen auf Grundlage des Aubry-Gesetzes abgeschlossen. Der Metall-Tarifvertrag - dessen Inhalt als pure Provokation gelten kann - führt tatsächlich die von der Linksregierung benutzte Methode, die Arbeitszeit auf dem Wege eines "Konsenses" zwischen Kapital und Arbeit zu reduzieren, glatt ad absurdum. So wird das jährliche Überstundenkontingent von derzeit 94 Stunden im Jahr auf 180 Stunden jährlich angehoben - mit Zustimmung von drei Gewerkschaften. Durch Betriebsvereinbarung kann es für zwei Jahre um weitere 25 auf 205 Stunden angehoben werden. In Artikel 1 nehmen die Unterzeichner zwar das neue Gesetz "zur Kenntnis", organisieren aber zugleich die systematische Umgehung der Arbeitszeitverkürzung. Denn die vorgesehene Überstundenregelung dient augenscheinlich dazu, die bisherige Arbeitszeit unverändert zu lassen. Vier Stunden (die Differenz zwischen der 35-Stunden- und der 39-Stunden-Woche), multipliziert mit 47 Arbeitswochen im Jahr ergibt 188 Stunden, was ziemlich exakt der vorgesehenen Überstundenzahl entspricht. Im Unterschied zu einer regelmäßigen Wochenarbeitszeit erlauben freilich die Überstunden, die der Betrieb je nach Bedarf ausführen läßt, eine flexible Ausnutzung der Arbeitskräfte je nach Auftragslage des Unternehmens.

Eine Ausnahme macht das Gesetz für jene Betriebe, in denen die Arbeitszeit nicht mehr im Wochenmaßstab, sondern auf das Jahr berechnet wird - wo also die wöchentliche Arbeitszeit mit Hilfe von Arbeitszeitkonten je nach Bedarf des Unternehmens schwankt. Dort wird das Überstundenkontingent um 30 Stunden herabgesetzt, beträgt also 150 bzw. (nach Betriebsvereinbarung) 175 Stunden. Wie der CFDT-Gewerkschafter Robert Bonnand in Le Monde schreibt, wird so "die Kombination von Flexibilisierung durch Arbeitszeitkonten plus Flexibilisierung der Arbeitszeit durch Überstunden" ermöglicht. Im übrigen ist noch zwischen den Unterzeichnern zu vereinbaren, wieviel der Lohn für die Überstunden betragen soll. Das Arbeitsgesetzbuch sieht einen Überstundenzuschlag von 25 Prozent vor. Das entspräche, würden wöchentlich (im Durchschnitt) 39 Stunden gearbeitet, einer Erhöhung des Gesamtlohns um 2,5 Prozent - vermutlich ein schwacher Trost für die abhängig Beschäftigten. Während das Aubry-Gesetz die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung als eines seiner wesentlichen Ziele nennt, urteilt Le Monde kurz und bündig: "Ein Abkommen, das keinen einzigen Arbeitsplatz schafft."

Der Tarifvertrag in der Metallindustrie hat einmal mehr die Gefahren des französischen Tarifvertragsrechts offengelegt und zugleich die Absurdität einer Politik gezeigt, welche die Umsetzung eines Gesetzes allein vom "Konsens" der Tarifpartner abhängig macht. Im vorliegenden Fall haben die beiden rechtesten Gewerkschaften, die christliche CFTC sowie die Gewerkschaft der höheren Angestellten CFE-CGC, die ohnehin fast jede reaktionäre Vereinbarung mittragen, den Vertrag mit der UIMM unterschrieben. Unterzeichnet hat aber auch die Metallersektion des drittgrößten Gewerkschaftsbunds, der sozialdemokratisch-"unpolitischen" Force Ouvrière (FO).

FO, die traditionell als "Lohnzettelgewerkschaft" gilt, vernachlässigt alle anderen Aspekte der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Lohnerhöhungen zieht sie der Arbeitszeitverkürzung vor. Im Gegensatz dazu favorisiert die sozialdemokratisch-"sozialpartnerschaftlich" orientierte CFDT die Arbeitszeitverkürzung als "modern" und "innovativ", auch wenn sie mit Lohneinbußen verbunden ist. Als Lösung gegen die Massenarbeitslosigkeit verteidigt die Gewerkschaft von Nicole Notat eine Politik des "Teilens in der Klasse". Die KP-nahe Gewerkschaft CGT hingegen ist nicht bereit, Arbeitszeitverkürzung gegen Lohnforderungen ausspielen zu lassen. Im Gegensatz zur CFDT, die auch schon mal die 32-Stunden-Woche (ohne vollen Lohnausgleich) propagiert, beschränkt sich die CGT aber auf die 35-Stunden-Forderung (mit vollem Lohnausgleich und ohne Flexibilisierung).

Am 19. August wurde der Abschluß eines zweiten Branchen-Tarifvertrags, diesmal in der Zuckerindustrie, auf der Basis des Aubry-Gesetzes bekannt. Das Abkommen beschränkt sich auf die Einführung einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 35 Stunden im Gegenzug zur Einrichtung von Jahres-Arbeitszeitkonten, so daß die wöchentliche Arbeitsdauer schwanken kann. Neueinstellungen sind nicht vorgesehen. Unterzeichner sind, neben dem Unternehmerverband SNFS, die drei Gewerkschaften CFDT, CFTC und CFE-CGC; gegen das Abkommen sind die CGT und FO.

Wie die KP-Tageszeitung L`Humanité bekanntgab, strebt die Bauindustrie derzeit ein Tarifabkommen ähnlich dem Abschluß in der Metallindustrie an. Arbeitsministerin Aubry versuchte nach Berichten der Wochenzeitung Le Canard enchainé vergeblich, Unternehmen in öffentlicher Hand zu vorzeigbaren Abkommen auf der Basis "ihres" Gesetzes zu bewegen. Doch "in Zeiten der Privatisierung" sehe dies auch die Regierung als nicht opportun an, "um die Börse und die amerikanischen Rentenfonds (als potentielle Geldanleger) nicht zu verprellen".

Bernhard Schmid, Paris

25. Selbstorganisation statt Multikulti. Der MIB - ein Organisierungsansatz unter jugendlichen ImmigrantInnen

Der MIB - ein Organisierungsansatz unter jugendlichen ImmigrantInnen in Frankreich

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:22

Man nehme ein Hochhaus- und "Problemviertel" einer deutschen Großstadt wie Köln-Chorweiler oder das Märkische Viertel in Berlin. Man vergrößere dieses um das Hundertfache und projiziere es auf eine Fläche so groß wie das Saarland, wobei man noch ein paar historische Stadtkerne sowie eine Anzahl von Reihenhaussiedlungen und einige Villenviertel dazwischenstreut. Auf diese Weise erhält man ein ungefähres Abbild von der Pariser Banlieue (Vorstadtzone), die sich zusammen mit den angrenzenden urbanen Randzonen über immerhin sieben Départements (Bezirke) rund um Paris erstreckt. In diesen vorstädtischen Raum hinein werden seit Jahrzehnten alle Bewohner abgeschoben, die in der Hauptstadt keinen bezahlbaren Wohnraum finden.

Insbesondere während der Amtszeit Jacques Chiracs als Pariser Bürgermeister (von 1977 bis 1995) wurden ganze Bevölkerungsgruppen systematisch - durch Stadterneuerungs- und Mietpolitik - in die Banlieue abgedrängt. Schon seit über einem Jahrhundert strömen Zuwanderer, die sich in Richtung Metropole bewegen, zum Großteil in diese Zone, wo im 19. Jahrhundert die meisten verschmutzenden Industrien angesiedelt wurden. Zunächst kamen die Lothringer, die aus dem 1871 vom Deutschen Reich annektierten ostfranzösischen Gebiet flohen, außerdem Bretonen und Bewohner des Zentralmassivs. Sie wurden damals ebenso diskriminiert wie Einwanderer aus Ländern der "Dritten Welt" heute: die Lothringer etwa galten vielen Zeitgenossen als boches (ein Schimpfwort für Deutsche).

Es folgten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Einwanderer aus dem südeuropäischen Raum, deren Auswanderungsmotive sich häufig mischten: Sie flohen vor der Armut und vor den Diktatoren Mussolini, Franco oder Salazar. Schließlich kamen nach dem Zweiten Weltkrieg neue Einwanderer aus dem arabisch-nordafrikanischen Raum, vor allem aus der französischen Siedlungskolonie Algerien, sowie den afrikanischen Ex-Kolonien. Jede neue Gruppe von Immigranten wird aufs Neue diskriminiert und als "unintegrierbar" behandelt, während die jeweils vorangegangene als "erfolgreich assimiliert" gilt.

Die Ethnisierung des Sozialen

Andere Großstädte wie etwa Lyon kennen ähnliche Phänomene der Herausbildung einer Vorstadtzone wie Paris, auch wenn sich ihr unkontrolliertes Wachstum seit dem Rückgang der allgemeinen Landflucht in den 70er Jahren verlangsamt hat. Doch heute, wo - mit dem Verschwinden der traditionellen fordistischen Industrien - in den Vorstädten Massenarbeitslosigkeit herrscht, sind die Banlieues zum Brennpunkt der gesellschaftlichen Probleme geworden. Die Kombination von hohem Immigrantenanteil, Gettoisierung, sozialer Perspektivlosigkeit und oft menschenfeindlicher Architektur wird vor diesem Hintergrund zum explosiven Cocktail, der die rassistische Segregation und Konflikte zwischen Bevölkerungsgruppen sowie eine oftmals ziellos sich bahnbrechende Gewalt nährt.

Diese Problemmischung läßt all die gesellschaftlichen Phänomene in einem "ethnisch"-kulturalistischen Zerrspiegel erscheinen, der aus ihnen scheinbar "interkulturelle" Schwierigkeiten oder "Integrationsprobleme" macht. Auf diese Weise werden die realen Probleme von einer sozio-ökonomisch-politischen, materiell veränderbaren, auf eine ideologisch-kulturelle Interpretationsebene gehoben. Wer von den jeunes des banlieues spricht, den Vorstadtjugendlichen, denkt an "Randalierer" mit krausem Haar und arabischen Vornamen - die Medien verwenden den Begriff fast immer im Zusammenhang mit Krawallen.

Glaubenskämpfer und Neofaschisten

In diesem Kontext gewinnen Fragen der kollektiven, "ethnisch" oder kulturell definierten "Identität" an Bedeutung. Befördert wird diese Tendenz noch durch die starke gesellschaftliche Zersplitterung, die in den häufig von anonymen Hochhausblocks geprägten "Cités" vorherrscht. Soziale Bindungen fehlen in den

meisten dieser Betonburgen; unterdessen wird die Leere mit mehr oder minder reaktionären "Identitäts"angeboten gefüllt.

Bei den petits Blancs, den weißen Bewohnern, hat der Neofaschismus Einbrüche erzielt. In der eingewanderten Bevölkerung, und vor allem bei den der Beurs - der arabischstämmigen Jugend - sind es die islamischen Fundamentalisten, die einige Jahre in den Cités rekrutierten. 1995 wurden infolge der Pariser Bombenanschläge mehrere mit den algerischen GIA (Bewaffnete islamische Gruppen) in Verbindung stehende Gruppen, u.a. in der Lyoner Banlieue, vom staatlichen Sicherheitsapparat zerschlagen. Gegen weitere terroristische Gruppierungen mit Banlieue-Hintergrund und radikal-islamistischer Ideologie fand im Dezember 1996 in Paris ein großangelegter Prozeß statt. Die dabei angeklagten Organisationen hatten Jugendliche in den Pariser Vorstädten rekrutiert und anschließend zum "bewaffneten Kampf" nach Marokko geschickt. Dort hatten sie dann mehrere Touristen am Strand bzw. in einem Hotel getötet sowie einen jüdischen Friedhof mit einem Maschinengewehr beschossen.

Das ebenso blutige wie offenkundig sinnlose Scheitern dieser "Glaubenskämpfer", deren Perspektive sich auf Massaker (Bomben in der Pariser Metro) beschränkte, hat der Verbreitung des radikal-islamistischen "Identitäts"diskurses, der zeitweise aus Algerien herüberzuschwappen drohte, offensichtlich enge Grenzen gesetzt. Heute ist es um solche Tendenzen ziemlich still geworden.

Mitunter gelingt die Einbeziehung der rebellionswilligen Banlieue-Jugendlichen, deren Frustration sich im Alltag oft auf wenig zielgerichtete Weise entlädt (gegen Busse und andere öffentliche Verkehrsmittel oder zwischen Gangs), in breitere gesellschaftliche Proteste. So waren Banlieue-Jugendliche während der militanten Jugendbewegung des Frühjahrs 1994, die sich gegen eine Absenkung des gesetzlichen Mindestlohns SMIC für jugendliche Arbeitslose richtete, in größerer Zahl nach Paris gezogen. Dort hatten sie an den Demonstrationen teilgenommen und sich dabei teilweise durch das Entglasen einzelner Straßenzüge bemerkbar gemacht.

Der MIB - Versuch einer Selbstorganisation

Mit dem 1995 gegründeten MIB (Mouvement de l'immigration et des banlieues - Bewegung der Einwanderer und der Banlieues) hat das rebellische Potential der Banlieues einen eigenständigen organisierten Ausdruck gefunden. Es handelt sich beim MIB nicht um eine "Massenorganisation", sondern um eine Aktivistengruppe, die von Immigrantenjugendlichen gebildet wird. Sie hatte mehrere Vorläufer wie den Mouvement des travailleurs arabes (MTA, Bewegung arabischer Arbeiter) in den 70ern oder Résistance des Banlieues ab 1989.

Der Sitz des MIB in der Pariser Rue de Montreuil ist über und über tapeziert mit Bildern von Immigrantenjugendliehen, die in den letzten Jahren in den Banlieues durch Polizeigewalt zu Tode gekommen sind. Am Vortag meines Besuches ist - nach sieben Jahren Prozeßverschleppung - ein Polizist freigesprochen worden, der 1991 einen Jugendlichen, Youssef Khaif, in der Pariser Vorstadt Mantes-la-Jolie erschossen hat. 14 Tage zuvor war am selben Ort ein Jugendlicher im Polizeigewahrsam gestorben, und am selben Abend, an dem auch die tödlichen Schüsse fielen, war eine Polizistin von einem anderen Jugendlichen bei einer Verfolgungsjagd mit einem gestohlenen Auto angefahren worden und gestorben. Während der Jugendliche, der den Unfall mit der Polizistin zu verantworten hat, über fünf Jahre in U-Haft verbrachte, sind die für den Tod der beiden Jugendlichen verantwortlichen Polizisten jahrelang nicht behelligt worden. Das Verfahren gegen sie war lange Zeit eingeschlafen, bis es im Juni durch gezielte Interventionen des MIB wachgerüttelt wurde. Am 5. Juni dieses Jahres berief der MIB eine öffentliche Veranstaltung nach Mantes-la-Jolie ein, am 13. Juni rief er zu einem Marsch durch die Vorstadt auf. Zwei Wochen später begann sich Le Monde dem Thema zu widmen (wobei der MIB positiv erwähnt wurde), am 29. Juli entschied das Gericht auf Freispruch.

Der MIB arbeitet in seinen Kampagnen regelmäßig mit fortsehrittlichen Rechtsanwälten und örtlichen Gruppen in den Cités zusammen. Aber auch außerhalb der Kampagnen verschließt er sich nicht der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen. Insbesondere mit den Selbstorganisationen der Arbeitslosen wie AC! hat sich eine Kooperation ergeben. Zunehmend interveniert der MIB auch, neben seinem hauptsächlichen Thema "Repression/Polizeigewalt", auf sozialem Gebiet. So trat die Gruppe Ende 1997 in der Pariser Vorstadt Garges-les-Gonnesses auf den Plan, als die Putzfrauen der örtlichen Schulen und Kinos - überwiegend

Immigrantinnen - gegen drastische Senkungen ihrer Hungerlöhne in den Streik traten, um den Streikbruch durch die Beschäftigten einer dafür eingeschalteten Privatfirma aktiv zu verhindern.

Mißtrauen hegt der MIB gegenüber den "weißen" antirassistischen und politischen Organisationen. "Ich war in den letzten Jahren wiederholt erstaunt", berichtet Sardène Sadgui, "in meiner Umgebung perfekte marxistisch-leninistische Analysen des Emigrationsproblems zu vernehmen. Das war das Erbe der maoistischen und trotzkistischen Organisationen, durch die viele unserer Aktivisten durchgingen, bevor sie sich uns anschlossen." Dieser Diskurs, der die Immigranten "zu einem Ersatzproletariat machen" wolle, werde jedoch "den spezifischen Situationen der Immigranten nicht gerecht, insbesondere vor dem Erfahrungshintergrund der Algerier, die historisch durch eine Art kolonialen Apartheidsystems gegangen sind" - das nordafrikanische Land war als Siedlungskolonie mit über einer Million Europäern bevölkert worden, die rund acht Millionen Muslime als "Bürger zweiter Klasse" unter sich hielten.

Man kann, erklärt Sardène, mit anderen einen Dialog führen - aber nur, wenn man eine eigene Stimme hat. Eine solche eigene Stimme mundtot zu machen, den Betroffenen das Wort zu entziehen - eigens zu diesem Zweck wurden nach Ansicht von Noredinne Iznasi eine Reihe von Organisationen durch die "offizielle" Gesellschaft gegründet. Beispielsweise die während der Präsidentschaft Francois Mitterrands als verlängerter Arm des Elysée wohlbekannte Vereinigung "SOS Racisme".

Animation und Bauchtanz

1981, so erklären Noredinne und seine Tischnachbarin Nora Aguerguan, traten die Immigranten erstmals ins Bewußtsein der französischen Öffentlichkeit, als die ersten Riots in der Cité "Les Minguettes" in der Lyoner Vorstadt Vénissieux ausbrachen. 1983 taten sich Tausende von Immigrantenkindern zu einem "Marsch für die Gleichheit" zusammen, der von verschiedenen Ecken Frankreichs aus sternförmig auf Paris zuführte. Bis dahin hatte der vorherrschende Diskurs die Einwanderer überwiegend als Gäste betrachtet, die nach getaner Arbeit wieder nach Hause gehen würden. Nun aber forderten die Angehörigen der zweiten Generation, die in Frankreich geboren und aufgewachsen war, ihre Anerkennung als Teil der französischen Gesellschaft.

Diese im Entstehen begriffene Bewegung mußte aus Regierungssicht dringend vereinnahmt werden. Die 1981 angetretene Linksregierung "gewährte" den ausländischen Staatsbürgern erstmals gesetzlich das Recht, Vereine zu gründen - und schuf in der Folgezeit selbst Vereinigungen, die das Terrain besetzen sollten. Werbeexperten wie Jacques Séguéla, der Chef einer Agentur, die Mitterrand zuarbeitete, sollten eine Strategie der Sympathiegewinnung ausarbeiten. Diese PR-Profis waren es, die das berühmt gewordene Symbol von SOS Racisme erfanden, die geöffnete gelbe Hand. "Das Gelb sollte die Juden ansprechen, für die der gelbe Stern das Symbol ihrer Diskriminierung war", erklärt Nora, "und die Handfläche die Nordafrikaner, weil in den maghrebinischen Ländern die geöffnete flache Hand ein wichtiges Symbol im Volksglauben darstellt, das dazu dienen soll, den ‚bösen Blick` abzuwehren." Eine raffinierte Werbestrategie also.

In der Folgezeit wurden mit viel Geld Konzerte veranstaltet und "Animateure" ausgebildet, die in Psychologie und Kommunikation geschult wurden. "Diese neuen Kader waren dann entweder vollkommen abgehoben und kehrten ihrer Cité den Rücken, oder aber sie kamen zurück, um das Gelernte anzuwenden, und versuchten die Leute mit Bauchtanzkursen zu beschäftigen. Hauptsache, sie kümmerten sich nicht um die die wirklichen Probleme, wie die Polizeigewalt oder die Frage: Warum wohnen die Leute in Baracken, die für den ‚Durchgang` gedacht waren und seit Jahrzehnten hier stehen? Warum ist dieses Viertel nicht mal im Stadtplan ausgewiesen - weil man sich dafür schämt? Man fühlt sich wirklich für dumm verkauft", sagt Noredinne. In den letzten Jahren jedoch ist der Stern von "SOS Racisme" und ähnlicher Vereine immer weiter gesunken.

Die offizielle Linke habe die Immigranten stets nur vor ihren Karren gespannt, um sie dann wie eine heiße Kartoffel fallenzulassen. Anders als zur Hochzeit der "SOS Racisme"-Periode der staatstragenden Linken in den späten 80er Jahren wurden in diesem Frühjahr keine Immigranten mehr auf die Wahllisten der Sozialdemokratie und der Grünen aufgenommen. Auf einem sicheren Listenplatz, nämlich an vierter Stelle in der Pariser Region, hatte nur eine Partei einen arabischstämmigen Franzosen aufgestellt - nämlich ausgerechnet der Front National (FN). Die Neofaschisten sind klug genug, die Anwesenheit von Immigranten zu tolerieren - soweit die "natürliche" Hierarchie gewahrt bleibt.

Nicht links, nicht rechts ...?

Sind für die MIB-Aktivisten Linke wie Rechte "Jacke wie Hose"? Lohnt es also nicht, sich in deren Auseinandersetzung einzumischen? "Sie kommen alle aus derselben Gußform, jener der Kolonialgesellschaft", bekräftigt Sardène, "das ist viel stärker als die Spaltungslinie links-rechts". Doch bedeutet dies, daß die sozialen und politischen Errungenschaften der französischen Gesellschaft, wie die republikanische Devise Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit und die Idee der Demokratie, der Ideenbestand von 1789, von Grund auf zu verwerfen sind? Reaktionäre Identitätspolitiker wie etwa die Islamisten finden, daß Demokratie und Menschenrechte von außen importierte "westliche Werte" und auf ihre Gesellschaften nicht anwendbar seien.

Sardène vermeidet diese Art von Lösung, indem er auf einen pragmatischen Ansatz ausweicht: "Ich habe die republikanische Devise nicht erfunden, sie wird von außen an mich herangebracht. Aber indem ich hier lebe, stelle ich fest, daß sie von jenen, die sie proklamieren, nicht angewandt wird. Denn das Recht ist nicht dasselbe für alle, wir werden nicht als Gleiche behandelt. Ich beschränke mich daher darauf, das von dieser Gesellschaft einzufordern, was sie selbst mir mit ihrem Motto verkündet, und die Kluft zwischen Anspruch und Realität aufzuzeigen."

Ohne eine völkisch oder konfessionell definierte, mythische "Identität" zu suchen, beharrt der Sprecher darauf, einen eigenen Diskurs zu konstruieren und sich nicht dem republikanischen und oder marxistischen der "weißen" französischen Linken anzuschließen. Die auf diese Weise eingeforderte, eigene "Identität" wird jedoch nicht durch Rückgriff auf einen gemeinschaftlichen Mythos erbaut, sondern durch eine Form von Praxis, durch die Aktion zur Erkämpfung eigener Rechte.

Bernhard Schmid, Paris

26. "... können wir nur selber tun." Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen ist in Bremen gestartet

Autor: ch. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:29

Noch bevor sie startete, war die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen dem Wochenblatt "Focus" schon eine Seite wert. Der Bremer Innensenator Ralf Borttscheller (CDU) hatte die InitiatorInnen der Karawane als "Chaoten und Krawallmacher" entlarvt, die auch noch ein Bündnis von Sozialdemokraten bis zur Kampagne "Kein Mensch ist illegal" für die sechswöchige Karawane in über vierzig bundesdeutsche Städte zustande bringen. Nicht nur der Bremer Menschenrechtsverein war empört über die Vorwürfe, auch die Ausländerbeauftrage der Hansestadt, Dagmar Lill, wehrte sich gegen die Rundumschläge des CDU-Hardliners. "Wer Menschen in einem demokratischen Rechtsstaat lautstark verurteilt, ohne das sie etwas Strafwürdiges getan haben", so Lill, "muß sich fragen, ob er nicht ein systemfeindlicher Krawallmacher ist." VertreterInnen des Menschenrechtsvereins befürchteten unterdessen, daß diese Hetze "ausländerfeindliche Krawalle" provozieren kann.

Trotz Hetze und großem Polizeiaufgebot kamen am Freitag, 14.8., über 800 Menschen in Bremen zusammen, um die Karawane mit einem Fest zu starten. Neben dem Menschenrechtsverein gehören die MigrantInnenorganisationen wie die "World Tamil Movement" und der Dachverband kurdischer Gruppen YEK-Kom, die "Internationale Förderation iranischer Flüchtlings- und ImmigrantInnenräte" und die afrikanische Organisation "The Voice" zu den OrganisatorInnen des Umzuges. Zwei Ziele sollen erreicht werden: Zum einen erhoffen sich die InitiatorInnen bundesweit eine verbesserte Zusammenarbeit von MigrantInnen- und Flüchtlingsgruppen, zum anderen soll in Zusammenarbeit mit den örtlichen Flüchtlings-, MigrantInnen- und UnterstützerInnengruppen auf rassistische Strukturen und alltäglichen Rassismus in der bundesdeutschen Gesellschaft aufmerksam gemacht werden.

In Hamburg, der ersten Station der Karawane, wurde so eine Demonstration zu den auf der Elbe liegenden Flüchtlingsschiffen - sie dienen als Zentrale Aufnahmestelle (ZAST) - gemacht, es wurden Flüchtlinge in weiteren Unterkünften besucht, vor dem Hamburger Abschiebeknast Glasmoor, der vor den Toren der Stadt liegt, und der Ausländerbehörde wurden Kundgebungen abgehalten.

Die Absicht der AktivistInnen, mit den in Unterkünften lebenden Flüchtlingen in Kontakt zu kommen und Gespräche über ihre Lebensbedingungen zu führen, wurden durch Kontrollen des Wachpersonals an den Eingängen der Schiffe stark behindert. Sowohl jene, die auf die Schiffe wollten, als auch jene, die sie verlassen wollten, wurden kontrolliert. Auch wenn die Kontrollen nicht immer so kleinlich durchgeführt werden wie an diesem Tag, sie gehören auf den Schiffen zum Alltag.

Über die Situation im Abschiebeknast Tambach bei Jena berichtete Julius Bantu von "The Voice". Nach seinen Aussagen finden dort täglich mehrere polizeiliche Kontrollen statt. Der Abschiebeknast ist weit entfernt vom nächsten Ort in einem Wald gelegen und mit einem Stacheldrahtzaun umgeben. Der soll, nach Aussagen des thüringischen Innenministers, dem Schutz der Flüchtlinge dienen.

Nach Aussagen der OrganisatorInnen würden mehr Flüchtlinge an der Karawane und deren Aktivitäten teilnehmen, müßten sie nicht Repressionen fürchten und gäbe es die Residenzpflicht nicht. In keinem anderen europäischen Land wird die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen derartig eingeschränkt.

Nicht verwunderlich ist, daß die rot-grüne Flüchtlings- und Migrationspolitik in Hamburg von VertreterInnen der Karawane und deren Hamburger UnterstützerInnen verurteilt wurde. Besonders heftig kritisiert wurde das im Koalitionsvertrag von SPD und GAL festgeschriebene Verfahren der Altersfeststellung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen (MUF). Diese werden in Hamburg - Hamburg ist das Bundesland mit den meisten MUF - nur dann anerkannt, wenn sie sich einer "freiwilligen" Untersuchung unterzogen haben. Trotz aller medizinischer Kritik an den Verfahren wird den Jugendlichen diese Behandlung zugemutet.

Auch wenn sich die InitiatorInnen der Karawane in Hamburg über den Ablauf und den Zuspruch zufrieden zeigten und trotz des breiten Bündnisses zur Unterstützung der Aktion, bleibt das öffentliche Interesse gering.

Es ist zu hoffen, daß sich dies bis zum 19. September, dem Tag der Abschlußkundgebung in Köln, ändern wird.

ch.

Aktuelle Informationen zur Karawane sind auf der homepage des Internationalen Menschenrechtsvereins unter http://www.humanrights.de zu finden.

27. Camp gegen das Grenzregime im Osten

Autor: ch. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:08

Zu einem antirassistischen Aktionscamp hatte die Kampagne Kein Mensch ist illegal an die deutsch-polnische Grenze gerufen. Rund dreihundert AktivistInnen aus antira- und antifa-Szene kamen vom 24. Juli bis zum 1. August nach Rothenburg und veranstalteten ein buntes Programm, daß die Vorgänge an der Grenze auf unterschiedlichste Weise zur Sprache brachte. Der schwere Unfall eines Kleinlasters mit kosovo-albanischen Flüchtlingen (siehe unten) während der Woche zeigt, wie wichtig öffentlichkeitswirksame Aktionen zum Grenzregime an den Schengengrenzen sind.

Begonnen hatte das Camp, das in der Nähe der Grenzstadt Rothenburg stattfand, am 24. Juli mit einem Rave, organisiert von "Radical Rave" aus Berlin. Etwa 700 Leute tanzten bei 36 Stunden dancefloor. Erst am Montag begann dann die gut besuchte Aktionswoche. Als erstes verteilten die Camp-TeilnehmerInnen in den umliegenden Orten die eigens erstellte Camp-Zeitung. Die Bevölkerung in der Grenzregion sollte auf die aktionsreiche Woche vorbereitet werden. Später gab es verschiedene kleine Aktionen in Görlitz. Der Basketballer Henning Hanisch übte mit Jugendlichen des Görlitzer Basketballvereins den "jump across the border". Eine Gruppe junger Frauen kletterte auf Bäume nahe des Grenzüberganges nach Polen, um Transparente mit dem Logo der Kampagne zu spannen. Auch wurde eine kleine Demonstration in Görlitz abgehalten. Die Stimmung an ersten Tag war gut, da die meisten BewohnerInnen der Grenzregion, wo im Fünf-Minuten-Takt BGS-Patrouillen die Grenze patrouillieren, offen für die Abwechslung waren.

Groß war die Neugier seitens der Bevölkerung für das Treiben der CamperInnen allerdings selten. Zu einer Veranstaltung zum Thema Fluchthilfe, die am Dienstagabend in Görlitz stattfand, verirrten sich kaum GörlitzerInnen. Dieser Tag hatte unter dem Motto: "Für Fluchthilfen! Gegen Denunziantentum und Schlepperhetze!" gestanden. Nach einem Katz und Maus-Spiel mit dem BGS wurde eine Fährverbindung über die Neiße errichtet. Das Programm des Nachmittags wurde kurzfristig verschoben, als bekannt wurde, daß das Team von "Kein Mensch ist illegal" die zweite Etappe des Radrennens Sachsentour anführt. Entgegen den Prognosen der Fachleute und der erstaunten ZuschauerInnen konnte das Team die Etappe mit einem klaren Vorsprung von zehn Minuten gewinnen. Sie wurden natürlich mit großem Jubel und Transparenten empfangen. Die BGS-BeamtInnen bewachten derweil immer noch die Bäume vom Tag zuvor.

Erst am Mittwoch hatten die BeamtInnen wieder eine klare Orientierung gefunden, schließlich galt es, Görlitz vor einem Verkehrschaos zu bewahren. In rund zwanzig Taxen aus Hamburg, Berlin und Zittau waren TaxifahrerInnen in die Grenzstadt gereist, um mit weiteren 60 Pkws in einem Konvoi gegen die Kriminalisierung von TaxifahrerInnen an der Ostgrenze zu prostestieren. In mehreren gerichtlichen Verfahren wird KollegInnen (siehe ak 405, 410) die Hilfe zur "illegalen Einreise" vorgeworfen. Die demonstrierenden DroschkenkutscherInnen gaben BGS und Polizei eine Absage. Sie lassen sich nicht als Hilfssheriffs instrumentalisieren und werden somit nicht Teil der "menschenverachtenden Abschottungspolitik an der deutschen (Ost-) Grenze". Der Konvoi und die Kundgebungen in der Innenstadt, am Bahnhof und an der Grenze fand unter argwöhnischer Beobachtung von BGS und Polizei statt - die angemeldete Konvoiroute wurde nicht genehmigt. Die Reaktionen auf den außergewöhnlichen Konvoi waren geteilt. Überraschend war das Ausmaß der Sympathie- und Beifallsbekundungen von PassantInnen und AnwohnerInnen. Diese hatten mindestens das gleiche Ausmaß wie die - erwarteten - Beschimpfungen und Pöbeleien. Eine kleine Demonstration ihres Könnens präsentierte später die Brandenburger Polizei noch einigen Hamburger TaxifahrerInnen, die sich auf der Rückfahrt befanden. Scheinbar hatten die noch anklebenden Plakate der Demo - eines lautet z.B. "Brauche Schlepper" - den Spürsinn einiger BeamtInnen geweckt. Rund vierzig Kilometer vor Berlin wurden die Taxen einer Verkehrskontrolle unterzogen. "Heute kontrollieren wir halt mal nur Taxen!", wurde auf verwundertes Nachfragen geantwortet. Erst nach weiterem Nachbohren wurde den Kutschern eingestanden, daß überprüft werden sollte, ob sie mal wieder Menschen bei der "illegalen Einreise" helfen würden. Das erstaunte Grinsen schien die BeamtInnen so zu irritieren, daß sie sich für die Fahrtunterbrechung entschuldigten: "Bitte nehmen Sie uns das nicht Übel, es passiert doch soviel."

Schengen tötet

Das dies nicht falsch ist, aber durchaus andere Ursachen hat, zeigte sich schon am frühen Donnerstagmorgen. Über Radio wurde im Camp bekannt, daß in der Nähe des Ortes Freiberg im Erzgebirge ein Fahrzeug mit kosovo-albanischen Flüchtlingen schwer verunglückt sei. Sieben Flüchtlinge starben. Im Visier der Medien und des BGS stand der Fahrer des Fahrzeuges, der ein skrupelloser "Schlepper" sein soll. Die BesucherInnen des Camp machten sich noch am Morgen auf nach Freiberg, um sich selbst ein Bild vor Ort zu machen.

Dort wurde die BGS-Version des Unfalls schon verbreitet. Der Fahrer habe sich einer Kontrolle entziehen wollen. Er sei dann mit Tempo 100 und 27 Flüchtlingen an Bord gegen einen Baum gerast. Ein weiteres Beispiel für die skrupellosen "Schlepper", denen das Leben von Menschen gleich sei.

Die BGS-Geschichte wies allerdings erhebliche Lücken auf. So sollte die "Auffanglinie" für die Kontrolle zehn Kilometer hinter der Grenze liegen. Der BGS habe den Wagen mit einem Abstand von hundert Metern verfolgt, ihn dann überholt und eine beleuchtete Kontrollstelle eingerichtet. Allerdings ereignete sich der Unfall aber 16 Kilometer hinter der sog. Auffanglinie. Auch lassen Beobachtungen am Unfallort und einige Aussagen von Flüchtlingen die Vermutung zu, daß der BGS tiefer in den Unfall verstrickt ist als er zugibt. Die Aussagen eines Flüchtlings deuten daraufhin, daß der BGS-Wagen dem Kleinlaster einige Kilometer mit Blaulicht "folgte". Die Spekulation über den Unfallhergang wird/wurde durch die Geheimhaltungspolitik von BGS, Polizei und PolitikerInnen verstärkt. FreundInnen und Angehörigen wurde der Besuch der Überlebenden verboten - der BGS hatte ein Besuchsverbot ausgesprochen. Selbst AnwältInnen wurde der Zugang zu ihren MandantInnen erschwert und somit eine Asylantragstellung erheblich behindert.

Schon am Tag nach dem Unfall begann der BGS mit der Abschiebung der Leichtverletzten. Nach den Bestimmungen des sog. Rückführungsabkommens müssen die tschechischen BeamtInnen innerhalb von 72 Stunden einen Flüchtling ohne weitere Formalitäten aufnehmen. Nach dieser Frist müssen die deutschen BeamtInnen Nachweise bringen, daß die Flüchtlinge tatsächlich über Tschechien eingereist sind. Ziel des BGS ist es die Flüchtlinge so schnell wie möglich abzuschieben - der Gesundheitszustand spielt nur eine nebengeordnete Rolle. In mindestens einem Fall weigerten sich die tschechischen BeamtInnen einen Flüchtling anzunehmen, da er noch nicht "transportfähig" sei.

Mittlerweile - mehr als zwei Wochen nach dem Unfall - sitzen die aus den Krankenhäusern entlassenen Flüchtlinge in Abschiebehaft. Einige sitzen in Berlin-Moabit, andere in Leipzig. Die Asylverfahren konnten für einige aufgenommen werden, da für sie ein rechtlicher Beistand organisiert werden konnte. Aber für Opfer der Schengener Grenzpolitik gibt es keine Gnade - bevor eine Beteiligung des BGS an dem Unfall ausgeschlossen werden kann, sollen sie abgeschoben sein. Die Forderung der UnterstützerInnen, zu denen neben der Kampagne und der Berliner Forschungsgesellschaft Flucht und Migration mittlerweile auch Pro Asyl gehört, heißt Bleiberecht für die Überlebenden. Für bürgerliche Medien und PolitikerInnen steht allerdings fest, schuld ist nicht die Abschottungspolitik, sondern sind Fluchthelfer.

"Neißeblick = Scheißeblick"

Im Laufe der Woche kam die Frage auf, wohin mit dem Müll, der von den CamperInnen produziert wurde. Auch Müll kann noch einen Gebrauchswert haben, so die Erkenntnis einiger Teilnehmenden. In der Nähe des Camps gab es gleich zwei Verwendungsorte: das Hotel Neißeblick in Ostritz - nach dem Verbot des Neo-Nazi-Treffpunktes in Hetendorf deren neuer Versammlungsort - und ein Hotel der Nobelkette Sorat in Görlitz - die Kette beliefert auch Flüchtlingsunterkünfte. Mit den Worten "Hier stinkt's" wurden einige Müllsäcke vor den Eingängen der Hotels geleert. Wenig später wurde in Görlitz ein grenznah gelegenes Haus besetzt. Der BGS möchte das Haus in einen Abschiebeknast umwandeln. Es wurde schnell mit einem neuen Anstrich und dem Slogan "Kein Mensch ist illegal" versehen.

Den Abschluß des Camps bildete die Regatta "Spiel ohne Grenzen". Ein weiteres Mal konnten der BGS und die Polizei an der Nase herumgeführt werden. Während die GesetzeshüterInnen in Görlitz auf das Spektakel der AktivistInnen warteten, wurde die Regatta kurzerhand auf der Neiße in Höhe von Bad Muskau - ungefähr 50 Kilometer von Görlitz entfernt - veranstaltet. Punkt ein Uhr mittags wurden die Boote zu Wasser gelassen und viele SchwimmerInnen gingen ins Wasser. Die Szenerie wurde von PassantInnen der Grenzbrücke über die Neiße mit Amüsement beobachtet. Das Wasserballett unter dem Motto "Schengen sprengen" wurde schließlich mit Beifall bedacht. Erst gegen Ende der Aktion traf der BGS ein. In letzter Minute sollten noch

einige SchwimmerInnen und PaddlerInnen wegen "illegalen Grenzübertritts" festgenommen werden. Dies konnte aber nach einigen Diskussionen abgewendet werden.

Die VertreterInnen der Kampage "Kein Mensch ist illegal" bewerteten die Woche als einen vollen Erfolg. Mit phantasievollen Aktionen sei deutlich gemacht worden, daß Widerstand gegen das Grenzregime nötig und machbar sei. Erleichtert waren alle, daß es nicht zu den befürchteten Angriffen von Nazis auf das Camp kam.

ch.

28. Knast für Kinderferienlager. Neuauflage: "Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges" von Rolf Gössner

Neuauflage: "Die vergessenen Justizopfer des Kalten Kriegs" von Rolf Gössner

Autor: H.S. · Rubrik: Geschichte der BRD; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:18

Als vor vier Jahren die Erstauflage dieses Buches des Bremer Rechtsanwalts und Publizisten Rolf Gössner erschien, wurde es von Astrid Hölscher in der Frankfurter Rundschau als eine "bewußte Mahnung zur Unzeit an die Fehlleistungen des Rechtsstaats" bezeichnet, "während sich sonst seit der deutschen Wiedervereinigung alles Augenmerk auf den Unrechtsstaat DDR richtet".

Seit 1994 hat sich politisch manches ereignet. Die vorliegende Taschenbuch-Neuauflage des Aufbau-Verlags ist vom Autor entsprechend aktualisiert und erheblich erweitert worden, wobei er vor allem die fortschreitende gerichtliche "Aufarbeitung" der DDR-Geschichte kritisch unter die Lupe nimmt.

Nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik bildete sich in Ost wie in West rasch ein gesellschaftlicher Konsens heraus, die "Geschichte der DDR" umfassend aufzuarbeiten, die ungeheuerlichen Stasi-Machenschaften aufzudecken und die Opfer der Stasi und der DDR-Justiz zu rehabilitieren und zu entschädigen. "Vom Ansatz her ein respektables und wichtiges Anliegen", betont Rolf Gössner, "auch wenn es - von heute aus betrachtet - streckenweise zu einer interessengeleiteten, staatsdominierten Abrechnung mit der realsozialistischen DDR und ihren Funktionsträgern geraten ist - mit dem Ziel der Delegitimierung des DDR-Gesellschaftssystems".

Hiervon handelt das Buch in seinem zweiten Teil, der mit der Ausgangsfrage "Abrechnung mit dem Osten?" überschrieben ist. Diese Frage versucht der Autor mit einer differenzierten Analyse der bisherigen - staats- und justizdominierten - "Aufarbeitung" der DDR-Geschichte zu beantworten. Er plädiert demgegenüber für eine staatsferne, unabhängige Aufarbeitung der Geschichte als "notwendige Voraussetzung für eine wirklich demokratische Entwicklung in Deutschland". Die bisherige Art der "Vergangenheitsbewältigung" bezeichnet Gössner jedenfalls als ein äußerst einseitiges Unternehmen, dem er entgegenhält: "Die Aufarbeitung der Geschichte in einem ehedem geteilten Land ist unteilbar."

Die Konzentration auf die DDR-Stasi-Geschichte führte praktisch zur Verdrängung der Geschichte Westdeutschlands. In dieser Geschichte gibt es nach Auffassung des Autors, der selbst seit über einem Vierteljahrhundert vom Verfassungsschutz beobachtet wird, "überaus dunkle Kapitel, die dieses Land von Anfang an bis in die heutige Zeit nachhaltig geprägt haben". Und hiervon handelt der umfangreiche erste Teil seines Buches, in dem er insbesondere die ersten beiden Jahrzehnte Westdeutschlands beleuchtet, jene Jahrzehnte einer systematischen Kommunistenverfolgung, deren gesamtes Ausmaß "heute geradezu unglaublich erscheint":

"In der Alt-Bundesrepublik der 50er und 60er Jahre haben die Strafverfolgungsbehörden gegen etwa 250.000 Kommunisten, ‚Sympathisanten` und unabhängige Linke ermittelt, mit zum Teil gravierenden rechtlichen und sozialen Folgen für die Betroffenen und ihre Familien. Langfristige Observationen, Abhöraktionen und Untersuchungshaft drangsalierten diese Menschen. Rund zehntausend von ihnen wurden zu mehrmonatigen oder gar mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, sie wurden unter Polizeiaufsicht gestellt, mit Berufsverboten belegt und ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt - nur weil sie sich kommunistisch oder linksoppositionell betätigt hatten, ohne jemals Gewalt ausgeübt oder angedroht zu haben. Eine Rehabilitierung und Entschädigung wird ihnen bis heute verweigert."

Dieses dunkle Kapitel, das entscheidend vom Kalten Krieg und von ehemaligen Nazis als Staatsanwälten und Richter der neuen Staatsschutz-Justiz geprägt wurde, wird anhand vieler authentischer Fälle und unglaublicher Zitate aus Gerichtsakten veranschaulicht. Nur ein Beispiel: Die heute über achtzigjährige Gertrud Schröter aus Celle ist Anfang der 60er Jahre mit anderen Frauen nur deshalb für ein ganzes Jahr ins Gefängnis gewandert, weil sie Ferienreisen in die DDR für Kinder aus sozial schwachen Familien organisiert hatte. Fünf Jahre

Polizeiaufsicht sowie die Aberkennung der staatsbürgerlichen Rechte folgten. Die Ferienvermittlung sei, so das Landgericht Lüneburg, "staatsgefährdende nachrichtendienstliche Tätigkeit" und politische "Wühlarbeit" in einer "kommunistischen Tarnorganisation".

Es sei ein Verdienst, daß diese Publikation von Rolf Gössner "übel Vertrautes aus dem westlichen und östlichen Justizalltag mit dem gegenwärtigen Großreinemachen im deutschen Osten in Zusammenhang" bringe und daß es gerade jetzt geschehe, schrieb der Hamburger Rechtsanwalt Heinrich Senfft in der Zeit. "Die ... geschilderten Einzelfälle westdeutscher Urteile gegen wirkliche oder vermeintliche Kommunisten ... sind so hanebüchen, daß man bis zum Fall der Mauer hätte glauben mögen, es handele sich um bösartige Erfindungen östlicher Propagandisten."

Der Richter Christoph Strecker am Amtsgericht Stuttgart spürt "bei den beklemmenden Schilderungen menschlicher Schicksale und juristischer Borniertheit" gelegentlich "fast körperlich ..., welche Kraft es den Autor gekostet haben muß, in seinen Formulierungen nicht den Zorn über die Analyse die Oberhand gewinnen zu lassen". Er empfiehlt Gössners Buch seinen jungen KollegInnen in der Zeitschrift Betrifft Justiz als einen "hervorragenden Einstieg in die Beschäftigung mit der Geschichte unserer Justiz, eine Ermahnung zu Demut und Selbstkritik, ein Ansporn". Und auch die "Kritischen PolizistInnen" melden sich in ihrer Zeitschrift unbequem zu Wort: "Das Lesen dieses empfehlenswerten Buches bestärkt nicht gerade den Glauben an den demokratischen Rechtsstaat." Für viele Polizeibeamte, die ihren Dienst unhinterfragt verrichten, sicherlich eine böse Überraschung.

H.S.

Rolf Gössner: Die vergessenen Justizopfer des Kalten Kriegs. Verdrängung im Westen - Abrechnung mit dem Osten?, Aufbau-Taschenbuch-Verlag Berlin 1998, 335 S., DM 17.90

29. Das Wanderkirchenasyl lebt!

NRW: Das Wanderkirchenasyl lebt!

Autor: M.P. Iglesias - · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kirche und Religionen; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:11

"Die Kampagne ist wie eine Autobahn, da kann man nicht umdrehen. Und die einzige Ausfahrt heißt Bleiberecht," erklärte der zwölfjährige Ozkan zum Thema Fortsetzung des Wanderkirchenasyls. Ozkan Aksoy ist seit acht Monaten illegal, seit sieben Monaten lebt er im Wanderkirchenasyl. Seitdem packt er mit seinem älteren Bruder Hasan und seinen Eltern alle zwei bis drei Wochen seine Sachen zusammen und zieht von einer Kölner Kirchengemeinde in eine andere um.

Das sogenannte Verhandlungsangebot der evangelischen Kirche im Rheinland, die mit dem NRW-Innenministerium über eine Einzelfallregelung verhandeln wollte, löste bei den kurdischen Flüchtlingen Angst aus (siehe ak 416): Angst, die Unterstützung der Kirchengemeinden könnte wegbrechen, Angst, der Vorwurf der evangelischen Landeskirche, die Kampagne "kein mensch ist illegal" würde die Flüchtlinge instrumentalisieren und hätte kein Interesse an einer Lösung für die Beteiligten, könnte wahr sein. Das Bündnis der 3K's (Kirche, Kampagne, KurdInnen) stürzte sich während des Sommerlochs in seine erste ernste Krise. Die Suche nach neuen Kirchengemeinden, die eine Gruppe von zehn, zwanzig oder dreißig Flüchtlingen für einige Wochen aufnehmen können, gestaltete sich schwieriger als zuvor. In der Enge des Kirchenasyls, die keinen normalen Alltag und keine Privatheit zuläßt, entbrannte der Streit zwischen den Flüchtlingen. Bei einem Kampagnen-Frauentreffen berichtete eine Kurdin, sie kämpfe seit sechs Monaten darum, daß die Männer abends den Schlafraum verlassen, damit die Frauen sich wenigstens ungestört ausziehen können. Streit gab es auch zwischen der Kampagne und einigen Kirchenvertretern über eine Verhandlungsstrategie mit dem Innenministerium. Erschöpfung machte sich bei allen an der Aktion Beteiligten breit. So sehr, daß fast versäumt wurde einen Zwischenerfolg zu feiern: Am 21. Juli dauerte das Wanderkirchenasyl und die Protestaktion gegen die Abschiebung in die Türkei ein halbes Jahr an. Ein halbes Jahr indem Kirchen, Kampagne und KurdInnen es gemeinsam geschafft haben, die Auslieferung von mittlerweile über zweihundert Flüchtlingen an ihre Verfolger zu verhindern. Unser Einsatz gilt nicht nur der allgemeinen und grundsätzlichen Forderung nach einem Abschiebestopp für kurdische Flüchtlinge, sondern jedem einzelnen Menschen im Wanderkirchenasyl. Überschattet wurde das Jubiläum durch die Festnahme von Salman Dönekli, der sich seit Anfang Februar an der Protestaktion beteiligte, weil sein Asylantrag abgelehnt wurde. Dönekli war 1991 nach Deutschland geflohen, nachdem er von der türkischen Polizei 27 Tage lang gefoltert worden war. Nach seiner Flucht verhafteten Sicherheitskräfte seinen Vater und mißhandelten ihn so schwer, daß er kurz darauf an den Folgen der Folter starb. Hundert kurdische Flüchtlinge und Unterstützerinnen von "kein mensch ist illegal" besetzten sieben Tage nach der Festnahme die Landesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen. Sie forderten die Freilassung von Salman Dönekli aus dem Bürener Abschiebeknast und erinnerten die Grünen an die zugesagte Unterstützung des Wanderkirchenasyls. Die Kirchengemeinden veranstalteten in Leverkusen, nahe der zuständigen Ausländerbehörde, einen politischen Gottesdienst: "Gebet gegen die Abschiebung von Salman Dönekli". Am 19.8. protestierte das Bündnis vor der SPD-Landeszentrale. Erreicht wurde bisher ein Minimalziel: Salman Donekli wurde nicht wie üblich sofort in die Türkei abgeschoben, sondern die Ausländerbehörde Leverkusen wartet den Ausgang des Eilverfahrens ab.

Das Bündnis festigt sich

Ende Juli erteilten die zufluchtgewährenden Gemeinden dem Schmusekurs der Landeskirche - genannt Einzelfallösung - die endgültige Absage. "Wir halten daran fest, daß die einzig richtige und menschenrechtlich gebotene Maßnahme die Anordnung eines bundesweiten Abschiebestopps für kurdische Flüchtlinge und ihre Anerkennung als Bürgerkriegsflüchtlinge ist. Aus unserer Sicht bleibt es das zentrale Ziel, ein Bleiberecht für alle kurdischen Flüchtlinge aus der Türkei zu erreichen (...) Solange eine generelle Entscheidung auf Bundes- oder Landesebene zum Schutz aller kurdischen Flüchtlinge aber nicht getroffen ist, gilt es, zumindest jetzt ein dauerhaftes Bleiberecht für alle kurdischen Flüchtlinge im Wanderkirchenasyl zu erreichen." Die zufluchtgewährenden Gemeinden, immerhin über vierzig an der Zahl, ergreifen somit die Initiative, um eigenständig Verhandlungen mit dem Innenministerium zu führen. Die Linie des NRW-Innenministeriums, nur mit der Landeskirchenspitze über Einzelfälle zu verhandeln, soll so aufgebrochen werden. Die internen

Diskussionen, die Aktionen und nicht zuletzt auch das Sommerfest von KurdInnen, Kirche und Kampagne haben das Bündnis für den weiteren Kampf um ein Bleiberecht gestärkt.

Am 17. September wird die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen in Köln von den Wanderkirchenasyl-AktivistInnen empfangen werden. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, vor allem für die bundesweite Demonstration am 19. September bei der diese beiden Protestbewegungen zusammenschmelzen werden.

Mercedes Pascual Iglesias

Kölner Netzwerk

"kein mensch ist illegal"

30. Geheimdienste und windige (Kron)zeugen. Grundrechte-Komitee kritisiert absurde Konstruktionen im Prozeß gegen Monika Haas

Rubrik: Haftbedingungen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:32

Im Auftrag des Komitees für Grundrechte und Demokratie beobachtet und protokolliert Frau Helga Dieter den Prozeß gegen Monika Haas vor dem 5. (Staatsschutz-)Senat in Frankfurt am Main. Was sich dort im dritten Jahr im prozessual vorgeschriebenen 10-Tage-Takt hinschleppt, ohne daß der Anfangsverdacht substantiiert würde, kann nur noch als politische Justiz bezeichnet werden.

Staatsanwalt Homann von der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, der die Anklage wegen Mittäterschaft bei der Entführung der Lufthansamaschine "Landshut" im Oktober 1977 vertritt - und somit eine Anklage u.a. wegen versuchten Mordes -, tut alles, um der Wahrheitsfindung Felsbrocken in den Weg zu legen. Er beanstandet gebetsmühlenartig die Fragen der Verteidigung, wenn es darum geht, die vielen Widersprüche aufzuklären: Die Frage sei unzulässig, wertend, schon beantwortet usw. Seine Kollegin Fischer schweigt sich aus, ist aber in ihrem Verhalten inzwischen deutlich auf Distanz zu ihm gegangen.

Der Gerichtsvorsitzende, der Berichterstatter und zwei Beisitzer lassen keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie einzig am Beweis der Schuld interessiert sind (das fünfte Senatsmitglied schweigt sich aus). Nahezu jede Klärung von Ungereimtheiten in den Aussagen und Akten, die der Entlastung dienen könnten, wird unterbunden. Beweisanträge der Verteidigung werden erst monatelang liegengelassen und dann serienweise abgelehnt. Der Prozeß wird verschleppt durch z.T. zwölf-minütige Verhandlungen. Es werden Akten verlesen (Urteile aus diversen RAF-Prozessen) oder Zeugen vernommen (Kopilot, Stewardeß der "Landshut", Beamte der GSG 9 vom BGS), deren Beiträge nur sehr vermittelt im Zusammenhang mit der Anklage stehen.

Zwar ist eine erneute Inhaftierung von Monika Haas unwahrscheinlich, doch eine Verurteilung, die nach dem bisherigen Prozeßverlauf trotz der dürren Beweislage zu befürchten ist, würde Monika Haas ruinieren, da das Landesarbeitsgericht im Kündigungsverfahren - das gegen Monika Haas von ihrem Arbeitgeber, dem Land Hessen, in Gang gesetzt wurde - seine Entscheidung ausgesetzt und an das Urteil im Strafprozeß gekoppelt hat. Die Prozeßkosten, die bei fast einer Million DM liegen werden, würden ihre Zukunft und die ihrer Kinder zerstören.

Die Anklage konstruiert durch den angeblichen Waffentransport zur Entführung der Landshut-Maschine eine Beteiligung von Monika Haas an den von der RAF im Oktober 1977 begangenen Morden an Hanns-Martin Schleyer und seinem Begleitpersonal. Nach Aussage von Monika Haas und gemäß der damit übereinstimmenden Erklärung von sechs RAF-Gefangenen (Erklärung s. FR 24.11.95) gehörte sie nie zu dieser Gruppe und war an keiner ihrer Aktionen beteiligt. Zwar hat der Gerichtsvorsitzende nach fast zwei Prozeßjahren ganz nebenbei mitgeteilt, daß die Anklage von der "Mittäterschaft" auf "Beihilfe" reduziert wurde (27.11.97), doch der politische Schauprozeß wird verbissen weitergeführt. Die kalte Rache, die den 5. Strafsenat und seinen Versammlungsraum in Frankfurt heute erfüllt, nützt allein den im Zuge der Terrorismusverfolgung unmäßig aufgeschwemmten Ämtern.

Die Stasi-Akte "OV-Wolf"

Der "OV-Wolf" der Stasi hatte einzig den Zweck, Monika Haas als "imperialistische Agentin" (BND, Mossad, BKA usw.) zu enttarnen. Da das nicht gelang, kam der Vorgang ins Archiv und tauchte nach der Wende wieder auf. In einem Interview bewunderte der Gerichtsvorsitzende noch nach Prozeßbeginn die "preußische Akribie" der Aktenführung des MfS (Süddeutsche Zeitung, 17.5.1996), um aber schon bald enttäuscht festzustellen, nachdem er sie endlich eingesehen hatte: "Einer preußischen Aktenführung entspricht das alles nicht" (13.6.1996).

Anschreiben mit Absender, Adressat und Datum wurden vernichtet; es wurde vor- und rückdatiert; Unterschriften fehlen; die Herkunft von Informationen ist nicht rekonstruierbar usw. Zuträger waren vor allem Ahmed Ali, ein südjemenitischer Geheimdienstler und Werner Hoppe, ein Ex-RAF-Mitglied, der sich nach der Haftentlassung dann in der DDR mit dem MfS-Aktenführer Orzschig "anfreundete". Wie die brisante Passage,

daß Monika Haas an der Landshut-Entführung beteiligt gewesen sei, letztendlich in die Akte kam, blieb im Prozeß ungeklärt. Es gibt darüber selbst in der Akte sich widersprechende Varianten.

Beim ersten verabredeten Treffen von Stasi-Orzschig und IM-Hoppe erzählte dieser viel über Monika Haas, die er von früher kannte, aber - und das ist im Prozeß unbestritten - seit Jahren nicht gesehen hatte. Von einem Waffentransport ist in Orzschigs Notizen zu diesem Gespräch nichts vermerkt. (8.12.1980). In dem Bericht, den er daraus neun Tage später fertigte (17.12. 1980), steht dann plötzlich, daß Monika Haas die Waffen nach Mallorca gebracht haben soll. Hoppe kann oder will sich wegen seines desolaten Zustandes als Zeuge an nichts erinnern (18.7.1996), doch daß die vorgehaltenen Äußerungen über den Waffentransport und ein "betrunkenes Kommando" von ihm stammen könnten, bezweifelt er stark.

Die Anwälte versuchten herauszufinden, ob Orzschig vielleicht alte Presseartikel (z.B. BILD 1977) oder Gerüchte (z.B. von Ahmed Ali) in den Bericht eingearbeitet habe. Zwar räumte dieser ein, die Akten manchmal mit anderen Informationen "zusammengefaßt", "ergänzt" oder "gebessert" zu haben, doch die Frage, ob das hier auch der Fall sein könnte, fand er eine "Frechheit" (20.6.1996).

Daß Monika Haas die Waffen transportiert hätte, haben die Stasi-Oberen selbst nicht geglaubt. Zeuge Voigt: "Wir waren ein reiner Geheimdienst. Da werden andere Anforderungen gestellt als bei der Justiz. Wir waren von den Informationen der Quellen abhängig, auch von Vermutungen und Spekulationen, natürlich auch, wie es in die politische Linie paßte. Daß man als Geheimdienst tendenziös arbeitet, das ist doch weltbekannt. Wir sind nicht davon ausgegangen, daß Frau Haas Waffen transportiert hat. Kein Geheimdienst geht so weit, daß er seine Agenten feindliche Waffen transportieren läßt. Ich habe das aus geheimdienstlicher Sicht gesehen." (4.7.1996)

Der MfS-Abteilungsleiter Dr. Jäckel will schon damals geurteilt haben, daß diese "abenteuerliche Zusammenstellung" ... absolut nicht dem Standard der MfS-Arbeit entspricht". Deshalb sei die Akte auch ins Archiv gewandert (1.10.1996). Nur durch die Prozeßdynamik kam es zu so vernichtenden Urteilen der MfS-Schnüffler über ihre eigene Drecksarbeit. Bundesanwaltschaft und Gericht versuchten mit allen Mitteln, "ihre" Zeugen als glaubwürdige Ehrenmänner aufzubauen.

Die Zeugin Andrawes

Die Stasi-Collage des "OV-Wolf" ist bis heute die Grundlage der Aussagen der anderen Belastungszeugen.

Souhaila Andrawes wurde auf deutschen Druck hin am 13.10.1994 in Oslo verhaftet und eine Woche lang verhört. Sie erzählte viel über die PFLP und nannte Namen, Daten und politische Strategien aus dieser Zeit. Monika Haas erwähnte sie nicht. Unter dem Druck, nach Deutschland ausgeliefert zu werden und eine lebenslange Freiheitsstrafe zu erwarten, vernahm sie Staatsanwalt Homann zusammen mit zwei BKA-Beamten. Am ersten Tag schloß sie aus, Monika Haas in Mallorca getroffen zu haben. Sie habe diese nur einmal flüchtig in Aden als Ehefrau gesehen. Je länger ihr Vorhalte aus der Stasi-Akte gemacht wurden, um so mehr dämmerten ihr angeblich vage Erinnerungen. Im Vernehmungsprotokoll liest sich das dann so: "Der Beschuldigten wird nun zur möglichen Gedächtnisstütze mitgeteilt, daß Monika Haas mit einem drei Monate alten Baby nach Mallorca gereist sei" usw. So präpariert man Kronzeugen.

Eine Woche nachdem die deutschen Vernehmer abgereist waren, sagte Frau Andrawes vor der norwegischen Polizei aus, sie sei am 7.10.1977 nachmittags im Hotel angekommen. In derselben Nacht sei Monika Haas mit in Bonbondosen und einem Radio im Kinderwagen versteckten Waffen in ihr Hotelzimmer gekommen. Dort verweilten noch die beiden Männer des Kommandos.

Zuvor hatte sie von einem großen Raum gesprochen, wo sie mit einem Baby gespielt habe. Solche Widersprüche zu klären versucht das Gericht systematisch zu verhindern, wie an einem Beispiel bei zwei Zeugenaussagen gezeigt werden soll.

Zeugenaussage Frau Posiege, BKA-Beamtin, am 30.1.1997.

Anw. Bendler: Sie spricht von einem großen Raum mit anderen Menschen, wo sie mit dem Kind gespielt habe. Die Theorie ist ja, daß sich drei Leute des Kommandos mit Frau Haas in einem Hotelzimmer getroffen haben sollen. Das paßt doch nicht zu der Aussage von Frau Andrawes.

Ri. Klein: Wir drehen uns im Kreise, wo ist ihre Frage? Das ist unser aller Zeit, die Sie uns hier stehlen, Herr Rechtsanwalt.

M. Haas: Hier geht es um meine Zeit, um mein Leben.

Anw. Bendler: Es ist meine Aufgabe, solche Widersprüche zu klären, deshalb frage ich bei dieser eklatanten Unklarheit nach.

Vors. Schief.: Sie haben doch gehört, daß sich die Zeugin nicht erinnern kann.

Zeugenaussage Herr Hauer, BKA-Beamter, am 20.2.1997

Ri. Zeiher: Vorhalt ... Frage: Ein Baby?

Zeuge: Das war eine Frage von Homann. Sie habe ein Baby in der Hand gehabt und geschaukelt. Sie erinnerte einen großen Raum mit anderen Leuten, wo sie das Baby hatte, eine Hotelhalle ...

Anw. Bendler: Wie kommen Sie darauf, eine Hotelhalle zu erwähnen?

Vors. Schief.: Ich will nicht, daß dem Zeugen falsche Fragen gestellt werden.

Anw. Bendler: Aber davon hat er doch gesprochen, wie kommen Sie auf eine Hotelhalle?

Zeuge: Das lag nahe.

Anw. Bendler: Als Sie von Andrawes mit dem Baby auf dem Arm sprachen, meinen Sie, es sei in einem hallenartigen Umfeld erwähnt worden.

Ri. Klein: Die Vorstellung hat er doch erst heute hier gekriegt, weil Sie ihm das mit den. vielen Menschen vorgehalten haben

Auch den Ermittlungen des BKA unmittelbar nach der Tat in Mallorca widerspricht Andrawes Darstellung. Denn danach hat sie nicht nachmittags, sondern spät in der Nacht das Hotelzimmer im Hotel Saratoga bezogen. Der Nachtportier, der damals vernommen wurde, konnte sich zwar an Frau Andrawes und ihren Begleiter erinnern, erwähnte aber keine anderen nächtlichen Besucher.

Wie Rechtsanwalt Euler im Auftrag der Verteidigung im März 1997 recherchiert hat, ist das Hotel heute wie damals klein und überschaubar, der Eingangsbereich von der Rezeption aus einsehbar. Daß sich dort bei nachts verschlossener Tür eine fremde Frau mit Kinderwagen einschleicht, hielten die Hotelbediensteten für ausgeschlossen. Der Nachtportier ist inzwischen gestorben. Dessen damalige Aussagen beim BKA widersprechen völlig der Version von Andrawes.

Bekanntlich hat Souhaila Andrawes ihre Aussage in Oslo zu Beginn des Haas-Prozesses in einem Brief widerrufen, wenn auch mit dem Zusatz, sie habe nicht gelogen. Das wird von der Bundesanwaltschaft als Widerruf des Widerrufs interpretiert. Als Zeugin in Frankfurt hat Frau Andrawes ihr Aussageverweigerungsrecht in Anspruch genommen. In ihrem Prozeß in Hamburg hat sie ihre Beschuldigungen nicht wiederholt. Deshalb konnte die Kronzeugenregelung auch nur mit einem juristischen Winkelzug angewandt werden. Die Stasi-Akte scheint wieder gute Dienste geleistet zu haben.

Zeugenaussage Gerichtsvorsitzender im Andrawes-Prozeß Mentz am 13.2.1997

Vors. Schief.: Wie wurde die Kronzeugenregelung eingeführt?

Zeuge: Die Aktenteile, die wir von der Bundesanwaltschaft angefordert haben, wurden als Freibeweis eingeführt.

Vors. Schief.: Sie nehmen Bezug auf den "OV-Wolf"

Zeuge: Ich weiß nicht mehr genau, wie wir's eingeführt haben.

Die Glaubwürdigkeit von Frau Andrawes wurde auch von Staatsanwalt Rath (12.6.1997) erschüttert. Dieser hat sie zur "Lockerbie-Affäre" gehört, über die ihr Mann Enthüllungen in Norwegen angekündigt hatte, wenn sie nach Deutschland ausgeliefert würde. Dabei stellte sich heraus, daß sich das Ehepaar zwar einerseits als

Verfolgte der Abu-Nidal-Gruppe darstellte und deshalb in Norwegen politisches Asyl erhielt, aber vermutlich anschließend von dieser Gruppe noch sechs Millionen Dollar kassierte.

Zwei Richter des Hamburger Senats bestätigten nach der Verurteilung von Frau Andrawes in Frankfurt (13.2.1997), daß diese die Urteilsverkündung unterbrochen und in norwegisch und arabisch gerufen habe: "Es stimmt nicht, was der Vorsitzende sagt, Monika Haas hat die Waffen nicht nach Mallorca gebracht". Der Hamburger Gerichtsvorsitzende bestätigt den Zwischenruf, der aber für ihn keine Rolle spiele: "Da höre ich nicht hin, wenn gesagt wird, daß der Vorsitzende nicht die Wahrheit sagt". Und auch was er sonst nicht hören will, höre er nicht. Das Andrawes-Urteil basiert auf der Kronzeugenregelung und muß deshalb davon ausgehen, sie habe Monika Haas belastet, was sie aber in der Hamburger Verhandlung nicht getan hat. Deshalb mußte Monika Haas in Hamburg qua "Freibeweis" schon vorab als schuldig gelten, obwohl ihr Prozeß in Frankfurt noch lief. Dieses Konstrukt wäre zusammengebrochen, wenn das Gericht den Zwischenruf beachtet hätte, den beide Richter gehört haben, wie sie als Frankfurter Zeugen bestätigten. Für den Frankfurter Gerichtsvorsitzenden ist dieser Ausruf "unerheblich". Deshalb lädt er die Übersetzerin auch nicht als Zeugin ein, wie die Verteidigung beantragte.

Die BKA-Beamtin Posiege, die in Oslo Andrawes persönlich zu der Waffenübergabe vernommen hat, resümierte am 30.1.1997 ihren Eindruck über Andrawes Glaubwürdigkeit so: "... mein persönlicher Eindruck war, daß sie Frau Haas nicht auf Mallorca gesehen hat. Sie hat dann auch noch mal gesagt, sie sei sich immer noch nicht sicher, Monika Haas gesehen zu haben."

Sie deutet an, damals verwundert gewesen zu sein, daß Staatsanwalt Homann in Oslo bei der Andrawes-Vernehmung offenbar nicht an der Klärung von Widersprüchen interessiert war.

Der Zeuge "Slim sala Bim"

Zwei Tage nach dem Ende des Andrawes-Prozesses, der im Hinblick auf eine Substantiierung der Belastungen gegen Monika Haas nichts erbracht hatte, zauberte Staatsanwalt Homann einen neuen Belastungszeugen aus dem Hut: Said Ali Slim, der im Libanon wegen Zusammenarbeit mit dem israelischen Geheimdienst Mossad im Gefängnis sitzt. Er sei der Mann, der Monika Haas 1977 bei dem Waffentransport begleitet habe. Er sei geständig. Daraufhin reisten im März 1997 zwei BKA-Beamte in den Libanon, wo das Strafmaß des neuen Zeugen auf "unerklärliche" Weise inzwischen von zehn auf vier Jahre reduziert worden war.

Die Parallelen der Vernehmung zu der von Souhaila Andrawes sind deutlich. Am ersten Tag konnte Herr Slim sich nicht erinnern, vor allem nicht an "Amal" (Monika Haas) oder Mallorca. Nach den entsprechenden Vorhalten, die in einem Fragekatalog bis hin zu den Bonbondosen wieder alles vorgaben, dämmerte ihm was. Und am dritten Tag "wußte" er dann doch, daß eine deutsche Frau mit einem Baby auf dem Arm und Waffen in der Tasche - von denen er keine Ahnung hatte und erst später erfuhr - nach Mallorca geflogen sei. Daß Said Slim auch am dritten Tag, an dem er nach Aussage der beiden Vernehmer vom BKA so geläutert war, daß er nur noch die reine Wahrheit sagte, nicht glaubwürdig war, arbeitete zum großen Erstaunen des Publikums Staatsanwalt Homann heraus.

Bei der Vernehmung passierten mehrere Pannen. Unter anderem wurde Herrn Slim der im Fragekatalog "ordentlich vorgegebene" Kinderwagen nicht vorgehalten. So stellte Slim einen völlig anderen Ablauf dar als Andrawes.

Zeugenaussage Wolf, BKA-Beamter, am 3.7.1997.

Anw. Metz: Es gibt Fragen im Fragekatalog, die nicht gestellt wurden. Z.B. nach dem Kinderwagen.

Zeuge: Er hat gesagt, das Kind wurde auf dem Arm getragen.

Anw. Metz: War gar kein Kinderwagen dabei?

Zeuge: Das war implizit, daß kein Kinderwagen dabei war.

Anw. Bendler: Und wie sollen die Waffen transportiert worden sein?

Zeuge: Im Handgepäck.

Der andere "Kriminalist" vom BKA, der das "typische Täterverhalten" am Grad des Zitterns mißt, hatte zwar seinen neuen Kollegen Hauptmann Halabi von der libanesischen Militärpolizei über das deutsche Rechtssystem belehrt, aber nicht den Vernommenen. Da dieser als Beschuldigter der Bundesanwaltschaft und nicht als Zeuge im Haas-Prozeß aussagte, hätte er über sein Recht, die Aussage zu verweigern, belehrt werden müssen. Nach einem langen Eiertanz, bei dem das Gericht die Verwertbarkeit der Aussage sicherstellen wollte und der BKA-Beamte in schöner Offenheit fragte: "Soll ich ihn so lange belehren, bis er nichts mehr aussagt?" mußte der Berichterstatter schließlich eingestehen: "Was hier steht und die Zeugenaussage jetzt, da gibt es Diskrepanzen". Die Ergebnisse der Expedition in den Libanon sind wegen der fehlenden Belehrung wahrscheinlich nicht verwertbar.

Für die Verhandlung am 18.12.1997 hatte die Verteidigung eine Neuigkeit angekündigt. Die war, daß Said Ali Slim (der konstant leugnete, Frau Andrawes zu kennen) und Souhaila Andrawes 1977 verlobt waren, das wisse Frau Haas aus einem Telefongespräch mit ihrem Ex-Mann; dafür gäbe es auch etliche Anhaltspunkte in den Akten. Andrawes habe von einem schönen reichen Verlobten erzählt, der in Beirut mehrere Immobilien und Tankstellen besitze und mit dem bereits ein Ehevertrag geschlossen worden sei. Auch Slim habe in seiner Aussage erwähnt, daß er damals auf der Tankstelle seines Vaters gearbeitet hat. Er sagte außerdem, daß er früher mit einer Mona in Beirut befreundet gewesen sei. Die Vermutung der Verteidigung, daß dies den deutschen Ermittlungsbehörden bekannt gewesen ist, macht die Aussage des BKA-Beamten Wolf (3.7.1997) im Nachhinein interessant. Diese deutet stark auf ein solches Vorwissen hin:

Anw. Bendler: In Beirut war Slim mit einer Mona zusammen. Andrawes nannte sich u.a. Mona. Wurde er darauf konkret angesprochen? Wurde versucht zu dokumentieren, daß seine Mona auch die Mona der Flugzeugentführung ist?

Zeuge: Das wurde zu dem Zeitpunkt angesprochen, als er noch abstritt, die PFLP zu kennen. (...)

Anw. Bendler: Vorhalt: Kennen Sie eine Frau namens Amal? Antwort Slim: Nein, aber Mona. Anw. Bendler: Wie kommt er darauf? Nach Amal ist gefragt worden, er antwortet mit Mona.

Zeuge: Das waren zwei Fragen. Amal hat er verneint, Mona bejaht.

Anw. Bendler: Vorhalt: Slim kannte Mona vor seiner Heirat 1980 im Libanon.

Zeuge: Da Andrawes in dieser Zeit in Beirut lebte und sich Mona nannte, ist das naheliegend. Nach seiner Aussage ist sie aber nicht identisch mit Andrawes. Er muß sie in Mallorca getroffen haben, das streitet er aber ab

Damit wird auch deutlich, daß über Slim in Deutschland schon länger "Erkenntnisse" im Zusammenhang mit der "Landshut"-Entführung vorliegen. Doch erst zur Belastung von Frau Haas wird er "ausgegraben" und muß dann nachplappern, was ihm die "Kriminalisten" vom BKA vorflüstern. Auf wundersame Weise ist er in Kürze ein freier Mann.

Da die BKA-Vernehmungen im Libanon möglicherweise nicht verwertbar sind, wurde erneut ein Rechtshilfeersuchen an die libanesische Gerichtsbarkeit gestellt. Vor der 7. Strafkammer in Beirut wurde Said Ali Slim am 27.10.1997 erneut vernommen, nunmehr nicht als Beschuldigter, sondern als Zeuge. Ob diese Aussage verwertbar ist, ist bisher ebenfalls unklar, da die Verteidigung über die Vernehmung vorab nicht informiert wurde, was nach deutscher Strafprozeßordnung vorgeschrieben ist. Nun hofft das hohe Gericht, daß die Verteidigerrechte im Libanon restriktiver sind. Es gilt das jeweilige Landesrecht.

Inhaltlich stellte Said Slim in dieser richterlichen Vernehmung wieder eine neue Variante des Ablaufs vor. Sie lautet: Er sei am Morgen des 8.10.1977 zurück nach Algier geflogen, während seine Begleiterin auf Mallorca geblieben sei. Nach den Ermittlungen des BKA flog fragliches Pärchen aber am nächsten Morgen gemeinsam weiter nach Paris.

Peter Jürgen Boock - BAW-Zeuge vom Dienst

Peter Jürgen Boock - von seinen ehemaligen RAF-GenossInnen wurde er als Aufschneider und Lügner charakterisiert - spielt heutzutage gern die Rolle des Zeitzeugen und vor Gericht die des Kronzeugen. Im Urteil gegen Boock (1984) befindet das Gericht, daß er "mit Einfühlungsvermögen und Phantasie Geschehensabläufe erfindet".

Boock will Monika Haas bereits bei seiner ersten Ankunft auf dem Flughafen von Aden in Begleitung Siegfried Haags gesehen haben. Dieser habe ihn dann aber gleich vor dem Kontakt mit dieser Frau gewarnt, die aus der RAF ausgestoßen worden sei. Sie sei mit Zaki Helou, einem Führer der PFLP liiert und schwanger, um diesen an sich zu binden.

Als Zeitpunkt dieser ersten Ankunft und Begegnung gibt Boock zunächst die Jahreswende 1976/77 an, doch da saß Haag bereits in Haft. In einer anderen Aussage datiert er diese Szene auf den Sommer und in einer weiteren auf den Herbst 1976. Doch da war Frau Haas noch nicht schwanger.

Anwalt Bendler: Sie geben an, daß Sie Frau Haas in einem wallenden Kleid gesehen haben, weil sie schwanger war. Wie Sie von Haag erfahren hatten, wollte sie dadurch Helou an sich binden. Nun geben Sie aber an, daß ihre Ausbildung in Aden schon Oktober 1976 zu Ende war und Sie Frau Haas erst September/Oktober 1977 in Bagdad im Flur flüchtig wiedergesehen haben. Haag wurde aber schon im November 1976 festgenommen.

Boock: Wahrscheinlich wird das ein Jahr vorher gewesen sein.

Haas: Da wußte ich ja selbst noch nicht, daß ich schwanger war, da war der Haag aber fix.

Der Jahreswechsel 1976/77 war nach Boocks Darstellungen sehr ereignisreich. In der einen Version seiner Geschichte kam er dazumal in Aden an. In einer anderen Version war er dazumal bereits zum zweiten Mal in Aden und hat sich als Ausbilder an den Waffen für internationale Terrorkommandos betätigt, gleichzeitig will er aber an einem konspirativen RAF "Plenum" in Holland teilgenommen haben und Anfang Dezember, als seine Frau verhaftet wurde, in Deutschland gewesen sein, wo er nach Unterlagen des BKA am 29.12. eigenhändig eine Mietüberweisung tätigte.

Welche Personen der RAF während der Schleyer-Entführung (September/Oktober 1977) sich mit ihm im selben Haus in Bagdad aufhielten, wisse er nicht mehr so genau, um dann aber viele der Namen, die ganz bestimmt dagewesen seien, zu nennen z.B. Christof Wackernagel, der sich dort gegen eine Erschießung Dr. Schleyers ausgesprochen habe. Wackernagel sei dann auch mal schnell von Bagdad nach Europa gejettet, um für Boock "Medikamente" einzukaufen usw. Nachdem feststand, daß Wackernagel zu diesem Zeitpunkt bestimmt nicht in Bagdad war, weil er im Gefängnis saß, "überlegte" sich Boock in einer späteren Aussage, daß er eben doch nicht dabei war.

Als Abu Hani (Wadi Haddad) während der Schleyer-Entführung einer von der RAF "legitimierten Person" die Flugzeugentführung und/oder eine Botschaftsbesetzung in Kuwait vorschlug, will Boock einmal beim Gespräch dabeigewesen sein, das andere Mal viel später davon gehört haben. In der einen Aussage soll dieses Gespräch in Bagdad stattgefunden haben, in der anderen Aussage war es in Algier. In seinem Prozeß sprach er zu dem fraglichen Zeitraum von einem "kurzen Intermezzo in Europa", womit dann aber wieder Algier gemeint sein soll. Daß das Intermezzo doch in Europa stattfand, darauf deutet ein echter Stempel vom 11.10.1997 in dem Paß, der bei seiner Festnahme gefunden wurde, hin. Dies erklärt er einmal damit, daß der echte Stempel eine Fälschung sei, dann wieder, daß er den Paß von einer anderen Person übernommen habe, die echt gereist sei usw.

Bei dieser Konfusion scheint für das Gericht dennoch eines sicher zu sein: Daß nämlich Boock in dieser Zeit in Bagdad bei einem Gespräch mit Abu Hani Monika Haas über einen Flur huschen sah. Zwar sagt Boock auch, daß er bei dem Gespräch mit Abu Hani gar nicht dabei war und daß dieses Gespräch in Algier stattgefunden habe und daß er zu dieser Zeit meist "stoned" war und Halluzinationen hatte, aber mit solchen Nebensächlichkeiten hält sich das Gericht nicht auf: Hauptsache, er will sie gesehen haben.

Monika Haas verlangte während der konfusen Zeugenaussage Boocks, die Akten der Schleyer-Entführung müßten offengelegt werden (14.11.96).

Haas: Hier wurde lang und breit über die Schleyer-Entführung diskutiert, dazu habe ich kein einziges Blatt aus den Akten. Ich kann nicht überprüfen, ob das, was Boock sagt, den Ermittlungen entspricht.

Vors. Schiefer.: Das unmittelbarste Beweismittel ist Herr Boock - und der ist hier.

Brigitte Mohnhaupt, die damals Freundin und enge Vertraute Boocks war, sagte als Zeugin aus (6.11.97).

Ra. Golzem: Herr Boock hat hier gesagt, er hätte Monika Haas im September/Oktober in Bagdad über einen Flur huschen sehen. Er hätte das Gefühl gehabt, sie nicht sehen zu sollen.

Zeugin: Das hat er damals nie gesagt. Das glaube ich auch nicht. Das hätte er doch erzählt, wenn er das gesehen hätte, dem hätte er doch Bedeutung beigemessen. In den ganzen Jahren gab es noch nie einen Anhalt, daß sie dabei war. Das hat er so dazu erzählt, wie immer, wenn die Zeit günstig ist, um sich Öffentlichkeit zu verschaffen. Ein Beispiel wie er lügt: Während des Golfkrieges habe ich mal morgens das Radio angemacht, da hat er in Englisch zum Golfkrieg was erzählt: Jedes Mal, wenn wir nach Bagdad gekommen seien, hätte Saddam Hussein uns da persönlich empfangen. So'n Zeug behauptet der.

Ra. Golzem: Sie sind nie von Saddam Hussein empfangen worden?

Zeugin: Ganz sicher nicht. Es gibt so viele Beispiele, wo der gelogen hat. Meiner Erinnerung nach hat er Monika Haas damals nicht gekannt.

Monika Haas dreht den Spieß um

Am 30.3.1998 gab Monika Haas eine Prozeßerklärung ab. Seit ihrer Haftentlassung vor einem Jahr sei sie selbst in der Lage gewesen zu recherchieren und dabei zu Ergebnissen gekommen, die sie wegen der Skrupellosigkeit von Ermittlungsbehörden und Justiz noch einmal schwer erschüttert hätten:

1. Das BKA habe einen Top-Agenten in Palästinenserkreisen gehabt (Khaled Jihad), über den es zu spektakulären Fahndungserfolgen kam (z.B. im Mai 1980 wurden fünf RAF-Mitglieder in Paris festgenommen). Um in der Folgezeit von diesem Informanten abzulenken, sei der Verdacht gezielt auf sie gerichtet worden.

Das gegen sie in Palästinenserkreisen vorhandene Mißtrauen sei geschürt worden, um sie als "Schutzschild" gegen den wirklichen Agenten zu mißbrauchen. Die Verdächtigungen hätten so weit geführt, daß Stasi und PLO ein Autoattentat auf sie planten, wie sich aus einem ihr vorliegenden Gesprächsprotokoll ergäbe, aus dem sie die entsprechende Passage zitierte. Zugleich habe es einen regen Informationsaustausch zwischen Stasi und BKA gegeben, was sich z.B. durch die zeitgleichen Einträge der gleichen Informationen in den Akten belegen ließe. Selbst in einem Gespräch 1997 beim "Spiegel", der sich früher an den Verdächtigungen gegen sie maßgeblich beteiligt habe, sei ihr nun bestätigt worden, daß Khaled Jihad die Informationen weitergegeben hätte, derer sie verdächtigt würde. Da dieser Palästinenser wegen exzessiven Drogengenusses als Agent ausgefallen wäre, seien seit 1980 mehrere Anwerbeversuche des BfV bei ihr erfolgt, wobei der angebliche Waffentransport direkt oder indirekt als Druckmittel eingesetzt worden sei.

2. Die Nachforschungen nach der wahren Identität des Pärchens, das sich mit einem (gestohlenen?) holländischen Paß auf den Namen Vermaesen und einem gefälschten Paß auf den Namen Karmal Servati tatsächlich zur Entführungszeit in Mallorca aufhielt, seien nicht vorangetrieben worden, um sie als "Verdächtige auf Abruf" unter Druck setzen zu können. Dabei werde bis heute manipuliert und gelogen.

In einem Gespräch mit Frau Vermaesen habe diese aus undurchsichtigen Gründen alle Fragen stereotyp mit dem Hinweis, das sei alles zu lange her, sie könne sich nicht erinnern, beantwortet, selbst die Frage, ob sie ein Kind habe ...

Ein Freund der Frau Vermaesen habe 1997 bei Haas-Anwalt Bendler angerufen; "zufällig" sei er - wie sich später herausstellte - der holländische Ermittlungsbeamte usw.

Als angebliche Begleiter bei ihrem angeblichen Waffentransport seien bisher vier verschiedene Männernamen aufgetaucht, zuletzt Said Ali Slim.

3. Monzer Al Kassar, einem Freund ihres Mannes, sei 1993 vom BKA in spanischer U-Haft (er wurde später freigesprochen) angeboten worden, ihm behilflich zu sein, wenn er zugebe, 1977 mit Monika Haas die Waffen transportiert zu haben. Dabei sei ihm der angebliche Ablauf detailliert vorgegeben worden, den er - zum Schein - bestätigt habe. Nach Aufnahme des Protokolls habe er den Beamten gesagt, daß er es unmöglich fände, ihn zu einer Falschaussage zu verleiten und dafür zu bestechen. Für die fragliche Zeit habe er ein eindeutiges Alibi - nämlich U-Haft in London. Daraufhin hätten die BKA-Beamten das Protokoll zerrissen. Monzer Al Kassar sei bereit, dies hier unter Eid zu bestätigen.

4. Der Anklagepunkt "Beihilfe zur Entführung und Ermordung von Hanns-Martin Schleyer" beziehe sich allein auf die Falschaussage von Peter Jürgen Boock. Da ihren Anwälten - trotz der Anklage - die Einsicht in die Akten zum Komplex Schleyer-Entführung verweigert worden sei, könnten diese auch die Widersprüche seiner Angaben zu denen der DDR-RAF-Aussteiger nicht herausarbeiten. Abgesehen davon seien die Angaben Boocks auch in sich widersprüchlich und unglaubwürdig, wie ihre Anwälte in einem 24-seitigen Beweisantrag vom 2.3.1998 nachgewiesen hätten.

Falls nur ein Bruchteil der Machenschaften, die Monika Haas dem BKA vorwirft, durch Zeugen bestätigt würden, wäre dies starker Tobak. Daß das BKA wider besseren Wissens eine unschuldige Frau, zumal Mutter von drei kleinen Kindern, in Lebensgefahr bringt, um einen Top-Agenten zu schützen, das haben ihm bisher wohl auch seine schärfsten Kritiker nicht zugetraut.

Nach dem bisherigen Prozeßverlauf ist das Interesse des Gerichtes an der Aufklärung dieses möglichen Komplotts allerdings höchst unwahrscheinlich. Die Körpersprache (Augenrollen, Feixen, mit dem Stift spielen, demonstratives Däumchendrehen usw.) beim Verlesen der Erklärung durch Monika Haas drückte bereits aus, was es davon mehrheitlich hält.

Am 9.4.98 verkündete der Gerichtsvorsitzende, daß der Beweisantrag vom 2.3., der auf 24 Seiten Widersprüche in bezug auf die Aussagen des Zeugen Boock auflistete und dazu die Ladung von acht Zeuginnen und Zeugen (Vernehmungsbeamte der BAW, RAF-Aussteiger u.a.) beantragte, abgelehnt wird. Der Beweisantrag bezeichne nur das Beweisziel, enthalte Schlußfolgerungen, er sei - kurzum - unzulässig. Ausgenommen sei vorläufig die beantragte Ladung von OStA Pflieger, da die Zitate aus der Vernehmung Boock durch diesen OStA im April '92 in den Akten fehlen.

Rechtsanwalt Golzem stellt fünf Beweisanträge zur Prozeßerklärung von Monika Haas, nämlich, den Spiegel-Redakteur G. Latsch zu laden, der zu Monika Haas gesagt habe, daß Jihad der Agent des BKA bei den Palästinensern war und daß von diesem auch die "Information" stamme, Monika Haas habe die Waffen transportiert.

- Der Repräsentant der PLO in Bonn (Franghi) solle zum Informationsaustausch von BKA und PLO zu jener Zeit befragt werden.

- Ex MfS Major Dahl und der PLO-Repräsentant könnten das vorliegende Gesprächsprotokoll bestätigen, wonach geplant war, Monika Haas 1982 zu liquidieren.

- Monzer Al Kassar könne bestätigen, daß das BKA ihn zu einer Falschaussage gegen Monika Haas verleiten wollte.

- Ein weiterer Beweisantrag bezog sich auf den rosa Koffer des Entführungs- "Kommandeurs" Akache und besagt, daß der Koffer beim Flug nach Mallorca 10 kg wog und trotz Einkäufen in Mallorca beim Einchecken in die "Landshut" nur noch 6 kg wog. Dazu sollen BKA-Beamte vernommen werden. (Die Gewichtsdifferenz entspricht etwa dem Gewicht der Waffen. Die Verteidigung meint, dies sei einer von mehreren Anhaltspunkten dafür, daß der Kommandoführer die Waffen selbst nach Mallorca transportiert habe.)

Einen Einblick über den typischen Prozeßverlauf des letzten halben Jahres gibt der Dialog, der am Ende der Verhandlung vom 2.3.1998 ablief:

Vorsitzender Schieferstein: Der nächste Termin ist am 12.03.1998, um 10:15 Uhr.

Anw. Bendler: Was wird denn dann verhandelt?

Vorsitzender Schieferstein: Mal sehen, das wissen wir noch nicht.

Richter Zeiher: Vielleicht verlesen wir was.

Das erste halbe Jahr des Prozesses wurde bereits in der Broschüre "Der Prozeß gegen Monika Haas" im Oktober 1996 auszugsweise dokumentiert. Diese kann beim Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 64769 Sensbachtal - Vorkasse 8 DM - angefordert werden.

Wer irgend Anteil nimmt, möge sich nicht nur in allen möglichen Weisen äußern. Er und sie mögen auch der Familie Haas helfen, indem sie so reichlich wie möglich für ihren Verteidigungsfonds spenden. Die Nummer lautet: Cornelia Spohn/Forum für Monika Haas, Kto. 610 6510 bei Ökobank Frankfurt/M., BLZ: 500 901 00.

Vorurteile

Weil die vorurteilsvolle Bezeichnung von Arabern im kapitalistisch-korrupten Westen "Ali Ahmed" lautet, handelte die Stasi konsequent antiimperialistisch, als sie ihrem Spitzel in Aden den Decknamen "Ahmed Ali" gab.

Familienpolitik

Die Stasi dichtete Frau Haas eine Schwester an und verlegte die fitte Mutter ins Altenheim.

Das ist die preußische Akribie der Aktenführung, die der Gerichtsvorsitzende an der Stasi so bewundert.

Tiefenhermeneutik

RA Golzem: "Was sind legendierte Informationen?"

Orzschig: "Dann bringe ich noch was dazu, daß er nicht mehr weiß, um was es geht ..."

RA Golzem: "Sie haben nicht gefragt, ob eine Information stimmt, sondern haben sie stimmig gemacht."

Orzschig: "Wir haben Verdachtshinweise bestätigt."

RA Golzem: "Was ist ein Verdacht?"

Orzschig: "Der Hinweis, daß sie feindliche Agentin war."

Haas: "Dann war ich hier doch Terrorabwehr."

31. "In alten Mustern festzurren". Birgit Hogefeld über ihre Haftbedingungen und über die Auflösung der RAF

Rubrik: Haftbedingungen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:41

Eineinhalb Jahre nach ihrer ersten Verurteilung (siehe ak 396) stand Birgit Hogefeld im Juni erneut vor dem Frankfurter Oberlandesgericht. In der Zwischenzeit hatte der Bundesgerichtshof einen Teil des ersten Urteils gegen das ehemalige RAF-Mitglied (Strafe für den erfolgreichen Sprengstoffanschlag auf den Knastneubau in Weiterstadt 1993) aufgehoben und den Fall an das OLG zurückverwiesen. Am 29. Juni wurde die 41jährige trotzdem erneut wegen angeblich mehrfachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt und ihre "besondere Schwere der Schuld" festgeschrieben (dadurch gibt es keine Möglichkeit für eine vorzeitige Entlassung). Wir dokumentieren Auszüge aus Hogefelds Erklärung kurz vor der Urteilsverkündung.

(...) Dies ist nun der erste Prozeß gegen ein früheres Raf-Mitglied nach der Auflösung der Raf (Anm.: siehe ak 414 und 415). Die Frage nach der Auflösung der Raf zeichnete sich seit Jahren ab. Interne Diskussionen darüber, daß es nach den alten Mustern nicht weitergehen kann, kenne ich noch aus der Zeit vor meiner Verhaftung. (...)

Ich finde es gut, daß die Raf in der Lage war, dieses Kapitel deutscher Geschichte von ihrer Seite aus nun abzuschließen und das öffentlich zu erklären. Nicht gut, aber auch nicht verwunderlich, finde ich, daß das nirgends zum Anlaß genommen wurde, sich mit dieser Geschichte, der Konfrontation Raf-Staat, noch einmal ausführlicher auseinanderzusetzen. Allein damit, daß der Raf-Text fast durchgängig über Beschreibungen und alte Erklärungsmuster nicht hinausgeht, ist das wohl nicht zu erklären. Schließlich blieb auch bei der letztjährigen öffentlichen Bearbeitung des Themas "20 Jahre deutscher Herbst" vieles oberflächlich und in einseitigen Schuldzuweisungen an die Adresse der Raf stecken. Selbst eine Zeitung wie die Frankfurter Rundschau machte in einem Kommentar die Gründe für diese Entwicklung im "sichtbaren Potential an Kriminalität bei einigen Bürgerskindern" aus. Doch nur wenn man versteht (oder es zumindest versucht), welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und welche Eskalationen bzw. Reaktionen auf beiden Seiten (Raf und Staat) diese Konfrontation über so lange Jahre hochtrieben, birgt das die Chance, Wiederholungen zu vermeiden.

Das Jahr 1977

Seit meiner Verhaftung habe ich versucht, die Raf-Geschichte und meinen Lebensweg (den ich so nicht noch einmal gehen würde) besser zu verstehen. Das Jahr '77 spielte in meiner Biographie, aber auch für die gesamte weitere Geschichte der Raf und dieser Konfrontation, eine entscheidende Rolle, und an den Ereignissen von '77 wird vieles wie im Brennglas gebündelt sichtbar.

1977 ist allein mit dem Blick auf die Ereignisse dieses Jahres aber nicht zu begreifen. Schon die erste Aktion der Raf hatte einen konkreten Bezugspunkt, der auf die Jahre davor zurückweist. In der Erklärung zur Erschießung des damaligen Generalbundesanwalts Buback schrieb die Raf, sie wolle verhindern, daß "die Bundesanwaltschaft den vierten Hungerstreik der Gefangenen um minimale Menschenrechte benutzt", um weitere Gefangene zu "ermorden". In dem Text wird zuvor auf die Verantwortung Bubacks am Tod von Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof verwiesen.

Mag sein, daß manches seitens der Raf falsch oder überzogen interpretiert worden ist, aber es war auch nicht alles aus der Luft gegriffen. Es gab seit Beginn der 70er Jahre spezielle, auf Zerstörung zielende Haftbedingungen, es gab den "Toten Trakt" in Köln-Ossendorf und den Plan, Ulrike Meinhof gegen ihren Willen und unter Zwang einem operativen Eingriff in ihr Hirn zu unterziehen. Und es wurden Gefangene umgebracht ich will hier nur ein Beispiel nennen: Siegfried Hausner wurde schwerverletzt von Stockholm nach Stammheim transportiert, zuvor hatten schwedische Ärzte den zuständigen deutschen Behörden erklärt, er würde diesen Transport nicht überleben. Sie behielten recht, Siegfried Hausner starb.

Wenn aufgrund solcher Erfahrungen die Raf 1977 von "staatlichem Vernichtungswillen gegen diese Gefangenen" spricht, dann erscheint mir das, auch aus heutiger Sicht, auf diese Zeit bezogen nicht übertrieben. Hätte es die toten Gefangenen nicht gegeben und die ständigen Angriffe auf Gefangene, dann

wäre es doch überhaupt nicht zur Erschießung Bubacks gekommen. Dann hätte das, was als "Deutscher Herbst" in die Geschichte eingegangen ist, nicht stattgefunden. (...)

Mein Lebensweg

Für mein Leben war 1977 ein entscheidendes Jahr. Anfangs: politisch engagierte 20jährige Jura-Studentin, die sich über die Haftbedingungen der Raf-Gefangenen empört, einige von ihnen besucht und Angst um deren Leben hat. Später, nach unzähligen Observationen, Kontrollen, Hausdurchsuchungen infolge der Raf-Aktionen, nach dem Aufmarsch des Polizeistaats, nach öffentlichen Politiker-Aufrufen zur standrechtlichen Erschießung von Gefangenen, schließlich den toten Gefangenen in Stammheim, war nichts mehr so wie vorher, dieses Land nicht und ich selber auch nicht. Alles, was mir vorher aus linken Diskussionen über "neuen Faschismus" als Analyse abstrakt nachvollziehbar war, wurde für mich in der Entwicklung dieses Jahres konkret, bekam ein Gesicht.

Ende 1977 (mein Jurastudium hatte ich im Laufe dieses Jahres aufgegeben) habe ich mich erstmals mit der Frage beschäftigt, ob es konsequent und für mich richtig ist, mich einer bewaffneten Gruppe anzuschließen. Daß ich nicht schon damals zur Raf gegangen bin, sondern erst viele Jahre später, hatte ausschließlich mit eigenen Ängsten zu tun und nicht damit, daß ich es für falsch gehalten hätte.

Im Gegenteil, in den Jahren nach '77 habe ich mir selber häufig Unentschlossenheit und Inkonsequenz vorgeworfen. Und ich habe mich damals häufig gefragt, ob mein Verhalten dem von Teilen der Generation meiner Eltern entspricht, das ich immer verurteilt hatte. So wie sie wollte ich nie werden: unbeteiligt-ignorant und in Zuschauerposition (bestenfalls) gegenüber faschistischen Entwicklungen und Verbrechen. Für mich, für meinen Lebensweg haben 1977 entscheidende Weichenstellungen stattgefunden. Heute denke ich, ohne die Entwicklung und die Ereignisse dieses Jahres wäre mein Leben sicherlich ganz anders weitergegangen.

Ich habe hier deswegen noch einmal ausführlicher über dieses zentrale Jahr in der Raf-Geschichte geredet, weil ich nach wie vor einseitige Schuldzuweisungen an unsere Seite ablehne. Das nimmt nichts von unserer Verantwortung und auch Schuld, aber die Tatsache, daß es die Raf über diesen langen Zeitraum gegeben hat, hat Ursachen, für die nicht wir allein verantwortlich sind. Es brauchte da schon zwei Seiten, die gut zueinander paßten, damit diese Eskalationsspirale so funktionieren konnte, wie sie funktioniert hat.

Bad Kleinen

Da in den vergangenen Tagen anläßlich des fünften Jahrestages der Ereignisse von Bad Kleinen die staatsoffizielle Version der Geschichtsschreibung wieder massiv in die Öffentlichkeit getragen wurde, wird deutlich, daß diese Version immer noch kaum ein Mensch glaubt. Der angebliche Selbstmord von Wolfgang Grams war von Anfang an eine absurde Behauptung, zumal es ja auch Zeugen gab, die aussagten gesehen zu haben, wie er mit einem gezielten Schuß in den Kopf hingerichtet worden ist. Aber selbst unabhängig davon war diese Version nie plausibel: ein schwerstverletzter Mensch kann sich nicht während eines Sturzes einen Kopfschuß beibringen. (...)

Vor dem Prozeß war ich mir über die Todesumstände des GSG-9-Beamten Michael Newrzella nicht im Klaren. Für mich kam beides in Betracht, sowohl, daß er von Wolfgang Grams erschossen worden sein könnte, als auch, daß er versehentlich von seinen eigenen Leuten erschossen worden war. Beim Studium der Akten stieß ich auf unzählige Widersprüche. Der markanteste ergab sich aus der Skizze der Fundorte der einzelnen Patronenhülsen. Da die Lage der Hülsen eindeutige Rückschlüsse auf den Standort des Schützen zuläßt, konnte die behauptete Version, Wolfgang Grams habe vom Treppenabsatz aus den GSG-9-Mann erschossen, nicht stimmen. Der 5. Strafsenat ging mit diesen Widersprüchen so um, daß er sich größte Mühe gab, ihre Thematisierung hier zu verhindern. Aus all dem gehe ich heute davon aus, daß Michael Newrzella im Kugelhagel seiner eigenen Leute den Tod fand.

Staatsanwalt: "Feiglinge!"

Im Zusammenhang mit der Behauptung, Wolfgang Grams habe den Polizeibeamten erschossen, verwies die Bundesanwaltschaft auf angebliche Absprachen in der Raf, im Fall einer Verhaftung sofort von der Waffe Gebrauch zu machen. Nur über diese Konstruktion konnte meine Beteiligung, die Mordanklage wegen Bad Kleinen, begründet werden. Als nun mein Verteidiger eine Auflistung der Abläufe von Verhaftungssituationen von Raf-Mitgliedern seit den 70er Jahren verlas, aus der sich ergab, daß von unserer Seite nur selten nach der

Waffe gegriffen wurde, sprang der Sitzungsvertreter der Bundesanwaltschaft auf und schrie hysterisch: "Sie schießen nur nicht, weil Sie erbärmliche Feiglinge sind!"

Ich war nach diesem Ausbruch zuerst völlig irritiert, denn dieser Satz war mit totaler Verachtung herausgeschrien worden. Danach verstand ich aber das Weltbild dieses Mannes sehr viel besser (und alles davon ist mir ja auch nicht nur fremd) und konnte vieles besser einordnen. Es unterscheidet sich in vielem wohl nicht so sehr von dem Schwarz-Weiß-, Freund-Feind-Schema, das lange auch das Bild der Raf und anderer Gruppen bestimmt hat. Zu diesem Schema gehört, daß es nur funktionieren, bestehen bleiben kann, wenn niemand ausbricht.

Mittlerweile bin ich mir sicher, daß ein Teil der Maßnahmen, die nach meiner Verhaftung festgesetzt wurden, auch die Funktion hatte, mich, mein Denken, in alten Mustern festzuzurren. Schon nach meinen ersten kritschen/selbstkritischen öffentlichen Äußerungen konnte ich das schnell an der Art der Zensur festmachen: Nicht linksradikale Publikationen wurden beschlagnahmt, sondern welche von kirchlichen Gruppen beispielsweise oder Texte mit Raf-kritischen Inhalten. Ich hatte immer mehr den Eindruck, eine kritische/selbstkritische Haltung soll es seitens der Behörden nur kombiniert mit Verrat geben dürfen.

Wie wenig erwünscht kritisch-reflektierende Äußerungen von mir waren, möchte ich an einem Beispiel aus dem ersten Verfahren verdeutlichen. Im März 1995 verlas ich im Prozeß eine Erklärung, in der es unter anderem hieß: "Die Erschießung des GIs Edward Pimental war eine der schlimmsten Fehlentscheidungen der Raf. Ich denke, daß das, was damals abgelaufen ist - einen einfachen US-Soldaten zu erschießen, um an dessen Ausweis zu kommen - in keiner Weise mit revolutionärer Moral und Utopien von einer menschlichen Gesellschaft vereinbar ist. Eine Aktion wie diese ist aus menschlicher wie moralischer Sicht ganz einfach nicht zu rechtfertigen."

Oben genannter Staatsanwalt von der Bundesanwaltschaft sprach mir nach dieser Erklärung hämisch-grinsend Glückwünsche aus. Nun solle ich mich doch endlich auch zu Aussagen entschließen. Am darauffolgenden Tag war dann die Überschrift auf der ersten Seite einer linken Tageszeitung: "Bundesanwalt: Glückwunsch, Frau Hogefeld" (oder so ähnlich). Sich derart öffentlich vorführen zu lassen, gefällt wohl niemandem (mir jedenfalls nicht).

In solchen und anderen Situationen habe ich mich mitunter gefragt, ob es wirklich notwendig ist, meine Auseinandersetzung mit meiner/der Raf-Geschichte in die Öffentlichkeit zu tragen, oder ob es nicht doch ausreicht, wenn ich diese Auseinandersetzung mit mir, sozusagen "privat" abmache. Für diesen Weg hatten sich vor mir viele frühere Raf-Mitglieder entschieden. Ich kann gut verstehen, warum. Trotzdem habe ich mich dafür entschieden, weiterhin in die Öffentlichkeit zu gehen, denn ich wußte, nur so kann ich versuchen, mit dazu beizutragen, daß die Geschichte der Raf zu einem Abschluß findet. Darin sah ich für mich eine Verantwortung aufgrund meines Lebensweges.

Gespräch mit den Brüdern von Braunmühl

Ich möchte noch ein anderes Beispiel nennen. Seit 1986 hatten Mitglieder der Familie von Braunmühl versucht, mit der Raf und mit Gefangenen aus der Raf in Kontakt zu treten. Gerold von Braunmühl, Diplomat im Außenministerium, war von einem Raf-Kommando erschossen worden. Familienmitglieder schrieben einen öffentlichen Brief mit der Überschrift "An die Mörder unseres Bruders", der damals in der taz veröffentlicht wurde.

Etwa eineinhalb Jahre nach meiner Verhaftung wurde ich gefragt, ob ich mir vorstellen könne, mit Mitgliedern der Familie von Braunmühl zu reden. Ich habe nicht gleich "ja" gesagt, sondern erst sehr viel später, und es war eine schwierige Entscheidung. Nach meiner Zusage versuchten Brüder von Gerold von Braunmühl fast ein Jahr lang, mit dem 5. Strafsenat für ein solches Gespräch erträgliche Besuchsbedingungen auszuhandeln. Doch das Gericht bestand auf den damals üblichen Besuchsbedingungen.

Der Besuch fand dann wie folgt statt: 60 Minuten, Überwachung durch zwei Beamte des Landeskriminalamts und einen vom Knast; zwischen uns: Panzerglasscheibe. Es war eine unglaubliche Situation: zwei Brüder und ein Sohn von Gerold von Braunmühl nebeneinander aufgereiht hinter der Glasscheibe, direkt hinter ihnen zwei Männer vom Landeskriminalamt, alle zusammen (also fünf Menschen) auf vier Quadratmetern. Auf meinen vier Quadratmetern, auf der anderen Seite des Panzerglases, außer mir noch ein Mann vom Knast. Die

LKA-Leute hatten wohl den Auftrag, bloß kein Wort und keine Geste von mir zu verpassen. Und so hat mich einer durchgängig angestarrt, während der andere jedes Wort mitschrieb. Deutlicher kann von Justizseite wohl kaum signalisiert werden, daß ein solches Gespräch zwischen Opfer- und Täterseite unerwünscht ist.

Weiterhin neun Gefangene

Nun, nach der Auflösung der Raf, wird eine Frage die sein, wie diese Geschichte ihren Abschluß auch für die beteiligten Menschen findet. Da gibt es einerseits neun Gefangene aus dem früheren Raf-Zusammenhang. Es ist bekannt, daß ein Gericht auf Antrag der Bundesanwaltschaft kürzlich gegen Christian Klar, der seit 1982 in Haft ist, eine Mindeststrafzeit von 26 Jahren festgelegt hat.

Als ich von dieser Entscheidung las, fiel mir ein Satz ein, den ich kürzlich in einem Interview mit Renato Curcio, einem der Mitbegründer der Roten Brigaden in Italien, gelesen hatte: "Die Gesellschaft, die den Sieg verwaltete, besaß nicht die Kraft, sich den Besiegten gegenüber ebenso großzügig zu zeigen, wie sie es sich selbst gegenüber war." Curcio bezog diesen Satz auf die 80er Jahre in Italien, aber er ist wohl leicht auf hier und heute übertragbar, wie die genannte Entscheidung gegen Christian Klar zeigt.

Außer uns Gefangenen gibt es aber auch noch die, nach denen seit Jahren als Raf-Mitglieder gefahndet wird. Lange Zeit hieß es ja immer: "Lösungen" seien nicht möglich, solange es die Raf gibt und damit die Drohung bewaffneter Aktionen. Nun, da sich die Raf aufgelöst hat und damit die Drohung bewaffneter Aktionen wegfällt, könnte es heißen, es fehlt jeder Handlungsbedarf, wozu also Lösungen? Das ist das Groteske an der derzeitigen Situation. (...)

Frankfurt, 29.6.98

32. Geld spielt keine Rolle. Wird Eurofighter zum Exportschlager in Krisengebiete?

Autor: Thoams W. Klein · Rubrik: Rüstungsexport · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:03

Ende November letzten Jahres wurde im Bundestag die Entscheidung getroffen, daß teuerste europäische Rüstungsprojekt auf den Weg zu bringen. Die Regierungskoalition bewilligte die Anschaffung 180 neuer Jagdflugzeuge vom Typ "Eurofighter 2000". Dieses Vorhaben koste den Bund, so Verteidigungsminister Rühe kurz vor der Entscheidung, 23 Milliarden Mark. Der Bundesrechnungshof ging dagegen in einem vertraulichen Papier von mindestens 30 Milliarden Mark aus.

In der Friedensforschung unstrittig war seit geraumer Zeit, daß Rühe bei seiner Rechnung anfallende Nebenkosten - z.B. die Bewaffnung der Flugzeuge - nicht berücksichtigte, um den tatsächlichen Preis nicht angeben zu müssen, und die wahren Kosten erst später zu präsentieren. Den SPD-Wehrexperten Manfred Opel provozierte dies zu der Aussage, Rühe verkaufe dem Parlament und der Öffentlichkeit "ein Auto ohne Hinterrad". Ziel der Rechenkünste des Verteidigungsministers ist, wenigstens unter der zuletzt selbst gesetzten Höchstgrenze von 130 Millionen Mark pro Flugzeug zu bleiben, wenn schon die anfangs genannte Zahl von 90 Millionen Mark pro Stück seit Jahren Makulatur war.

Die Tricks des Verteidigungsministers sind nun sogar der August-Ausgabe der Militärzeitschrift "Flug Revue" zu entnehmen: "Um den Preis niedrig erscheinen zu lassen", so die Militärzeitschrift ganz offen, "hat die Hardthöhe für ihre Maschinen nämlich bisher weder einen FLIR-Sensor noch ein System für die elektronische Kampfführung bestellt. Und ohne letzteres ist der Eurofighter nach Ansicht von Experten einsatzuntauglich." Um ihn aber "einsatztauglich" zu machen, kommen auf den Bund bisher verschwiegene Kosten zu. Friedensforscher gehen davon aus, daß für die Bewaffnung und die bei Rühes Rechnung fehlenden, sonstigen "Nebenkosten" wenigstens nochmals 20 Millionen Mark pro Flugzeug ausgegeben werden müssen. Das aber bedeutet, daß der zwischen der Daimler-Benz-Tochter DASA und dem Bundesverteidigungsministerium im letzten Jahr ausgehandelte Kompromiß viel teurer ist, als alles, was zuvor im Gespräch war - und als nicht finanzierbar verworfen worden war.

Neben diesen klaren Worten zu den offensichtlich bewußt gemachten Falschangaben zu den Kosten für dieses milliardenverschlingende Rüstungsprojekt, daß nach Unterzeichnung der Verträge auch von einer neuen Bundesregierung kaum noch gänzlich zu stoppen sein wird, sind der "Flug Revue" weitere, brisante Informationen zu entnehmen: "Laut Sales Support Group Director Andy Lewis", dem Verantwortlichen der zuständigen Verkaufsagentur, "gibt es in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren weltweit einen zugänglichen Markt für neue Kampfflugzeuge von 800 bis 1.200 Maschinen. Davon will Eurofighter ein Drittel bis die Hälfte erobern."

Die Liste der interessierten Staaten gibt denjenigen "Eurofighter"-Kritikern Recht, die neben den immensen Kosten und die zweifelhafte militär-politische Notwendigkeit für das neue Jagdflugzeug, auch den Kreis möglicher Empfängerländer kritisierten. Die Befürchtung, daß die Produktion des "Eurofighter 2000" auch den Export in Krisengebiete beinhalten könnte, der Rüstungsspiralen in Gang setzt und bestehende Spannungen verstärkt, bestätigt sich auf drastische Weise. "Aktive Gespräche", gebe es schon mit Brasilien und Australien, aber auch andere Staaten, die teils erhebliche Konflikte mit ihren Nachbarländern haben, gehören zu den Interessenten. Als Interessent wird z.B. Saudi-Arabien gehandelt; ausdrücklich genannt werden Singapur, Südkorea und Griechenland.

Ein Export in Spannungsgebiete und Krisenregionen droht damit tatsächlich zu einem Bestandteil der umstrittenen "Eurofighter-Entscheidung" geworden zu sein, vor dem friedenspolitisch aktive Gruppen stets gewarnt hatten: "Wird der ‚Jäger 2000` gebaut", so Michael Ecker, Vorsitzender der Kampagne gegen Rüstungsexport, Wiesbaden, bereits vor Jahren, "wird die weltweite Aufrüstung weiter angeheizt, werden Politiker versuchen, sich als Rüstungsverkäufer zu profilieren, werden militärische statt zivile Konfliktlösungen gefördert." Eine Gefahr, die nach den jüngsten Informationen ganz real zu werden scheint.

Thomas W. Klein

Thomas W. Klein ist Presse- und Öffentlichkeitsreferent der Kampagne gegen Rüstungsexport. Kontakt: Kampagne gegen Rüstungsexport, Bismarckring 3, 65183 Wiesbaden, Tel.: 0611/ 561931, Fax: 0611/371838.

33. Der Wahrheit eine Chance? Der Prozeß gegen Safwan Eid wird wieder aufgerollt

Autor: ch. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:43

Aus Mangel an Beweisen war Safwan Eid im Juni letzten Jahres vom Lübecker Landgericht von der Täterschaft an der Brandkatastrophe vom Januar 1996 freigesprochen worden. Der Bundesgerichtshof (BGH) hat das Urteil mit der Entscheidung vom 24. Juli aufgehoben. Das Verfahren gegen Safwan Eid wird im nächsten Jahr vor dem Landgericht in Kiel ein zweites Mal eröffnet werden. Mit der Entscheidung wurde dem Revisionsantrag der Nebenkläger, der Familie El-Omari, stattgegeben. Demnach sind die in der Besucherzelle des Lübecker Knastes abgehörten Gespräche, die Safwan Eid mit seinen Brüdern und seinem Vater führte, mit in die Beweisaufnahme einzubeziehen.

Das Überraschende am Urteil des BGH ist weniger die Auffassung, daß Gefangene in Knästen keinen Anspruch auf eine zu schützende Privatssphäre haben, sondern die Entscheidung, daß das Verfahren neu aufgerollt werden muß. Den Protokollen der abgehörten Gespräche wird, auch wenn der BGH kein Urteil über deren Qualität abgeben wollte, große Bedeutung beigemessen. Nicht ausschließen wollte das BGH, daß der Freispruch gerade auf dem Verfahrensfehler beruhte, diese Abhörprotokolle als Beweise nicht zuzulassen. Damit widersprach das Gericht der Einschätzung des Bundesanwaltes, der sich mit den VerteidigerInnen Eids darin einig war, daß die Protokolle keine neuen Erkenntnisse hergeben.

Nun sollen sechs Gespräche Safwan Eids mit seinen Angehörigen, die im Januar und Februar 1996 nach richterlicher Zustimmung aufgezeichnet worden waren, in die Beweisaufnahme eingehen. Mit der Übersetzung der Gespräche waren beim Prozeß vor dem Lübecker Landgericht schon vier Dolmetscher beschäftigt. Wie so häufig in dem ganzen Verfahren, konnten sich auch in diesem Fall die ExpertInnen auf kein eindeutiges Ergebnis verständigen. Sicher scheint nur zu sein, daß weite Teile der Protokolle für die beauftragten ÜbersetzerInnen unverständlich sind. In den verständlichen Passagen gelangten sie allerdings zu teilweise sehr widersprüchlichen Interpretationen.

Die Lübecker Staatsanwaltschaft hatte sich in ihrer Anklage auf eine Version gestützt, die eine angebliche Täterschaft Eids nahelegte. In dieser Fassung wurde dem Bruder Eids die Äußerungen, er habe "alle zum Schweigen gebracht" und "alle Leute sind gekommen und haben ihre Zeugenaussagen verglichen, alle" in den Mund gelegt. Die gleiche Passage übersetze ein anderer Experte ganz schlicht mit: "Alle Welt ist mit Dir." Aber nicht nur diese sich widersprechenden Übersetzungen ließ die Staatsanwaltschaft außer acht, andere Passagen in denen sich die ExpertInnen darin einig waren, daß Eid seine Unschuld betonte, wurden überhaupt nicht berücksichtigt.

Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus bewertete das Urteil des BGH als "Fehlentscheidung", die den "skandalösen Umgang der deutschen Justiz mit dem wahrscheinlich folgenschwersten rassistischen Anschlag der Geschichte der Bundesrepublik" fortsetze. Tatsächlich kann sich die Anberaumung des neuen Prozesses als fatale Fehlentscheidung erweisen, dann nämlich, wenn die Täter des Brandanschlages nach der nächsten Urteilsverkündung immer noch frei herumlaufen. Bislang steht das Karlsruher Urteil nur in der Kontinuität des Prozesses - und das ist schon skandalös genug -, in dem Staatsanwaltschaft, Richter und die beobachtende Presse verzweifelt einen Täter konstruieren wollten. Der vorläufige Höhepunkt dabei war sicherlich die schriftliche Urteilsbegründung des Lübecker Gerichts.

Sollte es beim neuen Verfahren um mehr gehen, als nur die Unschuld Safwan Eids zu beweisen, müssen bei der "schwierigen Suche nach der Wahrheit" (Jan Feddersen taz, 25.7.98) die offenen Fragen des Prozesses geklärt werden. Das kann allerdings nicht bedeuten - wie es Jan Feddersen nahelegt -, daß die Opfer der Katastrophe ihre Aussagen aus dem ersten Prozeß widerrufen müssen. ("Erhellendes haben sie zu den wirklichen Tatumständen in der Brandnacht, über das Leben und die Konflikte im Asylbewerberheim nicht beitragen können - und auch nicht wollen.") Vielmehr ist dann das Kieler Landgericht gefordert, die Ungereimtheiten des ersten Prozesses zu klären: Wie konnte es kommen, daß die vier rechtsextremen Jugendlichen aus Grevesmühlen kurz nach dem Brand mit Brandspuren festgenommen wurden und trotz der abenteuerlichen Erklärungen dafür kurze Zeit später wieder auf freien Fuß waren? Was ist von den Geständnissen einer Tatbeteiligung des Grevesmühlener Maik Wotenow zu halten? Wie konnte es passieren,

daß relevante Indizien auf dem Dienstweg spurlos verschwinden konnten? Welche Umstände führten zum Tod von Sylvio Amoussou, der im Vorbau des Hauses ohne die typischen Brandmerkmale gefunden wurde?

Nur wenn das Gericht an der Klärung dieser Fragen ein Interesse zeigt, und die Justiz eigene Fehler, Pleiten und Pannen eingesteht, wird die Mythenbildung um den Brandanschlag verhindert.

ch.

34. Papier ist geduldig. Neue EU-Vereinbarung zu Waffenexporten

Autor: Thomas W. Klein · Rubrik: Rüstungsexport; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:16

Ende Mai verständigten sich die Außenminister der EU auf einen gemeinsamen Verhaltenskodex bei Rüstungsgeschäften. Der britische Außenminister Robin Cook, der im ersten Halbjahr 1998 Vorsitzender des EU-Ministerrats war, bezeichnete das Ergebnis als "doppelten Schritt nach vorn". Die EU-Länder hätten sich nun alle dazu verpflichtet, bei Waffenexporten nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die demokratische Situation des potentiellen Empfängerlandes zu prüfen.

Für den deutschen Außenminister Kinkel ist der "code of conduct" zwar "keine Ideallösung, aber besser als nichts", immerhin habe die EU "eine gemeinsame Linie entwickelt". Sein österreichischer Kollege Schüssel äußerte sich weniger diplomatisch: der Kodex sei "nicht befriedigend, weil nicht verbindlich".

Tatsächlich wollen die EU-Länder lediglich das beachten, was schon längst durch internationale Verpflichtungen und internationale Abkommen festgelegt ist: So müssen im Rahmen des "code of conduct" z.B. Sanktionsbeschlüsse der UN eingehalten werden - eigentlich eine Selbstverständlichkeit! Und bei Staaten, die im Verdacht stehen, daß sie die Menschenrechte nicht einhalten, sollen "besondere Vorsicht und Wachsamkeit" gelten. Der Verdacht der Unterstützung des Terrorismus oder der Mafia kann danach einem Export im Wege stehen - kann!

Es gibt im Zweifelsfall keinerlei verbindlichen Regeln. Selbst wenn ein EU-Staat einmal die unverbindlichen Beschlüsse ernst nehmen sollte und auf ein Waffengeschäft verzichtet, so hat das für andere EU-Partner keine zwingende Konsequenz. Kein Land muß darauf verzichten, ein von einem anderen EU-Land abgelehntes Waffengeschäft ersatzweise abzuwickeln. Das einzige, was als Kontrollmechanismus vereinbart wurde, ist die Benachrichtigung des Partners, der das Geschäft abgelehnt hat - wobei der "politische Druck durch diese begrenzte Gruppen-Kontrolle auch dadurch gemildert (wird), daß die gegenseitige Unterrichtung vertraulich bleibt" (FR, 27.5.98). Außerdem muß nur die Spezifikation der Lieferung geändert werden, um eine Rechtsvertigungspflicht zu umschiffen.

Auf tatsächlich einschränkende Kontrolle und verbindliche Prinzipien wurde im "code of conduct" zugunsten des kleinsten gemeinsamen Nenner - Menschenrechte sollen stärker bei Waffengeschäften berücksichtigt werden - verzichtet. Das ist selbst für Militärs "ungenügend". So beklagte General Sir Michael Rose, Befehlshaber der britischen Streitkräfte im Golf-Krieg, im Vorfeld der Beratungen, daß es dem Entwurf an einer wirksamen Kontrolle fehle und auch zukünftig eine für Soldaten aus den führenden Industriestaaten groteske Situation entstehen könne. Hätten sich doch bei den UN-Missionen in Somalia, Ruanda und Bosnien die europäischen Truppen den Waffen gegenüber gesehen, die ihre eignen Regierungen geliefert hatten. Auch eine Situation wie im Golf-Krieg, wo die Golf-Kriegs-Allierten einer von westlichen Ländern hochgerüsteten Armee gegenüber standen, könne der "code of conduct" nicht verhindern.

Die jetzige Vereinbarung unterscheidet sich im Grunde nicht von den bisherigen Versuchen auf EU- bzw. EG-Ebene, gemeinsame, angeblich restriktive Rüstungsexportstandards zu finden. Bereits im November 1991 hieß es in einem Beschluß des EG-Ministerrats: "Die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten werden ausdrücklich die Berücksichtigung der Menschenrechte als einen Bestandteil ihrer Beziehungen zu Entwicklungsländern einführen."

Dieser Beschluß ist auf ganz eigene Weise umgesetzt worden - zu vielen Ländern, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, hat es enge Beziehungen und reichlich Waffenlieferungen gegeben. Indonesiens Diktator Suharto hatte sich in den zurückliegenden Jahren vieler Waffenlieferungen aus EU-Ländern "erfreuen" können. Die Türkei hat immense Waffengeschenke der Bundesregierung erhalten. Frankreich hat mit umfangreichen Waffenlieferungen nach Ruanda eine fatale Rolle beim dortigen Völkermord gespielt. Alles in allem haben die EU-Länder ihren Anteil am weltweiten Rüstungsexport in den letzten Jahren erheblich gesteigert. Das sind die Fakten, die den honorigen Prinzipien und "schönen Beschlüssen" gegenüberstehen.

Bleibt die Erkenntnis: Papier ist geduldig, oder, in den Worten eines EU-Diplomaten, bezüglich der angeblich neuen, restriktiven Richtlinien: "Man kann kaum erwarten, daß die EU-Waffenexporte abnehmen werden."

Thomas Klein

35. Die Aktualität der Kapitalismuskritik. Zum 5. Todestag des Historikers und Sozialisten E.P. Thompson

Zum fünften Todestag des Historikers und Sozialisten E.P. Thompson

Autor: Ellen Meiksins Wood · Rubrik: Arbeiterbewegung; Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:07

Im August 1993 starb der englische Historiker Edward Palmer Thompson, "ein Pionier der neueren Geschichtsschreibung", "begnadeter Schriftsteller und Redner" - und ein "sozialistischer Querkopf" (ak 359, 20.10.1993). Den folgenden Beitrag von Ellen Meiksins Wood entnahmen wir der New Yorker Zeitschrift Monthly Review. Wir haben ihn leicht gekürzt und mit Zwischenüberschriften versehen.

In den frühen 60er Jahren, als E.P. Thompson seinen Klassiker The Making of the English Working Class veröffentlichte, war die Geschichtsschreibung noch ein bevorzugtes Mittel für linke Intellektuelle. Es gab nichts Geheimnisvolles um den Beitrag dieses bahnbrechenden Werkes historischer Gelehrsamkeit zur Politik des sozialistischen Projekts. Als Thompson seinen wunderbaren und vielzitierten Ausspruch über die Rettung der gewöhnlichen Leute vor der "enormen Herablassung der Nachwelt" ("the enormous condescension of posterity") prägte - ein Satz, der in fast jedem Nachruf zitiert wurde -, klang das nicht nach romantischer Nostalgie oder populistischem Hang zum Antiquierten (ein solcher Ton wird dem Satz allzu oft von Leuten unterlegt, die ihn heute zitieren). Er enthielt vielmehr eine deutliche und unmittelbare politische Botschaft über die Aufgabe der Arbeiterklasse, ihre eigene Geschichte zu machen, eine Botschaft die auf das Herz des sozialistischen Projekts, die Selbst-Emanzipation der Arbeiterklasse, zielte.

Heute liegen die Dinge anders. Nicht nur aus dem offensichtlichen Grund, daß die Idee des Sozialismus, vom Konzept der Klassen und des Klassenkampfs nicht zu reden, selbst von wesentlichen Teilen der Linken in Frage gestellt wird, sondern auch weil die Linke das Handwerk des Historikers als politisches Projekt aus den Augen verliert. Daher muß eine Würdigung von Thompsons Werk heute mehr leisten als nur an den gewaltigen Einfluß erinnern, den es auf die Geschichte der Arbeiterklasse und auf die Sozialgeschichte allgemein gehabt hat, oder an seine Rolle bei der Erschaffung dessen, was oft die "neue Linke" genannt wird. Wir können nicht einmal voraussetzen, daß die Linken, und besonders die Intellektuellen, die politische Bedeutung der Geschichtsschreibung anerkennen.

Geschichtspolitik

und Kapitalismuskritik

Wenn ich von Geschichtspolitik spreche, habe ich nicht die Unterordnung der Geschichtswissenschaft unter vorgefaßte ideologische Festlegungen oder dergleichen im Sinn. Im Gegenteil. Ich spreche von Geschichtsschreibung als Kritik, als Weg, ideologische Festlegungen herauszuarbeiten, als Mittel, kritische Distanz zu dem zu erreichen, was allgemein als selbstverständlich hingenommen wird. Diese Art kritischer "Diskurs" ist heute nicht sehr in Mode. Aber ich denke, es geht um mehr, als daß Geschichte (und vielleicht sogar politische Ökonomie) durch, sagen wir, kulturelle Studien, den beliebtesten Diskurs linker Intellektueller, ersetzt wird. Ich denke, wir alle wissen, daß dies Teil eines größeren Bildes ist - das mangels eines besseren Wortes Postmoderne genannt wird, mit ihrer Ablehnung großer Darstellungen, totalisierenden Wissens, sogar von Vorstellungen von Kausalität usw. Auch das ist wiederum Teil eines größeren Bildes - das ich als allgemeine Unterwerfung unter das, was ist, charakterisieren würde. Und was ist, ist natürlich der Kapitalismus. Der Kapitalismus triumphiert und ist universell. Der Markt ist ein unvermeidliches Naturgesetz. Die Geschichte ist zu Ende.

Kapitalismuskritik ist aus der Mode gekommen - und hier gibt es ein seltsames Zusammentreffen, eine Art unheiliger Allianz von kapitalistischem Triumphalismus und sozialistischem Pessimismus. Der Triumph der Rechten spiegelt sich links als deutlicher Rückgang sozialistischer Bestrebungen. Linke Intellektuelle, wenn sie nicht gleich den Kapitalismus als beste aller möglichen Welten feiern, haben wenig Hoffnung auf mehr als etwas Raum in den Nischen des Kapitalismus; und sie hoffen bestenfalls auf lokalen und partikularen

Widerstand. Und es gibt einen weiteren sonderbaren Aspekt von alldem. Der Kapitalismus ist so universell, so selbstverständlich, daß er unsichtbar wird.

Nun haben wir sicher viel Anlaß zum Pessimismus. Aber es ist etwas Sonderbares an der Art, wie viele von uns reagieren. Wenn der Kapitalismus wirklich triumphiert hat, könnte man meinen, ist das, was wir jetzt mehr denn je brauchen, eine Kritik des Kapitalismus. Warum soll man jetzt Denkweisen feiern, die anscheinend nicht nur die Möglichkeit leugnen, den Kapitalismus zu überwinden, sondern sogar die, ihn kritisch zu begreifen. Wie sollen wir Zugang zum kritischen Verständnis des Kapitalismus erlangen, wenn wir von Denkweisen ausgehen, die nur Zufälligkeit, Fragmentierung, Differenz sehen, und jeder Idee von Kapitalismus als systemischer Einheit, jeder Idee von systemischer Logik, oder gar jeder Idee von Kausalität feindlich gegenüberstehen?

Ich denke wirklich, daß wir heute in einer noch nie da gewesenen Situation sind, einer Situation, wie wir sie in der gesamten Geschichte des Kapitalismus noch nicht erlebt haben. Wir erleben nicht einfach nur ein Defizit an Aktion oder das Fehlen der notwendigen Instrumentarien und Organisation des Kampfes. Wir wissen nicht nur nicht, wie wir gegen den Kapitalismus agieren sollen - wir vergessen sogar, wie wir gegen ihn denken sollen.

Anthropologische Distanz zum Kapitalismus

Aus diesem Grunde halte ich Thompsons historisches Projekt heute für wichtiger als jemals zuvor. Dies könnte das wichtigste politische Vermächtnis seines historischen Werks sein - daß er mehr als jeder andere Historiker oder vielleicht sogar mehr als jeder andere Gelehrte oder Schriftsteller die Besonderheit, Historizität und Bekämpfbarkeit des Kapitalismus als ökonomisches, soziales und moralisches System herausstellte. Mir fällt niemand ein, der es besser versteht, die anthropologische Distanz zu erreichen, die eine Kritik des Kapitalismus erfordert; niemand, der das Anderssein des Kapitalismus deutlicher hervorheben könnte; niemand, der ihn uns besser als umkämpftes Gebiet zeigen könnte.

Thompson nimmt den Kapitalismus niemals als selbstverständlich hin. Er unterwirft sich nie seinen Voraussetzungen, wie es auch viele Marxisten getan haben. In seinem Werk stehen die kapitalistische Produktionsweise, ihre Kräfte und Produktionsverhältnisse in all ihrer Unverwechselbarkeit und Verschiedenheit, und sie erscheinen als wirkliche historische Produkte, als wirkliche soziale Praktiken, die immer in Bewegung und immer umkämpft sind.

So ist z.B. ein großer Teil seines Werks der Infragestellung der Marktrationalität gewidmet, deren Besonderheit und Historizität er zeigt - nicht einfach als Abstraktion, sondern als Gesamtheit sozialer Praktiken und moralischer Prinzipien. Das anschaulichste Beispiel ist sein klassischer Essay "The Moral Economy of the Crowd", wo er uns die Umkämpftheit der Marktrationalität beobachten läßt, in einem Prozeß, wo sich entgegenstehende Gebräuche und Erwartungen, abweichende Vorstellungen über das Subsistenzrecht widersetzen. Oder man betrachte seine Anstrengungen, die Definition von Wohlstand zu ändern und die kapitalistischen Definitionen zu bekämpfen.

Oder man nehme seinen Angriff auf das Konzept der "Industrialisierung", die Tendenz, Industrialisierung als einzelnen, neutralen, ahistorischen, technologisch determinierten Prozeß zu behandeln, und sein Bestehen auf der Besonderheit des industriellen Kapitalismus, als einer Entwicklung, die nicht einfach von einem neutralen Prozeß technologischen Fortschritts bestimmt wird, sondern von der spezifischen Logik des Kapitalismus und seiner spezifischen Art der Ausbeutung, seinem spezifischen Antrieb für Produktivität und Arbeitsdisziplin. Sein Essay Time, Work-Discipline and Industrial Capitalism ist eines der besten Beispiele dafür. Er vermittelt auf brillante Weise die Besonderheit des Kapitalismus, nicht nur die große Veränderung der Arbeitsweise und der damit verbundenen sozialen Beziehungen, sondern auch die damit einhergehenden gewaltigen existentiellen Veränderungen bei etwas so Fundamentalem wie unserem Erleben von Zeit.

Es muß hervorgehoben werden, daß Thompson keine nihilistische Dekonstruktion kapitalistischer Kategorien betreibt. Er behandelt sie als historisch bedingte Phänomene mit einer systemischen Wurzel in den spezifischen Eigentumsverhältnissen, die identifizierbaren Kausalitäten entsprechen, die aber auch von Menschen bekämpft werden können. Die Gegner des Kapitalismus haben sicherlich viele Kämpfe in der Geschichte verloren, aber sie können auch gewinnen.

Thompsons hauptsächliches politisches Vermächtnis als Historiker besteht also darin, daß er uns lehrt, auf nicht-kapitalistische Art zu denken und die Möglichkeit des Kampfes ins Auge zu fassen. Er akzeptiert, daß "wir niemals zur vorkapitalistischen menschlichen Natur zurückkehren werden", aber er fährt fort, "die Erinnerung daran, daß es alternative Bedürfnisse, Erwartungen, Kodizes gibt, kann unseren Sinn für die unserer Natur gegebene Bandbreite von Möglichkeiten neu schärfen." (1) Und die Erneuerung unseres Sinnes für die Bandbreite unserer Möglichkeiten ist zumindest ein Ausgangspunkt, um den universellen Triumph des Kapitalismus in Frage zu stellen.

Kalter Krieg und Umweg Friedensbewegung

Wie aber paßt sich seine Arbeit als Kampagnenpolitiker der Friedensbewegung ein? Als ich seinen Vortrag Beyond the Cold War wieder las (der für die BBC vorgesehen war, die ihn aus dem Programm strich), fiel mir etwas auf. Er sprach über den Kalten Krieg als Umweg, als Unterbrechung der gemeinsamen Geschichte Europas:

"Gehen wir zuerst zurück nicht zum Beginn des Kalten Krieges, sondern zu dem Moment, bevor er ausbrach. Meine eigene Generation ist die letzte, die diesen Moment als Erwachsene erlebte. Unsere Wahrnehmung ‚Europas` ist, bis zu diesem Tag, ein bißchen anders als die jüngerer Generationen. Für uns schließt Europa Warschau, Prag und Budapest ein, und, weiter entfernt, Leningrad und Moskau...

Die Jungen sind in einem gespaltenen Kontinent aufgewachsen. Der Kalte Krieg war eine allgemeine Bedingung, die schon vor der Zeit ihrer Geburt die grundlegenden Bedingungen der Politik und Ideologie schuf ... Aber er war nicht immer schon da. Ich will nicht behaupten, daß Europa vor dem Kalten Krieg in irgendeiner Weise, politisch oder kulturell, vereinigt war ... Dennoch existierten die brutalen Spaltungen zwischen den Europäern nicht als Bruch, der den Kontinent in zwei Hälften teilte. Sie verliefen tief innerhalb des politischen und kulturellen Lebens jedes Nationalstaats." (2)

Die gemeinsame europäische Geschichte, die Thompson und seine Generation vorhersahen, war das Voranschreiten des demokratischen Sozialismus. Diese gemeinsame Geschichte war vom Kalten Krieg und seiner Gefahr für das Überleben der Menschheit aus der Bahn geworfen worden. Deshalb war die Friedensbewegung - obwohl in Thompsons Augen ein notwendiger Umweg, sogar eine Überlebensfrage - nichtsdestoweniger ein Umweg. Und Thompson hoffte offensichtlich, daß die europäische Geschichte ihren Lauf wieder aufnehmen würde, was augenscheinlich bedeutete, ihre Aufmerksamkeit von Spaltungen zwischen geopolitischen Lagern weg und hin auf die Spaltungen innerhalb jeder europäischen Gesellschaft zu lenken, das Gebiet echter emanzipatorischer Kämpfe, insbesondere Klassenkämpfe.

Wenn Thompson glaubte, daß die Entgleisung der Geschichte durch den Kalten Krieg ihn dazu zwang, seine Aufmerksamkeit von diesen Kämpfen abzuwenden, so habe ich doch keinen Zweifel, daß er immer noch große Hoffnung in ihren erneuten Aufschwung setzte. Ich habe keinen Zweifel, daß er während seiner Jahre in der Friedensbewegung immer noch Hoffnung in das Projekt des demokratischen Sozialismus setzte oder daß die Klassenspaltungen und Klassenkämpfe immer noch im Zentrum dieses Projekts standen, wie Thompson es verstand. Die Art und Weise, wie der Kalte Krieg tatsächlich endete, die Art und Weise, wie "Europa" heute vereinigt wird, müssen ein Schlag für seine Hoffnungen auf einen Wiederbeginn der unterbrochenen Kämpfe gewesen sein. Aber da die Widersprüche des Kapitalismus in allen Teilen Europas und überall sonst immer offensichtlicher werden, dürften sich diese Hoffnungen wieder als berechtigt herausstellen; und die Menschen werden wieder lernen, nicht nur zu denken, sondern auch, zu handeln, zu leben und gegen den Kapitalismus zu kämpfen.

Ellen Meiksins Wood

Anmerkungen:

1) E.P. Thompson: Customs in Common, New York 1992, S. 15

2) E.P. Thompson: Beyond the Cold War, New York 1982, S. 3

Übersetzung: Js.

36. Vor 30 Jahren: Panzer in Prag

Autor: Kt. · Rubrik: Geschichte; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:34

In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 besetzten Truppen des Warschauer Pakts die Tschechoslowakei. Vor allem im Stadtbild von Prag waren Massen von sowjetischen Panzern präsent. Konfrontationen zwischen Menschenansammlungen und Panzerbesatzungen prägten in den folgenden Tagen die Nachrichten. Im Wesentlichen blieb es aber bei Wortgefechten; tatsächlich war nur ein Minimum an militärischer Gewalt erforderlich, um das Kräfteverhältnis ganz schnell zu klären, und die Truppen des Warschauer Pakts hielten sich präzise und diszipliniert an dieses Minimum. Die Gesamtzahl an Toten in jenen Tagen wird mit etwa 50 angegeben.

Nicht sowjetische Besatzungsbehörden waren es, die nach dem 21. August das Ende des sogenannten Prager Frühlings durchsetzten; tatsächlich griffen die Truppen aus der Sowjetunion und den anderen "Bruderländern" überhaupt nicht direkt in die Innenpolitik der CSSR ein. Es waren auch nicht willfährige tschechoslowakische Politiker, die diese Arbeit übernahmen. Man behauptete zwar, daß eine Gruppe aufrechter Marxisten-Leninisten in der KPC um die Intervention des Warschauer Pakts gebeten habe - aber niemand von ihnen trat damals namentlich in Erscheinung. Maßgebliche Politiker des Prager Frühlings, an erster Stelle auch Parteichef Alexander Dubcek, blieben nach dem 21. August 1968 zunächst im Amt und führten selbst die Demontage ihrer Reformpolitik aus. Offenbar hatten sie immer noch die Hoffnung, Teile davon auch über die Militärintervention hinwegretten zu können. Dieser Versuch mißlang jedoch vollständig; er demonstrierte letzten Endes nur wieder einmal die Vergeblichkeit und Fragwürdigkeit, unter solchen Voraussetzungen unbedingt "mitgestaltend" auf seinem Posten auszuharren.

Prager Frühling

Alexander Dubcek, Leiter der slowakischen Parteiorganisation, war vom ZK in den ersten Januartagen 1968 anstelle von Antonin Novotny zum Ersten Sekretär der KPC gewählt worden. Diese Ablösung erfolgte ohne öffentliche Begründung; es hieß lediglich, daß künftig das Amt des Parteichefs von dem des Staatspräsidenten - das Novotny noch bis zum März 1968 beibehielt - getrennt werden solle. Es machte aber keine Mühe, Novotnys "Sturz" als Teil eines Richtungsstreits in der Parteiführung über Weg und Tempo der Reformpolitik zu entschlüsseln.

Grundsätzlich zweifelte offenbar nicht einmal die KPdSU-Führung an der Notwendigkeit, den schon seit den 50er Jahren amtierenden, als unflexibel geltenden Novotny abzulösen und einen Strukturwandel, besonders auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Planung und Leitung, durchzuführen. Bei der Reformpolitik ging es aus sowjetischer Sicht gleichzeitig darum, durch kalkulierte und begrenzte Maßnahmen von oben den "verschiedensten kleinbürgerlichen, reformistischen, nationalistischen und anderen, dem Sozialismus feindlichen Ansichten und Stimmungen" zu begegnen, die sich in der Tschechoslowakei seit Mitte der 60er Jahre ausgebreitet hatten. Die gemeinten Tendenzen waren vor allem unter den Schriftstellern und anderen Künstlern, unter den Journalisten, Studenten und einem Teil der Akademiker sehr stark.

Auf dem Kongreß des Schriftstellerverbands Ende Juni 1967 war starke Kritik an der Kulturpolitik der KPC, aber auch allgemein an der "Korrumpierung durch die Macht" sowie (im Zusammenhang mit dem israelisch-arabischen Juni-Krieg) an der Nahostpolitik der sozialistischen Staaten vorgetragen worden. Das ZK der KPC hatte sich Ende September 1967 mit diesen Vorgängen befaßt und eine Reihe scharfer Maßnahmen beschlossen: Die Hauptträger der Kritik (die einige Monate später als literarische Wortführer des Prager Frühlings Auferstehung feiern sollten) wurden aus der Partei ausgeschlossen; das Präsidium des Schriftstellerverbands wurde aufgelöst und seine Zeitschrift unter Regierungskontrolle gestellt. Bald aber wurde deutlich, daß es über dieses repressive Vorgehen in der Führung der KPC keine wirkliche Einigkeit gab. Schon im Oktober 1967 richtete Novotny gegen Dubcek, der damals noch Parteichef in der Slowakei war, den Vorwurf, er führe in seinem Landesteil die Beschlüsse nicht durch.

Wenige Wochen nach der Ablösung Novotnys wurden die im September 1967 beschlossenen Maßnahmen aufgehoben: Der Schriftstellerverband durfte sich ein neues Präsidium wählen, das vor allem in der Person seines Vorsitzenden Eduard Goldstücker, eines bekannten Kafka-Spezialisten, eindeutig als parteikritisch

definiert war. Außerdem wurde dem Verband gestattet, eine neue Zeitschrift in eigener Verantwortung herauszugeben; das wurde die "Literarni Listy", sozusagen das künftige Zentralorgan aller Kräfte, die die Reformpolitik beschleunigen und radikalisieren wollten. Als sein Programm verkündete das Blatt den Übergang "von der totalitären Diktatur zur offenen Gesellschaft, zur Liquidierung des Machtmonopols und zur wirksamen Kontrolle der Machtelite durch freie Presse und öffentliche Meinung".

Es folgte eine Welle weiterer Rücktritte, Umbesetzungen und Neuernennungen. Besonders in den Bereichen Ideologie und Propaganda, Kultur sowie im Sicherheits- und Repressionsapparat fand ein massenhafter Austausch des Leitungspersonals statt. Abgelöst wurden im März/April 1968 u.a. die Führungen der Gewerkschaften, des Jugendverbands und des Dachverbands der Genossenschaften, der Innenminister und der Verteidigungsminister. Zugleich mit der Absetzung des "Chefideologen" Jiri Hendrich Anfang März wurde durch Beschluß des ZK-Präsidiums praktisch die Medienzensur abgeschafft.

Wichtige Veränderungen vollzogen sich auch in den Parteien der sogenannten Nationalen Front, die bis dahin ein ähnlich abhängiges und reduziertes Dasein gefristet hatten wie die Blockparteien in der DDR. Die katholische Volkspartei wählte ihren Vorsitzenden ab, beschloß die Ausarbeitung eines "christlich-sozialistischen Programms neuer Tendenz" und gab ihre Absicht bekannt, Kontakte zu allen christlich-demokratischen Parteien aufzunehmen. Auch die Sozialistische Partei tauschte ihre Leitung aus.

Anfang April 1968 nahm das ZK der KPC ein "Aktionsprogramm" als Grundlage der weiteren Reformpolitik an. Proklamiert wurde dort u.a. die Gewährleistung der Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, "um gesetzlich garantierte Möglichkeiten zu schaffen, freiwillige Organisationen, Interessengemeinschaften, Verbände usw. zu bilden (...), die keinen bürokratischen Einschränkungen durch monopolisierte Rechte irgendwelcher Organisationen unterliegen". Auch die Meinungsfreiheit sollte gesichert werden. "In der Presse muß es möglich sein, andere Ansichten als die offiziellen des Staates, der Parteiorgane und der Publizistik zu vertreten." Die BürgerInnen sollten ohne Einschränkungen ins Ausland reisen können. Die Nationale Front sollte zu einem echten Kontroll- und Beschlußinstrument anstelle eines bloßen Akklamationsorgans der KP werden. Den Unternehmen sollte "relative Unabhängigkeit von den Staatsorganen" eingeräumt werden, und die Gewerkschaften sollten zu wirklichen, selbständig agierenden Interessenvertretungen der Arbeiter werden.

Die "Bruderparteien" werden unruhig

Dieses Programm und überhaupt die Praxis der tschechoslowakischen Reformpolitik widersprachen so grundsätzlich den traditionellen Herschaftsmethoden aller "Bruderparteien", daß sie dort zwangsläufig größte Besorgnis hervorriefen. Am meisten sorgte sich, auch das durchaus nicht überraschend, die SED, die der KPC-Führung schon auf einem Treffen in Dresden im März 1968 ihren entschiedenen Widerspruch vorgetragen hatten. Nachdem SED-"Chefideologe" Kurt Hager diese Kritik Ende März auch öffentlich formuliert hatte, gab es in den Medien der CSSR einen Sturm der Empörung. "Wir regeln unsere Angelegenheiten selber", schrieb sogar das Zentralorgan der KPC. Die "unberechtigte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der CSSR", die zudem in einem beleidigenden Ton vorgetragen worden sei, wurde auch zum Anlaß eines offiziellen diplomatischen Protests. Der Streit mit den "Bruderparteien" war eröffnet.

Anfang Mai 1968 reiste Dubcek zu Gesprächen nach Moskau. Offiziell verlautete lediglich, man habe "in freimütiger kameradschaftlicher Atmosphäre" miteinander gesprochen, aber Dubcek ließ sich nach seiner Rückkehr in einem Interview immerhin den Hinweis entlocken, die sowjetischen Freunde hätten ihre Besorgnis geäußert, daß der Reform- und Demokratisierungsprozeß gegen den Sozialismus und gegen die Sowjetunion mißbraucht werden könnte. "Prawda" und "Iswestija" wurden wenige Tage später sehr viel deutlicher: Demokratisierung und Liberalisierung seien "raffinierte Losungen unserer Feinde aus dem imperialistischen Lager", um die führende Rolle der Partei und die Einheit der Werktätigen in den sozialistischen Ländern zu schwächen und zu zerstören. Die Parole der Nichteinmischung sei "eine Frucht der bürgerlichen Ideologie und gefährlich für das Schicksal des Sozialismus".

Vom 20. bis 30. Juni fanden Kommandostabsübungen des Warschauer Pakts u.a. auf dem Gebiet der CSSR statt, die erhebliche Beunruhigung in den tschechoslowakischen Medien hervorriefen. Willy Brandt, damals Bundesaußenminister, behauptete, ihm lägen Informationen vor, daß 10.000 bis12.000 Soldaten dauerhaft in der CSSR stationiert werden sollten.

2000 Worte

Am 27. Juni wurde in mehreren tschechoslowakischen Zeitschriften gleichzeitig der Artikel "2000 Worte" von Ludvik Vaculik veröffentlicht, der die Unterschriften von rund 70 weiteren bekannten Vorkämpfern des Prager Frühlings trug. Der Text enthielt zum einen eine vernichtende Kritik der Politik der KPC bis zur Einleitung der Reformpolitik. Er forderte zweitens eine Beschleunigung und Ausweitung des Reform- und Demokratisierungsprozesses: Kampagnen und Kampfmaßnahmen gegen alle Leute, "die ihre Macht mißbraucht haben"; Bildung von "Bürgerausschüssen" als faktisches oppositionelles Netzwerk; massive Einflußnahme auf die Bezirks- und Ortspresse, u.a. durch die Einsetzung von "Redaktionsräten"; Aufstellung eines eigenen "Ordnerdienstes" zum Schutz von Veranstaltungen.

Der Artikel nahm drittens zu den Vermutungen Stellung, "daß ausländische Kräfte in unsere Entwicklung eingreifen könnten". Für diesen Fall hieß es, man solle der Regierung "zu verstehen geben, daß wir notfalls mit der Waffe hinter ihr stehen werden, solange sie das tun wird, wofür wir ihr unser Mandat geben werden". Zugleich wurde gegenüber den sozialistischen Ländern versichert, daß die CSSR alle Verträge einhalten werde.

Die Führung der KPC wies die "Erklärung der 2000 Worte" noch am Tag ihres Erscheinens in scharfer Form zurück. Den Verfassern und Unterzeichnern wurden zwar "gute Absichten" zugestanden, aber das Manifest wurde zugleich als "ernste Gefährdung der neuen Politik" und objektiv provokatorisch kritisiert. Im gleichen Sinn äußerte sich am nächsten Tag Ministerpräsident Cernik in einer Regierungserklärung, die vom Parlament einstimmig gebilligt wurde.

Die KPdSU ließ sich mit einer öffentlichen Antwort bis zum 11. Juli Zeit. An diesem Tag veröffentlichte die "Prawda" einen Artikel, in dem der 2000-Worte-Artikel als "Beweis für das Aktivwerden der rechten und ausgesprochen konterrevolutionären Kräfte" in der CSSR bezeichnet wurde, "die offenkundig mit der imperialistischen Reaktion liiert sind". "Einzelne Funktionäre der CSSR" (die aber namentlich nicht genannt wurden) hätten mit zwiespältigen Erklärung die Gefährlichkeit der "2000 Worte" zu verkleinern versucht. Zugleich wurde an die KPC die Erwartung gerichtet, "den reaktionären antisozialistischen Kräften eine entschiedene Abfuhr zu erteilen".

Am 14. und 15. Juli 1968 trafen sich die Chefs der "Bruderparteien" ohne Beteiligung der Tschechoslowaken in Warschau, um einen Brief an das ZK der KPC abzusegnen: "Die Entwicklung der Ereignisse in Ihrem Lande beunruhigt uns zutiefst. Die vom Imperialismus unterstützte Offensive der Reaktion gegen Ihre Partei und gegen die Grundlagen der Gesellschaftsordnung der CSSR birgt nach unserer ernsten Überzeugung die Gefahr in sich, daß Ihr Land vom Wege des Sozialismus abgedrängt wird und folglich die Interessen des ganzen sozialistischen Systems bedroht werden." Die Gefahr einer Lostrennung der CSSR von der sozialistischen Gemeinschaft werde man nicht hinnehmen.

Das Präsidium des ZK der KPC antwortete am 18. Juli: Es gebe zwar negative Tendenzen in der CSSR, man verstehe auch die Besorgnis der "Bruderparteien", aber für die Bezeichnung der gegenwärtigen Lage als konterrevolutionär und für Warnungen vor einer unmittelbaren Gefährdung der sozialistischen Ordnung gebe es keine reale Ursache. Die "Brüderparteien" könnten den Interessen des Sozialismus am besten dienen, indem sie der Politik der KPC vertrauten und diese voll und ganz unterstützten.

Auf diesen Briefwechsel folgte am 29. Juli bis 1. August ein Spitzentreffen zwischen KPC und KPdSU in dem tschechoslowakischen Ort Cierna nad Tisou und am 3. August eine Konferenz aller "Bruderparteien" in Bratislava. Das offizielle Kommunique enthielt scharfe Worte gegen den westdeutschen Revanchismus, Militarismus und Neonazismus, war aber in praktischer Hinsicht absolut nichtssagend. Dubcek wandte sich anschließend in einer Rundfunk- und Fernsehansprache an die Bevölkerung: Es gebe "keinen Grund für Sorgen über unsere Souveränität". Die Gespräche hätten "weiteren notwendigen Raum für unseren sozialistischen Erneuerungsprozeß erschlossen". Außer dem veröffentlichten Kommunique seien keine anderen Beschlüsse gefaßt worden. "Sorgen in dieser Hinsicht sind wirklich unbegründet."

Zwei Wochen später rollten die Panzer über die tschechoslowakische Grenze. Dubcek stellte sich zur Verfügung, "um Schlimmeres zu verhüten" - so lange, bis von der Reformpolitik nichts mehr übrig war und man auf seine weitere Mitwirkung verzichten konnte. Im April 1969 wurde er als Parteichef abgesetzt, im September 1969 aus dem Parteipräsidium ausgeschlossen

Einbahnstraße -

wenden verboten!

Die tschechoslowakische Reformpolitik wurde als Bemühen zu einem "Sozialismus mit menschlichen Antlitz" verklärt. Daß dies auch in Medien geschah, die zum Sozialismus ein absolut negatives und zur Menschlichkeit ein zumindest zwiespältiges Verhältnis hatten, mußte von vornherein Anlaß zu Zweifeln sein. Das Spiel wiederholte sich etliche Jahre später anläßlich der Gorbatschowschen Perestroika- und Glasnost-Versprechungen. Anscheinend war die Rettung des Sozialismus durch demokratische Erneuerung ein echtes Herzensanliegen der Politiker und Agitatoren des Kapitals.

Beide Versuche, das realsozialistische Staats- und Gesellschaftssystem zu reformieren, ohne es entscheidend zu beschädigen, unterlagen dem gleichen Irrtum: Daß es möglich sein könnte, sich irgendwo zwischen monopolistischem Führungsanspruch einer Partei und einem echten Parteien- und Meinungspluralismus dauerhaft einzurichten. Wenn man die freie Gründung von Organisationen zuläßt, wird man letzten Endes auch die Entstehung von Oppositionsparteien ertragen müssen. Diese wiederum machen letzten Endes nur in Verbindung mit freien Wahlen Sinn, die zumindest hypothetisch auch die Möglichkeit eines Wechsels enthalten müssen.

Dagegen stand das für allgemeinverbindlich erklärte Modell der Sowjetunion, das selbst vor minimalen Risiken, etwa auf dem Gebiet der politischen Meinungsfreiheit, zurückschreckte. Hierbei war auch zu beachten, daß Konzessionen, die vielleicht in dem einen Land zu verkraften gewesen wären, als Beispiel auf das Nachbarland verheerend wirken konnten - hier konkret auf die DDR bezogen. Nach der Methode "Das langsamste Schiff bestimmt das Tempo des Konvois" mußte sich das Ausmaß möglicher Reformen an dem Staat mit der prekärsten innenpolitischen Situation orientieren.

Gemäß der Doktrin des Warschauer Pakts gab es für jedes Land, das irgendwann einmal, unter welchen Voraussetzungen und auf welchem Weg auch immer, Teil der "sozialistischen Staatengemeinschaft" geworden war, unter gar keinen Umständen mehr die Möglichkeit eines Wechsels. Denn jeder Wechsel hätte, so wurde zumindest argumentiert, nicht nur eine Schwächung des sozialistischen Lagers insgesamt bedeutet, sondern auch über kurz oder lang das prekäre Gleichgewicht zerstört, auf dem der sogenannte Weltfrieden - das heißt die Abwesenheit direkter militärischer Konflikte zwischen NATO und Warschauer Pakt - beruhte. Daraus ergab sich nicht nur das Recht der "sozialistischen Staatengemeinschaft", gegebenenfalls mit einer Militärintervention die Notbremse gegen unerwünschte Entwicklungen zu ziehen, sondern sogar die Pflicht zu einem solchen Eingreifen, sobald dieses als letzte Möglichkeit angesehen wurde, das "Herausbrechen" irgendeines Staates aus dem Block zu verhindern.

Dieses Zwangsmodell machte den Sozialismus in allen Ländern, in denen er noch nicht an der Macht war, denkbar unattraktiv, denn die Menschen lassen sich nur sehr ungern für alle Zeiten die Entscheidung über einen Wechsel abnehmen. Die meisten kommunistischen Parteien in der kapitalistischen Welt, die noch über einen echten Massenanhang verfügten, waren bemüht, sich vom Vorgehen des Warschauer Pakts hinreichend zu distanzieren.

Hat die Militärintervention die Existenz des realsozialistischen Blocks um 20 Jahre verlängert? Oder trifft die gegenteilige These zu, daß 1968 die letzte Chance verpaßt worden sei, den Sozialismus aus eigener Kraft zu reformieren und damit seinen Zusammenbruch abzuwenden? Die Fragestellung ist hypothetisch, eine eindeutige Antwort nicht mehr möglich. Die Tatsachen deuten darauf hin, daß ohne jede gewaltsame Einmischung der "Bruderparteien" in der Tschechoslowakei eine pluralistische Parteienstruktur entstanden wäre, die bald auch zu freien Wahlen und vermutlich zu einem Wahlsieg der Opposition gedrängt hätte.

Die Führung der KPC war völlig uneinheitlich in ihren Absichten - wie die individuellen Entwicklungen nach dem August 1968 ganz klar zeigten - und verfügte über kein gemeinsames Konzept, keine gemeinsame Strategie und Taktik. Sie befand sich in der Notwendigkeit, sich einerseits das Vertrauen der tschechoslowakischen Massen, andererseits aber auch das der "Bruderparteien" immer wieder sichern zu müssen. Dieser Spagat war glaubwürdig überhaupt nicht zu leisten, sondern bedeutete, daß man nach beiden Seiten hin die Unwahrheit sagte und wider besseres Wissen sprach. Im Grunde folgten die maßgeblichen Führer der KPC kaum noch eigenen Plänen, sondern nur der Logik des größeren Drucks. Die "Bruderparteien" reagierten auf diese Situation, indem sie den Druck immer mehr steigerten, damit aber auch die Verhältnisse in

der CSSR immer mehr polarisierten und radikalisierten. Aber sie hatten ihrerseits absolut kein Konzept, um die Zeit, die sie vielleicht durch die Militärintervention gewannen, für eine Neuorientierung ihrer Politik zu nutzen.

Kt.

37. Erinnerung an eine vielschichtige Persönlichkeit: Hanns Eisler (Interview mit Maren Köster)

Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:09

Zum 100. Geburtstag von Hanns Eisler wurde in der Akademie der Künste in Berlin eine Ausstellung mit dem Titel "'s müßt dem Himmel Höllenangst werden" gezeigt. Mit der Kuratorin der Ausstellung, der Musikwissenschaftlerin Maren Köster, sprach Georg Wißmeier.

ak: "Wenn ich 1990 vergessen sein werde, wird es eine gute Zeit sein, voll des Überflusses, des Spaßes und der Denkkraft", schrieb Hanns Eisler 1953. Eisler scheint in seiner Selbsteinschätzung recht gehabt zu haben. In diesem Jahr allerdings stößt man, wenn auch nicht allzu oft, wieder auf Eisler.

Maren Köster: Wahrgenommen wird er natürlich anläßlich seines 100. Geburtstages überall. Zum Jubiläum wird er mehr als genug zelebriert, und ich frage mich manchmal, was das mit Eisler zu tun hat, was da zelebriert wird.

Um 1990 war Eisler tatsächlich vergessen, weil er besetzt war mit Bildern des Kalten Krieges, als Komponist der DDR-Nationalhymne: Eisler quasi als Staatskomponist der DDR wurde abgelehnt im Westen, wurde abgelehnt im Osten, weil man lieber einen Eisler gehabt hätte, der sich viel stärker an der Schönberg-Schule orientierte. Mit den Eisler-Kompositionen der fünfziger Jahre konnte man wegen ihrer Traditionalität nicht mehr viel anfangen. Insofern war Eisler im Osten wie im Westen vergessen, abgelehnt, abgegriffen, zu oft geehrt und dadurch uninteressant geworden. Mittlerweile wird Eisler wiederentdeckt sowohl als politische, als auch als Kulturpersönlichkeit dieses Jahrhunderts, mit all ihren Widersprüchlichkeiten. Mir scheint jetzt die Zeit günstig zu sein, Eislers Vielfältigkeit wieder zu entdecken - die Vielfältigkeit, die sich in der Person Eislers verbindet, und nicht entweder den Agitpropkomponisten oder den Schönbergschüler oder den Filmkomponisten.

Diese Vielfältigkeit läßt sich auch in Schaffensperioden unterteilen. Georg Knepler (1) unterscheidet vier Phasen: Die Schönbergphase, die klassenkämpferische Phase, die Exilphase und dann die DDR-Phase.

Ja und nein. Ich würde diese Abgrenzung so nicht vornehmen, weil es in jeder biographischen Phase mehr oder weniger stark unterschiedliche Arten zu komponieren, unterschiedliche Formen des Umgangs mit Musik gegeben hat. Diese biographischen Daten gibt es, eng verbunden mit historischen Daten. 1926 der Bruch mit Schönberg, 1933 der Beginn der Exilzeit, 1948 die erzwungene Ausreise aus den USA. Was das Werk selbst anbelangt, sollte das Schubladendenken aufgegeben werden. In der Exilzeit in den USA war Eisler nicht nur Filmkomponist, sondern schrieb auch politische Lieder, die er unter Pseudonym veröffentlichen mußte, denn es war seit Ende der dreißiger Jahren für politische Immigranten problematisch, unter eigenem Namen aufzutreten. Es entstanden aber in dieser Zeit auch experimentelle Formen der Filmmusik. So erprobte Eisler mit Adorno zusammen die Möglichkeiten moderner Zwölftonkompositionen in der Kombination mit experimentellen Filmen.

Wird diese Vielschichtigkeit - bleibt man bei dem Phasenmodell - auch in seiner klassenkämpferischen Phase deutlich?

Die heiße Phase der klassenkämpferischen Musik dauerte nur von 1928/29 bis 1932. Es gibt, insbesondere in der Übergangszeit zu dieser sogenannten Kampfmusik, Kompositionen, die sehr stark die Schönbergschule spüren lassen. Es gibt Versuche, politische und sozialkritische Texte mit viel Atonalität zu vertonen. Aus der Zeit gibt es ein leider unvollendetes Opernprojekt: die 150-Mark-Oper. Eisler versuchte immer, den politischen Willen und seinen künstlerischen Anspruch zusammenzubringen.

Der Reiz des Unvereinbaren

Vieles deutet aber doch darauf hin, daß Eisler zwar diesen Anspruch mit sich herumtrug, an der konkreten Umsetzung aber immer wieder scheiterte.

Ich würde das nicht Scheitern nennen. Der Reiz Eislers resultiert gerade aus dieser Reibung und der teilweisen Unvereinbarkeit. Mit dem Anspruch, massenhaft verstanden zu werden, massenhaft verbreitete

politische Kunst zu schreiben, konnte er natürlich nicht die avanciertesten Kunstformen verbinden. Trotzdem wollte er sich immer an den höchsten musikalischen Ansprüchen messen lassen. Dieses Wechselspiel zwischen den kompliziertesten und den einfachsten Formen macht den Eisler so spannend. Die Musik lebt aus der Widersprüchlichkeit, daß es gerade eben nicht aufgeht. Eisler schrieb keine glatte, schlichte, eindeutige Musik.

Hat Eisler es denn geschafft, die Bevölkerung der DDR an die neue Musik heranzuführen? Vieles war sehr leicht eingängig, teilweise kann man den Eindruck gewinnen, es ließe sich in diesen Stücken die Dummheit in der Musik wiederfinden, gegen die Eisler immer vehement argumentierte.

Manche Lieder sind sehr banal, ja. Manche Lieder sind schlichtweg Gelegenheitslieder, die für die Tagesaktualität geschrieben wurden und auch nichts anderes erfüllen sollten. Am ehesten ließ sich der Anspruch bei Film- und Bühnenmusik verbinden. Offenbar ist in der Verbindung mit Bildern im Film eine komplizierte musikalische Struktur viel leichter aufzunehmen. Da wird zwölftönige Musik problemlos rezipiert, ohne überhaupt als moderne Musik wahrgenommen zu werden. Eisler hat sich in bestimmte Medien hinein begeben, die solche komplizierten musikalischen Strukturen auffangen konnten. Das Experimentieren mit dem Medium Rundfunk gehörte in den zwanziger Jahren auch dazu. Andererseits hat er sehr bewußt für konkrete Situationen, für ein konkretes Publikum, für konkrete Musiker geschrieben. Eisler hatte keine Probleme damit, völlig gegensätzliche Stile jeweils dort anzubringen, wo sie ihm sinnvoll erschienen, und sie so anzuwenden, wie sie ihm sinnvoll erschienen.

Eisler landete 1948 mehr oder weniger freiwillig in Ostberlin. Er stand zwar als Kommunist zur SBZ/DDR, wäre aber nach seiner Quasi-Ausweisung aus den USA lieber nach Wien gegangen.

Ich denke, es ist kein Widerspruch, eher weniger freiwillig nach Ostberlin gekommen zu sein und sich trotzdem nach außen hin loyal zu verhalten. Seine Hoffnung auf fundamentale gesellschaftliche Veränderungen sah er nur im Osten als erfüllbar an. Er wäre aber sicher noch gerne eine Zeitlang in den USA geblieben, was ja nicht mehr möglich war wegen der Verfolgung politischer Künstler. Eisler war der erste Künstler, der so massiv angegriffen wurde. Dadurch war ihm im Westen die Möglichkeit verbaut, eine etablierte Stelle zu bekommen. Ostberlin bot ihm diese Möglichkeiten.

Lieder für die FDJ und Streit um die Faustus-Oper

In der ersten Zeit in der DDR komponierte er die "Neuen Deutschen Volkslieder" (2). Wie beurteilst du deren Bedeutung und Stellenwert?

Ich weiß, daß es besonders in der westdeutschen Linken nicht gerne gehört wird, überhaupt nur ein positives Wort über die "Neuen Deutschen Volkslieder" zu sagen. Ich möchte es trotzdem versuchen. Sie sind ein wichtiges historisches Dokument. Sie sagen etwas aus über die Situation in diesem Ruinendeutschland. Sie stellen den Versuch dar, für diese Leute mit ihren Nazi-Erfahrungen, mit ihren Kriegserfahrungen etwas ganz leicht Verständliches zu schreiben. Etwas Singbares für die deutschen Jugendlichen, die davor Hitlerjugend waren. Es war der Versuch, Lieder zu finden, die wirklich funktionierten nach dem ganzen Nazikram. Und diese Lieder haben funktioniert; sie sind massenhaft gesungen worden, und nicht nur innerhalb der FDJ. Sie waren auf alle Fälle besser als die Lieder zuvor. Eisler hat einen Ton gefunden, der funktionierte, der angenommen wurde. Es geht mir nicht darum diese Lieder in den Konzertsaal zurückzuholen oder sie gar selbst zu singen. Zum Kennenlernen eines Zeitgefühls sind die Lieder sehr aussagekräftig.

Das nationale Pathos in den Texten dieser Lieder hat Eisler, den Komponisten der DDR-Nationalhymne, letztendlich auch nicht vor dem Vorwurf bewahrt, er sei Kosmopolit und antinational; Vorwürfe, die gegen Eisler wegen seines Faustus-Librettos erhoben wurden.

Das mit dem Kosmopolitismusvorwurf aus der Faustusdebatte (3) ist typisch für diese Zeit. Innerhalb von kurzen Zeitspannen konnten Einschätzungen, konnten Vorwürfe umkippen. Im Falle von Eisler sollte der kritische Intellektuelle diszipliniert werden. Zu Beginn der DDR gab es noch viele Spielräume. Das kippte, es begann der massive Druck, der Anspruch an die Künstler, sozialistischen Realismus zu schreiben, nicht mehr dieses unverständliche moderne Zeug abzuliefern. Es sollte für den sozialistischen Aufbau und für nichts anderes geschrieben werden. 1952/53 war die schärfste Phase der Disziplinierungsversuche gegen Künstler und gegen allzu quer denkende Intellektuelle.

Eisler wollte den Faustus als Oper schreiben. Dazu kam es nicht mehr. Meistens wird behauptet, Eisler hätte sein Werk aufgrund der Auseinandersetzung um sein Libretto nicht mehr zu Ende gebracht.

Eisler hat mit seinem Faustustext eine literarische Arbeit sehr erfolgreich beendet. Er war über dieses 1952 beendete Werk sehr glücklich; er hatte ein richtiges Erfolgsgefühl. Überall hat Eisler seinen Text gezeigt, ihn an Thomas Mann geschickt, an Feuchtwanger, an Brecht sowieso. Ich vertrete die These, daß diese literarische Arbeit nicht mit seinem sonstigen kunstpolitischen Anspruch "belastet" war. In diesem seinen nicht ureigenen Bereich konnte er unbefangen ausprobieren. Kompositionsnotizen gibt es fast gar keine zu dieser Faust-Oper. Es gibt ein paar Gedanken, was diese Oper alles leisten soll; daraus wird ersichtlich, daß es ein monströses Projekt war. Eislers Text Johann Faustus wurde Ende 1952 zum Teil in Sinn und Form vorabgedruckt und erschien als schön gemachtes, in Leinen gebundenes Buch im Aufbau-Verlag. Erst danach fand die Faustusdebatte statt. Ich glaube, daß es nicht nur die Debatte um den Faustus war, die ihn vor allem sehr deprimiert hat, sondern weil sein Ansatz nicht verstanden worden ist. Ich glaube, daß Eisler auf der Suche war nach neuen musikalischen Formen für diese veränderte gesellschaftliche Situation und daß er für ein solches Großprojekt mit solch überhöhten Ansprüchen die musikalischen Lösungen nicht hatte. Er hat dieses Projekt wohl nie endgültig weggelegt, sondern hoffte immer auf die Lösung. Insofern glaube ich, daß die Faustusdebatte ihn sicher deprimiert und behindert hat, aber nicht der alleinige Grund ist, daß die Oper nicht komponiert wurde.

Mich würde doch noch interessieren, warum behauptet wird, Eisler habe nach der Faustusdebatte kaum noch etwas Brauchbares komponiert.

Einen Grund sehe ich darin, daß man sich den Eisler von jeglichem Stalinismus freihalten möchte und es von daher gut ins Bild paßt, daß Eisler unterdrückt wurde vom Politbüro; das wurde er auch. Eisler ist aber keine Repräsentationsfigur des Antistalinismus. Er hat den Versuch in der DDR mit getragen und mit gewollt. Den zweiten Grund sehe ich in der Musikgeschichtsschreibung, die musikgeschichtsfähige Stücke etwa an einer Moderne im Sinne von Adornos Philosophie der neuen Musik mißt. Eislers Versuch, Musik zu schreiben, die auf die besonderen Bedingungen der Gesellschaft der Nachkriegszeit reagierte, wurde nicht als Experiment, nicht als gute Musik akzeptiert. Der Rückgriff auf traditionelles Material und auf einfache Formen, auf Formen des 18. und 19. Jahrhunderts, wird aus einer Avantgardeperspektive, die nur gelten läßt, was musikalischen Avantgardeformen folgt, natürlich nicht ernst genommen.

Eislers Deutsche Sinfonie, die ja durchaus diesen avantgardistischen Ansprüchen genügte, ist nach dem Krieg zunächst nicht aufgeführt worden, sondern erst 1959. Als Grund für diese verspätete Uraufführung wird zumeist genannt, daß das Werk weitgehend zwölftönig sei und deshalb in den fünfziger Jahren in der DDR als formalistisch abgelehnt wurde. Ich glaube, daß Eisler selbst sie zunächst unmittelbar nach Ende des Faschismus und des Krieges in Deutschland nicht aufführen wollte, weil er tastend suchte, wie man mit diesen neuen Bedingungen umgehen konnte, wie man komponieren mußte. Viele Stücke in dieser Zeit sind brüchig. Man merkt die Unschlüssigkeit Eislers. Und in dem Sinne sind selbst die traditionellsten Ansätze mit ihrer Brüchigkeit und ihrer Unsicherheit musikalische Experimente. Eine solche Sichtweise zu akzeptieren, erfordert ein musikgeschichtliches Umdenken, indem man nicht nur gelten läßt, was Avantgardeströmungen folgt, sondern man Musik im gesellschaftlichen Kontext verfolgt.

Lob der Partei, Zweifel und Ernste Gesänge

Das Eislersche Spätwerk wiederum, die "Ernsten Gesänge", werden allseits gelobt. In der von dir konzipierten Ausstellung wird in den Hörbeispielen Eisler mit sich selbst konfrontiert, in dem "Du großes Wir" und Auszüge aus den "Ernsten Gesängen" direkt aufeinander folgend gespielt werden.

Eisler ist eine Persönlichkeit, an der deutlich wird, daß das Schwarz-Weiß-Denken nicht aufgeht. Es überzeugt nicht, weil es eine Vielschichtigkeit, eine Widersprüchlichkeit gibt und eine Widersprüchlichkeit, die sich in einer Person verbindet. Du großes Wir ist ein Choral für den 3. Parteitag der SED 1950. Ein Lob auf die Partei die "alles gegeben hat", ein Lob auf "Marx, Engels, Lenin, Stalin" (1956 geändert in "Marx, Engels Le-he-ni-hin"). Die Musik wurde 1950 entsetzlich langsam gespielt und bekam dadurch ein scheußliches Pathos. Das muß Eisler alles selbst schrecklich gefunden haben, obwohl er ein paar Tonpeitschen mit eingebaut hatte. Das Gegenstück hat Eisler in den Ernsten Gesängen komponiert in dem Lied über den XX. Parteitag der KPdSU. Ein stilles Stück, in dem die Frage offen bleibt: "Wird sich nun der Traum erfüllen/ derer die ihr Leben gaben/

für ein kaum erträumtes Glück/ Leben ohne Angst zu haben?" Auch Zweifel und die Verzweiflung angesichts der politischen Entwicklung in der ganzen kommunistischen Bewegung sind bei Eisler komponiert.

Diese Problematik greift er in seinen Gesprächen mit Bunge (4) gar nicht auf. Eisler äußert sich dazu nur in diesem musikalischen Endwerk, in den "Ernsten Gesängen".

Das ist ein interessanter Aspekt. Er sagt in den Gesprächen mit Bunge zu den Ernsten Gesängen, er wisse überhaupt nicht, warum er "das verdammte Zeug geschrieben" hat. Und er läßt es offen. Vielleicht ist es wirklich so, daß vieles, was er darin komponiert hat, mit historischem Abstand eine größere Deutlichkeit gewinnt als 1962. Heute wissen wir natürlich viel genauer, welche Dimensionen die Repression in der Sowjetunion hatte. Wir wissen viel mehr über das Ausmaß, als Eisler wohl überhaupt zu ahnen sich traute. Seine Lebensgefährtin Hedi Gutmann, mit der er vor 1933 zusammen war, emigrierte in die SU und ist dort geblieben. 1938 ist sie verhaftet worden und war dann zehn Jahre im Gulag und anschließend in der Verbannung. Sie konnte erst 1957 in die DDR zurückkehren, unter anderem mit Eislers Hilfe. Sie lebte dann anfangs bei Eisler, und er hat dafür gesorgt, daß sie wieder zu Kräften kam. Eisler wußte also aus seinem ganz persönlichem Umfeld, was in den sowjetischen Gulags passiert war.

Eisler hat sich insgesamt in dieser Frage nicht eindeutig zu Wort gemeldet. Auch als Dessau angegriffen wurde - in der Lukullus-Debatte (5) - hat er sich zurückgehalten und nicht Position ergriffen.

Wenn Eisler noch viele Jahre älter geworden wäre, hätte er zu vielen Dingen wahrscheinlich deutlichere Worte gefunden. Nun ist er aber 1962 gestorben, und es gibt letztendlich nur die Äußerungen aus den fünfziger Jahren, wo alle sehr sehr vorsichtig waren mit ihren Aussagen. Daß Eisler in die Lukullus-Debatte nicht eingegriffen hat, könnte damit zusammen hängen, daß er damals diese Musik gar nicht so geeignet fand für die Oper. Das ist aber nur eine der denkbaren Erklärungsmöglichkeiten. Erst im nachhinein wird der enorme Stellenwert der Lukullus- und der Faustusdebatte deutlich. Georg Knepler sagte mir, daß er während der Faustusdebatte gar nicht die historische Dimension erkannt habe, weil es so viele verrückte Angriffe gegeben habe. Es sei bis zu Verhaftungen von Intellektuellen gegangen; es gab die Versuche der Vereinheitlichung in der Kulturpolitik.

Wenn Bezug auf Eisler genommen wird, wird immer gerne auf seine Positionen im Kampf gegen die Dummheit in der Musik verwiesen. Eine Aussage, die sehr schwammig ist, die auch negativ besetzt ist, nämlich als Kampf gegen den ganzen Dreck und Schmutz in der Musik.

Der Begriff Dummheit in der Musik ist genauso beliebig wie der Vorwurf des Formalismus in der Musik. Das macht auch die Beliebtheit des Begriffs aus, daß er für jeden, der Eisler zitieren möchte, zu füllen ist mit dem jeweiligen Bedarf, was als dumm erklärt wird. Man muß sich den Eisler vorstellen, mit all seiner Impulsivität, diese wirbelnde Kugel, die er nun mal war, wenn der sich ereifert hat über Dummheit in der Musik, dann hat er das in der einen konkreten Situation so, in der anderen konkreten Situation anders gesagt, dann kann man das dem Eisler so abnehmen. Aber als immer wieder aufgewärmtes Zitat: "Wir schließen uns Eislers Kampf gegen die Dummheit in der Musik an" - das kann nicht zu vernünftigen Ergebnissen führen. Das führt immer auf Wege, daß man die eine Musik verdammt, die andere nicht. Vielmehr wäre im jeweiligen Fall zu fragen, wie eine Musik gebaut ist und wie sie sich anhört? Wie ist ein Text gebaut; wie wird die Musik verstanden? Das sind viel eher die Fragen die gestellt werden sollten. Die Pauschalurteile bringen in der kulturpolitischen Diskussion nicht weiter. So könnte man dem Eisler die Neuen Deutschen Volkslieder als Dummheit in der Musik vorwerfen, eben weil man den politischen und den historischen Kontext der komponierten Musik vergessen möchte.

Eisler neu entdecken!

Mit der Ausstellung "'s müßt dem Himmel Höllenangst werden" wurde der, wie ich finde, gelungene Versuch unternommen, Eisler dem heutigen Publikum lebendig werden zu lassen.

Ich habe versucht, einen Schritt weiter auf das Glatteis Eisler zu gehen. Ich habe versucht, das vielerorts falsch eingeschätzte Spätwerk Eislers anzugehen, und gefragt: Was passiert nach seiner Rückkehr aus der Emigration? Ich wollte ein Terrain bearbeiten, das bisher in der Eislerforschung keine besondere Rolle gespielt hat. Es war eine Möglichkeit, unbekannte Dinge zu zeigen, ohne das andere völlig weg zu lassen, denn die Situation der Remigranten ist nicht zu verstehen, wenn man sich nicht mit der Zeit davor beschäftigt.

In dem von dir herausgegebenen Sammelband befindet sich ein Beitrag von Eckard John, der darauf hinweist, daß sich heute mit Eisler nicht gegen rechte Gruppen wie Störkraft agieren läßt. Damit wird die Schwierigkeit benannt, daß, so wie Eisler heute rezipiert wird, er musikalisch tot ist. Oder er wird, wie auch von John gefordert, neu entdeckt und anders dargestellt.

Das würde ich genauso scharf formulieren wie John. Eisler muß vor den Heiligtumswächtern in Schutz genommen werden, wenn man Eisler neu entdecken will.

Gibt es die Möglichkeit der Herausbildung einer neuen Szene, die Eisler weiterentwickeln kann? Wer kann, wer wird Eisler in seinem 101. Lebensjahr noch anwenden?

Eisler anzuwenden heißt natürlich zu fragen: von wem, für wen? Diejenigen die ihn aus momentanen "Modegründen" gespielt haben, werden ihn im Plattenschrank hin und her stellen, den einen oder anderen Liederabend machen. Danach wird wieder vieles vergessen sein. Sobald der nächste Jubilar ansteht, und der könnte im Jahr 2000 Kurt Weill sein, wird Eisler ersetzt. Mit Eisler produktiv umzugehen - John wirft das auf und fragt, ob politische Musik nicht längst ganz andere Wege geht als Eislers Ansatz. Und da würde ich ihm zustimmen, weil auch die Zeit völlig anders ist als fünfziger Jahre oder gar die noch frühere Zeit.

Diese Frage ist sicherlich nicht von Musikwissenschaftlern zu lösen, sondern die Antwort könnte in erster Linie aus einer musikalischen Praxis kommen. Auf der "Hochkulturebene" gibt es ein sehr spannendes Projekt von Heiner Goebbels, der mit Tonbandausschnitten und einem Schauspieler eine Art Collage mit Eislermaterialien gemacht hat. Außerdem gibt es ein ganz spannendes Programm von Hans-Eckardt Wenzel, der auch mit einer Musiktheatercollage arbeitet. Diese Weiterentwicklungen von zwei Leuten ganz unterschiedlicher Richtung sind mir bekannt. Beide verwenden Eisler als Material für eine Collage, die sich mit Kulturgeschichte, Musikgeschichte und der Frage nach heutiger Aktualität auseinandersetzt, indem sie "respektlos" Eisler montieren und dadurch wiederum Eisler gerecht werden durch die Herstellung von neuen Bezügen. Das aber sind Ansätze, die sicher nicht für das von Eisler immer so sehr gesuchte Massenpublikum geeignet sind.

John stellt ja die provokante Frage, ob Eisler nicht im Rapdickicht zu suchen sei.

Wenn das Rapdickicht den Eisler findet und aus dem Eisler was macht, kann sein, daß sich da etwas Spannendes ergibt. Aber ich weiß nicht, ob der Rap den Eisler braucht oder der Eisler den Rap.

Anmerkungen:

1) Georg Knepler wurde 1906 in Wien geboren, lebte von 1934 bis 1946 im Exil in England. Von 1949 bis 1960 war er Rektor der Hochschule für Musik in Ostberlin, bis 1970 Direktor des Musikwissenschaftlichen Institutes an der Humboldt-Universität, bis 1982 Chefredakteur der "Beiträge zur Musikwissenschaft". "Schwierigkeiten mit dem Kennenlernen von Eislers Lebenswerk" heißt sein Beitrag in "'s müßt dem Himmel Höllenangst werden".

2) Im Gesang vom Lernen in den "Neuen Deutschen Volksliedern" lauten einige Zeilen: "Wir wollen das Schöne/ Uns machen zu eigen/ Und dienen dem Wahren/ Mit ganzer Kraft".

3) In insgesamt drei längeren ak-Artikeln von Knut Mellenthin wurde die DDR-Kulturpolitik der Jahre 1952/53 analysiert und beschrieben.: "Ein wahrhaffte und erschröckliche Geschicht" - Der Streit um Eislers Faust-Entwurf 1953 (ak 340 vom 11. März 1992, S. 32ff.); "Entartete Kunst" und "Heimatloser Kosmopolitismus" - Ein Kapitel DDR-Kulturpolitik (ak 341 vom 8. April 1992, S. 37f.) und "Paul Merker und die Juden" (ak 343 vom 3. Juni 1992, S. 27ff.). In der Auseinandersetzung um die Ausrichtung der DDR-Kulturpolitik spielten antijüdische Argumente eine Rolle. In der DDR wurde der Höhepunkt dieser Kampagne mit der Verurteilung der "Merker-Gruppe" 1952 erreicht.

4) "Hanns Eisler - Fragen Sie mehr über Brecht; Gespräche mit Hans Bunge" erschienen in der Sammlung Luchterhand, 1986; eigentlich waren diese Gespräche gedacht, um Zeitzeugen zu Brecht zu befragen. Hans Bunge war Dramaturgie- und Regieassistent bei Brecht am Berliner Ensemble. Die 14 im Zeitraum 1958 bis kurz vor Eislers Tod 1962 aufgezeichneten Gespräche zwischen Bunge und Eisler hatten längst nicht mehr nur Brecht zum Thema. Sie geben einen wunderbaren Blick auf die Persönlichkeit und das Denken Eislers.

5) Die Oper von Paul Dessau (Text von Brecht) "Das Verhör des Lukullus" war 1951 in die Kritik des ZK der SED geraten. Die Oper wurde als Musterfall des Formalismus angesehen. In ak 340 wird Formalismus wie

folgt definiert: "Sammelbegriff für künstlerische Stile und Arbeitsformen, die im Gegensatz zum ‚sozialistischen Realismus` stehen, beispielsweise abstrakte oder expressionistische Malerei. Der ‚Formalismus` wurde als Ausdruck spätbürgerlicher Dekadenz und als Instrument des Imperialismus zur Unterwanderung der sozialistischen Länder interpretiert." In einer Stellungnahme des ND vom 19. Dezember 1952 hieß es zu Dessaus Lukullus-Musik: "Es ist einleuchtend, daß eine solche Musik den Charakter der Deutschen Staatsoper als der führenden deutschen Musikinstitution zerstören muß, da sie in ihrer Tendenz volksfeindlich und antinational ist. Was ist der Erfolg eines solchen ‚musikalischen` Schaffens: Die Werktätigen haben kein Interesse daran und verspüren nicht die geringste Lust, sich so etwas anzuhören."

Zeitgleich zur Ausstellung gab Maren Köster einen sehr lesenswerten Sammelband in der Reihe Archive zur Musik des 20. Jahrhunderts heraus ("'s müßt dem Himmel Höllenangst werden"), der kontroverse und zur Diskussion anregende Beiträge umschließt. Das 304 Seiten starke Werk umfaßt schwerpunktmäßig musikwissenschaftliche Texte, die gut verständlich geschrieben sind und auch musikalischen Laien neue Blickwinkel auf Hanns Eisler ermöglichen. Erschienen ist der Band im Wolke Verlag, Hofheim und kostet im Buchhandel 48 DM. Zum Preis von 25 DM kann das Buch auch direkt bei der Akademie der Künste; Hanseatenweg 10, 10557 Berlin, Tel: 030-39076-172, Fax: 030-39076-175 oder e-mail: info@adk.de bestellt werden.

Ausstellungstermine:

6. September bis 10. Oktober Frankfurt/Oder Konzerthalle "Carl Philipp Emanuel Bach", Collegienstr. 8;

20. Oktober bis 20. November; Leipzig; Neues Gewandhaus

11. Dezember 1998 bis 2. Februar 1999 Wien; Literaturhaus

38. Das Ende der "normalen" Arbeit. Prekarisierung und Reproduktion der Arbeitskraft

Autor: Bündnis kritischer GewerksschafterInnen Ost/West · Rubrik: Sozialpolitik; Sozialbewegung; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:01

In ak 413 eröffnete Karl Heinz Roth die Debatte um die "neuen Arbeitsverhältnisse". Diese Diskussion wollen wir mit dem nachfolgenden Beitrag fortsetzen, der von sechs Kolleginnen und Kollegen der AG "Neue Heimat" aus dem Berliner "Bündnis kritischer GewerkschafterInnen Ost/West" erarbeitet worden ist. Das Diskussionspapier ist Ende Februar auf einer gemeinsamen Tagung der Zeitung express und des TIE-Bildungswerks zum Thema "Prekarisierung" zur Debatte gestellt worden. Die BerlinerInnen schreiben darin einleitend: "Wir haben zwar viele Stunden diskutiert, dennoch ist, zu unserem eigenen Erstaunen, am Ende kein einheitliches Ergebnis zustandegekommen. So liegt nun ein Text vor, der nicht nur verschiedene ‚Stile` vereint, sondern auch sehr unterschiedliche Positionen andeutet. Ein Teil unserer Kontroverse ist in Frageform am Ende jedes Abschnitts dokumentiert."

Unter dem Druck der Offensive des Kapitals findet eine weltweite Umstrukturierung der Klassenverhältnisse zwischen Bourgeoisie und Proletariat statt. In den Metropolen ist die Auflösung jenes Typs von Klassenbeziehungen bestimmend geworden, der weithin als "sozialstaatlicher Klassenkompromiß" bezeichnet wird. Sowohl in den sozialen Bewegungen als auch in der akademischen Diskussion werden mit dem Begriff Prekarisierung Phänomene der Veränderung von Arbeitsbeziehungen in den kapitalistischen Metropolen bezeichnet. Unter Arbeitsbeziehungen verstehen wir jene Beziehungen, die die Lohnabhängigen beim Verkauf ihrer Arbeitskraft an das Kapital, dem unmittelbaren Tausch von Arbeitskraft gegen Lohn, faktisch eingehen. Arbeitsbeziehungen sind deshalb nicht nur als juristische Verhältnisse zwischen den Klassen aufzufassen, sondern vielmehr als Einheit von juristischen und ökonomischen Verhältnissen. Erst das Zusammenwirken dieser beiden Verhältnisse führt zu einer jeweils spezifischen Form der Reproduktion von Arbeit und Kapital. Deshalb ist die Verwendung des Begriffs der Prekarisierung auch erst bei einer bestimmten Art der Kombination verschiedener Seiten der Veränderung von Arbeitsbeziehungen sinnvoll.

Das Phänomen Prekarisierung

Mit dem Begriff Prekarisierung werden üblicherweise jene Veränderungen der Arbeitsbeziehungen bezeichnet, die die Reproduktion der Lohnarbeitenden für sie "äußerst schwierig" - so die deutsche Übersetzung für das Wort "prekär" - machen, sich also von den bisher vorherrschenden Arbeitsbeziehungen wesentlich unterscheiden. Die Veränderungsprozesse der Arbeitsbeziehungen, die mit dem Begriff Prekarisierung beschrieben werden, beziehen sich darauf, daß ein zwar auch bisher schon existierender, aber in den kapitalistischen Metropolen der Nachkriegsära nicht vorherrschender und prägender Typ von Arbeitsbeziehungen nach Art und Umfang in neuer Dimension durchgesetzt wird. Diese Veränderungen der Arbeitsbeziehungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Abbau bisheriger Rechtssicherheiten und Durchsetzung von Rechtsunsicherheit für die Lohnabhängigen (kurzzeitige Einstellungen, absolute Willkür der Unternehmer, vor allem bei Entlassungen, aber auch bei der Verfügung über den Einsatz der Arbeitskraft hinsichtlich Arbeitsort, Art der Arbeit, Arbeitszeit).

- Durchsetzung von Arbeitsbeziehungen, die geprägt sind durch das Fehlen jeglicher tatsächlicher Schutzmacht der Lohnarbeitenden; sei es in Form von Gewerkschaften, Betriebsräten oder ähnlichen kollektiven Verteidigungseinrichtungen der Lohnabhängigen oder sei es auch in Gestalt des Staates. Das bedeutet: Die Lohnarbeitenden sind dem Diktat des Kapitals ausschließlich individuell ausgeliefert.

- Durchsetzung von Löhnen, die am oder unter dem gesellschaftlichen Existenzminimum liegen und deshalb die "arbeitenden Armen" (working poor) dazu zwingen, mehrere Jobs auszuüben, weil sie von einem einzigen nicht leben können.

- Die extreme Gefährdung der Lohnarbeitenden durch Arbeitsbedingungen, die ihre Gesundheit in einer nicht mehr für möglich gehaltenen Weise ruinieren; sei es durch fehlende Arbeitssicherheit und erhöhte Unfallgefahr, sei es durch fehlende Maßnahmen des Gesundheitsschutzes.

Die Gesamtheit dieser Prozesse und insbesondere deren Kombination weist darauf hin, daß es sich um solche Veränderungen der Arbeitsbeziehungen handelt, die die soziale Existenzunsicherheit und den täglichen Überlebenskampf der Lohnabhängigen erzwingen und zum bestimmenden Aspekt der Arbeitsbeziehungen machen. Aber erst das Zusammenwirken der verschiedenen Seiten der Arbeitsbeziehungen ergibt tatsächlich eine solche Konsequenz für die Lohnabhängigen. Der fehlende juristische oder kollektive Schutz und die Rechtsunsicherheit allein gestatten es noch nicht, von prekären Verhältnissen zu sprechen: Ein Softwarehersteller, der als Scheinselbständiger auf Honorarbasis sehr hohe Einkommen erzielt und volle Auftragsbücher über Jahre hinweg hat, ist zwar relativ rechtlos, aber seine ökonomische Situation schließt eine tägliche Existenzgefährdung dennoch weitgehend aus. Wie für Berufsgruppen, die aufgrund von Monopolstellungen am "Arbeitsmarkt" oder aufgrund der Konjunktur eine relative ökonomische Sicherheit erhoffen können, gibt es auch für ganze Wirtschaftszweige in Zeiten des Booms die faktische Zurückdrängung sozialer Existenzgefährdung der abhängig Beschäftigten, obgleich die rechtliche Situation prekär sein mag. Umgekehrt muß aber auch eine Lohnsenkung oder die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen noch nicht zu prekären Arbeitsbeziehungen führen.

Der Begriff der Prekarisierung

Das Wesen der Prekarisierung ist also nicht einfach mit der juristischen oder ökonomischen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, etwa der Absenkung des Werts der Ware Arbeitskraft oder der Intensivierung des Arbeits- und Ausbeutungsprozesses, identisch. Deshalb ist es notwendig, ein Kriterium anzugeben, nach dem bestimmte Veränderungen von Arbeitsbeziehungen als Prekarisierung bezeichnet werden. Arbeitsbeziehungen sollen dann prekär genannt werden, wenn sie die gesellschaftliche Reproduktion der Arbeitskraft gefährden. Durch die konsequente Ausrichtung des Begriffs der Prekarisierung an der Reproduktion der Ware Arbeitskraft lassen sich nicht nur prekäre von nicht-prekären Arbeitsbeziehungen unterscheiden: Prekarisierung ist vielmehr der gesellschaftliche Prozeß, in dem nicht-prekäre in prekäre Arbeitsbeziehungen verwandelt werden. Prekäre Arbeitsbeziehungen sind solche Arbeitsbeziehungen, die die prekäre soziale Existenz der Lohnabhängigen zur Folge haben.

Die Reproduktion der Arbeitskraft muß wie bei jeder anderen Ware sowohl wert- als auch gebrauchswertseitig erfolgen. In die Reproduktion dieser Ware gehen also sowohl die gesellschaftlich notwendigen Reproduktions- und Konsumtionsmittel und deren Werte mit ein als auch die spezifischen sozialen Formen ihrer Existenz. Die prekäre soziale Existenz von Lohnabhängigen kann deshalb ohne Analyse der spezifisch historischen Form der Reproduktion der lohnabhängigen Klasse als Ganzes nicht begriffen werden. Der Kampf gegen prekäre Arbeitsbeziehungen kann sich deshalb auch nicht nur auf verbesserte Arbeitsbeziehungen allein konzentrieren, sondern muß sich auf die Veränderung der Reproduktionsbedingungen der Lohnabhängigen in ihrer Gesamtheit richten. Zunehmende Bedeutung erhalten ganz wesentlich auch jene vom Lohnverhältnis abgeleiteten prekären Arbeitsbeziehungen, in denen der Staat als Ersatzunternehmer auf einem zweiten und dritten Arbeitsmarkt auftritt. Dort setzt er großflächig prekäre Arbeitsbeziehungen in Gestalt von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger durch.

Zum Verständnis der Prekarisierungsprozesse müssen also nicht nur logisch nicht-prekäre von prekären Arbeitsbeziehungen unterschieden werden. Prekarität ist vor allem eine historische Kategorie. Deshalb kann und muß auch die historische Richtung des gegenwärtigen Prozesses der Veränderung proletarischer Reproduktionsbedingungen insgesamt bestimmt werden. Nur dort, wo nicht-prekäre Arbeitsbeziehungen durch die lohnabhängige Klasse erkämpft wurden, wie in den Metropolen des Kapitals, kann deren Aufhebung durch prekäre Verhältnisse überhaupt sinnvoll als Prekarisierung definiert werden. Die Verwandlung von Bauern in Lohnarbeitende im Zuge der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals bedeutet zwar in der Regel ebenfalls deren Verwandlung in ein Proletariat mit prekärer sozialer Existenz. Doch der Prozeß, der sich heute in den Metropolen durchsetzt, ist gerade umgekehrt geprägt durch die Verwandlung eines nicht-prekären Proletariats in ein prekär existierendes.

Die Prekarisierung der Arbeitsbeziehungen ist allerdings nur eine Seite in dem komplexen Prozeß der Neustrukturierung des Metropolenproletariats im Zuge der Reorganisation des kapitalistischen Produktions- und Ausbeutungsprozesses. Unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen zeichnen sich unseres Erachtens zukünftig vier große Spaltungslinien ab:

- Die Schaffung einer Schicht von Lohnabhängigen, wie etwa "Symbolanalytikern" (jene Angestelltenelite, die den ökonomisch relevanten Informationsstrom steuert) und oberen Dienstleistern, die als hochqualifizierte Minderheit über relativ gesicherte und hochbezahlte Arbeitsplätze verfügt und die jene hochmotivierte Basis darstellt, deren "Gold in den Köpfen" für die Unternehmen erschlossen werden soll.

- Die Schaffung einer in sich nochmals differenzierten und hierarchisch abgestuften Schicht von ungesicherten und prekarisierten Lohnabhängigen, deren gemeinsames Merkmal es ist, daß ihre soziale Sicherheit weitgehend oder gar ausschließlich individuell organisiert werden muß.

- Die Existenz einer großen industriellen Reservearmee, deren Druck auf die Beschäftigten das nötige Zuchtmittel für deren Disziplinierung schafft.

- Eine pauperisierte Unterschicht, die ohne die Chance einer Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß die industrielle Reservearmee ihrerseits unter Druck hält.

Doch ob und in welchem Umfang sich diese Struktur der Lohnabhängigen und ihrer Spaltung durchsetzt, wird davon abhängen, ob nicht neue Klassenkämpfe andere gesellschaftliche Möglichkeiten eröffnen.

Durch unsere gesamte Diskussion zog sich die Kontroverse darüber, wie richtig und sinnvoll es sei, den Prozeß der Auflösung eines historisch bestimmten Typs von Arbeitsverhältnis - das sogenannte fordistische Normalarbeitsverhältnis - lediglich nach seiner prekären Seite hin zu betrachten. Die Kritiker der "Nur-Prekarisierungsdiskussion" brachten in Anschlag, daß damit, gewollt oder ungewollt, ein Schreckensszenario entworfen würde, das so aber nicht der Realität entspricht.

Wer ist prekär beschäftigt?

Als operationalisierende Bestimmung für die heutige Bundesrepublik bietet es sich unseres Erachtens an, unter prekären Beschäftigungsverhältnissen jene zu fassen,

- die entweder überhaupt nicht rechtlich oder tariflich geregelt sind, oder die materiell so schlecht tarifiert oder gesetzlich geregelt sind, daß dies nur eine Feigenblattfunktion hat;

- bei denen "Unstetigkeit" der Beschäftigung und Unsicherheit der Lebenslage entweder Voraussetzung oder Folge ist;

- die kaum sozialversicherungsrechtlich angebunden sind; die Beschäftigten sind also nicht sozialversichert;

- in denen kein existenzsicherndes Einkommen erzielt werden kann;

- in denen Beschäftigte nicht durch die normalen Institutionen nach dem Betriebsverfassungsgesetz o.ä. (Personalräte) vertreten sind, da ihnen die Betriebszugehörigkeit oder das innerbetriebliche Wahlrecht nicht zugestanden wird.

Eine besondere, hier nicht ausführlich bestimmte, Position innerhalb dieser prekären Beschäftigungsverhältnisse nehmen diejenigen Verhältnisse ein, die als öffentliche Arbeiten (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Lohnkostenzuschüsse, Hilfe zur Arbeit etc.) vergeben werden. Nur soviel: Oftmals dienen diese als Türöffner für die nächste Runde der Lohnsenkung.

Offen bleibt damit allerdings noch, ob und wenn ja, von welchem Grad der Prekarisierung an jene Beschäftigten dazugerechnet werden, die innerhalb des "Normalarbeitsverhältnisses" mit der zunehmenden Intensivierung der Arbeit und Rationalisierung konfrontiert sind. Immerhin führen auch diese Prozesse zu einem relativen und absoluten Wertverlust der Arbeitskraft und erhöhen den Ausbeutungsgrad erheblich. Hinzu kommt eine Masse von Lohnabhängigen, deren Arbeitsverhältnis befristet ist oder sonstwie vom "Normalarbeitsverhältnis" abweicht. Häufig erreichen die Löhne hier noch nicht einmal das gesetzlich oder tariflich garantierte Niveau. Infolgedessen sinkt für einen beträchtlichen Teil der Lohnabhängigen das historisch einmal erreichte Niveau der Reproduktion in- und außerhalb der Fabrik. Es fragt sich, ob eine solch globale Sicht der Dinge nicht auch einen entsprechend allgemeinen Begriff braucht. Insofern wurde der Vorschlag gemacht, unter Prekarisierung alle Vorgänge zu subsumieren, die sich in- und außerhalb des "Normalarbeitsverhältnisses" abspielen und die auf eine Verschlechterung der Lage der Lohnarbeitenden insgesamt abzielen.

Sehr schwierig erwies sich die Diskussion, als es darum ging, den Grad und die Qualität festzulegen, die es erlaubt, von einem prekären Arbeitsverhältnis zu sprechen. Ist es "schon" der VW-Arbeiter, den dank des letzten Tarifergebnisses erhebliche Lohneinbußen erwarten? Und ist es "noch" die Teilzeitarbeiterin, die, rechtlich abgesichert, ein gutes "Zubrot" für den Familienlohn nach Hause bringt? Kompliziert, oder?

Prekarisierung

und "Sozialstaat"

Die Antwort auf die Frage danach, wer oder was diesen Prekarisierungstrend ausgelöst hat, ist nicht ganz unwichtig für eine linke Gegenstrategie. Zwei Vorgänge, die in einem deutlich abhängigen Verhältnis stehen, müssen hier aus einem ganzen Ursachenbündel hervorgehoben werden:

Zum einen meinen wir die Umorganisierung der Produktion mit dem Ziel eines flexibleren und damit profitableren Einsatzes von Arbeitskraft und Maschinerie. Zu dieser Umorganisation gehört ebenfalls die Verlagerung von der gewerblichen Industrie, dem Zentrum der fordistischen Produktion, hin zur Dienstleistungsindustrie.

Zum anderen wollen wir die Veränderungen in den Beziehungen von (National-) Staat und "nationalem Kapital" betonen, welche in der Phase fordistisch organisierter Produktion in einem recht "innigen Verhältnis" standen. Jetzt dagegen zieht sich der Staat teilweise aus seiner Rolle als "Sozialpolitiker" zurück.

Die enorme Intensivierungs- und Rationalisierungswelle der kapitalistischen Produktion einschließlich der prekarisierungsfördernden Managementstrategien von Gruppenarbeit, KVP (Kontinuierlicher Verbesserungsprozeß) oder lean production hat weitgehende Folgen für die gesamte Lohnarbeit, auch außerhalb der Fabrik. Die hohe Produktivität infolge der neuen Ausbeutungskonzepte macht eine Masse von Menschen erwerbslos, bzw. sie stehen als flexible Arbeitskräfte dem Kapital zeitweise und nach Bedarf zur Verfügung. Verhältnisse, die den auf dem Bau herrschenden vergleichbar sind, nehmen zu! Diese Art der Ausnutzung der Arbeitskräfte zeigt einen höheren Grad der Verwertung durch das Kapital an. Es strukturiert - seinem spezifischen Bedarf entsprechend - das Arbeitskräftepotential stärker auch außerhalb des "Normalarbeitstages", etwa in Form von Zeitarbeit oder Scheinselbständigkeit. Und gerade jetzt, wo sie am meisten gebraucht würde, läßt die "Schutzfunktion" des Staates zu wünschen übrig. Der Zusammenhang zwischen einer Globalisierung des Kapitals und der Tatsache, daß der Staat seine "sozialen Aufgaben" nur ungenügend wahrnimmt, scheint evident. Dennoch bleibt hier Diskussionsbedarf:

Braucht das Kapital diese Funktion nicht mehr? Und wie realistisch oder sinnvoll ist es überhaupt, den Staat an seine bisher wenigstens in unseren Breiten eingenommene Funktion zu erinnern? Privatisierung - pfui! Verstaatlichung - hui? Weitere Fragen, die von uns kontrovers diskutiert wurden: Kann man aus diesem "Ursachenbündel" überhaupt ein oder zwei Vorgänge als bestimmende herausstreichen? Ist nicht beispielsweise die Differenzierung und Sättigung der Märkte mit "fordistischen Waren" (auch durch die mit dem Fordismus hervorgebrachte Individualisierung und damit einhergehender Veränderung von Konsummustern) ebenso entscheidend dafür, daß die Kapitale gezwungen sind, die Produktpalette zu diversifizieren und damit auch die Produktion zu flexibilisieren?

Kein Zurück zum "Normalarbeitsverhältnis"

Auch in den Hoch-Zeiten des "fordistischen Normalarbeitstages" gab es prekäre Arbeitsverhältnisse. Immer schon war ein rechtlich bzw. tariflich abgesichertes und zeitlich genau bestimmtes 8-Stunden-Arbeitsverhältnis nur für einen historisch recht kurzen Zeitraum und nur für einen begrenzten Teil der Lohnabhängigen gültig gewesen. Es sollte für die Reproduktion des Arbeiters (wie seiner Familie) ausreichen und dauerte meist ein Leben lang. In der Regel kamen in diesen "Genuß" männliche Facharbeiter in solchen Branchen, in denen ein kontinuierlicher Verwertungsprozeß organisiert werden konnte. Wo es der Kapitalseite aufgrund von "Verwertungsausfallzeiten" profitabler erschien, waren häufig prekäre Arbeitsverhältnisse angesagt, etwa in der Baubranche oder der Landwirtschaft. Frauen waren ohnehin aus der sogenannten Vollbeschäftigung überwiegend ausgeschlossen.

Und dennoch hatte dieser Typ des fordistischen Arbeitsregimes eine große Sogwirkung auf die ganze Gesellschaft. Hier war die Arbeitsproduktivität am höchsten, und so war dieser fordistische Produktionstyp bestimmend für das Gesamtniveau der gesellschaftlichen Reproduktion. Nicht zuletzt ist er maßgebliche

Quelle für ein Denken, das wir als "Arbeitszentriertheit" kritisieren. Wenn sich dieses Arbeitsregime heute in seiner dominierenden Stellung auflöst und eher die prekäre Seite des Lohnarbeitens zur tendenziell bestimmenden wird, stehen wir vor der begrifflichen und politischen Schwierigkeit, diesem Trend kritisch entgegenzutreten, ohne in eine nostalgische Betrachtung der vergangenen fordistischen Arbeitsorganisation zu verfallen. Ein Zurück gibt es vor allem darum für linke KritikerInnen nicht, weil die Neuauflage eines alten Zustandes keine wirkliche Perspektive für LohnarbeiterInnen darstellt. Das ist unseres Erachtens nicht einfach zu vermitteln und vor allem nicht eben einfach in der Praxis anzuwenden. Es muß uns auch bei diesem Thema eine ähnliche Gratwanderung gelingen, wie wir sie bei der Bewertung der Globalisierung oder der gegenwärtigen Rolle des "Sozialstaates" versucht haben: Irgendwo zwischen der Verteidigung von Sozialleistungen und einer gleichzeitigen Überwindung der Staatsfixierung liegt die Wahrheit.

Für eine Alternativdiskussion ist es also wichtig, keine rückwärtsgewandten Vorschläge zu machen und etwa ein Programm zur Vollbeschäftigung zu entwickeln. Denn: Das fordistische Arbeitsregime ist nicht nur nicht erstrebenswert, es ist auch nicht wieder herstellbar. Geht es nicht vielmehr darum, diesem Auflösungsvorgang seine "prekäre Seite" zu nehmen, ihm eine andere Richtung zu verpassen? So gesehen ist nicht die Teilzeitarbeit das Übel, nicht der Honorarvertrag, nicht die staatlich finanzierte ABM, ja nicht einmal die Erwerbslosigkeit, sondern die Bedingungen, unter denen sie derzeit in den meisten Fällen zu haben sind.

Offene oder kontroverse Fragen aus unserer Diskussion: Kann man prekär nennen, was sich um den fordistischen Arbeitstyp herum abspielte? Oder ist es richtig, nur das, was wir heute erleben, unter "Prekarisierung" zu fassen, um dessen besondere Qualität deutlich zu machen? Zu den notwendig konstituierenden Elementen dieses Fordismus sollte auch noch die Ausschließung von Nicht-Deutschen gezählt werden, nicht zuletzt, weil, wer eine Wiederherstellung dieses Normalarbeitstages fordert, sich im klaren sein muß, daß er solche rassistischen Bedingungen mitfordert.

Chancen für Widerstand?

Diese Frage ist nicht nur als Provokation gedacht. Es geht um die Aufforderung gerade auch an die kritische Betriebslinke, in ihrer Analyse nicht die andere Seite zu vergessen, die auch ein Merkmal der Auflösung des "fordistischen Arbeitsregimes" ist. Gebannt - und das nicht zu Unrecht angesichts des derzeitigen Kräfteverhältnisses - starren wir auf die prekäre Seite und vernachlässigen, daß es auch "Nutznießer" gibt: Menschen, deren "Wert" nicht sinkt, die anspruchsvollere Arbeitsinhalte und flexiblere Arbeitszeiten mit einer befriedigenderen Art zu arbeiten verbinden. Und nicht nur das: Der gesamte Prozeß der Auflösung des "Normalarbeitsverhältnisses" selbst hat zwei Komponenten. Absurd wie diese ganze kapitalistische Produktion ist, macht sie einerseits einen Reichtum möglich, wie ihn noch keine Generation vor uns kannte; auch einen Reichtum an Möglichkeiten (z.B. sich zu vernetzen und zu verkabeln und damit völlig neue Widerstandsformen aufzubauen).

Andererseits sind das nur potentielle Möglichkeiten und die Schere zwischen diesen Möglichkeiten und der Realität klafft weit auseinander. Dennoch haben Linke die Aufgabe, nicht nur das verheerende Szenario einer weltweit prekarisierten Verwertungsgesellschaft zu malen, sondern genau zu gucken, wo sich reale Chancen für eine alternative Entwicklung bieten. War das nicht auch die fast einhellige Kritik an dem Ansatz von Karl Heinz Roth, daß dieser eine sich ausbreitende Pauperisierung konstatiert, um dann aus diesem Vorgang den allgemeinen Widerstand abzuleiten? Ohnehin existiert das Proletariat bei ihm nur unter prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Das bei Roth festgestellte Liebäugeln mit einer revolutionären Verelendungstheorie zurückzuweisen, ist das eine. Wie aber gelangen wir nun von einer Verständigung über die verheerende Seite der Auflösung alter Arbeitsverhältnisse - also einer Diskussion über Prekarisierung - zu einem aktiven Widerstandsverhalten? Eine der größten Chancen, die in einer Entwicklung liegt, die den bald größeren Teil der lohnarbeitenden Bevölkerung aus der Normalität des alten Arbeitsregimes entläßt, besteht in der Möglichkeit eines sich ändernden Verständnisses über die Bedeutung von Lohnarbeit. Dieser Gedanke war in unserer Berliner Gruppe heiß umstritten. Zugespitzt formuliert: Solange der "Normalarbeitstag" alle in seinen Bann zog, war auch kein Umdenken in diese Richtung möglich. Jetzt aber ist die Chance nähergerückt, daß mehr als nur ein paar "Vordenker" den Standpunkt der verwertbaren Arbeit und der Reproduktion der Ware Arbeitskraft verlassen. Die massenhafte Erfahrung ist zwar keine Garantie für verändertes Denken und Handeln, aber eine notwendige Voraussetzung für diesen neuen Standpunkt.

Da wir jedoch keine "Verelendungstheoretiker" sind, lassen sich angesichts der geschilderten Zunahme prekärer Arbeits- und Lebenssituationen sowie der enormen Intensivierung der Arbeit keine leichten Antworten auf die Frage nach Alternativen finden. Zumal sich die kulturellen und politischen Lebenszusammenhänge in der Prekarität ebenfalls nicht zum besseren entwickelt haben. Wer in ungeregelten und ungeschützten Arbeitsbeziehungen steht, ist oft in einem ungleich höheren Maß damit beschäftigt, seine Angelegenheiten zu regeln und hat wenig Zeit für Widerständiges. Eine Reihe von traditionellen Lebensumständen der FabrikarbeiterInnen sind ohnehin zerstört: Die Lohnabhängigen gehen nicht mehr zur selben Zeit zur Arbeit, ihr Status ist unterschiedlich. Die Aussichten, daß eine zunehmend zersplitterte LohnarbeiterInnenschaft unter extremem Konkurrenzdruck revoltiert, erscheinen eher vage. Hinzu kommt ein aus unserer Sicht viel zu wenig beachtetes Phänomen: Die neuen Spaltungen innerhalb der Lohnabhängigen führen auch dazu, daß sich die einen die Dienstleistungen der anderen kraft ihrer Einkommen kaufen können - ein nicht gerade solidaritätsstiftender Zusammenhang.

Dennoch wollen wir versuchen, am Schluß an zwei Beispielen eine Herangehensweise zu beschreiben, die berücksichtigt, daß der Prozeß der Auflösung des alten fordistischen Arbeitsregimes nicht nur eine prekäre Seite hat. Obendrein ist die mißliche Seite auch eine Frage des politischen Kräfteverhältnisses, das ja nicht notwendigerweise so bleiben muß...

Zum ersten: Sicher, die alten, traditionellen Organisationsformen der ArbeiterInnen scheinen am Ende oder wenigstens nicht mehr die einzigen Widerstandsformen zu sein. Die bisherigen Zusammenhänge sind durch "outsourcing" oder Leiharbeit zerrissenen. Überhaupt hat sich die "führende Rolle" des Industriesektors geändert. Angesichts der Tatsache, daß die Hälfte aller erwerbsfähigen Lohnabhängigen nicht mehr in diesem Sektor beschäftigt ist, verwundert das nicht. Damit werden aber neue Organisationsformen notwendig und auch schon praktiziert, die über eine Betriebszentriertheit hinausgehen können. Sie entstehen außerhalb der Fabrik. Ihr Merkmal: In solchen Initiativen oder Organisationen finden sich abhängig Beschäftigte und Erwerbslose aus den verschiedensten betrieblichen und gesellschaftlichen Bereichen. Ihr Ort ist das "Territorium", nicht in erster Linie der Betrieb. Ihre Themen sind entsprechend übergreifend und reichen von sozialer Absicherung bis zur Stadtpolitik. Ein solches Beispiel für diese neue Form der Organisation ist die französische Arbeitsloseninitiative AC!

Zum zweiten: Ähnlich widersprüchlich in der Wirkung auf die Betroffenen stellt sich uns die Entwicklung einer Lohnarbeit dar, die nun nicht mehr ein Leben lang ausgeführt, sondern zeitweise unterbrochen oder ganz gewechselt wird. Jemand, der nicht 40 Jahre in derselben Fabrikhalle steht, dagegen ständig wechselnden Anforderungen, auch an wechselnden Orten, ausgesetzt ist, muß aus unserer Sicht Fähigkeiten ganz neuer Art ausbilden. Die damit aktuell häufig verbundene Prekarität sollte uns nicht den Blick dafür verstellen, daß sich mit dieser notwendigen Flexibilität auch Potentiale für eine veränderte Art zu leben andeuten. Selbst die Erwerbslosigkeit ist ein vertracktes Ding: Deutlich weniger Geld zur Verfügung, oftmals Depression, Isolation etc. Auf der anderen Seite: Die mögliche Erfahrung von Zeitgewinn, des Ausprobierens anderer, neuer Rollen ("Nach der Kita gehört Papi mir!"), die Aufwertung von anderen Tätigkeiten als der der Lohnarbeit.

Es ließe sich an weiteren Beispielen zeigen, welche widersprüchlichen Effekte die Veränderungen in der Arbeit und auf dem "Arbeitsmarkt" für die Lohnabhängigen haben. Was passiert z.B. durch eine andere, nicht-fordistische Arbeitsorganisation? Wie modifizieren sich die Geschlechterbeziehungen mit der Zunahme von Frauenerwerbsarbeit? Ebenfalls kontrovers wurde diskutiert, ob nicht die "negativen" Auswirkungen der Prekarisierung derart umfassend sind, daß die "positiven" Momente schlicht vernachlässigt werden können? Letztlich "verbarg" sich hinter diesem Streit eine unterschiedliche Auffassung über das, was die Alt-Marxisten unter uns den "widersprüchlichen Fortschritt" nennen. Nicht gerade eine unbedeutende Problemstellung... Es fragt sich allerdings, ob Ihr eine solche Herangehensweise richtig und produktiv findet. Wir stellen sie hiermit zur Diskussion.

AG "Neue Heimat" im Bündnis kritischer GewerkschafterInnen Ost/West

Dieser Beitrag ist auch in der Zeitung express, Nr. 4/98 erschienen

39. Flughafen Frankfurt sorgt für Zündstoff. Bürgerinitiativen wehren sich gegen Ausbaupläne

Autor: Thomas W. Klein · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:21

Die Flughafen Frankfurt/Main AG (FAG) schreibt schwarze Zahlen und will angesichts zunehmender Flugbewegungen eine neue Start- und Landebahn bauen. Für die Bevölkerung würde dies eine Steigerung der Belastungen durch Fluglärm und Abgase bedeuten. Aber in der Region scheint sich der Widerstand aus Zeiten des Baus der Startbahn West zu rekonstruieren.

Anfang Juli ging die Flughafen Frankfurt/Main AG (FAG) mit einer Erfolgsmeldung an die Öffentlichkeit: Zum fünften Mal in Folge konnte die Aktiengesellschaft mit einem positiven Geschäftsjahr abschließen und erneut ein Rekordergebnis erzielen. In ihrem zurückliegenden Geschäftsjahr - nach Berichten in der Lokalpresse das beste ihrer Geschichte - verblieb nach Abzug von 156 Millionen Mark Steuern ein Jahresüberschuß von 89,5 Millionen Mark.

Weniger erfreulich, zumindest für die Menschen im Rhein-Main-Gebiet, dürfte die Meldung sein, daß auch bei der Zahl der Flugbewegungen eine Erhöhung zu verzeichnen war: Sie stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,9% auf über 392.000. Ende des Jahres 1997 hatte Lufthansa-Chef Jürgen Weber bezugnehmend auf die Steigerungsrate bei den Starts und Landungen eine Lawine ins Rollen gebracht: Wenn der Rhein-Main-Flughafen nicht zum Regionalflughafen verkümmern soll, sei neben den zwei bestehenden Start- und Landebahnen und der ehemals heftig umkämpften Startbahn West eine vierte Bahn "dringend erforderlich".

Es begann eine öffentliche Diskussion, die es nach Ansicht des ehemaligen SPD-Ministerpräsidenten Holger Börner gar nicht geben dürfte: Dieser hatte 1982, als die Startbahn West trotz massenhafter Proteste und heftigen Widerstandes gebaut und 1984 in Betrieb genommen wurde, verkündet: "Kein Baum wird mehr fallen", das Ende der Erweiterungen des Flughafens sei erreicht. Mit dieser Ankündigung sollten die Wogen geglättet werden. Schließlich wurde damals nicht zu Unrecht von bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen an der Startbahn gesprochen und die Befriedung einer ganzen Region stand auf dem Programm.

Inzwischen scheint genug Zeit vergangen zu sein, ein vor ca. 15 Jahren angekündigtes Ende aller Ausbaumaßnahmen wieder zurückzunehmen: Nicht nur die FAG und die hessischen Unternehmerverbände rühren mittlerweile die "Werbetrommel" für eine neue Start- und Landebahn. Auch bei den politischen Parteien, insbesondere bei der CDU, ist in den letzten Wochen die Bereitschaft gestiegen, einen erneuten Konflikt und damit möglicherweise wieder massive Proteste der Bevölkerung in Kauf zu nehmen. Sie mahnen eine deutliche "Kapazitätssteigerung" an, die ohne einen Ausbau nicht zu haben sei. Die eingeschlagene Argumentationslinie für einen weiteren Ausbau ist eindeutig: Der Flughafen sei die "Jobmaschine" der Region - bei mehreren Millionen Arbeitslosen ein gewichtiges Argument, das seit Ende letzten Jahres auch immer wieder in die Diskussion eingebracht wird und bei den Befürwortern des Ausbaus überhaupt jede Debatte schon überflüssig zu machen scheint. So erklärte z.B. FAG-Chef Becker in der Frankfurter Neuen Presse vom 11. Dezember 1997: "Es macht keinen Sinn, die Region mit der Frage zu verunsichern, wo wir die Startbahn bauen. Wir müssen uns vielmehr vor Augen halten, daß der Frankfurter Flughafen der Motor für wirtschaftliche Prosperität im Rhein-Main-Gebiet ist. Zwischen 1980 und 1996 haben wir 22.000 neue Arbeitsplätze am Flughafen geschaffen. 163.000 Arbeitsplätze hier und im Umland hängen direkt vom Flughafen ab. Jetzt stelle ich die Frage an die Region: Welche Phantasie hat diese Region? Welche Branche oder welches Unternehmen ist in der Lage, in die Bresche zu springen und diesen Wohlstand zu regenerieren, wenn der Flughafen im Jahr 2005 eben nicht mehr in der Lage ist, seinen Ausbau nachfragegerecht zu regenerieren." Diese Aussage macht deutlich, daß für Becker der Ausbau schon ausgemachte Sache ist. Als Ergebnis jeder Auseinandersetzung mit dem Thema kommt im Grunde nur die von der FAG gewünschte Expansion in Frage.

Für die Bürgerinitiativen gegen einen weiteren Ausbau ist diese Argumentation aber keineswegs schlüssig. Zwar sei der Rhein-Main-Flughafen, selbst wenn die Zahlen von FAG-Chef Becker etwas zu hoch angesetzt sind, zweifellos eine der ökonomisch tragenden Säulen der Region, aber die hier getroffene Darstellung müsse

in dieser Form zurückgewiesen werden. Für Michael Wilk vom Arbeitskreis Umweltschutz Wiesbaden (AKU) ist das Gerede von der "Jobmaschine Flughafen" nur die halbe, oder eine zweifelhafte Wahrheit: "Daß knappe Arbeitsplätze als argumetative Brechstange zur Durchsetzung von Sozialabbau oder, wie in diesem Fall, zur ungehemmten Expansion industrieller bzw. infrastruktureller Interessen eingesetzt werden, ist nicht neu. Um so wichtiger ist es, die falsche und simplifizierende Argumentationskette Expansion=Arbeitsplätze=Wohlstand auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen und sich weniger um die Schaffung neuer Arbeitsplätze bei letztlich immer weniger gesellschaftlich notwendiger Arbeit Gedanken zu machen, als vielmehr darüber nachzudenken, wie die Machtstrukturen geändert werden könnten, die Arbeit und Reichtum in dieser Gesellschaft verteilen. Dabei ist es erforderlich, über den direkten Bereich des Flughafens hinaus zu denken. So führt die Entstehung von Arbeitsplätzen am Flughafen selbst in ihrer Wirkung auf andere Produktionsstandorte zu durchaus unterschiedlichen Resultaten. Schon im direkten Umfeld des Flughafens sind die Ergebnisse mindestens ambivalent: So ist bis jetzt nicht eindeutig erfaßt, wieviel Arbeitsplätze z.B. durch den Bau des unmittelbar am Flughafen gelegenen Cargo-City's an anderer Stelle wegrationalisiert werden konnten. Der Flughafen ist eben nicht schlicht "Jobmaschine", schafft nicht nur Arbeit, sondern vernichtet sie auch an anderer Stelle". Bei einer Podiumsdiskussion, die am 14. Juli in Frankfurt-Oberrad stattgefunden hat, bezeichnete auch der Ökonom Bernd Hausmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Planungsdezernat der Stadt, das Schlagwort vom Flughafen als "Jobmaschine" als Märchen. Trotz steigender Zahlen bei den Flugbewegungen, trotz Wachstums der Luftfahrt seien in Frankfurt und im Umland Arbeitsplätze verloren gegangen. Die Zahlen belegten, "daß die Beschäftigungsentwicklung mit dem Flughafen nicht die Bohne zu tun hat."

Auf die von Becker gestellte Frage "Welche Phantasie hat diese Region?" geben eine Reihe von Menschen in den letzten Wochen und Monaten eine klare Antwort: Nicht genug Phantasie, um sich in einem ohnehin hochindustrialiesierten, von Lärm und erheblichen ökologischen Belastungen betroffenen Gebiet eine weitere Start- und Landebahn, eine erneute Expansion des Flughafens, mit all seinen Folgen vorstellen zu können. Seit die Diskussion Ende letzten Jahres losgetreten wurde, sind eine Reihe der zu Startbahn-West-Zeiten aktiven Bürgerinitiativen gegen eine Flughafenerweiterung wieder öffentlich durch Informationsveranstaltungen und Aufrufe zu Protesten und Demonstrationen in Erscheinung getreten. Von der laufenden Diskussion wurden die Menschen gleich in verschiedenen Teilen des Rhein-Main-Gebietes "aufgeschreckt". Da von Beginn an verschiedene Varianten der Flughafenerweiterung von der FAG und anderen Interessierten ins Spiel gebracht wurden, regt sich an verschiedenen Orten der Widerstand. Die zur Diskussion stehenden Varianten haben allerdings, so ein von den Bürgerinitiativen herausgegebenen BI-Info vom April 1998, eines gemeinsam: "Sie bringen erheblich mehr Lärm und Abgas für die betroffenen Stadtteile und Ortschaften".

Varianten der Flughafen-Expansion

Variante 1: Eine neue Bahn südlich des Parallelbahnsystems bzw. eine Spreizung der beiden Parallelbahnen.

Da die beiden jetzigen Parallelbahnen zu dicht aneinander liegen, dürfen die Flugzeuge nicht gleichzeitig auf diesen beiden Bahnen landen und starten. Eine weitere Bahn oder die Spreizung der zwei Parallelbahnen würde aber nicht nur bedeuten, daß das Fluggeschehen noch mehr an den ohnehin schon arg "gebeutelten" Ort Walldorf heranrückt, sondern wäre außerdem noch eine Kriegserklärung an die an den Flughafen grenzende Gemeinde Zeppelinheim. FAG-Chef Bender brachte es unverblümt auf den Punkt: Die Umsetzung dieser Pläne hieße: "Zeppelinheim müßte geschleift werden". Diese Variante scheint im Moment aber keine Priorität zu haben - weniger aus Rücksichtnahme auf die Menschen in Zeppelinheim und die sowieso von Fluglärm und Abgasen betroffenen Anwohner südlich des Flughafens. Vielmehr, so befürchtet es das Bündnis der Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung, weil die Fluggesellschaften, angeführt von der Lufthansa, gemeinsam mit Teilen der hessischen Landesregierung "der Meinung zu sein scheinen, die Region sei wegen der hohen Arbeitslosigkeit reif für größere Lösungen: Mindestens Wiesbaden-Erbenheim muß es sein, besser noch die Nordbahn".

Variante 2: Nutzung des Militärflughafens Wiesbaden-Erbenheim

Nach Angaben der Bürgerinitiativen lag dem Aufsichtsrat der FAG bereits im Dezember 1991 eine sogenannte "Nutzungsskizze Wiesbaden-Erbenheim" vor, die erstellt wurde von einer Arbeitsgruppe der Prognos AG aus Basel, Gutachtern des TÜV-Südwest, der deutschen Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt in Braunschweig und Fachabteilungen der FAG. Das Ergebnis dieser Untersuchung: Die Umwandlung des gegenwärtig von der US-Army genutzten Militärflughafens in Wiesbaden-Erbenheim könnte den Regional- und

Charterverkehr am Frankfurter Flughafen entlasten. Allerdings schreckt diese Zukunftsvision nicht nur die Menschen im westlichen Rhein-Main-Gebiet - hier die vor allem betroffene Bevölkerung in Mainz und Wiesbaden - auf, sondern die Prüfung des TÜV-Südwest bringt auch das Ergebnis, daß die "Vorbelastung des Untersuchungsraumes als sehr erheblich bis kritisch zu bewerten ist". Aber es wird über "ungelegte Eier" gesprochen. Ob die US-Amerikaner bereit sind, diese Air-Base aufzugeben, wird nicht in Bonn, Berlin oder Wiesbaden, sondern im Pentagon entschieden. Sollten die US-Amerikaner aber ihre Air-Base Wiesbaden tatsächlich bald aufgeben, ist "Frankfurt 2" (FRA 2) für die Befürworter einer Kapazitätssteigerung des Flughafens durch Ausbau oder Auslagerung des Regional- und Charterverkehrs eine mögliche Variante. Eine Variante allerdings, bei der die Bürgerinitiativen eine wenig aufbauende Zukunftsmusik für die Menschen in dieser Region anstimmen: Diese Ausbaumöglichkeit bedeute "für etliche Hundertausende im westlichen Rhein-Main-Gebiet einen riesigen Lärmteppich".

Variante 3: Eine Nordbahn im Frankfurter Stadtwald

Neben der Variante Wiesbaden-Erbenheim ist in letzter Zeit vor allem eine sogenannte Nordbahn im Gespräch. Ein Vorschlag der - nach Ansicht der Ausbaugegner - vor längerer Zeit schon einmal verworfen worden war: Bereits zu Beginn der sechziger Jahre hatte demnach die FAG die Grundzüge der zukünftigen Ausbaumöglichkeiten des Starts- und Landesystems "eingehend" untersucht. "Eine der damals schon verworfenen Varianten", so das BI-Info (April 1998), "war die jetzt wieder in die Diskussion gebrachte ‚Nordbahn`. Sie wurde wegen erheblicher ökologischer Nachteile und des Lärmteppichs über Frankfurt" fallengelassen: "Statt dessen wurde die Startbahn West in den Mönchsbruch-Wald betoniert". Nun scheint die Neuauflage dieser Option wieder von großem Interesse. Die Bürgerinitiativen gingen bei dieser Variante im April diesen Jahres noch von einem Waldverlust von mindestens 150 Hektar aus. Für den Kämmerer Albrecht Glaser (CDU) ist, laut einem Ende Mai bekanntgewordenen Bericht, ein Flächenverbrauch für eine 2.500 Meter lange und 60 Meter breite Rollbahn von 220 bis 230 Hektar nötig. Derartige Zahlen sind für ihn allerdings kein Grund, diese Variante zu verwerfen - im Gegenteil: Anders als Frankfurts Oberbürgermeisterin und Parteikollegin Petra Roth, die sich bisher gegen eine nördliche Piste im Frankfurter Stadtwald ausgesprochen hat, ist für Glaser die "erforderliche Unabhängigkeit vom bestehenden Start/Landebahn-System nur durch eine nördliche Lagevariante" zu erzielen.

Aus Sicht der Gegnerinnen und Gegner dieser Ausbaupläne ein ignoranter Standpunkt, weil er die Lebensqualität der Menschen in dem Gebiet aus dem Auge verliert: "Es schert die Befürworter dieser Variante wenig, daß es sich (bei dem zu rodenden Stadtwald, Anm. ak) um Bannwald handelt, der die höchste gesetzliche Schutzwürdigkeit genießt, da er für das Klima im Rhein-Main-Gebiet und die Wasserversorgung von Frankfurt als unverzichtbar angesehen wird. Ein Drittel des Frankfurter Trinkwassers wird ... im Schwanheimer Forst gefördert." Außerdem bedeute auch diese Variante "mehrere Hunderttausend zusätzliche Lärmopfer".

Mediation als Lösungsansatz?

Inzwischen hat der von Ministerpräsident Eichel (SPD) ins Leben gerufene "Gesprächskreis Flughafen Frankfurt" die Einleitung eines sogenannten "Mediationsverfahrens" beschlossen, zu dessen erstes Treffen im Juli geladen wurde. Diese Vereinbarung, die auch als Versuch gewertet werden muß, in einer rot-grünen Landesregierung einen schwierigen Konflikt nicht hochkochen zu lassen, sah die Bildung einer bis zu 20köpfigen "Mediationsgruppe" vor. In diesem Gremium sollten Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbände ebenso mitwirken wie Vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der FAG und Lufthansa und des Bundesverkehrsministeriums. Doch nach einem Ende Juni gefaßten Beschluß der rund 20 im Bündnis "Kein Flughafenausbau - Für ein Nachtflugverbot" zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen wird das angestrebte Mediationsverfahren nun ohne die Mitarbeit der BIs stattfinden. Für das Bündnis ist die schon zugrunde gelegte Ausgangsposition, daß "die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsregion Rhein-Main im Hinblick auf Arbeitsplätze und Strukturelemente dauerhaft gesichert und verbessert werden müsse", keine Basis für ein Verfahren mit offenem Ende. Zu befürchten ist, daß die Mediation nur dazu diene, den in den Köpfen längst getroffenen Ausbaubeschluß abzusegnen, "den Konflikt zu kanalisieren, die Protestbewegungen in besser handhabbare Regularien ein- und anzubinden". Inzwischen haben auch die Naturschutzverbände BUND und NABU dem Mediationsverfahren eine Absage erteilt.

Wie sehr sich die Befürchtungen der BIs, den Initiatoren des Verfahrens gehe es vor allem darum "Akzeptanzmanagement" zu betreiben, schon in der Praxis bestätigen, ist einer Stellungnahme des wirtschaftspolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Clemens Reif, zu entnehmen. Anfang Juli erklärte Reif unmißverständlich, seine Partei trete dafür ein, eine neue Piste am Flughafen zu bauen. Diese Äußerung zeigt für den Chef der grünen Landtagsfraktion, Alexander Müller, daß die hessische CDU "die Betonmischer für eine neue Landebahn schon angeworfen" habe. Soviel ist für die Zukunft gewiß: der Frankfurter Flughafen wird wieder für erheblichen Zündstoff sorgen.

Thomas W. Klein

40. Poor Billy: Deutsche Medien lauschen Hilferufen aus der Venusfalle

Autor: efa · Rubrik: Medien; Kommentare zu aktuellen Geschehen; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak417/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:38

War es das wert, Mr. Clinton?, fragt die "Hamburger Morgenpost" (Mopo) noch fast schüchtern. "Bild" spricht aus, was alle wissen wollen: War sie das wert? Wir kennen die Antwort. Nein, natürlich war "sie" "es" nicht wert! Eine Praktikantin! Da sind sich in der bundesdeutschen Presse alle einig, von rechts bis links-oder-so, von blöd bis Mit-Anspruch: Unglaublich, lächerlich und einfach peinlich ist, daß der Präsident der Vereinigten Staaten - der plötzlich in nahezu allen (!) Kommentaren ehrfürchtig das Attribut immerhin mächtigster Mann der Welt angehängt bekommt - sich öffentlich mit heruntergelassener Hose (taz) demütigen muß, und das - der Gipfel der Peinlichkeit - weil er einer Praktikantin einen Fleck aufs Hemd gemacht (Mopo) hat. Zwar wird vielfach darauf hingewiesen, daß diese zwar eigentlich eher Opfer als Schuldige ist, aber sie ist eben nicht nur das Opfer einer rechtsradikalen Verschwörung (Hillary, zitiert in "junge Welt"), sondern auch Opfer ihrer weiblichen Psyche. Die zu begreifen hilft uns Monica Lewinsky - ein Psychogramm in "Die Woche": Die Tochter aus gutem Hause, die am Leben scheiterte, die lauert und fiebert, ist waidwund und hat die machtschwüle Atmosphäre im Weißen Haus aufgesogen wie Asthmakranke ihr Albuterol und das Ganze zwischen Hingabe und Hirngespinst, dankeschön.

Die politische Intrigenschmiede des Mr. Starr, auch darüber herrscht weitgehend Konsens, funktioniert deshalb so relativ reibungslos, weil man im prüden Amerika (Hamburger Abendblatt) ja so furchtbar verklemmt ist. Hier dagegen ist man voll europäischer Gelassenheit, denn hier gönnt sich so mancher Politiker jedweder Couleur mal die eine oder andere Affäre (Mopo). Das gestaltet sich folgendermaßen: Man weiß von jenem SPD-Mann, neben dem eine bestimmte Sekretärin nicht mehr allein im Aufzug fahren möchte . So ein kleines Späßchen nennt der fröhliche Rheinländer dann so niedlich Fisterknöllchen. Glücklicherweise sind die Frauen hierzulande aber nicht so humorlos wie Monica Lewinsky und Paula Jones und halten die Klappe. Natürlich zum Teil auch, weil sie Angst vor Benachteiligung oder Entlassungen haben. Aber dieser nüchterne Realismus ist eben auch eine Tugend, die die Deutschen den Amerikanern immer schon voraus hatten. Die hingegen sind von dem Beweisehrgeiz geleitet, daß ... ganz Amerika ein Hollywood ist (Neues Deutschland). (Vielleicht ist das ja auch alles Quatsch und in Wirklichkeit ist das Ganze eine gigantische Publicity-Kampagne für Clinton nach dem Motto: "Nein, ich brauche Viagra nicht, ich nicht".)

Jedenfalls: Hier ist man sexuell echt unheimlich locker und zudem total aufgeklärt und vernunftbegabt, während in Washington stetig das Rad der Zeit zurückgedreht wird. Zunächst einmal erinnert uns das Ganze an die Hysterie der McCarthy-Zeit (jW). Darüber hinaus aber entsteht eine totalitäre Situation (ebenda), die uns schnurstracks via Inquisition und Hexenjagd (ND) zurückwirft ins finstere Mittelalter. Und da mutiert der Demokrat dann folgerichtig zum Despoten, und aus dem Rächer wird der Schrecken der Witwen und Waisen: Die Unterhosen- und Sperma-Schnüffelei, weiß die "Junge Welt", hat jedenfalls dazu geführt, daß von ursprünglich angekündigten sozialen Reformen in den USA keine Rede mehr sein kann. Auch die "taz" bedauert, daß Clinton nun in die Geschichte ... als Mann mit heruntergelassener Hose eingehen muß, und nicht, wie es ihm eigentlich zugestanden hätte, als Begründer des Dritten Weges zwischen Sozialstaat und herzlosem Neoliberalismus. Ja, dem Mann bleibt ja schließlich gar nichts anderes mehr übrig, er muß jetzt Härte beweisen und hätte die Golfregion fast in einen neuen Krieg gestürzt (jW).

Zusammengefaßt: Bill Clinton, Präsident, mächtig (der Mächtigste!!), seines Zeichens Sozialreformer und Friedensstifter, ist durch den Verrat einer Frau (Praktikantin!!) an dem, was ihm in der Hose baumelt, gezwungen worden, seine humanistischen Überzeugungen beiseite und das Tier im Manne zu seinem Recht kommen zu lassen. Und zwar umgehend. Oder gibt es einen eindrücklicheren Weg, phallische Kompetenz zu demonstrieren, als mit Raketen auf Zivilisten loszugehen? Wenn aber die Angriffe im Sudan und in Afghanistan in dieses Deutungsmuster passen, ist doch der logische Schluß, daß der eigentliche Skandal an der Geschichte ein anderer ist: Nämlich, daß Staatsmänner (und Kommentatoren) davon ausgehen, daß untergebene Frauen prinzipiell auch für das Öffnen des Reißverschlusses und so weiter eingestellt werden, darüber aber zu schweigen haben, weil es sonst Krieg gibt. Ist nicht der wirkliche Skandal der, daß auf den Präsidentensesseln der Welt eine Spezies simpel strukturierter Hosenträger verteilt ist, die uns mit den

weitreichenden Konsequenzen ihrer eigenen Lächerlichkeit bedrohen? Nein, nein, im Gegenteil. Kryptisch-visionär faßt es "ND" zusammen: Clintons Flucht nach vorn würde, wäre sie Maßstab, ganze Länder und Berufe veröden.

Mit anderen Worten: Müßten alle Präsidenten, Staatsfunktionäre, Vorgesetzten usw. ihren Hut nehmen, die, wie Clinton die ihnen eigene erotische Anziehungskraft eines drei Tage alten Sovital-Brötchens mit dem autoritären Sex-Appeal des Chefsessels kompensieren, dann würden in den Parlamenten (den Universitäten, den Banken, den großen und kleinen Konzernen etc.) ganz viele gutdotierte Arbeitsplätze frei. Ja, das hat Logik. Nur, was daran so bedauerlich wäre, verraten die Kommentare nicht.

efa

41. Quelldatei 36.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak417/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:36

Kalender

Deutsche Verhältnisse

Zur Verständigung in schwierigen Zeiten über antirassistische Politik dient eine Veranstaltungsreihe in Hamburg, die Mitte August begann. Hinweisen können wir noch auf folgende Termine:

3.9., "Abschiebepolitik der BRD und EU" mit Harald Glöde, Forschungsgesellschaft Flucht und Migration Berlin;

10.9., "Das Bild der ‚Fremden` im gesellschaftlichen Diskurs und in der Sprache der alten und Neuen Rechten" mit Siegfried Jäger;

15.9., Podiumsdiskussion "Migrationspolitik unter Rot-Grün - eine Alternative" mit VertreterInnen der GAL, SPD und MigrantInnengruppen und Flüchtlingsinitiativen.

Hamburg, jeweils 19.30h, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12.

Wahlen

Thomas Ebermann gibt sich die Ehre. Diesmal zu Rassismus im Wahlkampf. Titel der Veranstaltung: "Viele Parteien, ein Programm: Deutschland".

Celle, 16.9., 20h, Buntes Haus, Hannoversche Straße 30 F.

Wahlkampf mit Ulla

Sind die Wahlerfolge der Rechtsextremen und die Existenz "national befreiter Zonen" im Osten auch im Westen vorstellbar? Darüber diskutieren Ulla Jelpke (MdB PDS) und Burkhard Schröder (Journalist) auf Einladung der PDS, des Antifaschistischen Forums und der Zeche Carl.

Essen, 9.9., 19.30h, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Allee 100.

Wahlkampf mit Stefan

Nachdem Stefan Engel, Vorsitzender der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands, in der Roten Fahne Nr. 32 auf sieben Seiten die Notwendigkeit der Kandidatur seiner Partei begründet hat - "die Stärkung der MLPD ist zum Kettenglied für die weitere Entwicklung des Klassenkampfs, des Übergangs zur Arbeiteroffensive und der Entwicklung der neuen Opposition geworden" -, beginnt auch für ihn der Straßenwahlkampf:

Gelsenkirchen, 19.9, "Wählt die Kandidaten der MLPD/Offene Liste - vorwärts zum echten Sozialismus", mit Stefan Engel, Hans-Sachs-Haus.

Geburtstagsfeier

Wie die Zeit vergeht! 20 Jahre gibt's schon das Informationsbüro Nicaragua. Ein Grund zu feiern und die eigene Geschichte nochmals Revue passieren zu lassen. Los geht's ab 12 h - wie üblich mit Begrüßung und Grußwort. Danach folgen Vortrag (Geschichte des Infobüros), Kabarett, Video (Nicaragua - my sweet home) und Diskussion (Perspektiven internationaler Solidarität). Am Abend dann, ab 20 h, beginnt der gesellige Teil - Party!!!

Wuppertal-Elberfeld, 19.9, ab 12h, Rojan, Gathe 6.

Tanz den Antifaschismus

Neuerdings flattern uns ungewohnte Sachen auf die Schreibtische: Flyer!!! Der erste ist eine Einladung von "The Last Generation", betitelt mit "junkyard". Erkennungswert für unsereinen hat zum Glück das Emblem der "Antifaschistischen Aktion". So weit ersichtlich - die Interpretation ist hoffentlich stimmig - geht es um ein Dance Event mit Dancehall classic (Silly Walks Soundsystem) und Acid/Trance progressive (Eule, damit

beides tanzbar bleibt, auf zwei Ebenen!). Eintritt: 8 Mark. Der Gewinn fliest der antifaschistischen Arbeit in Hamburg zu.

Hamburg, 5.9., 22h, Rote Flora

Mach den Antifaschismus

Sechs Jahre nach dem rassistischen Pogrom in Rostock-Lichtenhagen plant die NPD genau dort den Abschluß ihres "Schwerpunktwahlkampfes" zu den Landtagswahlen im Mecklenburg-Vorpommern. Die Antifa ruft dazu auf, den Aufmarsch der Nazis wenn nicht zu ver-, so zumindest zu behindern.

Rostock-Lichtenhagen, 19.9.

Der Kumpel von unser aller Kumpel

Orlando Borrego Diaz - nach Angaben der Veranstalter "Che Guevaras engster Vertrauter ... , der Che aufgrund der jahrelangen Zusammenarbeit am besten kannte und den meisten Einblick in alle Aspekte des Lebens und Denkens von Che Guevara geben kann" - berichtet über "Das ökonomische Denken Che Guevaras und seine Aktualität für die heutige Wirtschaftspolitik in Kuba und für die Linke Lateinamerikas".

Karlsruhe, 29.9, 20h, Jubez, Kronenplatz.

Europa I

Im Juni 1999 finden - kurz hinter einander - in Köln ein EU-Gipfel und ein Treffen der G7/G8 statt (vgl. ak 416). Im September findet dazu das dritte Vorbereitungstreffen linksradikaler, antifaschistischer und autonomer Gruppen statt, die Gegenaktionen planen.

Köln, 5.9., 13h, AStA Uni Köln, Universitätsstr. 16.

Europa II

Für alle, deren Positionsfindung zum Thema Europa noch im Gange ist, gibt's einen Tag zuvor die Gelegenheit, in Essen verschiedene linke Positionen zum Thema kennenzulernen. Unter dem Titel "Weder Eu-ro-phorie noch DM-Nationalismus" diskutieren Frieder O. Wolf (grüner MdEP), Jürgen Elsässer, Helmut Scholz (PDS) und die Antifa AG Uni Hannover.

Essen, 4.9., 19h, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Allee 100.

42. Quelldatei 39.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak417/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:39

Return to Sender

Daß der sozialdemokratische Kanzlerkandidat und seine Crew vor fast nichts zurückschrecken, ist bekannt. Erlaubt ist, was dem Wahlsieg dient oder dienen könnte - ausnahmsweise auch mal ein bißchen Anbiederung nach links. In seinem allem Anschein nach unlesbaren Buch "Und weil wir unser Land verbessern..." bedenkt Schröder auch Klaus Vack, den Mitbegründer des Komitees für Grundrechte und Demokratie, mit einem persönlichen Brief. "Lieber Klaus Vack", beginnt der große Mann und bekennt schon im zweiten Absatz: "Mit Ihnen zu diskutieren, ist nicht einfach"; er (oder sein Ghostwriter) versucht es trotzdem - im Interesse der Sache. Es geht um den Rechtsstaat, die innere Sicherheit, den Schutz der Bürger vor Kriminalität. Wer will, kann das nachlesen in einer Broschüre, die der Adressat des Briefes auf eigene Kosten herausgegeben hat. Interessanter als Schröders bekannte Positionen - "weniger Schutz für Verdächtige, mehr Schutz der Opfer" - ist die Antwort von Klaus Vack. Vack entlarvt nicht nur Schröders Methode, "nachdenkliche Schleier zu weben, hinter denen Sie und Ihresgleichen alles, aber auch alles, rechtfertigen können"; er weist auch den Versuch zurück, als "Werbeträger" für die sozialdemokratische "neue Mitte" benutzt zu werden. Mit seiner Antwort, schreibt Vack, wolle er sich vor allem gegenüber seinen politischen Weggefährten "rehabilitieren". Das ist, wenn es denn nötig war, hervorragend gelungen.

Klaus Vack: Wider schlechte Wahlwerbung. Für eine andere Politik. Antwort auf Gerhard Schröder. Bezugsadresse: Klaus Vack, An der Gasse 1, 64759 Sensbachtal; 28 Seiten, kostenlos (Spende vermutlich willkommen)

Was kommt von links?

Obwohl staatssozialistische Modelle inzwischen (scheinbar) endgültig bankrott sind und sich der Neoliberalismus (scheinbar) ungehindert durchsetzen konnte, ist doch unübersehbar, daß eine ausschließlich auf Profitstreben aufgebaute Gesellschaft keinesfalls in der Lage sein wird, auch nur die dringendsten Probleme der Menschheit zu lösen. Ein Buch, in dem zwanzig prominente Linke aus siebzehn Ländern (die deutsche Linke fehlt) ihre Ansichten zu gesellschaftlichen Alternativen kundtun, wäre also hochinteressant, wenn ... nun, wenn der Herausgeber nicht außenpolitischer Redakteur der Tageszeitung "Neues Deutschland" wäre. Die in dem Buch zusammengefaßten Interviews sind während der letzten zwei Jahre im ND erschienen. Sie repräsentieren fast ausschließlich linkssozialdemokratische und reformkommunistische Positionen, formuliert von Parlamentariern und ehemaligen Ministern. Theoretiker der radikalen Linken dagegen fehlen weitgehend. Entsprechend ausführlich kann man über Erfahrungen und Probleme bei linken Regierungsbeteiligungen nachlesen. Seitenlang werden Reformen und Gesetzesänderungen aufgezählt; anschließend wird darüber lamentiert, daß objektiv nicht mehr möglich war. Es haben jedoch nicht alle Beiträge diese Qualität. Der linke Theoretiker Eduardo Galeano aus Uruguay etwa kritisiert erbittert das kapitalistische System, das das Geld zum Fetisch erhoben hat, die solidarischen Beziehungen zwischen den Menschen zerstört, Länder und Menschen zur Ware degradiert. Sehr interessant ist auch das Interview mit Boris Kagarlitzki über die Situation der Linken in Rußland. Einer der besten Beiträge ist von Alfred Hrdlicka, Bildhauer, Wodkatrinker und Österreichs prominentester Störenfried. Hrdlicka bekennt sich unverblümt als Staatsfeind und glaubt nach wie vor an eine Zukunft des Kommunismus. Trotz des eingeschränkten Autorenspektrums und der sehr unterschiedlichen Qualität der Beiträge ist das Buch empfehlenswert.

Jochen Reinert (Hg.): "Was kommt von links? Prominente Linke über gesellschaftliche Alternativen", PROMEDIA-Verlag, Wien, 1998, 168 Seiten, 29,80 DM

Fluchtursachen

Pünktlich zum Start der "Karawane" (siehe Seite 22 in dieser Ausgabe) informiert die BUKO-Kampagne gegen Rüstungsexporte über Kriege und innerstaatliche Konflikte als Fluchtursachen. Eingeleitet werden die insgesamt dreizehn Beiträge mit einem Motto der Gebrüder Grimm: "Etwas besseres als den Tod finden wir überall", sagte der Esel zum Hahn im Märchen von den Bremer Stadtmusikanten. Esel, Hund, Katze und Hahn fanden zwar nicht Zuflucht in Bremen, wie im Editorial der Broschüre behauptet wird, sondern im Wald. Heutzutage jedenfalls aber werden - das ist unstrittig - Flüchtlinge an den Grenzen der BRD abgewiesen, und

ebenso wie die Zahl der Abschiebungen steigt, verschlechtern sich die Lebensbedingungen von hier lebenden Flüchtlingen kontinuierlich. Bei der "Eindämmung" gegenüber Flüchtlingen übernimmt die Bundesrepublik international eine Vorreiterrolle, während in der BRD produzierte Waffen legal oder illegal in alle Welt exportiert werden. In diesem Zusammenhang wird über Folterwerkzeuge als Exportgüter und illegalen Kleinwaffentransfer ebenso berichtet wie über die Bemühungen der BRD, ausländische Sicherheitsdienste zu effektivieren. Außerdem werden Hintergründe und Auswirkungen der von den Medien wenig beachteten Kriege in Birma und Sierra Leone erläutert. Zwei Beiträge über frauenspezifische Fluchtursachen in Kurdistan und Afghanistan tragen der Tatsache Rechnung, daß 80 Prozent aller Flüchtlinge weltweit Frauen und Kinder sind. Kurzum: Sachlich und informativ (sieht man von der ungenauen Rezeption deutschen Erzählgutes ab).

Kein Mensch flieht freiwillig. Fluchtursache: Krieg und innerstaatliche Konflikte. Zu beziehen über: BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport", Buchtstr.14/15, 28195 Bremen. Tel. 0421-326045. 42 Seiten, 6 DM.

Innere Sicherheit

Was der tägliche Aufschrei der herrschenden Politik über die gefährdete innere Sicherheit in der Praxis für Folgen hat, versucht die AA/BO (Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation) in ihrer Broschüre "Entsichert - der Polizeistaat lädt nach" aufzuzeigen. "An der Antifa üben sie" heißt das erste Kapitel, in dem ein großer Bogen vom Verbot der KPD in den 50er Jahren bis zu den jüngsten Antifademonstrationen in Saalfeld und Leipzig geschlagen wird. Die Kriminalisierung der Antifa (M) und aktuell der Passauer AntifaschistInnen darf in dem Beitrag natürlich nicht fehlen.

Weil sie über den linksradikalen Tellerrand hinausschauen will, beschäftigt sich die AA/BO aber nicht nur mit der Repression gegen Linke, sondern widmet einen Teil ihrer 60 Seiten auch dem Abbau des sogenannten Sozialstaats, der steigenden Erwerbslosigkeit und den Ausbeutungsstrategien der 90er Jahre. Auch das "zero tolerance"-Konzept, das "saubere" und "aufgeräumte" Innenstädte ohne Graffitis, Obdachlose und Drogendealer verspricht, wird auseinandergenommen.

In den Beiträgen zur europäischen Superpolizei EUROPOL, zum Schengener Abkommen oder zur Kriminalisierung von AusländerInnen in der BRD fassen die AntifaschistInnen Altbekanntes noch einmal zusammen. Lediglich die Artikel zu den neugeschaffenen Repressions- und Überwachungsgesetzen bieten den LeserInnen eine kleine Orientierungshilfe auf dem Weg in die Kontrollgesellschaft. Etwas überheblich mutet das Impressum der Broschüre an: "Mit uns die Regierung stürzen" nämlich nur die in der BO organisierten Gruppen.

Entsichert - der Polizeistaat lädt nach, Antifaschistische Aktion Berlin, Engeldamm 68, 10179 Berlin, 60 Seiten, 5 DM.

Angeklickt

Während manche ak-RedakteurInnen beim Wort "Computer" erst einmal an "Absturz" denken, lassen andere Linke ihre Zeitung neuerdings durchs Internet surfen. COM.UNE.FARCE (Wie eine Farce) heißt das neue Projekt, das sich virtuell einmischen will. Da die RedakteurInnen wohl die Folgen langer Web-Sitzungen spüren, ist das virtuelle Blatt eine "Zeitschrift für Kritik im Netz & Bewegung im Alltag".

Daß bei dem Projekt nicht nur ganz neue links geknüpft werden sollen, wird im Editorial der Anfang August ins Netz gestellten "Ausgabe" deutlich gemacht: "Es geht uns darum, die Ebene der alltagskulturellen Phänomene mit der 'großen Politik' der alten Männer auf staatlicher und internationaler Ebene, der sozialen Frage und einer Kritik des Geschlechterverhältnisses so zu verknüpfen, daß dem alten Reduktionismus der Ökonomie nicht irgendein neuer entgegengesetzt wird." Mittelfristig wollen die MacherInnen auch die Möglichkeiten des Mediums nutzen. Die kommenden Ausgaben sollen Bild- und Tonmaterial enthalten, eine Mailinglist soll Diskussion und Austausch der LeserInnen ermöglichen.

Die virtuelle Zeitung soll dreimal im Jahr erscheinen. Wer noch offline lebt, kann das Blatt auch in der traditionellen Papierausgabe bestellen.

Com.une.farce c/o diskus, Mertonstr. 26-28, 60325 Frankfurt/M

http://www.copyriot.com/unefarce, Email: mailTofarce@copyriot.com

Brennende Banlieus

Wenn von sozialen Bewegungen die Rede ist, schaut die deutsche Linke gerne nach Frankreich. Aktionen der Basisgewerkschaft SUD, der Erwerbslosenorganisation AC! oder der "Sans Papiers", der Bewegung der "papierlosen" MigrantInnen, lassen hierzulande die Herzen höher schlagen. Sehr viel unbekannter ist dagegen die Bewegung MIB (Mouvement de l'Immigration et des Banlieus) der Ghettojugendlichen aus den Banlieus und Cités von Paris, Lyon oder Marseille (vgl. auch den Beitrag von Bernhard Schmid in dieser ak-Ausgabe, Seite 21).

Das "Internationalistische Komitee" in Saarbrücken hat sich jetzt dankenswerterweise die Mühe gemacht, einige Texte dieser Bewegung in deutscher Sprache zugänglich zu machen. Die Texte zeigen eine lange Geschichte von Selbstorganisationsversuchen in den Vorstädten, die manchmal stark an die Entstehung der Black Panther Party in den USA erinnert: Ghettojugendliche, die sich gegen Polizeiübergriffe und -morde wehren und die für ein "Leben in Würde" in und für die Ghettocommunities kämpfen. Diese Organisationen sind die Kerne der "Intifada der Banlieus", manchmal beziehen sie sich sogar auf die selbständigen Partisaneneinheiten von ImmigrantInnen, die im Rahmen der Resistance gegen den Faschismus gekämpft haben.

In ihrem Kampf gegen Polizeigewalt, gegen die "Doppelstrafe" (straffällig gewordene MigrantInnen werden nach Verbüßung der Haft abgeschoben) und in der Bezugnahme auf die "Communities" in den Banlieus wehren sich diese Gruppen zudem gegen den Paternalismus der Linksparteien und der "Multikulti-AntirassistInnen". Damit sind einerseits Organisationen wie "SOS Rassisme" gemeint, andererseits aber auch Teile der "Sans Papiers" und der "Beurgeoisie", einer neuen Mittelschicht von MigrantInnen (beurs: Selbstbezeichnung der MigrantInnen). Organisationen wie MIB kritisieren scharf die Versuche, MigrantInnen in "Gute" und "Böse" (d.h. kriminelle) zu spalten; die meisten der GhettoaktivistInnen scheinen eine mehr oder weniger "kriminelle" Vergangenheit und Gegenwart zu haben.

Auch wenn die Fülle von Detailinformationen und Namen in dieser Broschüre oft verwirrend und schwer einschätzbar ist: Die Texte sind spannend und lesenswert gerade vor dem Hintergrund einer - vornehmlich weißen - antirassistischen UnterstützerInnenszene in der BRD, der es bisher kaum gelungen ist, Selbstorganisationsansätze von MigrantInnen wahrzunehmen oder mit ihnen in Verbindung zu treten.

Internationalistisches Komitee (Hg.): "Justice en Banlieu. Gerechtigkeit in den Vorstädten". Texte des MIB; Bestelladresse: Internationalistisches Komitee, Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken, Preis: 3,50 DM plus Versand.

43. Prag 1968

CD-Datei: daten/aksuche/ak417/cssr.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:cssr

In Amsterdam, Berkeley, Mailand, Mexico, Paris, Tokio und Westberlin zogen 1968 die StudentInnen durch die Straßen, zeitgleich weckten die Reformbestre-bungen der KPC in den Straßen Prags große Hoffnungen.

In der Nacht vom 20. auf den 21. August besetzten Truppen des Warschauer Pakts das Land und beendeten damit die von Teilen der KPC initiierte Reformpolitik, die später als Bemühen um einen "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" bezeichnet wurde. Letztendlich handelte es sich beim "Prager Frühling" um den Versuch, durch eine Reformpolitik von oben Unzufriedenheit und Kritik in der tschechoslo- wakischen Bevölkerung durch kalkulierte Maßnahmen zu begegnen. Der Abbruch dieses Versuchs, mit dem das realsozialistische System reformiert werden sollte, ohne es dabei entscheidend zu beschädigen, beruhte - so unser Autor - auf dem gleichen Irrtum, wie er Jahre später in der Gorbatschowschen Politik wieder auftauchte.

Seite 29

44. Wie starb Wolfgang Grams?

CD-Datei: daten/aksuche/ak417/grams.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:grams

Selbstmord oder doch Mord - um diese Frage ging es vor einer Zivilkammer des Landgerichts Bonn, die am 13.8.1998 einen Ortstermin auf Bahnsteig 4 in Bad Kleinen wahrnahm. Die Eltern von Wolfgang Grams fordern vom Bundesinnenministerium im Zuge der "Amtshaftung" die Erstattung der Überführungs- und Beerdigungskosten. Sie sind davon überzeugt, daß ihr Sohn am 27. Juni 1993 bei seiner Festnahme vorsätzlich erschossen worden ist. Parallel dazu haben die Anwälte Beschwerde gegen die Einstellung der strafrechtlichen Ermittlung beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingelegt. Die Zivilkammer könnte unabhängig von den bisherigen Ermittlungen durchaus zu einem anderen Ergebnis kommen. Allerdings bedeutet eine abweichende Entscheidung nicht, daß das Verfahren gegen die beteiligten Beamten der GSG-9 neu aufgenommen wird. Die sind von jedem Exekutionsverdacht befreit, nachdem die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ergeben hatten, daß Wolfgang Grams sich, obwohl schwer verletzt, rückwärts vom Bahnsteig auf die Gleise stürzend, die Ausweglosigkeit seiner Situation vergegenwärtigt und sich daraufhin mit einem gezielt aufgesetzten Kopfschuß das Leben nimmt. Die Entscheidung über die Beerdigungskosten soll Mitte September fallen.

Birgit Hogefeld, die zusammen mit Wolfgang Grams in Bad Kleinen festgenommen und zu lebenslanger Haft verurteilt worden ist, berichtet in ihrer Prozeßerklärung über ihre Behandlung in der Haft und nimmt zur Auflösung der RAF Stellung. Seite 26

Außerdem dokumentieren wir Ausschnitte aus dem Bericht des Komitees für Grundrechte und Demokratie, das das Verfahren gegen Monika Haas beobachtet. Seite 24

45. Schichtwechsel in Bonn

CD-Datei: daten/aksuche/ak417/wechsel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:wechsel

Den "härtesten Wahlkampf in der Geschichte der Bundesrepublik" versprach die CDU noch auf ihrem Bremer Parteitag. Wenige Wochen vor dem "Tag der Entscheidung" schleppt sich der Wahlkampf träge dahin. Auf Streit in der Sache wird weitgehend verzichtet. Daran hat auch die Veröffentlichung des sozialdemokratischen Sofortprogramms nichts geändert. Das Gezeter der CDU und der Jubel der taz, die das SPD-Programm als "nicht CDU-kompatibel" feierte, sind wenig originelle Beiträge zur allgemeinen Verdummung. Denn alles läuft auf eine große Koalition hinaus.

Tun Linke also gut daran, sich wichtigeren Dingen zuzuwenden? Sollen sie den Wahlurnen am besten fernbleiben? Oder würde eine (immerhin mögliche) rot-grüne Koalition doch Spielräume eröffnen? Lohnt es also, das kleinere Übel zu wählen oder sein Kreuz bei der einzig sicheren Oppositionspartei, der PDS, zu machen? Diese und andere Fragen werden in mehreren Beiträgen und mit unterschiedlichen Schlußfolgerungen erörtert.

Eine der Fragen, die die Linke ganz sicher interessieren sollte, ist das Abschneiden der rechtsextremistischen Parteien. Die Prognosen der Demoskopen haben sich schon öfter als fahrlässig verharmlosend erwiesen. Um die Bemühungen der Rechten, den Sprung in den Bundestag zu schaffen, geht es deshalb in einem weiteren Artikel.

ab Seite 7

46. Quelldatei zeil_bli.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak417/zeil_bli.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:417:zeil_bli

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx Seite

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx Seite

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx Seite

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx Seite

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx Seite

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx Seite

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx Seite

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx Seite

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx Seite

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx Seite

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx Seite

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx Seite

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx Seite